

DAS ARGUMENT 116

Verlagsmitteilungen: Bilanz 1978	494
<u>Editorial</u> : Veränderungen bei Herausgeberschaft und Ständigen Mitarbeitern	494
Helmut Gollwitzer: <i>Argument</i> muß bleiben	499
Aufruf des <i>Argument</i> -Fördererkreises	499
Dritte Welt und Erste Welt (II)	
Paul Joseph Reform und Konterrevolution: Die USA und die internationale Ökonomie	500
Ulrich Albrecht Von der Ost-West- zur Südpolitik der Bundesrepublik	513
Dieter Boris Unterentwicklung und Staat	523
Wolfgang Fritz Haug Zum Problem des Eurozentrismus bei Bahro und Dutschke	534
<u>Alternativschul-Diskussion</u>	
Adalbert Rang und Brita Rang-Dudzik: Pädagogen in der Schule – ratlos	543
<u>Zur Diskussion gestellt</u>	
Ilse Bindseil: Theoretisches über die gleichgeschlechtliche Liebe	549
<u>Fachübersicht: Philosophie</u>	
Eckart Leiser: Konstruktivismus der »Erlanger Schule«	554
<u>Kongreßankündigungen und -berichte</u>	
Politologenkongreß; Datenschutztagung; 19. Deutscher Soziologentag; »Vier Modernisierungen« in der VR China; Arbeitergeschichtsschreibung	571
<u>Besprechungen</u>	
Kritische Wissenschaftstheorie; Marxistische Literaturtheorie; Pädagogik; Persönlichkeitsentwicklung und politische Praxis; Medizin; Angewandte Sozialforschung; Massenkommunikation; Parteien, Verbände, Gewerkschaften; Weltwirtschaft	582
<u>Zeitschriftenschau</u>	III
<u>Über die Autoren</u>	X

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber: Frigga Haug und Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:

Wolfgang Abendroth (Frankfurt/M.), Detlev Albers (Bremen), Günther Anders (Wien), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/M.), Bruno Frei (Wien), Klaus Fritzsche (Gießen), Werner Goldschmidt (Hamburg), Helmut Gollwitzer (Berlin/West), Heiko Haumann (Freiburg), Klaus Holzkamp (Berlin/West), Urs Jaeggi (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Arno Klönne (Paderborn), Thomas Metscher (Bremen), Reinhard Opitz (Köln), Wolfgang Pfaffenberger (Oldenburg), Helmut Ridder (Gießen), K. H. Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Redaktion:

Dr. Heinz-Harald Abholz, Wieland Elfferding, Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberditzl, Dr. Frigga Haug, Dr. W. F. Haug, Rolf Nemitz

Redaktionssekretariat: August Soppe

Verlag, Redaktion und Anzeigen:

Altensteinstraße 48 a, 1000 Berlin 33, Telefon 030 / 8 31 49 15

Auslieferung:

Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65, Telefon 030 / 4 61 90 61

Besprechungen

Philosophie

<i>Leiser, Eckart: Einführung in die statistischen Methoden der Erkenntnisgewinnung (K. Kersten)</i>	582
<i>Suppe, Frederick (Hg.): The Structure of Scientific Theories (C. P. Freitag-Poppe)</i>	583
<i>Starnberger Studien I: Die gesellschaftliche Orientierung des wissenschaftlichen Fortschritts (C.-P. Freitag-Poppe)</i>	584
<i>Hubig, Christoph, und Wolfert von Rahden (Hg.): Konsequenzen kritischer Wissenschaftstheorie (Th. Laugstien)</i>	586
<i>Toulmin, Stephen: Kritik der kollektiven Vernunft (K. Bayertz)</i>	588

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1979 in 6 Hefen (alle 2 Monate) mit einem Jahresumfang von 924 Text-Seiten. Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. – Preis 9,80 DM; Schüler und Studenten 8,50 DM; im Abonnement 8,50 DM bzw. 7,- DM, + Versandkosten. – Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Eingesandte Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand versehen sein. Aufsätze sollen nicht mehr als 25 Manuskriptseiten, Rezensionen nicht mehr als 2 Manuskriptseiten umfassen. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. – Für unverlangt eingesandte Besprechungsbücher kann keine Haftung übernommen werden. – Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin. Alle Rechte – auch das der Übersetzung – vorbehalten. – Konten: Deutsche Bank Berlin AG 721/7722, BLZ 100 700 00; Bank für Gemeinwirtschaft 11 14 40 13 00, BLZ 100 101 11; Postscheckkonto Berlin West 5745-108. – Satz: Hellmich KG, Berlin; Herstellung: Oktoberdruck, Berlin. 1.-9. Tausend Juli 1979

Beilagenhinweis: Dieses Heft enthält – in Teilaufgabe – eine Bestellkarte des Argument-Verlages und einen Prospekt des Campus-Verlages sowie eine Bestellkarte der Deutschen Volkszeitung.

Verlagsmitteilungen: Bilanz 1978

Vor einem Jahr, im Editorial zu *Argument 110*, haben wir über die sprunghaft hochschnellenden Verluste informiert und über die einschneidenden Veränderungen im Argument-Verlag. Der alte Verlag wurde bis 31. 5. 78 geführt. Ab 1. 6. 78 führten wir ihn notgedrungen in eigener Regie weiter. Inzwischen liegen die Ergebniszahlen vor:

		akkumulierte Verluste:
Bilanzverlust 1976	– 23.775	
Bilanzverlust 1977	– 83.115	– 106.890
Bilanzverlust bis 31. 5. 78	– 87.350	– 194.240
Bilanzverlust bis 31. 12. 78	– 13.366	– 207.606

Erläuterung: Es ist gelungen, in den ersten 7 Monaten der neuen Verlagsführung die Verlustentwicklung zu bremsen – und dies trotz der durch Umzug aus Karlsruhe und Neueinrichtung in West-Berlin entstehenden Sonderbelastungen. Dabei ist in diesem Ergebnis eine Abschreibung auf den Lagerwert älterer Hefte enthalten in Höhe von 35.000,- DM.

Kurz, wir werden es schaffen.

Aber noch hängt der alte Schuldenberg auf dem Verlag. Und das gute Ergebnis erkaufen wir mit rücksichtsloser Sparsamkeit an allen Ecken und Enden und nach der guten alten (nicht lange durchhaltbaren) Methode »Selbstausschöpfung«. Da wir ab Juli unsere flüssigen Mittel aufgebraucht haben, brauchen wir noch mehr Überbrückungskredite von unseren Mitarbeitern (unverzinst). Und wir brauchen Spenden zum allmählichen Abbau des Schuldenbergs und zur langfristigen Stabilisierung des Verlags, die uns nicht mehr zwingt, dauernd das Letzte aus den unmittelbar Beteiligten herauszuholen.

Ein Geschenkabo oder ein neugeworbener Abonnent oder aber der langfällige Entschluß, die AS-Reihe durch ein AS-Abo (zumindest ein Auswahl-Abo, welches nur zur Abnahme von drei Bänden aus der Jahresproduktion verpflichtet) mitzutragen, oder ein anderer Beitrag zur Verbreitung – all dies sind andere Möglichkeiten, das Argument-Projekt mitzutragen.

Das Argument kann nur als Projekt seiner Leser existieren. Spielt dem Kapitalismus einen Streich, helfe mit, das Argument zu stabilisieren!

Die Hannoveraner Planungskonferenz (Bericht siehe weiter unten) beschloß, einer Anregung von Heiko Haumann zu folgen und zur Bildung eines *Argument-Förderkreises* aufzurufen. Helmut Gollwitzer schrieb dazu fünf Gründe auf, warum *Argument* bleiben muß. Wir bringen den Aufruf und die fünf Gründe im Anschluß ans Editorial.

Editorial

Veränderungen in der Herausgeberschaft und bei den Ständigen Mitarbeitern

Mit der Wahl von Frigga Haug zur Mitherausgeberin des *Argument* vollzog die Redaktionsversammlung formell nach, was inhaltlich schon seit Jahr und Tag der Fall ist. Seit der erzwungenen verlegerischen Selbständigkeit des Argument-Verlages ist sie es in erster Linie, die verantwortlich ist für Kalkulation und Produktion. Ihr ist nicht zuletzt zu danken, daß die Herstellungspreise um durchschnittlich gut ein Fünftel gesenkt werden konnten. Sie tat dies neben ihrer Lehrtätigkeit an der gewerk-

schaftsnahen Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik, neben der Forschungstätigkeit der Projektgruppe Automation und Qualifikation und neben der Mitarbeit in zwei Redaktionskommissionen des *Argument*.

Die Redaktionsversammlung hat ferner die Zusammensetzung der im Impressum aufgeführten *Ständigen Mitarbeiter* aktualisiert. Von den *Ständigen* wird erwartet, daß sie sich an der Planung der Zeitschrift beteiligen wie auch an ihrer Verbreitung; daß sie neue Mitarbeiter gewinnen und mit einer gewissen Regelmäßigkeit eigene Beiträge schreiben; vor allem sollen sie helfen, den Bündniskurs der Zeitschrift zu stützen angesichts der äußeren und inneren Zerreißproben, denen er unvermeidlich ausgesetzt ist.* Die *Ständigen Mitarbeiter* sind aber nicht verantwortlich für die einzelnen Beiträge, die in der Zeitschrift veröffentlicht werden; sie müssen sie nicht in jedem Fall billigen. Auch die Editorials, soweit sie ungezeichnet erscheinen, werden nur von der Redaktion kollektiv verantwortet, die sie auch mehr oder weniger kollektiv schreibt. Jedoch hat jeder *Ständige Mitarbeiter* jederzeit die Möglichkeit, seine Stellungnahme zu strittigen Fragen – auch in der Form von editorialartigen Beiträgen – zur Geltung zu bringen, wenn er anders Abweichungen im Bündniskurs der Zeitschrift sieht. Insgesamt verkörpern die *Ständigen Mitarbeiter* ein breites Spektrum unterschiedlicher Positionen; das gemeinsame Interesse an einem wissenschaftlichen Diskussionszusammenhang, wie das *Argument* ihn darstellt, führt sie hier zusammen. Sie setzen sich grundsätzlich dafür ein, daß auch von ihrer eigenen Position abweichende Auffassungen veröffentlicht und öffentlich erwidert werden können.

Folgende Mitarbeiter wurden hinzugewählt und haben die Wahl auch angenommen:

Der Politologe Detlev Albers, derzeit Konrektor der Universität Bremen; der Politologe Klaus Fritzsche aus Gießen; der Soziologe Werner Goldschmidt, Dozent an der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik; der Historiker Heiko Haumann aus Freiburg; der in Paderborn lehrende Sozialwissenschaftler Arno Klönne; der Ökonom Wolfgang Pfaffenberger von der Universität Oldenburg; der Verfassungsrechtler Helmut Ridder von der Universität Gießen, Herausgeber der Zeitschrift *Demokratie und Recht*. Thomas Metscher wird aus der Redaktion ausscheiden und wieder den *Ständigen Mitarbeitern* beitreten, da er zeitlich nicht mehr in der Lage war, die Arbeit in der *Gulliver*-Redaktion mit der Mitarbeit in der *Argument*-Redaktion zu verbinden.

Wir danken Wilhelm Alff, der seinen Namen jahrelang zur Verfügung gestellt hat, nun aber ausscheidet; da sich herausgestellt hat, daß er zeitlich nicht in der Lage ist, die Funktionen eines *Ständigen Mitarbeiters* auszufüllen.

Nach fast 8 Jahren ständiger Mitarbeit, die immerhin zur Produktion von 3 Sonderbänden (70, 75 und AS 32) geführt hat, ist auch Lars Lambrecht aus dem Kreis der *Ständigen Mitarbeiter* ausgeschieden. Er wird weiterhin die Rezensionenabteilung Geschichte betreuen und bat uns, folgende Erklärung abzudrucken: »Ich bin am 6. 3. 79 auf eigenen Wunsch als »Ständiger Mitarbeiter« zurückgetreten. Ich halte mich vorerst noch bereit, die Redaktion bei der wissenschaftlichen Entwicklung empirischer Forschungsprojekte in den Sozial- und Geschichtswissenschaften, und insofern diese Forschungsergebnisse in den laufenden Heften der Zeitschrift publiziert werden, zu beraten.« Wir bedauern es, daß Lars Lambrecht nicht mehr so intensiv wie früher im *Argument* arbeitet, da er sich mehr als andere auch für Fragen der Verbreitung der Zeitschrift und den Aufbau einer Kommission (für Geschichte) eingesetzt hat.

* Zu den Schwierigkeiten der Bündnis-Linie des *Argument* unter den Bedingungen der Spaltung der Linken und eines wachsenden Drucks von rechts vgl. das Editorial zu *Argument* 115: Redaktionspolitik im Widerspruch, S. 335 ff.

Planungskonferenz: Am 28. 4. 79 fand, nach regionalen Treffen in Hamburg und Frankfurt im Januar des Jahres, in Hannover eine Planungskonferenz statt, auf der Mitarbeiter und Kreditgeber des *Argument*, die Redaktion und Vertreter der Redaktionskommissionen über die längerfristige Arbeit berieten. Es wurde beschlossen, solche Konferenzen halbjährlich durchzuführen, bei denen diejenigen zusammenkommen, die Vorschläge zur Festlegung von inhaltlichen Prioritäten und zur Verbreitung oder finanziellen Unterstützung des *Argument* haben, und die dort von der Redaktion über den Stand der Arbeit und über die ökonomische Lage informiert werden. Der Kreis soll ergänzt werden, um ein politisch und fachwissenschaftlich repräsentatives Spektrum von Mitarbeitern zu gewinnen. Das nächste Treffen ist am 13. 10. in Neuerkerode b. Braunschweig; Interessenten werden gebeten, sich mit der Redaktion in Verbindung zu setzen.

Fachberichte: Ein erstes Ergebnis der Hannoveraner Planungskonferenz ist die Absicht, in Zukunft regelmäßig Fachberichte zu bringen, die in bestimmte Fächer oder Fachgebiete einführen und eine Literaturübersicht geben; sie sollen orientierenden Wert für Studium und Lehre haben. Später können sie in Studienhefte aufgenommen werden.

Jura: Wir geben den Versuch auf, eine Rezensionsabteilung »Jura« zu führen, da ihre fachjuristische Füllung für die Mehrzahl unserer Leser zu speziell wäre. Die demokratietheoretisch und rechtsphilosophisch bzw. -soziologisch interessanten Titel sollen weiterhin besprochen werden, jedoch integriert in die entsprechenden Abteilungen (Soziale Bewegung und Politik, Philosophie, Soziologie usw.). Im Herbst wird ein *Argument-Studienheft (SH)* von Helmut Ridder erscheinen mit dem Titel: *Zur Ideologie der »streitbaren Demokratie«*. Das Heft soll eine Reihe (größtenteils bisher unveröffentlichter) Analysen zu verfassungs- und staatsrechtlichen Grundfragen enthalten, die fürs Begreifen der juristischen Aspekte der Berufsverbote und ihrer Abwehr vorausgesetzt sind.

Zwanzig Jahre Argument: Wie angekündigt fanden in vielen Universitäts-Städten Diskussionsveranstaltungen anlässlich des zwanzigsten Geburtstags der Zeitschrift statt. In West-Berlin sogar eine ganze Serie von Veranstaltungen, darunter ein Workshop über demokratische Musikkultur, eine Diskussion mit dem Wissenschaftssenator Glotz und Reinhard Kuhlmann vom DGB; demnächst folgt ein mehrtägiger Kongreß über alternative Lebensformen. Wir beabsichtigen, eine Werbroschüre mit Berichten über diese Veranstaltungen herauszubringen. Sie soll dem *Argument* helfen, den Weg zur neuen Studentengeneration zu finden, damit die vom »Ostermarsch« über die Studentenbewegung führende Entwicklung und Erfahrungsweitergabe nicht abreißt. Wir bitten, an der Verteilung dieser kostenlosen Broschüre mitzuwirken (einfach anfordern mit Angabe der gewünschten Menge und des vorgesehenen Verwendungszwecks).

Neuaufgabe des Argument-Sonderbands AS 5, Hanns Eisler: Vor zehn Jahren kannten nur wenige Eingeweihte Hanns Eisler. Erst Anfang der 70er Jahre tauchten in West-Berlin die ersten Eisler-Noten auf – und wurden gesungen. 1973 fand das Gründungskonzert des Hanns-Eisler-Chores statt – *Argument* fungierte dabei als Konzert-Agentur. Zwei Jahre später konnte – als Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern des Programmbeirats des Chores und unserer Redaktion – ein umfangreicher Sonderband erscheinen. Er enthält Studien zur Eisler-Rezeption, zu Eislers Entwicklung und Arbeitsweise, Analysen vor allem der wichtigsten Massenslieder und der »Neuen Deutschen Volkslieder« und nicht zuletzt drei Beiträge zur Aufarbeitung des tiefen Konflikts mit und in der SED über Eislers »Faustus«. An diesem Konflikt können heute exemplarisch Grundfragen marxistischer Kulturpolitik, des Verhältnisses zwischen Politik und Kunst sowie des Umgangs mit dem kulturellen Erbe diskutiert werden.

Das diesjährige Tübinger Songfestival ist Hanns Eisler gewidmet. Wir halten dies für eine außerordentlich wichtige Chance, für beide, für das Werk Hanns Eislers wie für die Songbewegung. Wir haben daher den seit einigen Monaten vergriffenen Band neu aufgelegt. Um den Band bezahlbar zu machen und das Risiko zu vermindern, haben wir ihn aufs heutige Taschenbuchformat unsrer AS-Reihe verkleinert. Da *Der Streit um Hanns Eislers »Faustus«* inzwischen als *Studienheft (SH 8)* getrennt erschienen ist, konnten wir den Band um diesen Teil sowie um die Bibliographie (die inzwischen ergänzt werden mußte) auf 235 Seiten kürzen und zum Preis eines normalen AS-Bandes herausbringen.

An alle Lehrenden in Universitäten und Schulen An alle Arbeitskreise

Wenn Sie jetzt Ihre Pläne für das Winterhalbjahr machen, denken Sie daran, daß im *Argument*-Verlag speziell für Arbeitsgruppen und Seminare *Studienhefte* erschienen sind. In ihnen sind Texte mit *einführendem*, mit *Übersichts-* oder *Diskussionscharakter* zusammengetragen. Wir haben uns bemüht, die Preise so gering wie möglich zu halten und gewähren bei Sammelbestellungen von mehr als 10 Exemplaren einen zusätzlichen Rabatt von 20%.

Noch ist unsere Studienheftreihe – die kleine *Argument*-Bibliothek – nicht sehr bekannt. Wir bitten Sie hiermit, nicht nur zur Verbreitung dieser Konzeption, einer Tradition *Kritischer Universität* beizutragen, sondern zugleich auch, uns bei weiteren Plänen zu beraten, selber Wünsche für Seminartexte anzumelden.

Wir veröffentlichen die Studienhefte 2mal jährlich; jeweils ca. 10 Hefte in einer vorläufigen Auflage von je 2000 Exemplaren. Bisher erschienen 31 Nummern. Die Hefte enthalten überwiegend Nachdrucke, viele aus vergriffenen *Argumenten*, zum Teil auch sonst nicht mehr verfügbare, jedoch wichtige Texte aus anderen Zeitschriften oder Büchern, die einen Diskussions- und Erfahrungszusammenhang aufrechterhalten helfen; außerdem aktuelle Analysen. Die vollständige Liste der bisherigen Studienhefte finden Sie auf der dem *Argument 116* beiliegenden Bestellkarte.

Planen Sie zum Beispiel einen *Arbeitskreis über Hochschulreform* und Ihre Feinde, werden Sie die exemplarischen Analysen in *SH 22* und *SH 31* unbedingt brauchen.

SH 22 »Die NoFU – Arbeitsweise der Rechtskräfte an der Uni« (5,- DM) ist Analyse und Dokumentation der politischen Aktivität rechter Hochschullehrer, die die bisherige Hochschulreform wieder rückgängig machen wollen und dies zum Teil schon mit Erfolg taten. NoFU heißt dabei Notgemeinschaft für eine freie Universität und ist die Berliner Dependence des westdeutschen BuF (Bund Freiheit der Wissenschaft). Die NoFU schreibt im FU-Info (6/79) zu unserem Studienheft: »In dem »Studienheft« selbst, von prominenten Gegnern der Notgemeinschaft herausgegeben, wird die Notgemeinschaft heftig angegriffen, aber sie kommt doch durch Wiedergabe von Redebeiträgen bei einer Veranstaltung im Henry-Ford-Bau der FU zu Wort – auf etwa einem Drittel der Seiten – so daß sich ein Leser des »Studienhefts« selber ein Bild über die Ziele und die Arbeit der Notgemeinschaft machen kann.«

SH 31 »Kampf um die Köpfe« (4,- DM) verarbeitet die Restauration der alten Universität auf andere Weise. An der vom Staat durch den Wissenschaftssenator Glotz vollzogenen zwangsweisen Teilung des Fachbereichs für Philosophie und Sozialwissenschaften an der FU Berlin gegen die überwältigende Mehrheit der Universitätsmitglieder wird die Leistung dieses Fachbereichs, sein Modellcharakter für eine zukünftige Universität noch einmal dargestellt und dokumentiert.

Die Geschichte, das Grund- und Projektstudium, die Eingriffe der Rechtskräfte werden vorgestellt. Herausgeber dieses Studienhefts sind die Kräfte an der Universität, die Hochschulreform tragen können: der Bund demokratischer Wissenschaftler (BdWi); die Aktionsgemeinschaft von Demokraten und Sozialisten (ads); die Juso-Hochschulgruppe; der Liberale Hochschulverband und Studentenvertreter.

Zusätzlich sei *SH 30* empfohlen mit dem Titel »*Studentenbewegung – und was danach?*« (5,- DM), in dem ergänzend zu den »klassischen« Texten aus der Hochzeit der Studentenbewegung von Herbert Marcuse und Wolfgang Abendroth, 2 Texte aus der Aufbauzeit des Spartakus von Gerken und Kievenheim abgedruckt sind sowie zwei neuere Aufsätze von Helmut Gollwitzer. Sie alle beschäftigen sich mit Möglichkeiten und Perspektiven studentischer Politik.

Planen Sie ein *Seminar zum Faschismus?*

Wir haben inzwischen unsere gesamte im *Argument* geführte Faschismusdiskussion, an der die wichtigsten Positionen teilnahmen, in Studienheften zusammengefaßt, nachdem alle unsere frühen Faschismushefte trotz mehrfacher Nachauflagen total vergriffen sind.

SH 6: Zum Primat von Politik oder Ökonomie diskutieren Tim Mason, Eberhard Czichon, Dietrich Eichholtz und Kurt Gossweiler (4,50 DM)

SH 29: Über Faschismus und Bonapartismus schreiben K.H. Tjaden und R. Griepenburg; während Reinhard Kühnl und Reinhard Opitz kontrovers über den Stand der Faschismusforschung diskutieren (5,- DM).

SH 5: schreibt Wolfgang Abendroth zum Verhältnis von Faschismus und Antikommunismus; ein Text, der zur Einführung für Anfangssemester besonders geeignet ist (2,50 DM).

Bei einer *Einführungsübung in die Soziologie* wird die nach wie vor einflußreiche *Rollentheorie* sicher »eine Rolle spielen«. Grundlage für eine Kontroverse ist unser Diskussionsheft *SH 10*, in dem Vertreter unterschiedlicher Positionen aufeinander Bezug nehmen (Dreitzel, Fürth und F. Haug). Die Texte sind zudem leicht verständlich und für Anfangssemester geeignet (4,- DM).

Für *Übungen in den Literaturwissenschaften* machten wir den lange vergriffenen Grundlagen-Text von Werner Krauss wieder zugänglich: »*Literaturgeschichte als geschichtlicher Auftrag*« aus Sinn und Form, 1950 = *SH 28* (4,50 DM). In *SH 9* schreibt Thomas Metscher zur »*Kritik des literaturwissenschaftlichen Idealismus*« (2,50 DM), derselbe Autor schreibt in *SH 17* zu »*Ästhetik als Abbildtheorie*« (4,- DM); in *SH 19* faßten wir die literaturtheoretischen Beiträge von Bernd Jürgen Warneken und Klaus Dieter Lenzen über *literarische Produktion* zusammen (3,50 DM) und schließlich können Sie jetzt auch die Analysen über *Eulenspiegel*, *SH 20* (2,50 DM), (von W. F. Haug) und *Karl Valentin*, *SH 21* (4,50 DM), (A. Hauff) in einzelnen Studienheften erhalten.

Auch für *Seminare über Wissenschaft* (über bürgerliche oder über marxistische – *SH 1, 2, 3, 16* mit den Autoren Altvater, W. F. Haug, Herkommer, Holzkamp, Kofler, Wagner, Tomberg, v. Brentano), für *Sozialmedizin* oder *medizinische Soziologie* (*SH 11, 12, u. 23* von Wulff und Sigusch) oder zur *Schule* (*SH 13 und 14* mit den inzwischen klassischen Texten von Fürstenau und Heydorn und Koneffke) haben wir Studienhefte erstellt.

Für *Frauenstudium* eignet sich als Einführung *SH 15: Für eine sozialistische Frauenbewegung* (3,50 DM), in dem Frigga Haug Arbeiten zum Problem der Hausarbeit, zur »Rolle« der Frau, zum Feminismus sowie ein Szenarium zur Beziehung zwischen den Geschlechtern vorstellt.

Bestellen Sie – wegen des hohen Verschickungsaufwandes für uns – bitte mindestens 2 Hefte. Vielleicht lassen Sie am besten zunächst die ganze Reihe für sich oder an die Seminarbibliothek kommen zum »Prüfungs«- und »Einführungspreis« von 95,- DM (Vorteil: 26,- DM). Einzelne Exemplare erhalten Sie natürlich auch in einer unserer Depotbuchhandlungen, die auf der Umschlagseite von *Argument* verzeichnet sind.

Bestellungen an den *Argument-Vertrieb*, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65, Tel. 030/4 61 90 61.

Helmut Gollwitzer

Argument muß bleiben

Warum? Es gibt doch auch sonst einige lesenswerte Zeitschriften für sozialistische Theorie. Sie können aber *Argument* nicht ersetzen.

1. *Argument* vereinigt als älteste von diesen Zeitschriften die Traditionen der Ostermarsch-Bewegung, der Vietnam-Demonstrationen, der Studenten-Bewegung und der Neuen Linken.
2. *Argument* vereinigt die theoretischen Diskussionen der verschiedenen linken Gruppen zu einer gemeinsamen Diskussion über heutige sozialistische Theorie.
3. *Argument* vereinigt zur Weiterentwicklung der marxistischen Theorie die verschiedenen Tendenzen heutiger marxistischer Wissenschaft zu offener und kontroverser Aussprache.
4. Ohne *Argument* zerfällt die sozialistische und marxistische Diskussion im deutschen Sprachbereich in isolierte Positionen, die sich gegeneinander abkapseln.
5. *Argument* verhindert durch Selbstkritik und Diskussion unfruchtbare Selbstbestätigung und dient dadurch der ständigen Erneuerung marxistischen Denkens.

Darum muß *Argument* bleiben.

Aufruf des Argument-Förderkreises

Das *Argument* ist in den roten Zahlen.

Der Verlag hat mit einschneidenden Maßnahmen versucht, die Kosten zu verringern: Produktion und Auslieferung wurden von Karlsruhe nach Berlin verlagert. Zahlreiche *Argument*-Mitarbeiter haben ihre Werbetätigkeit verstärkt, um neue Abonnenten zu gewinnen. Zugleich bemüht sich die Redaktion um eine verbesserte Planung der Inhalte. Dennoch bleibt die finanzielle Lage äußerst labil.

In dieser Situation rufen wir zur Bildung eines *Argument*-Förderkreises auf. Einzelne haben dem *Argument* durch Darlehen geholfen. Dies reicht jedoch nicht aus, um der Zeitschrift den Rücken zu stärken. Notwendig ist eine kontinuierliche Aktion. Wir appellieren an alle, die das *Argument*, »eine wissenschaftliche Zeitschrift mit Pluralität marxistischer und anderer progressiv-sozialkritischer Positionen« (Editorial zu *Argument* 107), für wichtig in diesem Land halten: Tretet dem Fördererkreis bei!

Jeder Förderer verpflichtet sich, regelmäßig einen Betrag eigener Wahl¹ auf das Konto des *Argument*-Verlages zu überweisen. Der *Argument*-Verlag verpflichtet sich allen Förderern gegenüber, sie regelmäßig über die Finanzen und die Verlagspolitik zu informieren.

Wolfgang Abendroth, Frankfurt/M.

Helmut Gollwitzer, Berlin/West

Heiko Haumann, Freiburg

Helmut Ridder, Gießen

Den Erstunterzeichnern haben sich bisher angeschlossen:

Detlev Albers, Hansgeorg Conert, K. H. Tjaden, Wolfgang Pfaffenberger, Klaus-Dieter Lenzen, Dorothee Löber, Erich Wulff, Dieter Herms, Norman Paech, Helga und Hans-Ulrich Deppe, Jutta Held, Baber Johansen, Frank Deppe, Arno Klönne, Dieter Boris, Klaus Holzkamp, Ute H.-Osterkamp, Josef Schleifstein, Dieter Läßle

¹ Erwünscht sind – je nach beruflicher Situation – monatliche Beiträge ab 5,- DM (die selbstverständlich auch in größeren Abständen zusammengefaßt überwiesen werden können).

Paul Joseph

Reform und Konterrevolution: Die Vereinigten Staaten und die internationale Ökonomie*

Im folgenden sollen drei miteinander verknüpfte Sachverhalte untersucht werden:

Erstens: wächst oder schwindet die Stärke des US-Imperialismus? Welches sind die jüngsten Entwicklungen, die die Kontrolle der Weltwirtschaft durch die USA fördern oder unterminieren?

Zweitens: Sind die Arbeiter in diesem kapitalistischen Zentrum durch imperialistische Errungenschaften korrumpiert, oder hat die sich vertiefende ökonomische und politische Krise die politische Koalition erschüttert, die die imperialistische Expansion seit dem 2. Weltkrieg unterstützt hat?

Drittens: Wie sah die Antwort der US-amerikanischen Kapitalistenklasse auf Vorschläge blockfreier Nationen zur Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung aus? Die Beantwortung dieser Frage muß die politischen Faktoren berücksichtigen, die die kapitalistische Planung für die unmittelbare Zukunft der internationalen Wirtschaft bestimmen.

US-Imperialismus

Die Periode 1968–1973 veränderte die Hegemonie der Vereinigten Staaten qualitativ, ohne sie jedoch zu erschüttern. Die Niederlage in Südostasien, die Goldkrise – gefolgt von der Dollarabwertung –, zunehmender Wettbewerb mit Japan und Europa und der beträchtliche Anstieg des Ölpreises zwangen zu einem vergleichsweise tiefgreifenden Anpassungsprozeß. Hat dieser Prozeß die Kontrolle der Vereinigten Staaten auf einer neuen, stärkeren Basis fortbestehen lassen, oder sind neue Risse, neue Brüche in einem System zu erkennen, dessen Grundlage bis auf den Kern verrottet ist?

Für die These der Festigung der Hegemonie der USA über die kapitalistische Weltwirtschaft wird folgendermaßen argumentiert: Die militärische Niederlage in Südostasien war nur vorübergehend, und in gewisser Weise ebneten diese Geschehnisse nur den Weg für eine Neuordnung der militärischen Kräfte und für die Schaffung einer mobilen, kurzfristig interventionsbereiten Armee. Die Versuche vor zwei oder drei Jahren, bestimmte nukleare als »taktische« Waffen umzudefinieren – mit der Möglichkeit lokal begrenzten Einsatzes, etwa in Vietnam oder Korea – dienen auch als Beispiel neuer Militärstrategien mit dem Ziel, sozialistischen Kräften international entgegenzuwirken, ohne die Sowjetunion direkt in die Konflikte zu verwickeln. Die Vereinigten Staaten kontrollieren nach wie vor internationale Finanzgesellschaften, wie die erfolgreiche Destabilisierung der Allende-Regierung auf so beeindruckende Weise bescheinigt. Tatsächlich wachsen für Industrie- und Finanzkapital die Anteile in Übersee aufgehäufter Profite. Die USA haben den Nationalismus in der Dritten Welt, der zu Beginn der siebziger Jahre als Bedrohung erschien, erfolgreich in wirtschaftliche Abkommen kanalisiert, die ihnen sowohl größere gesellschaftliche Kon-

* Vortrag, gehalten auf der Konferenz »Sozialismus und Entwicklungsländer« in Cavtat, Jugoslawien, September 1978 (geringfügig gekürzt). Übersetzung von Wolfgang Müller.

trolle als auch höhere Profite bringen und die Integration kapitalistischer Ökonomie unter die US-Hegemonie fördern. In dieser Hinsicht dient die OPEC nunmehr als loyaler Juniorpartner, der den großen Dollarzufluß in abgesicherte Reinvestmentmodelle umleitet. Als von Klassenkämpfen am stärksten verschontes Land genießen die Vereinigten Staaten die nahezu exklusive Stellung, keine »in der Arbeiterklasse verankerte« politische Partei zu haben. Sogar die Gewerkschaften liegen im Sterben, gezeichnet von ideologischer Armut. Selbst Arbeitslosenraten, die bei 8% liegen, haben nicht vermocht, die Arbeiterklasse aus ihrer gegenwärtigen Lethargie zu reißen. Dies erlaubt der Kapitalistenklasse der USA, die Kosten ihrer Expansion an andere führende kapitalistische Länder und die Dritte Welt weiterzugeben. Die USA sind nicht so abhängig von Rohstoffen wie Japan oder Europa, der Wettbewerb in diesem Bereich charakterisiert weit mehr die Beziehungen innerhalb Europas als etwa die zwischen EG und den Vereinigten Staaten, und letztere sind in viel stärkerem Maße in der Lage, aus ihren militärischen und politischen Beziehungen zu den loyalen Regierungen der »Entwicklungsländer« Kapital zu schlagen als Europa oder Japan. Vor allem Japan leidet unter Schwächen in bestimmten Technologien und sieht sich mit der Konkurrenz der USA in entscheidenden, bis vor kurzem durch Zölle geschützten Industrien konfrontiert. Japan ist durch seine Abhängigkeit von ausländischem Öl und amerikanischen Lebensmitteln viel stärker verwundbar.

Trotz der unbestreitbaren Relevanz vieler der genannten Argumente ist meine Schlußfolgerung, daß die internationale Stellung der USA heute wesentlich schwächer ist als zu irgendeinem Zeitpunkt der Nachkriegszeit. Hierfür gibt es mehrere Gründe, deren wichtigster das Ausmaß der Krise des internationalen Systems ist. In der Tat ist es in gewisser Hinsicht nicht mehr möglich, von einem System als solchem zu reden. Es ist sinnlos, an einen unmittelbar bevorstehenden Untergang zu denken, aber es gibt annähernd einen Konsens darüber, daß die leichte Erholung des letzten Jahres keine entscheidende Lösung gebracht hat. Die bekannten Probleme bestehen nach wie vor, oberflächlich von Regierungsstatistiken kaschiert. Ein Beispiel: Die Arbeitslosenziffer in den USA ist nicht ganz so hoch wie vor drei Jahren. Aber sie liegt noch über 6%, d. h. fast zehn Millionen sind ohne Arbeit. Mit der seit kurzem wieder steigenden Inflation ist erneut mit der Zunahme von Arbeitslosigkeit zu rechnen.

Auf ähnliche Weise waren Zeichen der Erholung in den Gesamtwachstumsraten verschiedener kapitalistischer Ökonomien feststellbar, besonders im Vergleich zu denen der Konjunkturkrise von 1973–1975. In diesem Zeitraum fiel die Produktion der Vereinigten Staaten um 9%, die Japans um 14% und die der europäischen Länder um ca. 10%. In den letzten beiden Jahren trat in diesen Ländern eine gewisse Stabilisierung ein, das vorherige Niveau wurde aber nicht wieder erreicht.¹

Die Vereinigten Staaten bleiben die stärkste kapitalistische Macht. Aber sie herrschen nicht mehr durch das Abkommen von Bretton Woods, das alle anderen Handelsnationen dazu anhielt, den Dollar wie Gold zu behandeln. Seit einiger Zeit hat die kapitalistische Welt kein stabiles monetäres System mehr. Die jüngsten Fluktuationen der Wechselkurse, besonders die des Dollar, erschweren langfristige internationale Planung und Anleihen. Die kapitalistische Presse beklagt die Unfähigkeit kürzlich abgehaltener Wirtschaftsgipfel in Puerto Rico, Jamaica und Frankreich, Strategien zu entwickeln, die möglicherweise langfristige Lösungen bieten könnten. Tatsächlich darf die neue Ideologie solche Erwartungen erst gar nicht aufkommen lassen. Protek-

tionismus und Konkurrenz kennzeichnen die Beziehungen zwischen den kapitalistischen Mächten viel mehr als Koordination und gemeinsame Planung.

Vor zwei Jahren schienen mehrere unterentwickelte Länder am Rande des Bankrotts zu stehen. Zwar sind einige Justierungen bezüglich ihrer unmittelbaren Liquiditätsprobleme vorgenommen worden, es glaubt aber keiner, daß die organischen Ursachen für die Verschuldung der Dritten Welt ernsthaft angegangen wurden. Wie noch gezeigt werden wird, ist die Furcht, daß ein oder zwei Konkurse in der Dritten Welt auf das Finanzzentrum des kapitalistischen Systems selbst zurückschlagen, weit verbreitet.

In den Vereinigten Staaten ist die Hauptstrategie, nämlich die der Stützung gesamtwirtschaftlicher Nachfrage, nicht mehr am Leben zu halten. Ich meine den »Militärkeynesianismus«. Während der fünfziger und frühen sechziger Jahre machten die Militärausgaben nahezu 10% des Bruttosozialprodukts aus, einer besonders in Friedenszeiten ausreichenden Summe, um den Rest der Wirtschaft anzukurbeln. Die Ausgaben im militärischen Bereich steigen weiter. Neue Waffensysteme offenbaren Washingtons Strategie gegenüber Versuchen, aus dem kapitalistischen System auszuweichen. Aber das Militärbudget sinkt relativ zum Brutto-Sozialprodukt, und eine Anhebung von fünf oder gar zehn Milliarden Dollar hat wenig Wirkung auf eine Wirtschaft, deren Gesamtumfang nahezu zwei Billionen Dollar erreicht.

Inzwischen haben die Kosten der Militärausgaben viele der bisherigen Stärken der US-Wirtschaft unterminiert. Verhältnismäßig geringe Geldmittel werden für zivile Forschung und Entwicklung bereitgestellt. Große Teile des Produktionsinventars sind veraltet und kaum geeignet, mit den neueren europäischen und japanischen Technologien zu konkurrieren. Die Militärausgaben haben die Wirtschaft der besten Wissenschaftler und technischen Mittel beraubt. Der Produktivitätsanstieg in den USA hinkt hinter jeder anderen kapitalistischen Macht her (Vgl. Tabelle 1). Hier ein jüngstes Beispiel für diesen Trend: Der Wert der US-Importe für Werkzeugmaschinen und Produktionsanlagen liegt bereits über dem der vielzitierten Olimpote.

Ich möchte thesenhaft auf eine andere Schwäche des US-Imperialismus hinweisen. Ich glaube, daß die Periode des Aufstandes, besonders die militanten Aktionen der Farbigen, ein Erbe hinterlassen hat, das von den progressiven und sozialistischen Kräften in der heutigen Welt angetreten werden kann. Ich denke dabei besonders an die Rolle Andrew Youngs, des Gesandten der Vereinigten Staaten bei den Vereinten Nationen. Einerseits kann die Rolle Youngs als Teil der Carterschen Anstrengungen zur Gewinnung einer Wählerschaft, die seine Präsidentschaft garantiert, erklärt werden. Letztendlich bekundet Young seine Unterstützung für das kapitalistische System, und das wahre Ziel seines Amtes ist zu verhindern, daß revolutionäre Bewegungen an die Macht kommen. Andererseits war Young bei der Schaffung gewisser Manövrierfähigkeiten und -räume, besonders im südlichen Afrika, nützlich. Eben dafür hat er sich den Zorn des außenpolitischen Establishment der USA zugezogen. Young handelt nicht isoliert. Er repräsentiert, wenn auch zugegebenermaßen in reduzierter und verzerrter Form, die Bewegungen der sechziger und frühen siebziger Jahre. Aber das Ergebnis ist ein gewisser Grad von Freiheit, mit dem sich Angola nach einem schweren Bürgerkrieg neu formieren und mit dem sozialistischen Aufbau beginnen kann, und die SWAPO ihren demokratischen Willen gegen die illegale südafrikanische Kontrolle zu artikulieren vermag. Die Zeit wird lehren, ob eine neue Periode des Aktivis-

mus in den Vereinigten Staaten diese Bewegungsfreiheit erweitern wird oder ob es Rückschläge gibt.

Die Rolle der Arbeiterklasse der Vereinigten Staaten

Wie sieht die Antwort der Arbeiterklasse der USA bezüglich der Revolutionen in der Dritten Welt und möglicher Reformen des internationalen Kapitalismus aus? Was ist mit Lenins Begriff der »Arbeiteraristokratie«, besonders mit der Behauptung, daß ein Teil der Arbeiterklasse in den führenden imperialistischen Ländern revolutionäre Vorhaben aufgrund materieller Privilegien vernachlässige, die sie gemeinsam mit der Kapitalistenklasse aus der Ausbeutung der unterentwickelten Welt gewinnen; daß Kapitalisten und Arbeiter sich folglich den in der Peripherie der Weltwirtschaft geschaffenen Mehrwert aneignen; daß die Arbeiteraristokratie wesentlich mehr Lohn erhält und durch ihre Dominanz in der Gewerkschaftsbewegung diese in eine reformistische, sogar konservative Richtung drängt; daß die Arbeiterklasse von nationalem Chauvinismus, Protektionismus und defensivem Trade Unionismus vergiftete Positionen einnimmt? – Lenins These wurde durch neuere Theoretiker erweitert. Sie behaupten, die *gesamte* Arbeiterklasse, also nicht nur eine einflußreiche Minderheit, sei durch die imperialistischen Errungenschaften bestochen worden. Folglich sei die Arbeiterklasse »morsch« geworden, sie könne nicht mehr als eigentliche Arbeiterklasse verstanden werden und einer westlichen Revolution müsse ein »Reproletarisierungsprozeß« vorausgehen; eine wirkliche Klassenkonfrontation könne nur im Weltmaßstab stattfinden.

Ohne die Möglichkeit abstreiten zu wollen, daß relativ kleine Teile der US-amerikanischen Arbeiterklasse materiell privilegiert sind und diesbezüglich für sie in gewisser Hinsicht die klassische leninsche Formel zutrifft, ist die Arbeiteraristokratie-These in theoretischer, historischer, empirischer und politischer Hinsicht irreführend. Zu bedenken ist folgendes: Während die historischen Bedingungen, die Eric Hobsbawm untersuchte², sich völlig von den heutigen unterscheiden, hat er für England im 19. Jahrhundert nachgewiesen, daß die innenpolitische und internationale Kapitalexpansion real die Arbeiteraristokratie reduzierte. Es könnte eingewendet werden, daß Hobsbawms Untersuchung Handwerker betraf, eine Schicht also, die für die heutigen USA weniger relevant ist. Doch innerhalb der Vereinigten Staaten sieht sich ein Großteil der Arbeiterklasse – außer der Stagnation der Reallöhne und zunehmender Arbeitsplatzunsicherheit – mit einer allgemeinen Tendenz zur Reorganisation der Arbeit konfrontiert, und zwar derart, daß die Möglichkeit, Autonomie und fachliche Fertigkeiten zu entwickeln, systematisch ausgehöhlt wird. Durch wissenschaftliches Management werden ehemals höheren Status und Privilegien genießende Berufsgruppen durch geringer qualifizierte ersetzt. Viele Angehörige der Kopfarbeiter-, Facharbeiter- und Technikerschicht in der Arbeiterschaft sehen sich Arbeitsbedingungen gegenüber, die denen der Produktion im engeren Sinne entsprechen. Dieser Prozeß reflektiert den Versuch des Kapitals, die absolute Mehrwerttrate zu erhöhen, eine Tendenz, die unabhängig von den Beziehungen zwischen dem Zentrum und der Peripherie auftritt.

Es ist schwierig, einen direkten Bezug von US-Investitionen und höheren Löhnen sowohl für die gesamte als auch für einen bestimmten Teil der Arbeiterklasse herzustellen. Generell verliert die Arbeiterklasse der USA durch den Imperialismus. Bei

striker Dollarkalkulation haben die Kosten zur Aufrechterhaltung der Verpflichtungen dieser Weltmacht stetig zugenommen. Schätzungen haben ergeben, daß höhere Steuern für den immensen Militärapparat, Ausfälle in möglichen Leistungen des Staates zur Hebung des Lebensstandards (z. B. haben die USA noch keine gesetzliche Krankenversicherung) und ein durch Verlagerung der Produktion multinationaler Gesellschaften nach Übersee reduzierter Arbeitsmarkt den amerikanischen Arbeiter jährlich nahezu eintausend Dollar kosten.

Man könnte einwenden, daß die Arbeiteraristokratie in den von der imperialistischen Expansion am ehesten profitierenden Industrien und Berufszweigen weiterhin existiert. Jedoch konnte eine kürzlich durchgeführte, bisher unveröffentlichte Studie von Al Szymanski und Peter Dreier den vermuteten Zusammenhang zwischen den von Profitrückführung aus ausländischen Kapitalanlagen begünstigten Industrien und höheren Löhnen nicht bestätigen (vgl. Tabelle 2). Szymanski und Dreier legten Statistiken des *U. S. Census of Manufacturers* und *Special Reports on Different Industries* zugrunde und konnten so das durchschnittliche Jahreseinkommen von Fabrikarbeitern (die direkt an Maschinen arbeiten), von Facharbeitern (die allgemein höher qualifiziert sind, obwohl dies nicht immer zutrifft), den Prozentsatz von Produktionsarbeitern in den Gewerkschaften und Ausfallzeiten durch Streiks (ihre abhängige Variable) in siebzehn wichtigen Industriezweigen mit der Höhe zurückgeführter Profite aus Ländern der Dritten Welt (ihre unabhängige Variable) in Beziehung setzen. Zu ihrer Überraschung deuteten die einfachen Korrelationen kaum auf einen Bezug zwischen den Variablen hin (ersichtlich in der »Nullstellung« in Tab. 2). Unterschiedliche abhängige Variable wurden benutzt, um zu berücksichtigen, daß unterschiedliche Methoden der Operationalisierung des Arbeiteraristokratie-Konzepts zu unterschiedlichen Ergebnissen führen würden. In diesem Fall konnte kein Faktor, auch nicht das Einkommen verschiedener Arbeiterschichten und die an Gewerkschaftszugehörigkeit oder Streiks gemessene Militanz, mit dem Profitfluß aus Entwicklungsländern verbunden werden. Um die Kontrolle der Faktoren, die Einkommen oder Gewerkschaftsmitgliedschaft unabhängig von der Stellung der Industrie in der Weltwirtschaft berühren könnten, noch zu verstärken, benutzten die Autoren drei Kontrollvariable: Anzahl der Arbeiter pro Betrieb, Monopolisierungsgrad (Absatz der vier größten Firmen in %) und den Betrag investierten Kapitals pro Arbeiter. Nur in einem Fall (Kapital pro Arbeiter) konnte ein statistisch signifikanter Zusammenhang bestätigt werden. Nach Kombinierung aller drei Kontrollvariablen mußten Szymanski und Dreier zu dem Schluß kommen, daß, wenn überhaupt, ein leicht *negativer Bezug* zwischen rückgeführten Profiten und dem Jahreseinkommen von Fabrikarbeitern und Handwerkern besteht. Anders ausgedrückt: es gab keinen Hinweis darauf, daß Arbeitereinkommen in den Industrien, in denen die Aneignung von in Übersee produziertem Mehrwert am wahrscheinlichsten ist, höher waren. Durch Streiks verlorene Zeit ist zugegebenermaßen nur ein grober Maßstab für Arbeitermilitanz; jedoch könnte man nach der Theorie der Arbeiteraristokratie durchaus erwarten, daß Arbeiter in Industrien mit größerem überseeischem Investment konservativer und weniger bereit sein würden, Unterbrechungen des Surplusflusses in ihre Richtung zu riskieren. Aber die erwartete negative Korrelation zwischen durch Streiks verllorener Zeit und zurückfließendem Einkommen konnte nicht bestätigt werden.

Man könnte annehmen, daß Arbeiter in den die Dritte Welt am stärksten ausbeu-

tenden Wirtschaftszweigen konservativ wären. Dieses ist aber nicht der Fall. Es gibt keine Bezugspunkte zwischen Arbeitern in Industrien, die den größten Anteil an überseeischen Investitionen haben, und einer Vielzahl politischer Fragestellungen, die von der Freiheit anderer Völker, eine sozialistische Regierung zu wählen, über bürgerliche Rechte für Kommunisten in den USA selbst, bis hin zur Haltung gegenüber der chinesischen Regierung und Militärausgaben reichen (vgl. Tabelle 3). Die Annahme, daß Arbeiter, die angeblich durch ihre Position die Dritte Welt ausbeuten, auch am konservativsten in ihren politischen Anschauungen sind, wird durch keinen Beweis gestützt. Mit anderen Worten: die These von der Arbeiteraristokratie wird weder in ihrem ökonomischen noch in ihrem politischen Aspekt bestätigt.

Was wird die Antwort der Arbeiterklasse der USA auf nachdrückliche Versuche unterentwickelter Länder sein, durch Revolutionen aus dem imperialistischen System auszubrechen? Alles weist darauf hin, daß die Arbeiterklasse nicht die konterrevolutionären Kräfte anführen wird. Es gibt einiges, was die von mir vertretene Position unterstützt. – Die angebliche Unterstützung der Arbeiterklasse für den Korea- und Vietnamkrieg wird häufig zur Illustration der Arbeiteraristokratiethese aufgeführt. Produktionsarbeiter sollen eine Verlängerung des Vietnamkrieges durchgesetzt, gegen den Krieg Demonstrierende – oft bis zur Anwendung physischer Gewalt – bekämpft und höhere Verteidigungskosten zur Schützung ihres »Imperiums« gefordert haben. Aber auf dem Höhepunkt des Krieges in Vietnam war die Wahrscheinlichkeit doppelt so groß, daß die *Arbeiterklasse* für einen Rückzug der amerikanischen Truppen eintrat als andere in höheren sozialen Stellungen. Sowohl in Korea als auch in Vietnam war die Unterstützung für die Intensivierung des Krieges in Berufs- und Einkommensgruppen gehobeneren Status größer (vgl. Tabelle 4). Im Gegensatz zum 2. Weltkrieg nahmen Ablehnung, Kritik am Präsidenten und Umgehen des Militärdienstes während dieser beiden Kriege (klassische Beispiele imperialistischer Einmischung) zu. Die amerikanischen Streitkräfte in Vietnam rekrutierten sich hauptsächlich aus der Arbeiterklasse. Trotzdem stiegen Berufungen gegen I-A-Einstufung (die Wahrscheinlichkeit des Einsatzes in Gefechtspositionen war dort am größten) von nur vier pro Tausend 1965 auf über 102 pro Tausend 1968. Im Gegensatz dazu fiel die Anzahl derartiger Anträge während des 2. Weltkrieges von 28 pro Tausend 1942 auf weniger als 3 pro Tausend 1945 (vgl. die Abbildungen 1–3).³ Im Grunde waren die US-Truppen in Vietnam seit 1969 keine effektiven Kampfgruppen mehr.

Für die Kapitalistenklasse der Vereinigten Staaten sind die Implikationen des Vietnam-Debakels tiefgreifend. Momentan sind ihre Möglichkeiten, amerikanische Truppen in Übersee intervenieren zu lassen, begrenzt. Als beispielsweise 1968 gefordert wurde, die USA sollten alle nötigen Schritte unternehmen – eingeschlossen den Einsatz der Streitkräfte – um die Verbreitung des Kommunismus zu verhindern, gab es in der amerikanischen Bevölkerung doppelt soviel Zustimmung wie Ablehnung. 1976 waren die Meinungen etwa geteilt (vgl. Tabelle 5). Nach der Befreiung Vietnams glaubten mehr Amerikaner daran, daß eine direkte Einbeziehung in einen Landkrieg in Südostasien überhaupt nicht hätte eintreten dürfen, als etwa anzunehmen, die militärischen Kräfte hätten verstärkt werden müssen, um den Krieg zu gewinnen. (Vgl. Tabelle 6) Das Beispiel der Dominikanischen Republik fällt als Möglichkeit weg. Vietnam hat das politische Bündnis zwischen Arbeiterschaft, liberalen Intellektuellen und Demokratischer Partei, das alle Formen des Imperialismus – inklusive des militärischen – seit dem 2. Weltkrieg unterstützte, geschwächt.

Sicherlich gibt es verschiedenste Versuche, die jetzigen Restriktionen des Einsatzes der Streitkräfte zu durchbrechen. Die Luftbrücke der Vereinigten Staaten zur Unterstützung der Intervention französischer und belgischer Truppen in Zaire ist in dieser Hinsicht bedenklich. Es wäre unverantwortlich anzunehmen, daß eine immer noch »unpolitische« öffentliche Meinung in den USA militärische Eingriffe wirksam und dauerhaft hemmen würde. Die politische Situation in den Vereinigten Staaten bleibt weiterhin durch verschiedene Strömungen mit widersprüchlichen Impulsen bestimmt. Aber die einfache Annahme der Politik einer Arbeiteraristokratie reicht als Erklärung nicht aus.

Ein letztes möchte ich hinzufügen: Die theoretische Frage nach dem ungleichen Austausch zwischen Zentrum und Peripherie bleibt von entscheidender Bedeutung. Aber es gibt keine automatische Beziehung zwischen Mehrwertfluß und politischen Positionen. Viele historische Untersuchungen über Frankreich, England, Cuba und die USA haben gezeigt, daß es keine direkte Verbindung zwischen Überfluß und Radikalismus gibt. Andere den Klassenkampf bestimmende Faktoren sind: die kulturelle Hegemonie des Kapitals; das Ausmaß ethnischer und rassischer Ungleichheit; ein hoher Grad von geographischer Mobilität; Umwälzungen in der Arbeitsorganisation, die ein Bewußtsein von Gemeinschaft, Interessengleichheit sowie kollektives Selbstbewußtsein verhindern und damit die Fähigkeit, eine technisch fortgeschrittene Gesellschaft zu führen.

Ich habe die Haltungen der Arbeiterklasse der Vereinigten Staaten zu möglichen Revolutionen berührt. Ihre Haltung gegenüber der Möglichkeit einer grundlegenden Reform der internationalen Ökonomie sind unklarer und schwerer zu bestimmen. Dieses Problem wird nicht öffentlich diskutiert. Ich werde in meinen Schlußfolgerungen darauf zurückkommen.

Die Kapitalistenklasse der USA und die Weltwirtschaft

Während der letzten Jahre diskutierte das die Politik bestimmende Establishment der Vereinigten Staaten intern den aussichtsreichsten Weg zur Beantwortung der Forderung der Bewegung der Blockfreien zur Neuordnung der Prioritäten internationaler Ökonomie. Es überrascht nicht, daß die vorherrschende Reaktion Zynismus und Ablehnung ist. Die Reaktion der die Politik der USA Bestimmenden ist scharf, wenn man bedenkt, daß sie auf Forderungen antworten, die in sich nicht sozialistisch sind (obwohl sie als Anstoß zu einem fundamentalen Umbruch in der Weltwirtschaft dienen könnten). Die offizielle Antwort der US-Regierung ist nichts anderes als die Ignorierung wesentlicher Vorschläge der blockfreien Bewegung. US-Diplomaten versuchen die Tagesordnung internationaler Konferenzen auf den relativ engen Bereich von Energieressourcen zu begrenzen. In einer neueren Zusammenfassung der internationalen Wirtschaftslage erwähnt der jetzige Finanzminister Michael Blumenthal nicht einmal die neue Weltwirtschaftsordnung und verläßt sich stattdessen auf die alten Lösungen, indem er »Freihandel und Marktkräfte« propagiert. Einer der Vorschläge spricht sich für einen speziellen Zugang von Exporten aus der Dritten Welt zu Märkten der entwickelten Nationen aus. Aber in einer wichtigen politischen Rede im letzten Winter in Malaysia erklärte der stellvertretende Finanzminister, Alan Wolff, Exporteuren aus den Entwicklungsländern, daß »die Vereinigten Staaten entschlossen jeder Form spezieller oder differenzierter Handhabung entgegnet werden, die eine

Liberalisierung des Handels unter Beibehaltung des Spielraums von Vorzugstarifen verhindert.« Wolff argumentierte weiter, daß die größte Hoffnung für die Verbesserung der Lage der »Entwicklungsländer« in der völligen Erholung der westlichen Ökonomien läge.

Die Bewegung der blockfreien Staaten hatte vorgeschlagen, der Peripherie größeren Zugang zu fortgeschrittener Technologie zu ermöglichen, einschließlich der Änderung der Patentrestriktionen, um die Länder, die sich industrialisieren wollen, zu unterstützen. Die Antwort darauf ist, daß die Dritte Welt bereits Zugang zu Technologie habe, inklusive technischer Beratung und Anleitung westlicher Firmen, die sehr gern mit den sich entwickelnden Nationen Geschäfte abschließen möchten. Von ihrem Standpunkt aus ist das Problem nicht die Technologie, sondern mangelndes Wissen um moderne Rechnungs- und Marketingtechniken. Das Kapital der USA äußerte tatsächlich: »Öffnet das Buch und lest darin, wenn ihr es könnt; konzentriert euch mehr auf das Aufstellen von Reklameflächen als auf den Bau von Industrieanlagen.«

Eine andere Komponente der neuen internationalen Wirtschaftsordnung wäre der direkte Ressourcetransfer von reichen in arme Länder. Die Vereinten Nationen haben ein Ziel von 0,7% des Bruttosozialprodukts der Industrieländer angesetzt. Die Antwort der US-Politiker ist eine gequälte philosophische Entgegensetzung der ethischen Normen einer Umverteilung des Reichtums an einzelne und der, die die Beziehung zwischen den Nationen regeln. Gerade hier beschwören sie zynisch Mao, China und die Maxime von Selbstvertrauen und Unabhängigkeit. In Beantwortung des Vorschlags, besondere Regelungen für Länder der Dritten Welt in internationalen Institutionen zu treffen, erwiderte der jetzige Unterstaatssekretär im Wirtschaftsministerium bissig: »Wenn Ländern Ausnahmen gestattet werden, ist es fraglich, wie lange eine Gemeinschaft funktionieren kann, ohne zersetzt zu werden.« Das auffallendste Merkmal der Diskussion um mögliche Antworten auf Vorschläge der blockfreien Staaten ist das Fehlen einer systematischen Alternative. Zynismus, Reformabneigung, fehlender Ideenreichtum und das Verlassen auf bilaterale Wirtschaftsmacht anstelle von Integration in multilaterale Planung zeugen von einer großen Vertrauenskrise. Es ist Konservatismus aus Schwäche und nicht etwa aus Stärke.

Nehmen wir das Beispiel der Verschuldung der Dritten Welt, die jetzt auf fast 250 Milliarden Dollar geschätzt wird. In einer Periode, in der die Profitspanne auf dem Inlandsmarkt immer stärker eingeschränkt wird, verleihen US-Banken immer mehr Kapital an Nationen der Dritten Welt. In den Vereinigten Staaten sind volle zwei Drittel der Darlehen an Entwicklungsländer bei sechs größeren Banken konzentriert. Die First National City Bank hat genau 15% ihrer Aktiva in Darlehen an unterentwickelte Länder gebunden. Anleihen an Brasilien und Mexico machen eineinhalb Prozent der Gesamtkтива der sechs größten Banken aus. Diese aber sind zunehmend besorgt wegen möglicher unterlassener Rückzahlungen. *Business Week*, einer der wichtigsten Schlüssel zum Verständnis des Denkens der Kapitalistenklasse, formulierte: »eine Reihe von versäumten Rückzahlungen, Stundung der Schulden oder gar eine weitreichende Neuordnung der Darlehen könnten den riesigen Banken, die im Zentrum des weltweiten Finanzsystems stehen, ernsthafte Schwierigkeiten bereiten.« Walter Hoadley von der Bank of America äußerte, daß die nächste Finanzkrise des »New York-Typus« in Ländern der Dritten oder Vierten Welt mit großer Akkumulation fälliger Schulden, die sie ohne massive Hilfeleistungen nicht bezahlen können,

eintreten wird. Die Banken wenden sich zunehmend an die Bundesregierung und internationale Institutionen, z. B. den Weltwährungsfonds, um Garantien zu erhalten, die sie benötigen, um nicht finanziell baden zu gehen. Ergebnis dieser Entwicklung wird noch größerer Druck auf die Regierungen in der Dritten Welt sein, ihre Sozialausgaben zu reduzieren. Auf lange Sicht ist dies jedoch keine Lösung. Mit begrenzter Inlandnachfrage wird die Belastung für die Banken, Geld ins Ausland zu verleihen, weiterbestehen. Ohne eine grundlegende internationale Reform bleibt die Fähigkeit der Empfänger, die Anleihen zurückzuzahlen, limitiert. Das Ergebnis wäre totaler Stillstand.

Die Unfähigkeit der Vereinigten Staaten, ein koordiniertes und integriertes kapitalistisches System zu handhaben, hat auch Washingtons Möglichkeit reduziert, politische Entwicklungen in anderen Staaten zu kontrollieren. Der Gegensatz zur unmittelbaren Nachkriegszeit ist frappierend. Damals konnte Washington ökonomische und militärische Hilfe bereitstellen und gleichzeitig das Empfängerland anweisen, diese oder jene Partei aus der Regierung zu drängen. Für Frankreich und Italien wurde der Marshall-Plan erst bewilligt, nachdem die kommunistischen Parteien aus den Regierungskoalitionen ausgeschlossen waren. In dieser Periode diente Auslandshilfe nicht nur politischen Zwecken, vielmehr band sie die empfangenden Staaten in ein dichtes Netz von Verantwortlichkeiten und Verpflichtungen ein. Im Gegensatz dazu ist die jüngste Drohung, an Auslandshilfe politische Forderungen zu knüpfen, auf weitverbreiteten Widerstand gestoßen, wenigstens in Europa. Hilfeleistungen für die meisten Länder der Dritten Welt bleiben nach wie vor in ihrem Charakter politisch, geschaffen zur Stützung loyaler politischer Eliten. Während Militärhilfe ominös erscheint und Bereitstellung von Nahrungsmittelvorräten an Loyalität gegenüber den Vereinigten Staaten gebunden ist, so führt doch keines von beiden zu systematischer und fortdauernder ökonomischer Integration. Inzwischen ist die allgemeine Glaubwürdigkeit der USA in den Augen der Dritten Welt geringer denn je in der jüngeren Geschichte.

Schlußfolgerungen

Die Haltung der Kapitalistenklasse ist eindeutig. Es gibt wenig Hoffnung auf grundlegende Reformen der Art, wie sie von den blockfreien Staaten vorgeschlagen wurden. Wie ist nun die Haltung der Arbeiterklasse?

Es gibt widersprüchliche Tendenzen. Anzeichen dafür sind erkennbar, daß immer mehr Bürger der Vereinigten Staaten den offiziellen Mythen bezüglich des Systems, in dem sie leben, mißtrauen. Mehr als die Hälfte sind der Meinung, der Kapitalismus sei eine überholte Gesellschaftsform. Obwohl in der Tendenz noch zögernd, gibt es deutliche Hinweise auf die Bereitschaft der Gewerkschaften, die durch multinationale Gesellschaften gestellten Probleme politisch anders anzupacken, als durch strikten Protektionismus. Bei einem Treffen in Detroit im Frühjahr 1978 versuchten beispielsweise die Delegierten der Internationalen Metallarbeitergewerkschaft, die 25 Staaten und 13,5 Mill. Arbeiter repräsentieren, die Koordinierung ihrer Politik nach internationalistischen Grundsätzen zu entwickeln. Rebellische Subströmungen sind in vielen Lebensbereichen der Arbeiter zu entdecken.

Ich möchte nicht zu optimistisch sein. Sozialisten sind in den Vereinigten Staaten stärker isoliert als in irgendeinem anderen führenden kapitalistischen Staat. Selbst Ar-

beiter, die sich keine Illusionen über die Interessen des Monopolkapitals, die Ungleichheit des Steuersystems und den Abbau der Sozialleistungen machen, nehmen an der Suche nach gemeinsamen politischen Lösungen oft nur zögernd teil. Der Imperialismus besteht weiterhin. Aber es gibt keinen Grund anzunehmen, daß politische Entwicklungen im kapitalistischen Zentrum unvermeidlich Klassenkollaboration gegen die Peripherie widerspiegeln. Die gegenwärtige Situation ist ungewiß und neue theoretische Konzepte sind dringend erforderlich.

Anmerkungen

1 Vgl. dazu Jörg Goldberg: Zur Einschätzung der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise, in: Das Argument 112, S. 807–813; insbesondere die Grafik der Abweichungen von den langfristigen Wachstumsraten der Industrieproduktion auf S. 809. – Die Redaktion.

2 Vgl. Eric J. Hobsbawm: Industrie und Empire. Britische Wirtschaftsgeschichte seit 1750. Bde 1 u. 2. Frankfurt/M. 1969.

3 Quelle für Abb. 1–3: Robert Smith, »Disaffection, Deligitimation and Consequences: Aggregate Trends for World War II, Korea and Vietnam.«; in: Charles Moskos (ed.), *Public Opinion and the Military Establishment*, Beverly Hills, Sage Publications, 1971.

Tab. 1: Prozentualer Produktionszuwachs pro Arbeiter/Stunde 1965–1975

Vereinigte Staaten	115%	Italien	163%
Großbritannien	136%	Bundesrepublik	165%
Kanada	142%	Schweden	178%
Frankreich	158%	Japan	231%

Quelle: *Fortune*, August 1976, S. 131.

Tab. 2: Auswirkungen imperialistischen Engagements der Industrie auf Produktionsarbeiter, etwa 1970
(Partielle Korrelationskoeffizienten)

Aus direkten Investitionen in Dritter Welt zurückgef. Profite pro Prod.arbeiter	Jährl. Einkommen Fabrikarb.	Jährl. Einkommen Handwerker	Prod. arb. in Gewerk- schaft (%)	Zeitverl. d. Streiks (% Arb.zeit)
Nullstellung	+ .09	– .07	– .00	+ .02
Arbeiter pro Betrieb	+ .23	+ .05	+ .19	+ .08
Monopolisierungsgrad	+ .17	+ .01	– .01	+ .08
Kapital pro Arbeiter	– .48*	– .54*	– .02	– .11
Alle drei gleichzeitig	– .33	– .35	+ .05	+ .21

* Statistisch signifikant ab .05

Quelle: Szymanski und Dreier, unveröffentlichte Studie

Tab. 3: Die Beziehung zwischen imperialistischem Engagement in der Dritten Welt* und politischer Haltung der Arbeiter (1975–1976)

	Die acht Industriezweige		Die drei
	mit geringst. imperialist. Engagement i. Dritter Welt	mit größtem imperialist. Engagement i. Dritter Welt	Industriezweige mit größtem imperialist. Engagement i. Dritter Welt
Prozentsatz (ohne Enthalt.) der Befragt., die Kürzung der Militärausgaben befürworten	28% (365)	26% (332)	28% (133)
meinen, der Kommunismus könnte wenigstens für einige Länder richtig sein	20% (196)	18% (178)	16% (97)
der Volksrepublik China positiv gegenüberstehen	39% (200)	43% (180)	37% (68)
das Recht auf freie Rede für Kommunist. unterstützen	47% (194)	42% (178)	44% (78)

* »Imperialistisches Engagement in der Dritten Welt« setzt sich zusammen aus zurückgeführten Profiten pro Produktionsarbeiter, Ausmaß der Lieferungen ans Militär und Exporten in Länder der Dritten Welt pro Produktionsarbeiter. Die Zahlen in der Klammer geben die Anzahl der Befragten wieder, auf der die Prozentzahlen basieren. Die drei Industriezweige mit größtem imperialistischem Engagement sind Flugzeug-, Waffen- und Maschinenbauindustrie (mit Ausnahme von Elektromaschinen).

Quelle: Szymanski und Dreier, unveröffentlichte Studie; ursprünglich wurde die Untersuchung zur politischen Haltung vom National Opinion Research Center, *General Social Survey*, 1975 und 1976 durchgeführt.

Tab. 4: Haltungen gegenüber der Kriegspolitik in Korea und Vietnam nach Region und Klasse (verheiratet, produktiv) 1952 und 1964
(in %, ohne Enthaltungen)

	andere Regionen			Süden		
	Handarb.	untere* Mittels.	obere Mittels.	Handarb.	untere* Mittels.	obere Mittels.
1952 bevorzugen						
Rückzug	8	7	8	5	4	4
Verhandlungen	47	50	36	63	47	33
Verschärfung	45	43	56	31	49	62
N =	(411)	(272)	(73)	(150)	(49)	(45)
1964 bevorzugen						
Rückzug	9	8	16	21	13	9
Verhandlungen	41	43	24	41	45	35
Verschärfung	50	49	60	37	42	56
N =	(200)	(134)	(99)	(65)	(40)	(71)

* Die Grenzlinie lag 1952 bei 7500 Dollar (Familieneinkommen) in den anderen Regionen und bei 5000 Dollar im Süden. Die entsprechenden Beträge für 1964 sind 10 000 und 7500 Dollar.

Quelle: Eine vom Survey Research Centre durchgeführte Erhebung; angegeben in Richard Hamilton, *Class and Politics in the United States*, New York 1972, S. 453.

Tab. 5: Die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten zum Einsatz der Streitkräfte gegen »Kommunismus«

»Die Vereinigten Staaten sollten alle notwendigen Schritte unternehmen, einschließlich des Einsatzes bewaffneter Streitkräfte, um die Verbreitung des Kommunismus in anderen Teilen der freien Welt zu verhindern.«

	1968	1976
Zustimmung	57%	44%
Ablehnung	29%	43%
Unentschieden	14%	13%

Quelle: Aus durchgeführten Erhebungen des Institute for International Social Research und den Potomac Associates; zit. in: *Foreign Policy*, 24, Herbst 1976, S. 23.

Tab. 6: Reaktion in den U.S.A. auf das Ende des Vietnamkrieges

»Unter Berücksichtigung der Art und Weise, wie der Krieg in Vietnam im Frühjahr 1975 endete, mit welchen zwei oder drei der folgenden Aussagen würden Sie am stärksten übereinstimmen?«

- | | |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| A) Wir hätten überhaupt nicht in einen Landkrieg in Asien direkt verwickelt werden dürfen. | 47% |
| B) Wir hätten mehr Militär einsetzen sollen, um den Krieg zu gewinnen. | 34% |
| C) Nationale Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten standen in Wirklichkeit nicht auf dem Spiel, deshalb hätten wir überhaupt nicht nach Vietnam gehen sollen. | 38% |
| D) Die endgültige Niederlage war unabwendbar, weil die südvietnamesische Regierung korrupt war, und es ihr an Kampfeswillen fehlte. | 30% |
| E) Die Vereinigten Staaten gaben in Vietnam ihr bestes, und wir brauchen keine Schuld- oder Reuegefühle zu haben. | 26% |
| F) Es sollte nicht unsere Aufgabe sein, uns in innere Konflikte anderer Länder einzumischen, selbst wenn eine Seite von Kommunisten unterstützt wird. | 27% |
| G) Vietnam war immer eine Ausnahme, und wir sollten das Ergebnis dort nicht die Außenpolitik der Vereinigten Staaten in der Zukunft beeinflussen lassen. | 24% |

Quelle: *Foreign Policy*, op. cit., S. 8. (Die Gesamtprozentzahl übersteigt 100%, da die Befragten mehr als eine Lösung angeben konnten.)

Abbildung 1
Ablehnung während dreier Kriege
(Berufungen/1000 1-A-Einschreibungen)

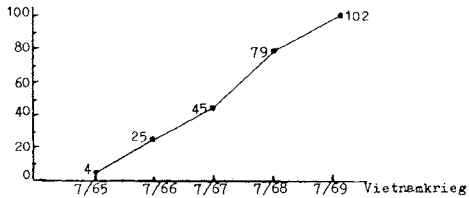
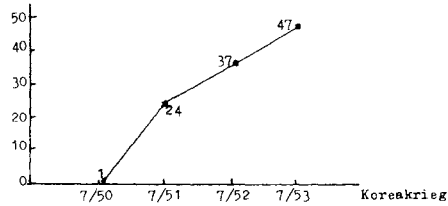
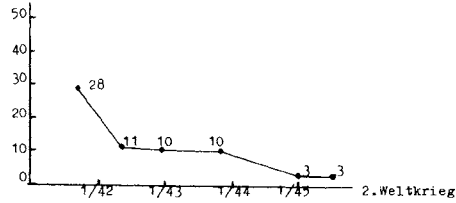


Abbildung 2
Kritik am Präsidenten während dreier Kriege
(Prozentuale Ablehnung)

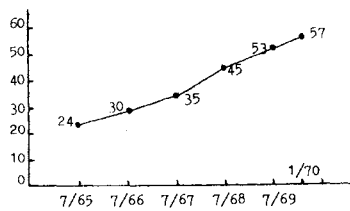
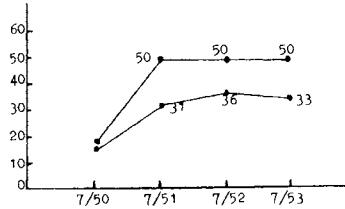
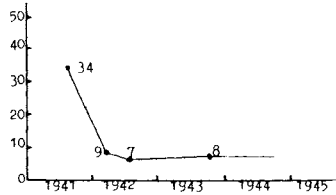
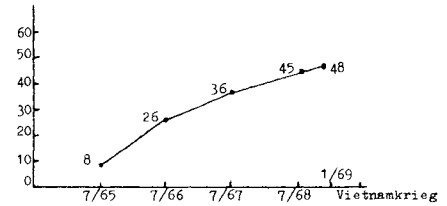
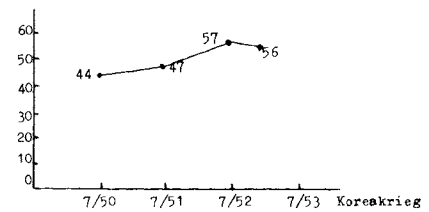
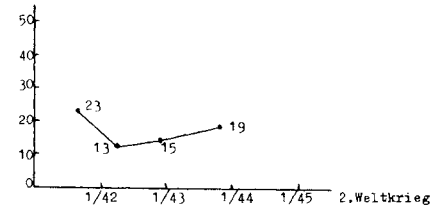


Abbildung 3
Umgehung des Militärdienstes während dreier Kriege
(Prozentsatz der Umgehungen)



Von der Ost-West- zur Südpolitik der Bundesrepublik

Kommentatoren der äußeren Politik der Bundesrepublik stimmen trotz unterschiedlicher politischer Standorte darin überein, »daß es erst in den letzten Jahren erfolgt ist, daß Westdeutschland sein Gewicht in den internationalen Beziehungen zum Tragen gebracht hat«. ¹ Dieser Feststellung aus britischer Feder stimmt der konservative Deutsche Besson zu: »Das komplizierte Spiel setzt . . . erst eigentlich in den sechziger Jahren ein.« ² Manche Analytiker wollen »die eigenständige Entwicklung einer autonomen Außenpolitik« gar erst mit den siebziger Jahren datieren. ³

Die wichtigste Ursache für den allgemein beobachteten Aufstieg der Bundesrepublik zu einem der prinzipiellen außenpolitischen Akteure liegt in der relativen wirtschaftlichen Stärke dieses Landes. Wirtschaftliche Macht trägt – folgt man der Literatur – heute mehr denn je zur Positionsbestimmung im internationalen System bei (Livingston vermerkt, daß der Aufstieg der Bundesrepublik »zu einem Zeitpunkt erfolge, wo wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Macht zunehmend die Beziehungen unter den Nationen bestimmen«). ⁴ Diese neuerliche wirtschaftliche Stärke nimmt sich auch gegen die kapitalistische Supermacht USA nunmehr durchaus als gleichklassig aus: zwar bleibt die Bundesrepublik hinter den Vereinigten Staaten in der Ausfuhr Nummer Zwei der Weltrangliste, aber sie verfügt über die größten Währungsreserven in der Welt (im Jahre 1976 rund 35 Milliarden Dollar, doppelt soviel wie die USA). Als Militärmacht, einem anderen herkömmlichen Indikator relativer Macht im internationalen Kräftespiel, wirkt die Bundesrepublik gleichermaßen von einem sicheren zweiten Platz in der Rangliste der Westmächte aus – die Bundeswehr dominiert militärisch die kontinentaleuropäische NATO, und im Finanzaufwand lassen sich die Rüstungsinvestitionen der Bundesrepublik mit denen Chinas hinter denjenigen der beiden Supermächte USA und Sowjetunion vergleichen. ⁵ So nimmt nicht wunder, daß die Bundesrepublik nunmehr als »ökonomische ›Supermacht‹« ⁶ gilt, und daß die Literatur voll von Spekulationen über eine neue Positionsbestimmung dieses neuen Akteurs in der Weltpolitik ist.

Das Ausmaß der Spekulation mag durch den Tatbestand veranschaulicht werden, daß »besonders die USA Deutschland als wahrscheinlichen Adressaten für einige der internationalen Verpflichtungen der USA betrachten.« ⁷ Der Urheber dieser Äußerung gibt drei Bereiche für »eine selektive internationale Rolle« der Bundesrepublik an, in welchen sich eine *Bigemonie*, eine Zweierherrschaft, etablieren könnte (in der Definition dieses Analytikers besteht Bigemonie »in einem expliziten Bilateralismus, der die Vorrangstellung dieser beiden Länder in der Weltwirtschaft widerspiegelt«). ⁸ Nach einer besonderen deutschen Beteiligung bei der Neubelebung der Weltkonjunktur, die an erster Stelle genannt wird, folgt »die Ermutigung einer politischen und wirtschaftlichen deutschen Beteiligung in solchen Ländern wie Spanien, Portugal, Italien und die Türkei, wo wir (Amerikaner, U. A.) durch frühere politische Fehler oder Niederlagen gehandikapt sind«. ⁹ An dritter Stelle wird vorgeschlagen, die beiderseitigen Konsultationen »über die Themen Berlin und Gegenstände der Beziehungen zwischen der DDR und der Bundesrepublik hinaus auf andere politische und wirtschaftliche Vorgänge zu erstrecken«. ¹⁰ Mit dieser Prioritätenfolge ist das Kern-

thema angesprochen: löst sich die Bonner Politik von der Fixierung auf die Deutschlandfrage, die ihr für zwei Jahrzehnte nachgesagt wird, und gewinnt Gestalt als subimperiale Politik, die sich unter den Fittichen der amerikanischen Supermacht hervorwagt? Und wenn diese Aussage trifft, ergibt sich dann eine höhere Korrelation zwischen den außenwirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik (die schon in der Vergangenheit nicht vorrangig im Osten lagen) mit ihren außenpolitischen Interessen?

Es nimmt nicht Wunder, daß zu dieser Frage keine öffentlichen Äußerungen von der Regierung oder gar den Interessenträgern der Wirtschaft vorliegen. Es lassen sich nur Schreiber der politischen Linken zitieren, die diese Problematik angehen. Als einer der ersten äußerte sich 1973 Thielen:

»Erstens sind Existenz und innere Struktur der Bundesrepublik selbst ein Produkt westallierter, speziell nordamerikanischer Interessen und Strategien der Außenpolitik gegenüber sozialistischen Staaten und Bewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg. Die damit gegebene Abhängigkeit beruht auf der Reproduktion des westalliierten Systems des Kapitalismus und der parlamentarischen Demokratie in der BRD. Daraus resultieren strukturell gleiche innen- und außenpolitisch relevante Interessenlagen und Machteliten sowie ein relativ geringeres ökonomisches und militärisches Potential.«¹¹

Die Globalpolitik Bonns erscheint jahrzehntelang als determiniert vom Ost-West-Gegensatz; erst in jüngster Zeit tritt dieser Aspekt zurück und gibt Raum für eine komplexer bestimmte, enger an den Interessen der Bundesrepublik (die noch zu umgrenzen sind) orientierte Außenpolitik. Im internationalen Vergleich auffällig ist der hohe Stellenwert wirtschaftspolitischer Zielsetzungen in der auswärtigen Politik der Bundesrepublik. Der Glaube, daß eine prosperierende Ökonomie die Grundlage aller Bonner Politik bilden müsse, einigt noch immer alle relevanten Interessengruppen in der Bundesrepublik, und die äußeren Beziehungen haben zunächst einmal die Funktion, durch die Sicherung der wirtschaftlichen Austauschvorgänge das ihre zu diesem Kurs beizutragen. Der ausschlaggebende Faktor für zwanzig Jahre Bonner Politik, und vierzehn Jahre nominell selbständiger Außenpolitik (nach der Erlangung der Souveränität im Jahre 1955), war der Kalte Krieg.

Die Wurzeln des Kalten Krieges und seine Entwicklungsstufen scheinen in Bonn nicht sonderlich verstanden worden zu sein. Die Kulminationspunkte der Spannungen (1956 mit den Unruhen in Ungarn und Polen, die anhaltende Krise von 1958 bis zum Herbst 1962, besonders um Berlin, sowie die zweite Hälfte des Jahres 1968)¹² wurden jedesmal als Überraschung empfunden, und die Politik in einer Anzahl von Bereichen wurde hastig überprüft und an das letzte Krisenszenario angepaßt. Internationale Spannungen wurden als kompliziertes Netz von Widersprüchen und speziellen Konflikten wahrgenommen, gemischt mit Furcht und Unsicherheiten über die nächsten Schritte der prinzipiellen Opponenten der Bundesrepublik im Osten, aber auch mit Befürchtungen über die Haltung der Alliierten im Westen. Die Grundhaltung des Kalten Krieges bestand auf allen Seiten darin, wenig Neigung zu Kompromissen auch in weniger bedeutenden Fragen zu zeigen, und ein hohes Maß militärischer Bereitschaft für die entscheidende Einflußgröße der internationalen Politik zu halten.

Die Gegenbewegung zu den fortwährenden Formationsprozessen von offenen Spannungen bildeten intermittierende Phasen von Entspannung (wofür die Jahre 1953–56, der Jahreswechsel 1957/58, die Phase von 1962 bis 1968, sowie die Entwicklung seit 1970 angesetzt werden).¹³ Mit Ausnahme der Zeit seit Mitte der sechziger Jahre hat die Bundesregierung nie substantziell an Entspannungsbemühungen teilge-

nommen – auch das Nachlassen internationaler Spannungen kam nach Selbstzeugnissen von Insidern gleichsam über Nacht über Bonn, worauf man zu reagieren suchte, anstatt einen solchen Wandel selber aktiv mit voranzubringen.

Diese grundsätzliche Situation, ein Muster reaktiven Verhaltens auf internationale Entwicklungen, bot zwei Alternativen für die Handlungsorientierung Bonns. Die Regierung konnte *entweder* versuchen, sich so eng wie möglich an die westliche Vormacht, die Vereinigten Staaten, anzuschließen, um sowohl größtmöglichen Schutz gegen die Wechselfälle der Entwicklung als auch ein Maximum an Information und Interpretation der globalen Strömungen zu erlangen. *Oder* die Bundesregierung suchte ihren Handlungsspielraum zu maximieren, auch um die außenwirtschaftlichen Interessen mit den außenpolitischen Belangen besser zu koordinieren. Notwendige Folge wäre ein gewisses Maß an Rivalität mit den Westmächten gewesen, nicht nur in der ökonomischen Sphäre (wo der Wettbewerb der Bundesdeutschen stets als hart empfunden wurde), sondern auch im Bereich der Diplomatie.

Beide Alternativen lassen sich in der äußeren Politik der Bundesrepublik verfolgen. Thesenhaft läßt sich die Aussage treffen, daß die Entspannungsphasen der internationalen Politik mit aktiven Phasen der bundesdeutschen Globalpolitik zusammenfallen, während der Anstieg von Spannungen oder gar ihr krisenhafter Ausdruck Bonn außergewöhnliche Zurückhaltung auferlegten. Diese Generalthese läßt sich leicht empirisch prüfen: Die ersten Schritte in Richtung einer aktiven Politik gegenüber der Dritten Welt fallen in die Entspannungsphase Mitte der Fünfziger Jahre, als der Bundestag aufgrund einer Initiative der SPD 50 Millionen DM für »unterentwickelte Länder« auszugeben beschloß. Interessanterweise bekam das »Handelspolitische Grundsatzreferat« im Außenamt die nähere Bestimmung der Verwendung zugewiesen – der martialische Titel deutet an, daß die Rede von den humanitären Beweggründen, die damals reichlich erging, für eine leichtgläubige Öffentlichkeit bestimmt war. Im Handelspolitischen Grundsatzreferat wurden »erstmalig Grundsätze, Methoden und Zielsetzungen für eine Zusammenarbeit mit unterentwickelten Ländern aufgestellt.«¹⁴ Als der Kalte Krieg heiß wurde, entschloß man sich in Bonn in den Jahren 1957/58, diese Grundsätze lieber nicht eigenständig zu verfolgen, sondern die einmal eingegangenen Verpflichtungen multilateral, und daß heißt zunächst in Gremien mit durchschlagendem Gewicht der USA, zu erfüllen. Die kurze Entspannungsphase zur Jahreswende 1957/58, welche mit der ersten spürbaren Rezession in der Geschichte der Bundesrepublik zusammenfiel, führte zu der Präferenz, in Grundstoffindustrien der Dritten Welt zu investieren, und trug zum Durchbruch für die Förderung des Rourkela-Projektes in Indien bei, welches westdeutsche Konzerne seit längerem Bonn nahezubringen versuchten.¹⁵

Die Zusage an Indien blieb ein Intermezzo, für eine eigenständige Bonner Globalpolitik wie auch für die Entwicklung von Entspannungsbemühungen. In den Folgejahren, in Bonner Sicht besonders durch das sowjetische Ultimatum in der Berlinfrage geprägt, sah sich die Bundesregierung massiven Einladungen der amerikanischen Regierung ausgesetzt, »Lasten« zur »Verteidigung der Freien Welt« mit zu tragen, und vor allem Mittel bereitzustellen, um die unabhängig werdenden Staaten der Dritten Welt an den Westen zu binden. Von 1957 bis 1959 stellten die Westdeutschen mehr multilaterale Mittel für Entwicklungshilfe zur Verfügung als irgend ein anderes Land – mit Ausnahme der USA. Wenig später begann die Bundesregierung, den Amerika-

nern die Devisenkosten ihrer Streitkräfte auf deutschem Boden zu kompensieren. Die allgemeine Reorientierung der internationalen Politik seit etwa 1962, am deutlichsten ablesbar an der Entspannung zwischen den beiden Supermächten, brachte auch für die Bonner Beziehungen zur Dritten Welt erhebliche Neuansätze. »Mit der zunehmenden Entfaltung eigener bilateraler Kapitalhilfeabkommen ab 1960 ging die Bedeutung der multilateralen Hilfe zurück«¹⁶, bemerkt ein Bonn-naher Bericht lapidar. Zugleich engagierte sich die Bundesregierung in Bereichen, die zuvor noch als außerhalb der seriösen Betrachtung galten. Man nahm ein massives Militärhilfeprogramm in Angriff, welches die Bundesregierung unmittelbar in Konfrontationen vor allem in Nahost, aber auch in Schwarzafrika führte.¹⁷ Bemühungen, traditionelle Handelsbeziehungen wieder anzuknüpfen, fielen mit einer Neubestimmung der Aufgaben solcher Institutionen wie der Kreditanstalt für Wiederaufbau oder des 1961 gegründeten Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit zusammen. Da diese Phase, nur kurz durch einen Spannungsanstieg nach der CSSR-Invasion 1968 unterbrochen, weiterhin anhält, sei sie knapp charakterisiert.

Das Militärhilfeprogramm ist ein Mittel, ökonomische wie auch politische Interessen zu fördern, und das westdeutsche Konzept ist in dieser Hinsicht trotz aller amtlicher Gegenbekundungen in keiner Weise unterschieden. Der damalige Verteidigungsminister von Hassel erläuterte: »Ich bin der Auffassung, daß sich Entwicklungshilfe und Ausrüstungshilfe gegenseitig ergänzen. Beide verfolgen das gleiche Ziel.«¹⁸ Die Militärhilfe ist eines der Mittel in einem komplizierten Satz von Arrangements, welches aus dominierenden Interessengruppen, Institutionen und außerdeutschen Einflußgrößen besteht, und welches die Globalpolitik der Bundesrepublik trägt. Trotz dieser differenzierten Struktur sind die so generierten Strategien nach Ansicht eines Analytikers »konsistent in ihrem Konzept gewesen, Exportmärkte für die westdeutsche Industrie zu entwickeln und zu erweitern.«¹⁹ Dieser Autor gibt in »synthetischer Perspektive« in einer Rangordnung die wichtigsten Bestimmungsmomente für den Gestaltungsprozeß der äußeren (Wirtschafts-) Politik an:

- »1. Eine enge Kooperation zwischen (. . .) Regierung und gut organisierten, sich vernehmlich äußernden und machtvollen Interessengruppen (. . .)
2. Eine zentrale Bank (die Bundesbank) (. . .) als eine Art »Gegenregierung« (. . .)
3. Eine durchschlagende Freihandelsideologie, (. . .)
4. Die supranationale Regulierung bestimmter Politikbereiche und -instrumente gemäß den Römischen Verträgen.«²⁰

Der ausschlaggebende Faktor, die Interessengruppen, sind keineswegs in sich homogen. Kreile hebt ihre oligopolistische Struktur hervor:

»Die Konfiguration »Interessengruppe« gibt eine oligopolistische Struktur wieder, die eindeutig von der Exportindustrie beherrscht wird. Das große Ausmaß an Interessenaggregation im Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) bedingt gelegentlich einen zeitraubenden und mühsam internen Auseinandersetzungsprozeß, um Interessenkonflikte zwischen verschiedenen Industriezweigen beizulegen. Der oligopolistische Wettbewerb unter den Interessengruppen gestattet der Ministerialbürokratie gelegentlich eine Mittlerrolle.«²¹

Die neue Rolle der Globalpolitik der Bundesrepublik läßt sich anschaulich an der Entwicklung der wichtigsten Träger von Kapitalinteressen, den Geschäftsbanken, verfolgen. »Ihre Auslandsoperationen wickelten die deutschen Kreditinstitute bis in die Mitte der sechziger Jahre fast ausschließlich über Korrespondenzbankverbindungen und Repräsentanzen ab«, heißt es zusammenfassend in einem Bericht.²² In neuerer Zeit stehen jedoch direktere Formen lokalen Engagements der Banken im Vorder-

grund, die von der Einrichtung von Filialen, dem Erwerb von Beteiligungen an anderen Geldinstituten oder gar multinationalen Finanzierungseinrichtungen bis hin zur Mitsprache in nationalen Entwicklungskörperschaften reichen. Zumindest quantitativ sticht dieses Informations- und Steuersystem den diplomatischen Apparat der Bundesregierung aus. Die Einflußnahme der Banken auf die Gestaltung der Politik der Regierung erfolgt hauptsächlich auf drei Wegen: *einmal* (in der Literatur ausführlich belegt) »durch persönliche Beziehungen zwischen Bankiers und politischen Entscheidungsträgern aller Ebenen«²³, *zweitens* als Regelform durch Eingaben und Stellungnahmen, und *schließlich* durch Beteiligung an besonderen Finanzierungseinrichtungen wie der Kreditanstalt für Wiederaufbau oder der Deutschen Gesellschaft für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

Eingaben erscheinen als das wichtigste Mittel der Kapitaleseite, Einfluß auf die Konzeption von Bonner Politik zu nehmen. Die Artikulation des nationalen Interesses ist in herkömmlicher Sicht die vornehmste Aufgabe des politischen Apparates im Auswärtigen Amt. Diese Interessen sind schließlich nicht selbstverständlich, sie müssen verbal gefaßt, in eine Rangordnung gebracht und argumentativ vertreten werden. Die Banken und andere Interessenträger sind sorgsam darauf bedacht, das Prinzip nicht zu verletzen, daß die Verkündung solcher Interessen Aufgabe der Regierung ist – aber sie beobachten den Prozeß der Interessenartikulation mit äußerster Sorgfalt, und intervenieren massiv, wenn ihre Verständnisweise des »nationalen Interesses« von der Regierungsbürokratie einmal nicht aufgenommen werden sollte. Der Interaktionsmodus ist nicht so simpel zu sehen, daß zunächst die Regierung ihre Sichtweise erkennen läßt und um korrigierende Kommentare nachsucht. Vielmehr sind die beamteten Politikadministratoren bestrebt, unter den aktiven Interessenten eine möglichst kompromißfähige Vorgabe auszumachen und diese dann in den Interessenklärungsprozeß zu tragen. Äußere Politik, besonders Außenwirtschaftspolitik, gilt allerdings als Gegenstand beträchtlicher Publikumsferne: »Die technische und oft esoterische Natur von Fragen der auswärtigen Wirtschaftspolitik schützt diese Aktivitäten in beträchtlichem Ausmaß vor öffentlicher Erörterung und reduziert die Rolle des Parlamentes zu einer ›quantité négligeable‹.«²⁴

Die Beamten im Auswärtigen Dienst sind sicher nicht als bloße Gefolgsleute von Kapitalinteressen zu denunzieren. Was jedoch ihre Funktion so schwer von solchen Rollen unterscheidbar macht, ist der Ausfall an anderen, ähnlich präzisen und spezifischen Interventionen. Milbrath meint, das Problem auf formaler Ebene verallgemeinern zu können: »Alle jene Vorgänge, die nur Spezialöffentlichkeiten anziehen, aber die in der allgemeinen Öffentlichkeit wenig Aufmerksamkeit erregen, sind Gruppeneinflüssen zugänglicher als Probleme, die breitere und/oder intensive öffentliche Aufmerksamkeit finden.«²⁵ Die Beobachtung wird zutreffen, nur bleibt offen, warum es den Herrschaftsgruppen so regelmäßig gelingt, ihre vitalen Interessenbereiche zum einen so wirksam von öffentlicher Aufmerksamkeit auszunehmen, und zum anderen diese dann so wenig gebrochen zur Grundlage Bonner Politik zu machen. Die Politikplaner jedenfalls vollziehen ihr Tagewerk durchaus in der pathetischen Überzeugung, allen Aspekten und Willensäußerungen pluralistisch gerecht zu werden – sofern ihnen diese vorgelegt werden.

Neben den Banken sind die Repräsentanten der Industrieverbände als wichtigste Sprecher der Kapitaleseite bei der Gestaltung der Außenbeziehungen der Bundesrepu-

blik zu nennen. Gemeinsam entfalteten sie, sehr zum Verdruß traditioneller Diplomaten, ein die amtliche Politik überlagerndes Netz von Aktivitäten (Wilhelm Grewe spricht indigniert von »Nebenher-Diplomatie«)²⁶, welches in einer zweckmäßigen Kategorisierung von Weisert als Delegations-, Vertrags- und Investitionsdiplomatie faßbar ist.²⁷

Delegationsdiplomatie wird sichtbar, wenn die bekannten vielköpfigen Verhandlungsdelegationen von Industriellen in die Dritte Welt fliegen, um über reale Geschäfte zu entscheiden (anstatt nur über sie zu reden, wie dies selbst die Regierungsspitze nur tun kann). Ein Analytiker beschreibt die verschiedenen Rollen der (formal nicht kompetenten) Geschäftsleute und der (formal kompetenten) Regierungsvertreter:

»Nicht der Bundeswirtschaftsminister, sondern sie (= eine mehr als hundert Köpfe zählende Delegation deutscher Industrieller, so der Text zuvor, U. A.) waren die letztlich kompetenten Gesprächspartner ihrer staatlichen persischen Gastgeber; das hatten diese auch selbst, durch den vorangegangenen Besuch ihres Ministerpräsidenten beim Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), anerkannt.«²⁸

Diese von außen nicht kontrollierte »Diplomatie«, die gleichwohl für alle Westdeutschen Interessen wahrnimmt, arbeitet regulär wie andere Diplomatieen auch: sie empfängt ausländische Delegationen, schickt eigene Delegationen rund um den Globus, und schloß sogar internationale Verträge. *Vertragsdiplomatie*, nach konservativer Ansicht das unstrittig wichtigste Instrument der Diplomaten, gehört seit der Gründung der Bundesrepublik zu den Mitteln privater Interessenverfolgung der Wirtschaftsverbände. Der Grund liegt in den Besonderheiten der Ostpolitik früherer Bundesregierungen, welche lieber den Ostausschuß der Deutschen Wirtschaft mit der DDR Verträge abschließen ließen, als selbst ein Stück Anerkennung staatlicher Souveränität vorzunehmen. Das Kabinett ratifizierte hernach förmlich die so abgeschlossenen Verträge. Der Ostausschuß wurde als Vertragspartner z. B. mit Rumänien (1953) und China (1957) tätig. Daß heute die herkömmliche Diplomatie auch in der Bundesrepublik die Vertragsdiplomatie in eigene Regie übernommen hat, bedeutet nicht, daß Wirtschaftsverbände in ihrer globalpolitischen Funktion zurückgetreten sind – im Gegenteil, ihre früher exponierte Rolle begründet ihre konzertierende Mitwirkung an der weiteren Entwicklung. *Investitionsdiplomatie*, das Arkanum der Industrie bei ihrem Beitrag zur Gestaltung der äußeren Beziehungen, beschränkt sich keinesfalls im Sinne nur einer Wirkrichtung auf die politische Vorklärung und Absicherung von Investitionsprojekten. Es handelt sich vielmehr um vielschichtige Wechselwirkungen, wobei die Industrie mit ihren Investitionseinsätzen durchaus auch politischen Leitvorstellungen folgt. Das Cabora-Bassa-Projekt, die Errichtung eines Großstaudammes mit neuartigen Verfahren zur Elektrizitätsübertragung im damals noch zu Portugal gehörigen Mosambik, kann als Paradebeispiel für diesen vielfältigen Zusammenhang betrachtet werden, war doch eine der Bestrebungen bei der Finanzierung und Stützung dieses Projektes die Fortsetzung der Beherrschung des südlichen Afrika durch die Weißen. Es wäre verfehlt, die Investitionsdiplomatie als ausschließlich privates Unterfangen zu beschreiben – dieses Instrument ist weitaus eher Teil eines konzertierenden Verbundes mit der amtlichen Diplomatie, als daß es in absoluter Regierungsferne verwendet würde.

Neben diesen direkten Wegen der Beeinflussung äußerer Politik, wenn nicht ihrer eigentlichen Gestaltung, gibt es eine breite graue Zone indirekter Wirkungsflüsse.

Diese lassen sich empirisch schwer fassen. Zum Nachweis für die These, daß die Außenbeziehungen der Bundesrepublik wesentlich von Interessengruppierungen geprägt werden, und daß diese aktiv in außenpolitischen Prozessen mitwirken, dürften die Aussagen über die direkten Einflußwege hinreichen. Ihnen kommt umso mehr Beachtung zu, als sie die Aufgabe der Politikmuster der ersten beiden Jahrzehnte westdeutscher Außenpolitik mit ihrer überwiegenden Ausrichtung an Ost-West-Fragen wesentlich mit bestritten haben, und da sie die Feingestaltung der Globalpolitik der Bundesrepublik im wesentlichen auszuüben scheinen.

Der regierungsamtlichen Politik war aufgrund ihrer Europa-Fixierung ein wesentliches Element der internationalen Entwicklung nahezu fremd geblieben: die rasche Ausweitung der Zahl politischer Akteure infolge der Dekolonisierung. Im Jahre 1949, als die Bundesrepublik gegründet wurde, gab es in der Dritten Welt lediglich 48 unabhängige Regierungen, und diese Zahl stieg nur langsam auf 53 bis zu dem Zeitpunkt, an dem Bonn 1955 seine Außenpolitik souverän gestalten konnte. In den Folgejahren stieg die Zahl der Akteure auf internationaler Bühne sprunghaft an und erreichte 1970 die Ziffer von 105 Regierungen in der Dritten Welt. Obwohl die ersten Entwicklungshilfemaßnahmen 1956 einsetzen, dauerte es bis 1961, ehe etwa der Bundestag erstmalig eine »Entwicklungspolitische Debatte« ansetzte. Die Formulierung von Grundsätzen der Beziehungen zur Dritten Welt blieb bemerkenswerterweise weiterhin Aufgabe der Handelspolitischen Sektion des Auswärtigen Amtes. Der nachmalige Staatssekretär Harkort stellte Ende 1965 als »die wesentlichen Ziele der deutschen Entwicklungs- und Außenpolitik« heraus:

- »humanitäre Motive, um das in vielen Ländern herrschende Elend zu lindern;
- wirtschaftliche Motive, da nur wirtschaftlich kräftige Länder lohnende Absatzmärkte seien, nachgefragte Waren liefern könnten und Investitionschancen böten;
- schließlich nationalpolitische Motive.«²⁹

Das erstgenannte Motiv erscheint kaum als sonderlich gewichtig – dann hätte sich die Bonner Südpolitik auf den Gürtel der Klasse der ärmsten Nationen konzentrieren müssen, der später von der UNO als »am wenigsten entwickelte Länder« klassifiziert wurde, und etwa vorrangig Nahrungshilfe geben müssen. Ausgewiesener und in der Definition schon erkennbar engagierter gefaßt wird von dem Staatssekretär das wirtschaftliche Motiv, welches sich in voller Breite in den Außenbeziehungen der Bundesrepublik nachweisen läßt. Das dritte Motiv scheint primär vergangenheitsbezogen. Die beiden deutschen Teilstaaten fanden sich bald in einem Allianzsystem, welches die Legitimitätsansprüche des jeweiligen deutschen Mitgliedes begünstigte, und die Dritte Welt wurde der Platz, wo die beiden deutschen Staaten ihre rechtlichen Ansprüche offen austragen konnten. Mit der sogenannten Hallstein-Doktrin, welche die völkerrechtliche Anerkennung der DDR zu einem »unfreundlichen Akt« gegenüber der Bundesrepublik erklärte, setzte Bonn allerdings ein Mittel ein, welches in der Dritten Welt auf starke Widerstände stieß. Die US-Regierung hatte mit dem Mittel der Nichtanerkennung jahrelang Regierungen nach siegreichen Befreiungskämpfen diskriminiert, vor allem die chinesische. Nachdem die DDR von der sozialliberalen Koalition förmlich akzeptiert worden war, verlagerte sich die deutschlandpolitische Auseinandersetzung zunächst einmal stärker auf die innenpolitische Debatte in der Bundesrepublik.

In der Frage, wie die ökonomischen Prioritäten die künftige äußere Politik Bonns weiter bestimmen können, sind sich die Analytiker erheblich uneins. Vor allem angel-

sächsische Autoren vertreten die Auffassung, daß neuerdings erweiterte Möglichkeiten bestünden, ökonomisches Potential außenpolitisch zu instrumentieren, und weisen auf den Entspannungsprozeß als Grundlage sowie auf neue Akteure in Form der OPEC oder anderer Gruppierungen besonders aus der Dritten Welt. Ellsworth ist in diesem Bereich einer der wenigen, der von einer Gegenposition aus argumentiert:

»Ökonomische Macht ist noch nicht als wirksam in irgendeinem Austrag von Kräftegleichgewichten beobachtet worden. Sie hat nie Hegemonie verhindert; sie hat nie Krieg verhindert; sie hat obendrein nie die Grundlage für eine internationale Ordnung ergeben (außer im Bereich des eigenen engen Kontextes: des Handels und der Finanzen). Dies ist ein wichtiger Punkt, da viele in der gegenwärtigen etablierten Führungsschicht in den USA und in Westeuropa das Gegenteil für wahr halten. Sie meinen, daß wirtschaftliche Macht militärische Macht zu ersetzen beginnt als Schiedsrichter von internationalen Vorgängen, daß es ein ökonomisches Kräftegleichgewicht gebe, und daß ökonomische Macht in der Tat eine Grundlage für eine Rangordnung der Nationen abgebe.«³⁰

Westdeutsche Autoren sehen die Bonner Politik aufgrund ihrer vielfältigen Verflechtungen mehr und mehr jedes bedeutenden eigenen Handlungsspielraumes beraubt. Es ist infolge eines »Strukturwandels der Außenpolitik« nurmehr von einer »verwalteten Außenpolitik« die Rede. »Die politische Führungsspitze – Bundeskanzler, Kabinett, Minister – ist nur noch mit einer Auswahl von politischen Entscheidungen – in der Regel mit internationalen, innenpolitischen oder interministeriellen Krisenentscheidungen – befaßt, während die Ministerialbürokratie in Bonn und ihre *counterparts* in internationalen Stäben und Sekretariaten zu den eigentlichen außenpolitischen Akteuren werden«, heißt es in einer neueren Untersuchung.³¹ Bei näherem Zusehen scheint es, daß beide Positionen einander nicht widersprechen, sofern man geringe Korrekturen vornimmt. Fallstudien besonders aus dem skandinavischen Raum³² verdeutlichen drastisch die gestiegene Bedeutung außenwirtschaftlicher Belange in den äußeren Beziehungen von Staaten, die nunmehr einer allseits perzipierten fortwährenden Krise ihrer Ökonomien unterworfen sind; daß in einer solchen Situation die Selbstapothosen von Kabinettpolitikern auf ihren diversen Feldherrnhügeln schrumpfen, erscheint dann als eine eher triviale Konsequenz.

Im Rückblick gewinnt die Südpolitik der Bundesrepublik im Laufe der Zeit mehr und mehr Kontur als aufstrebende Achse Bonner globaler Politik. Nach der Minderung von Ost-West-Spannungen und der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR verschob sich der funktionale Schwerpunkt der außenpolitischen Bemühungen. Statt der Sicherung deutschlandpolitischer Positionen standen nunmehr funktionale Beiträge zur Sicherung von Rohstoffen und Energiezufuhr für die Warenproduktion und deren internationalem Tausch im Vordergrund. Eine gewichtige Ursache für diese Umschichtung der Bonner äußeren Politik liegt in dem relativen Zuwachs an politischer Eigenständigkeit von Ländern der Dritten Welt, die im Regelfall von einem Mißverhältnis in Bezug auf ökonomische Eigenständigkeit begleitet ist. Die Politik der Bundesrepublik hatte auf diese Entwicklung zu reagieren; aufgrund ihrer von außenwirtschaftlichen Interessen geprägten Zugangsweise zu Problemen der internationalen Beziehungen ergibt sich ein besonders intensives Bezugsfeld im ökonomischen Bereich. Der Aufforderung der amerikanischen Regierung, international einen Teil der »Lasten« der USA zu übernehmen, und sich etwa auch politisch in der Dritten Welt zu exponieren, ist die Bundesrepublik bislang nur bedingt gefolgt. Wenn die Bundesrepublik nunmehr als »subimperialistische Macht« im globalen Kräftefeld kri-

tisiert wird, so stößt diese Kritik, so berechtigt sie in der Wahrnehmung wirtschaftlicher Belange sein mag, in Bezug auf die Einflußnahme auf politische Prozesse in Übersee zur Zeit noch weitgehend ins Leere. Es steht allerdings zu vermuten, daß der vornehmlich ökonomischen Ausrichtung der Bemühungen der Bundesrepublik in den internationalen Beziehungen mehr und mehr ein stärkeres politisches Engagement folgt, schon weil die bisherigen Mittel dieser Wirtschafts-Außenpolitik längerfristig der Ergänzung um derartige Komponenten bedürfen.

Anmerkungen

- 1 E. S. Northedge: *The foreign policies of the powers*, London 1975, S. 237.
- 2 W. Besson: *Die Außenpolitik der Bundesrepublik. Erfahrungen und Maßstäbe*, München 1970, S. 448 u. 454.
- 3 R. G. Livingston: Germany steps up, in: *Foreign Policy*, No. 22 (Spring 1976), S. 114.
- 4 Ebd., S. 116.
- 5 Vergl. zu diesen Aspekten kritisch die Publikationen der »Studiengruppe Militärpolitik« (v. a.: *Ein Anti-Weißbuch. Materialien für eine alternative Militärpolitik*, Hamburg 1974); zum Aspekt der NATO-Dominanz etwa meinen Beitrag in: Albrecht/Schierholz/Thielen: *Anti-Wehrkunde. Basistexte zur politischen Bildung*, Darmstadt u. Neuwied 1975.
- 6 Livingston, a.a.O., S. 118.
- 7 C. Fred Bergsten: The United States and Germany. The imperative of economic bigemony, in: *Towards a new international economic order*, Lexington, Mass., 1975.
- 8 Livingston, a.a.O., S. 115.
- 9 Ebd., S. 179.
- 10 Ebd.
- 11 H. Thielen: *Thesen zur machtpolitischen Stellung der BRD im kapitalistischen Bündnis-system – Rüstung als Machtpotential von Außenpolitik*, Paper for the International Conference »Arms Race Dynamics and the MICs«. Frankfurt/Main, 5.–7. April 1973, vervielf. Man., S. 1.
- 12 Phasierung nach H.-P. Schwarz in: ders. (Hrsg.): *Handbuch der deutschen Außenpolitik*, München 1976, S. 465, der sich auf eine weitverbreitete Perzeption beruft.
- 13 Ebd., S. 466.
- 14 A. Kruse-Rodenacker/H. Dumke/N. v. Götz: *Kapitalhilfe*, Berlin 1970, S. 96. Die Autoren waren eng mit der Entwicklungspolitik damaliger Entscheidungsträger verbunden (Kruse-Rodenacker als Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirates beim BMZ, Dumke ebenda als Ministerialbeamter).
- 15 Indien befand sich damals in einer schweren Zahlungsbilanzkrise, die jedem anderen Investor als den westdeutschen latecomers Zurückhaltung aufnötigte. Die indische Regierung erklärte sich für nicht fähig, Schulden in Höhe von 1,2 Mrd. DM zu bezahlen – und das Rourke-la-Projekt sollte 2 Mrd. DM kosten. Die Bundesregierung bot Indien in dieser Situation einen Refinanzierungskredit in Höhe von 660 Millionen DM an – zuvor war noch keinem Land der Dritten Welt irgendein Angebot dieser Art gemacht worden.
- 16 Kruse-Rodenacker et al., a.a.O., S. 96.
- 17 Vergl. dazu etwa Albrecht/Sommer: *Deutsche Waffen für die Dritte Welt. Militärhilfe und Entwicklungspolitik*. Reinbek bei Hamburg 1972, mit ausführlichen Fallangaben.
- 18 Zitiert nach *Afrika heute*, Nr. 7, 1. 4. 1966, S. 93.
- 19 M. Kreile: West Germany: the dynamics of expansion, in: *International Organization*, vol. 31, no. 4 (Autumn 1977), S. 777.
- 20 Kreile (vergl. Anm. 19), zit. nach der Konferenzfassung seines Papiers für die Conference on Foreign Economic Policy of Advanced Industrial States, June 1–2, 1976, Cornell University, Ithaca, N. Y., vervielf. Man., S. 1.
- 21 Ebd., S. 2.
- 22 H.-E. Scharrer: Die Rolle der Banken, in: Schwarz (Hrsg.), a.a.O., S. 220.
- 23 Ebd., S. 221.
- 24 Kreile, a.a.O., S. 2.

25 L. W. Milbrath: Interest groups and foreign policy, in: J. N. Rosenau: *Domestic sources of foreign policy*, New York 1967, S. 249.

26 Zit. nach D. Piel: Die außenpolitische Rolle der Wirtschaftsverbände, in: Schwarz (Hrsg.), a.a.O., S. 210.

27 H. Weisert: *Die Ausübung von auswärtiger Gewalt durch Privatpersonen*, Diss. Tübingen 1973.

28 Piel, a.a.O., S. 209.

29 Zit. aus: Auswärtiges Amt: *Die Auswärtige Politik der Bundesrepublik Deutschland*, Köln o. J., S. 83.

30 R. Ellsworth: New Imperatives for the old Alliance, in: *International Security* (Spring 1978), S. 136.

31 H. Haftendorn in: dies. et al. (Hrsg.): *Verwaltete Außenpolitik. Sicherheits- und entspannungspolitische Entscheidungsprozesse in Bonn*, Köln 1978, S. 7.

32 Vergl.: G. Hernes: *Makt og avmakt. En begrepsanalyse*, Oslo 1975, S. 33, sowie etwa die an der Universität Oslo verfertigten Untersuchungen: T. C. Hildan: *Koalisjonsdannelser i multilaterale konferanser. En studie av UNCTAD-forhandlingene om en atferdskode for linjekonferanser* (MA-These); H. O. Bergesen: *When Interdependence doesn't work: A study in world food politics* (MA-These); oder A. Underdal: *The politics of international management: the case of Northwest Atlantic fisheries*, Oslo 1978.

Zur Dritten Welt erschienen im Argument bisher u. a. folgende Aufsätze:

W. F. Haug: Marxismus, Dritte Welt und das Problem des Eurozentrismus; *G. Hoyos-Vásquez*: Theologie der Befreiung – Christentum oder Marxismus?; *G. Hauck*: Typen kolonialer Produktionsweise; *T. Chachoud*: Der Weltentwicklungsbericht der Weltbank; *F. Suffa-Friedel*: China – Der große Sprung zurück? (alle in: *Argument* 114)

H. Melber: Des schwarzen Menschen Land? Zur nationalen Frage und dem antinationalen Befreiungskampf in der Republik Südafrika (in: *Argument* 113)

Zu reduzierten Preisen im Sonderverkauf:

Argument 36: G. W. Alsheimer: Amerikaner in Vietnam; T. Griepenburg/K. Steinhaus: Sozioökonomische und militärische Aspekte des Vietnamkonflikts; G. Anders: Stenogramme (*im Sonderverkauf nur 2,- DM*)

Argument 38: H. D. Boris: Politische Ökonomie der Beziehungen zwischen Entwicklungsländern und westlichen Industriegesellschaften; H. Deppe-Wolfinger: Bildung und Gesellschaft in Entwicklungsländern (*im Sonderverkauf nur 2,- DM*)

Argument 51: G. Anders: Imperialismus und Kampf dagegen; P. Strothmann: Zusammenbruch der kap. Entwicklungsmodelle; H. G. Isenberg: Abhängigkeit durch Entwicklungshilfe; B. Schüngel/P. Strotmann: Zum Beitrag von H. G. Isenberg; B. Schüngel: Abhängigkeit von den Rohstoffen der Dritten Welt (I) (*im Sonderverkauf nur 4,- DM*)

Argument 53: B. Schüngel: Abhängigkeit von den Rohstoffen der Dritten Welt (II); J. Suroso: Indonesien nach der Konterrevolution (*im Sonderverkauf nur 2,- DM*)

Argument 59: Kämpfe in den afrikanischen »Provinzen« Portugals; H. Adam: Einheimischer Kolonialismus: der Fall Südafrika; B. Tibi: »Konstitutioneller Sozialismus« in Tunesien; G. Grohs: Theorien der Revolution in der Dritten Welt (*im Sonderverkauf nur 4,- DM*)

Argument 79: J. Moebus: Entwicklung des Verwertungsstandpunktes bei Kolumbus; B. Johansen: Religiöse Traditionen und koloniale Struktur; D. Ernst: Entwicklung durch importsostituierende Industrialisierung Evers/Wogau: Lateinamerikanische Theorien zur Unterentwicklung (*im Sonderverkauf nur 6,- DM*)

Unterentwicklung und Staat

Zu einem Buch von Tilman Evers*

Nachdem in den Analysen unterentwickelter kapitalistischer Gesellschaften jahrelang die Frage nach den Bedingungen, Formen und Perspektiven der kapitalistischen Akkumulation im Hinblick auf die Aufhebung der Unterentwicklung im Vordergrund gestanden hatte, ist seit etwa drei Jahren eine verstärkte Konzentration auf die Bestimmung der Rolle des Staates in peripher-kapitalistischen Gesellschaften zu konstatieren. Dies folgt keineswegs bloß einem aktuellen Modetrend, sondern ist durchaus in objektiven ökonomischen und politischen Entwicklungstendenzen begründet: die Brüche in der kapitalistischen Weltwirtschaft seit 1973 und das (scheinbar einheitliche) Auftreten der Staaten der Dritten Welt auf internationalen Konferenzen (insbesondere im Zusammenhang der Forderung einer »Neuen Weltwirtschaftsordnung«), die zunehmende Militarisierung einer Reihe von Regimen in der Dritten Welt (sowohl in der Übernahme der Regierungsmacht durch Militärs wie auch in der Form der gewaltigen Expansion der Rüstungsausgaben in Ländern der Dritten Welt), eine Reihe konterrevolutionärer Rückschläge (vor allem in Lateinamerika), die die Problematik des Faschismus in unterentwickelten Ländern hervorgebracht hat, die Welle sozialrevolutionärer Durchbrüche (vor allem in Afrika) und die Frage nach ihren weiteren Perspektiven, die zunehmende Bedeutung der staatlichen Kontrolle ökonomischer Schlüsselpositionen einerseits und die internationalen Restriktionen des staatlichen Handelns (durch Weltbank, Internationaler Währungsfonds etc.) andererseits – dies alles läßt die Frage nach Charakter (Form) und Funktion des Staates in unterentwickelt-kapitalistischen Ländern als durchaus legitim und dringlich erscheinen.

Einen umfassenden und systematischen (gleichwohl vom Autor als »vorläufig« verstandenen) Beitrag⁷ zur »Theorie des Staates in ökonomisch unterentwickelten Gesellschaftsformationen« hat Tilman Evers vorgelegt. Er beginnt seine Studie mit der Zusammenstellung von Phänomenen, die augenscheinlich charakteristische Merkmale der politischen Herrschaft in kapitalistisch-unterentwickelten Gesellschaften sind: 1. »Nichtdurchsetzung bürgerlich-demokratischer Formen« (z. B. Vielfalt autokratischer Herrschaftsformen, institutionelle Instabilität), 2. »Nichtdurchsetzung des konstitutionellen Rechtsstaats« (z. B. hohes Maß an Repressivität und Gewalttätigkeit in den politischen Auseinandersetzungen), 3. »Funktionsmängel des Staatsapparats«, (z. B. Korruption, Sprunghaftigkeit, Nepotismus), 4. »Konzentration ökonomischer und politischer Funktionen im Staat«, 5. »eingeschränkte Souveränität« (Intervention von Großmächten, internationalen Konzernen). Dem möglichen Einwand, daß es sich hier nur um eine Sammlung von Negativ-Bestimmungen handle, die aus der Übertragung der idealen Norm des Staates entwickelter kapitalistischer Gesellschaften resultiere, sucht der Autor mit dem Hinweis zu begegnen, daß einer Übertragung der Maßstäbe aus Europa eine Übertragung des zu Messenden, nämlich der in Europa entstandenen kapitalistischen Produktionsweise vorausgegangen sei.

* Bürgerliche Herrschaft in der Dritten Welt. Zur Theorie des Staates in ökonomisch unterentwickelten Gesellschaftsformationen. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt 1977 (231 S., br., 29,80 DM)

Es gelte nun, ausgehend von den Kategorien der »Kritik der Politischen Ökonomie« und den erarbeiteten Ansätzen zu einer materialistischen Staatstheorie, die Ursachen für die eigentümlichen (vom »Normalbild« abweichenden) Formen und Funktionen des Staates in unterentwickelten kapitalistischen Gesellschaften zu erklären. Eine solche »systematische Theorie des Staates in der kapitalistischen Peripherie« müsse daher einerseits von einer »Theorie des Kapitalismus«, angewandt auf die Wirtschaftsgesellschaften an der historischen Peripherie des Kapitalismus, kurz einer Theorie der Unterentwicklung, andererseits von einer Theorie des kapitalistischen Staates im allgemeinen ausgehen.

Diesem methodischen Vorhaben entsprechend skizziert Evers zunächst Elemente einer Theorie der Unterentwicklung. Unterentwicklung, verstanden als Prozeß und Zustand eines abhängig-rückständigen Kapitalismus, werde vor allem durch die »weltmarktabhängige Reproduktion« und die »strukturelle Heterogenität der Gesellschaftsformation« konstituiert und gekennzeichnet. Während unter dem Begriff »weltmarktabhängige Reproduktion« die »Unvollständigkeit der Organe des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems, die eine Ergänzung durch die Beziehungen mit den Metropolen erzwingt zu Bedingungen, die den Akkumulationsprozeß in den Zentren fördert und in den Randgebieten hindert« (24), verstanden wird, soll in dem Begriff »strukturelle Heterogenität der Gesellschaftsformation« nicht nur die Tatsache des Nebeneinanderbestehens verschiedener Produktionsweisen und Produktivkraftniveaus, sondern auch die tendenzielle Konservierung resp. Vergrößerung der Differenzen zwischen den einzelnen ökonomischen und gesellschaftlichen Sphären aufgrund der extern induzierten und weiterhin extern (oder weltmarktabhängig) vermittelten kapitalistischen Reproduktion mitgedacht werden. Damit ist Evers bei der Problematik angelangt, ob es eine allgemeine Theorie der Unterentwicklung (und entsprechend eine des unterentwickelten Staates) überhaupt geben könne. Zwar scheinen die Kategorien der Kapitalismusanalyse der »Kritik der politischen Ökonomie« angesichts ihrer spezifischen theoretischen Voraussetzungen (nationalstaatliche Produktion und Reproduktion des Kapitalismus und vollständige Dominanz der kapitalistischen Produktionsweise, d. h. weitgehende Verdrängung nichtkapitalistischer Produktionsformen) angesichts der elementaren Gegebenheiten der Unterentwicklung zu versagen. Dies bedeutet jedoch nicht, daß diese unnütz oder verzichtbar wären, geht es doch um die Analyse der spezifischen Durchsetzungsbedingungen dieser allgemeinen Gesetzmäßigkeiten. Daher kann Unterentwicklung nur konkret-historisch analysiert und können die dabei gewonnenen Resultate zu einem Höchstmaß an empirischer Verallgemeinerung benutzt werden, um auf »mittlerer Ebene« zu theoretischen Aussagen über Unterentwicklung zu gelangen (S. 41). Die in diesem Zusammenhang kurz angeschnittene Frage nach den Entwicklungsperspektiven des Kapitalismus in der Peripherie und dem (qualitativen und graduellen) Unterschied des entwickelten und unterentwickelten Kapitalismus beantwortet der Verfasser meines Erachtens zu Recht mit dem Hinweis darauf, daß sich zwar der Kapitalismus in den abhängigen Gesellschaften weiter durchsetzen werde (mehr oder minder rasch), daß aber für die absehbare Zukunft hiermit zugleich eine Behinderung der Verallgemeinerung und Nivellierung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und Produktivkräfte verbunden sein werde. Daher ist auch die Antwort auf die Frage nach qualitativer oder bloß quantitativ-gradueller Differenz von unterentwickelten und entwickel-

ten kapitalistischen Gesellschaften entsprechend – meines Erachtens zutreffend – differenziert: »Bezogen auf die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des Kapitals ist der Unterschied zwischen hochentwickelten und peripherem Kapitalismus ein quantitativer; bezogen auf die durchschnittlich vorfindbare historische Realität beider Ausprägungen von Kapitalismus ist er ein qualitativer« (48).

In einem zweiten methodischen Schritt wendet sich Evers sodann den »Ansätzen einer Theorie des Staates« (S. 50–71) zu, die er zwar insgesamt als unbefriedigend empfindet (ohne allerdings sein Unbehagen klar darzulegen), von denen er aber immerhin soviel »lernt«, daß die Form des bürgerlichen Staats sich der Verallgemeinerung der Warenbeziehung – unter Einschluß der Arbeitskraft der unmittelbaren Produzenten – verdanke, der bürgerliche Staat in der Gewährleistung allgemeiner Produktionsbedingungen seine existenzbegründenden Grundfunktionen habe und sich im Laufe der historischen Entwicklung diese z. T. widersprüchlichen Staatsfunktionen ebenso wie die jeweiligen institutionellen Staatsformen differenzieren bzw. ablösen. Von einer Erörterung der Theoreme des Staatsmonopolistischen Kapitalismus sieht Evers ab, da sie seiner Ansicht nach das Problem der Trennung von Ökonomie und Politik (»Verdoppelung der bürgerlichen Gesellschaft in Gesellschaft und Staat«) nicht adäquat thematisieren (S. 51, Anmerkung 60).

Ausgestattet mit diesen beiden Grundelementen (Elemente einer Theorie der Untereentwicklung und des Staates) macht sich Evers nun daran, seine Thesen über die Konstitutionsbedingungen, die Staatsfunktionen, die staatlichen Mittel und die Organisation staatlichen Handelns in der Peripherie zu formulieren. Seine erste und zentrale These ist in diesem Zusammenhang, daß bezüglich der »Konstitutionsbedingungen« des peripheren Staates Basis und Überbau resp. wirtschaftliche und politische Sphäre räumlich und sachlich nicht kongruent sind. Aufgrund der wesentlich weltmarktabhängigen Reproduktion des peripheren Kapitalismus befindet sich ein Teil seiner Basis außerhalb des »nationalen Wirtschaftsraums«, ist also dem kapitalistischen Weltmarkt zuzuordnen; dagegen »spielt auf der politischen Ebene die nationale Abgrenzung in der Form des Nationalstaats eine erheblich stärkere Rolle« (86). Aus der Inkongruenz zwischen den grundlegenden ökonomischen und politischen Einheiten, auf die sich der »periphere Staat« beziehen kann, folgt – dies die zweite These – eine »nichtreziproke Wechselbeziehung« des Staates nach »außen« und »innen«. Während der periphere Staat sich nach außen weder politisch noch ökonomisch als »souveräner Nationalstaat« Geltung verschaffen kann, kann er dies nach innen sehr wohl, sogar mit relativ großer Durchsetzungskraft, sofern er sich in Übereinstimmung mit den Anforderungen des Weltmarkts bzw. ausländischer Kapitale befindet.

»Der Staat der Peripherie kann sich dem determinierenden Einfluß dieses extern begründeten Machtdrucks kaum widersetzen . . . Indem er (»der periphere Staat«, D.B.) der wirtschaftlichen Überlegenheit der Weltmarktanforderungen nachgibt und sie politisch artikuliert, geht diese Überlegenheit zu einem Teil auf ihn über und befähigt ihn, gegenüber dem seiner eigenen Staatsgewalt unterliegenden Wirtschaftsraum umso gebieterischer aufzutreten, tiefer einzugreifen, nachhaltiger Einfluß zu nehmen« (88 f.).

Mit diesem Ansatzpunkt glaubt Evers den Schlüssel für die Erklärung einer Reihe kontroverser Problempunkte gefunden zu haben (»Vorausseilen« des Überbaus gegenüber der Basis in unterentwickelten Ländern, Verhältnis von Zirkulation und Produktion, Feudalismus/Kapitalismusdebatte, Widerspruch zwischen Ländern

oder Klassen im Verhältnis von unterentwickelten Gesellschaften zu kapitalistischen Metropolen etc.). Auch löse sich so das vielumstrittene Paradoxon des einerseits besonders »starken«, andererseits besonders »schwachen« Staates in unterentwickelten Ländern auf, wenn jeweils die Handlungsrichtung des Staates beachtet werde. Das »Formprinzip des souveränen Nationalstaates« stehe daher im Widerspruch zu den realen Gegebenheiten und den tatsächlichen Funktionen des peripheren Staates, der weder nach außen hin eine effektive politische Kontrolle (Souveränität) ausüben kann, noch nach »innen« den staatlichen Maßnahmen, sofern sie effektiv und langfristig sein sollen, einen nationalen Charakter verleihen kann. Die Rückbeziehung des zweiten wesentlichen Elements der Unterentwicklung, der strukturellen Heterogenität, auf die Frage der Konstitutionsbedingungen des Staates in unterentwickelten Gesellschaften, erbringt kaum neue Einsichten: die nicht vollzogene Verallgemeinerung kapitalistischer Warenbeziehungen (einschließlich bezüglich der Arbeitsverhältnisse und der Arbeitskraft) bewirkt eine Diskrepanz zwischen der (inneren) Form des Staates und der gesellschaftlichen Wirklichkeit:

»Wie wir bei der äußeren Form des Staates an der Peripherie eine Inkongruenz zwischen dem formalen Prinzip des souveränen Nationalstaats und der Realität weltmarktabhängiger Gesellschaftlichkeit festgestellt haben, so finden wir auch bei der inneren Form dieses Staates ein Auseinanderklaffen zwischen Formprinzip und gesellschaftlicher Wirklichkeit: Die Form der abstrakten Allgemeinheit deckt sich nicht mit der strukturellen Heterogenität der gesellschaftlichen Grundlagen« (96).

Diese eigenartige Diskrepanz führt Evers allerdings nicht zu Zweifeln am methodischen Vorgehen (Zugrundelegung eines »logischen Begriffs des bürgerlichen Staates«), auch nicht zu Zweifeln an der Möglichkeit einer allgemeinen Theorie des Staates in unterentwickelten Ländern, demzufolge auch nicht zur Erwägung nicht-bürgerlicher politischer Herrschaftsformen, sondern zu der These, daß wir es beim »peripheren Staat« mit einem – verschieden stark fortgeschrittenen – Prozeß der historischen Konstituierung bürgerlicher Staatlichkeit zu tun haben und daß die – »äußere wie innere« Form der Staatlichkeit in der Dritten Welt, dem realen Stand der kapitalistischen Vergesellschaftung »vorausseile«.

»Wie das äußere Formprinzip des souveränen Nationalstaats historisch dem erreichten Grad an innergesellschaftlicher Vervollständigung des Reproduktionszusammenhangs »vorausseilt«, so greift auch die Errichtung von Staatlichkeit in Gestalt einer abgesonderten politischen Sphäre dem historisch erreichten Grad der Verallgemeinerung von kapitalistischen Warenbeziehungen voraus« (99).

In weiteren Kapiteln versucht Evers, diese Inkongruenz zwischen Formprinzip und gesellschaftlicher Wirklichkeit mit den besonderen historischen Bedingungen und funktionalen Anforderungen des unterentwickelten Kapitalismus zu erklären und zu illustrieren. Entsprechend den hervorgehobenen Charakteristika des Staates in peripher-kapitalistischen Staaten sieht Evers in der »Sicherung der Existenz und Expansion der Weltmarktanforderungen im peripher-kapitalistischen Wirtschaftsraum« (102) eine wesentliche Grundfunktion des Staates, die mit der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse einhergeht. Obwohl er bei der Diskussion der Notwendigkeit der Herausbildung von nationalstaatlicher Organisation den »äußeren« Triebkräften (dem Fortschreiten der Internationalisierung kapitalistischer Produktionsverhältnisse, dem Aufkommen von neuen, dominanten Mächten auf dem Weltmarkt etc.) die entscheidende Bedeutung gegenüber »internen« Notwendigkeiten einräumt, begreift er diesen den Zusammenhang zum Weltmarkt garantierenden

Staat nicht einfach als Relaisstation, sondern als Vermittlungsagentur zwischen Weltmarktbedingungen und lokalen Produktionsbedingungen, die auch ein gewisses Maß von Schutz vor Weltmarkteinflüssen impliziert: »Der Staat der kapitalistischen Peripherie kann seinem primären Auftrag, die funktionale Eingliederung des eigenen Wirtschaftsraums in den Weltmarkt zu gewährleisten, nur dadurch gerecht werden, daß er diesen *auch* in beschränktem Umfang schützt gegen tendenziell zerstörerische Einwirkungen des Weltmarkts« (S. 109). Da die Klassen der »Randgesellschaft« immer mehr Gewicht erhalten, andererseits die metropolitanen Kapitale nicht wesentlich zurückgedrängt werden können, wird die Vermittlungsaufgabe immer komplexer und erfordert daher eine immer größere Selbständigkeit der politisch-staatlichen Instanz (113).

Die Durchsetzung allgemeiner kapitalistischer Tauschregeln ist Implikat bzw. Konsequenz der »primären Grundfunktion« des peripheren Staates. Aufgrund des »Übergangscharakters« der gesellschaftlichen Situation und des Widerspruchs zwischen Form und Funktion des Staates fallen aber die Resultate der Durchsetzung allgemeiner Tauschregeln notwendigerweise ambivalent aus: sie bedeuten Zersetzung und Konservierung nicht-kapitalistischer Strukturen in einem (122). Analog zur Vermittlung zwischen Weltmarkt und Lokalbedingungen differenzieren sich nun die Anforderungen an den Staat auch im Inneren als ständige, prekäre Vermittlung von kapitalistischen und nicht-kapitalistischen Segmenten innerhalb der Randgesellschaft (123). Dies erlaubt Evers, ihn als »Interventionsstaat in Permanenz«, der notwendigerweise inkohärent handeln muß und dessen Zielsetzungen nicht den durch Interventionen oder Unterlassung bewirkten Folgen entsprechen müssen, zu kennzeichnen.

»Die Notwendigkeit, mit stets gebrochen wirkenden Mitteln widerstrebende Ziele zugleich verfolgen zu müssen, führt im Zeitablauf dazu, daß der Staat immer *zugleich und/oder zyklisch* sich widersprechende Maßnahmen ergreifen muß. Diese »inhärente Inkohärenz« des peripher-kapitalistischen Staates äußert sich als scheinbar ziellose, irrationale und kurzzeitige Politik, die mal moderne Sektoren in ihren Expansionsanforderungen, dann wieder rückständige Sektoren in ihren Überlebensnotwendigkeiten unterstützt, bald übergreifende Interessen der Gesellschaft, bald Interessen einzelner Sektoren, heute langfristige Ziele und morgen unabweisbare Notwendigkeiten des Moments verfolgt« (S. 126).

Durch die große Heterogenität der gesellschaftlichen Kräfte und die Unmöglichkeit einer allgemeinen Politik ergibt sich für Evers die »Möglichkeit fast unbegrenzter Ausweitung seiner relativen Autonomie«, der allerdings die hohe Wahrscheinlichkeit der Anbindung des Staates an die stärkste Klassenfraktion (zumeist die »externe Bourgeoisie«, d. h. das Auslandskapital in der Produktion und Zirkulation) gegenübersteht. So sei der »starke Staat« prinzipiell immer nur scheinbar verselbständigt.² Abgesehen davon, daß Verselbständigung (oder Erweiterung der relativen Autonomie) des Staates häufig – meines Erachtens unzuverlässigerweise – mit der Qualifikation als »starker Staat« verbunden wird, scheinen Evers' Bemerkungen zum Problem der Verselbständigung widersprüchlich oder falsch zu sein. Daß etwa in diesem Zusammenhang Regime des »nicht-kapitalistischen Wegs«, populistische bzw. national-kapitalistische Versuche als Ausdruck der Hegemonie »externer Bourgeoisiefraktionen« genannt werden oder als Resultat der Erweiterung der Tätigkeitsgrenzen des Staates aufgrund des Weltmarktzusammenhangs seiner ökonomischen Basis, ist meines Erachtens völlig falsch. Gerade diese Konstellationen und Regime entstehen primär durch interne Klassenbeziehungen und -bewegungen und richten sich gegen die

bisherige Weise der Weltmarkteinbindung. Regime wie das Peróns in Argentinien (1943–1955) oder des gegenwärtigen Algerien, Tansania etc. sind gerade Konsequenz der Schwächung der früheren Beziehungen zum Weltmarkt, Zeichen des Hegemonieverfalls der »externen Bourgeoisie«. – Analog zur »Gewährleistung der Weltmarkteingliederung«, der »Durchsetzung allgemeiner Tauschregeln«, werden als weitere Funktionen des peripheren Staates die »Gewährleistung der Verfügbarkeit der Arbeitskraft« und die »Gewährleistung allgemeiner materieller Produktionsbedingungen« analysiert (137–152).

Evers diskutiert sodann die Mittel des peripheren Staates: Geld, Recht, Ideologie und Gewalt, um zu der Feststellung zu gelangen, daß die Steuerungsfähigkeit von Geld und Recht sehr begrenzt sei, da sie eine entfaltete verallgemeinerte Warenproduktion voraussetze; auch die ideologischen Bewußtseinsformen, wie sie z. T. aus einer kapitalistischen Gesellschaft hervorgegangen, seien angesichts täglich erfahrbarer realer Ungleichheit und Unfreiheit als relativ unwirksam im Hinblick auf eine allgemeine Legitimationsstiftung einzuschätzen. Da eine formelle (das geordnete Funktionieren bürgerlicher politischer Institutionen meinende) Legitimität nicht entstehen könne, sei der periphere Staat umso mehr auf materielle Legitimationsformeln: Wachstum, Überwindung der Unterentwicklung, etc. angewiesen. Da die meisten Staaten sich nicht durch revolutionäre historische Entstehungsweisen legitimieren könnten (eine sehr problematische These angesichts der Fülle kolonialrevolutionärer Befreiungskriege!) und die aktuelle ökonomische Grundlage nicht dazu angetan sei, die Herrschaft der Bourgeoisie zu rechtfertigen, seien die meisten Staatsideologien bloß vorwärtsgerichtet. Dabei trete dieser Versuch der Erringung materieller Legitimität (qua raschem kapitalistischem Wachstum) in Gegensatz zu den Formprinzipien des bürgerlichen Staates, da diese dynamische kapitalistische Entwicklung – wenn überhaupt – nur durch ein autoritäres Regime, das häufig zur Konstruktion eines »Ausnahmestands« greift, zu erzielen sei. Da alle diese staatlichen Mittel und Ressourcen nur begrenzt und zudem ungleichförmig (im Hinblick auf eine fragmentierte, heterogene Gesellschaft) wirksam seien, sei das letzte Mittel staatlicher Machtausübung zunehmend zum einzigen geworden: Repression und Gewalt. Gewalt – als öffentliche oder private, doch staatlich gestützte – sei tendenziell permanent und relativ unspezifisch und lasse den Staat als politische Verkörperung der Klassenherrschaft – besonders des externen Teils der herrschenden Klasse – deutlich in Erscheinung treten. Die Omnipräsenz von Gewalt leite sich nicht nur aus den Grundfunktionen des Staates ab, sondern auch aus der Tatsache, daß häufig einfache ökonomische Forderungen (Arbeitsbedingungen, Lohn etc.) schon an die Systemgrenze stoßen.

In einem abschließenden Kapitel geht Evers auf die »Organisation staatlichen Handelns in der kapitalistischen Peripherie« ein und untersucht den Staatsapparat, die Problematik der »Staatsklassen« und die institutionellen Ausformungen des peripheren Staates. Der Staatsapparat wird begriffen als adäquater Ausdruck gesellschaftlicher Heterogenität, welche die Vielfalt und die beständige Proliferation von z. T. gegeneinander agierenden Behörden hervorbringt. Diese Segmentierung und Partikularisierung seiner Teilorgane wiederum bedingt nicht nur eine Überzentralisierung im Kernbereich staatlicher Entscheidungen, sondern auch eine innere Differenzierung im exekutiven Teil des Staates selbst:

»Mit dieser Funktionsteilung zwischen einem Zentrum und einer ›Peripherie‹ innerhalb des Staatsapparats ist das Problem der ›Besonderung des Allgemeinen‹ in den Staat selbst hin-

einverlagert. Wenn angesichts der mangelnden Verallgemeinerung von Warenbeziehungen der Staat sich nicht vollends »herausverdoppeln« kann aus der umgebenden Gesellschaft, dann muß der Staat selbst sich verdoppeln in einen äußeren privatisierten und einen inneren, immer auf noch abstrakte Allgemeinheit verkörpernden Teil« (181).

Beide Teile des Staatsapparats füllen aber in gewisser Hinsicht notwendige Funktionen aus. »Der aufgeblähte ineffiziente Teil des Staatsapparats ist die Pufferzone, die der konzentrierte effiziente Teil für seine Funktion als Organ der kapitalistischen Durchdringung benötigt« (S. 184). Den Begriff der »Staatsklasse« zur Bezeichnung einer Klassenonderformation, welche partikulare und allgemeine Interessen im Staat vertritt, ohne Eigentümer der Produktionsmittel zu sein, lehnt Evers wegen zu großer Unschärfe und wegen des Eindrucks ab, als ob sich der Staat erst eine Klasse schaffe; er will ihn jedoch eingeschränkt – im Sinne einer »Übergangsklasse« – gelten lassen, wenn er denjenigen Teil der »militärischen-bürokratischen Elite« meint, der Träger der nachholenden kapitalistischen Industrialisierung ist (187 f.). Zu fragen ist allerdings, warum nicht dem Begriff »Staatsbourgeoisie« der Vorzug gegeben wird, der meines Erachtens durchaus auch die relative Eigenständigkeit und damit gewisse Unbestimmtheit der jeweiligen staatlichen Verhaltensweisen in sich aufnimmt. Der Begriff der »Staatsklasse« suggeriert – abgesehen davon, daß er die Bedeutung von Eigentumsverhältnissen und ihre Funktionsbestimmung unterschlägt – eine völlige Unbestimmtheit in der ökonomisch-politischen Orientierung.³ In Bezug auf die institutionellen Formen, die der Staat annehmen kann, unterstreicht Evers, daß aufgrund der nicht vollausgebildeten bürgerlichen Gesellschaft Parlament, Parteien, Gewaltenteilung etc. allenfalls nur in Scheinformen und rudimentär existieren können. Gewalt, unmittelbarer Zugriff auf die Gesellschaft, die von jenem »Ausnahmestaat in Permanenz« (H. R. Sonntag) ausgehe, kristallisiere sich nicht zufällig im Militär, das häufig der modernste und homogenste Teil der Gesellschaft und des Staatsapparats sei und überdies gewöhnlich exzellente Beziehungen zu den entwickelten kapitalistischen Metropolländern habe. Ein wesentliches Begründungsmoment für diese Tendenz (keine Wahlen, zivile oder militärische Diktatur, zugleich beständige Instabilität) sei der Umstand, daß die ökonomisch hegemonialen Teile der herrschenden Klasse (Auslandskapital, externe Bourgeoisie) nur schwer ihr ökonomisches Gewicht in politisch-ideologische Dominanz im inneren der unterentwickelten Gesellschaft umsetzen können. Dabei gehen gewöhnlich Tendenzen der forcierten Durchsetzung kapitalistischer Warenbeziehungen zunächst keineswegs mit dem Vordringen bürgerlicher Politikformen einher. »Um seine bürgerlichen Funktionen erfüllen zu können, muß der Staat sich teilweise nicht-bürgerliche Institutionen geben« (205). (Drei Seiten vorher hatte Evers allerdings gerade das Gegenteil behauptet).

Abgesehen von dieser und zahlreichen anderen Ungereimtheiten bei einzelnen Problemen und Formulierungen muß die Studie von Evers zweifellos als originell und anregend bezeichnet werden; insbesondere die Herausarbeitung des Unterschieds von Nationalstaatlichkeit in der »klassisch-originären« Entfaltung des Kapitalismus und der bloß formellen (ungenügend ökonomisch fundierten) Nationalstaatlichkeit unterentwickelter kapitalistischer Gesellschaften hat grundlegende Rahmenbedingungen freigelegt, auf die der »periphere Staat« sich in jedem Fall zu beziehen hat. Damit sind aber auch schon die Schranken und die Reichweite einer solchen allgemeinen Theorie des Staates in der kapitalistischen Peripherie, auf die der Verfasser selbst mehrmals hinweist (13, 36 ff., 72 ff., 207 ff.), angesprochen. Streng genommen will

er seine Arbeit nur als Beitrag zu einer Theorie der Konstitutionsbedingungen bürgerlicher Staatlichkeit in ökonomisch unterentwickelten Gesellschaftsformationen begreifen, als heuristisches Modell, vermöge dessen – als jeweilige Antwort auf die wesentlichen Rahmenbedingungen – die je spezifischen staatlichen Mittel, Funktionen, organisatorische und institutionelle Ausgestaltungen der Staaten in verschiedenen Gruppen unterentwickelter Gesellschaften (zu gliedern nach Entwicklungsstand der Produktivkräfte, Klassenstruktur, stoffliche Form der Einbindung in den Weltmarkt etc.) zu erklären wären. Es ist sogar zu vermuten, daß eine so verstandene allgemeine Theorie des Staates (als allgemeinste Stufe historischer Besonderheit) kaum weiterführt⁴ und auf dieser Ebene allenfalls noch reichlich sophistisch anmutende Aussagen zuläßt, die auch die Everssche Arbeit enthält⁵; oder daß sie zu unvermittelten Aussagen über die aktuelle Realität unterentwickelter Gesellschaften (ver-)führt, vor denen Evers gelegentlich warnt, ohne diese Vorsicht selbst immer walten zu lassen.

Eine zweite kritische Bemerkung betrifft das Verfahren, den Idealtypus des bürgerlichen Staates bzw. seine allgemeinsten theoretischen Bestimmungen wie z. B. »Verdoppelung von Gesellschaft in Gesellschaft und Staat« den Realphänomenen in unterentwickelten Gesellschaften gegenüberzuhalten.⁶ Nur wenn man diese theoretischen Bestimmungen des Erkenntnisobjekts auch für reale hält⁷, können gewisse Strukturmerkmale als spezifisch für den »peripheren Staat« ausgegeben werden, die real für den bürgerlichen Staat in den Metropolländern immer existierten und heute erst recht an Bedeutung gewonnen haben. Dies gilt etwa für folgende Everssche Erkenntnisse über den »peripheren Staat«: »Seine ›Herausbesonderung‹ aus der Gesellschaft kann faktisch nur teilweise gelingen, an die Stelle der postulierten ›Verdoppelung‹ (wer postuliert und zu welchem Zweck?, D. B.) von Staat und Gesellschaft tritt eine *gegenseitige Durchdringung*« (129). Ferner findet Evers im Staat der kapitalistischen Peripherie »eine Konzentration ökonomischer und politischer Funktionen« (9) vor. Schließlich: die Konkurrenz werde im abhängig-rückständigen Kapitalismus »nicht nur auf dem Markt, sondern vor allem auch über den und *im* Staat ausgetragen« (114).

Drittens ist keineswegs immer deutlich, was Evers mit der als zentral dargestellten Diskrepanz (bzw. dem Widerspruch) von Form (oder »Formprinzipien«) und Funktionen des peripheren Staates eigentlich meint. Unter »Form« versteht er sehr verschiedenes: formales Prinzip des souveränen Nationalstaats, »Form der abstrakten Allgemeinheit« (im Sinne von Eigenanspruch des Staates, der sich in Institutionen verkörpert), explizit institutionelle Formen etc.⁸ So ist es nicht verwunderlich, daß leider auf dieser – offenbar von Evers als zentral angesehenen – Widerspruchsebene große Unklarheit herrscht. Einmal entspricht »die Form« des Staates einem schon durchgesetzten Kapitalismus, seine – gewissermaßen »strukturell nachhinkenden« – Funktionen aber bestehen darin, den Kapitalismus erst noch durchzusetzen (121, 207), im Klappentext (und im Buchtext ebenso) jedoch heißt es genau umgekehrt: »Der Staat der kapitalistischen Peripherie steht in dem Widerspruch, in seiner Funktion die Dynamik der sich durchsetzenden kapitalistischen Produktionsweise zu verkörpern, in seinen Formen dagegen den Zustand der mangelnden Verallgemeinerung bürgerlicher Produktionsverhältnisse aufzunehmen zu müssen.« An einer Stelle führt Evers selbst diesen allgegenwärtigen – stets in anderen Farben und seitenverkehrt auftretenden – Widerspruch ad absurdum: »In der historischen Tendenz hebt sich dieser

Widerspruch auf. Und in der Gegenwart vermittelt er sich in der Weise, daß die notwendig gebrochene Umsetzung seiner Funktion in einer nicht (voll) bürgerlichen Gesellschaft rückwirkend seine bürgerliche Form korrodiert« (121). Das heißt schlicht: Sowohl die Form des Staates als auch seine Funktionen reflektieren die Tatsache eines nicht entfalteten Kapitalismus. Man fragt sich an diesen und anderen – mit großem Begriffsaufwand, terminologischen Klärungen etc. ausgestaffierten – Passagen, welchen Erkenntnisfortschritt solche Einsichten zutage fördern. Überhaupt hat Evers eine gewisse Neigung, inhaltliche Schwierigkeiten, Unstimmigkeiten des Argumentationsverlaufs mit neuen terminologischen Erwägungen zu überdecken. Die Ungenauigkeit und Ahistorizität der Begriffsbildung wird beispielsweise deutlich, wenn Evers den »Staat« – ganz allgemein – definiert als »Komplex von Funktionen und Institutionen allgemeiner, abstrakter und öffentlicher Herrschaftsausübung innerhalb einer Gesellschaft«, auch Verbände, Parteien, Medien der Massenkommunikation sollen dazu gezählt werden, falls sie an der so bezeichneten Herrschaftsausübung beteiligt sind (15). Diese Definition enthält Anklänge an bürgerliche Staatlichkeit, unterschlägt alle vorkapitalistischen Staatsformen und dehnt den Begriff der Herrschaft andererseits außerordentlich – bis hin zu bloßem »Einfluß« – aus. An anderer Stelle möchte Evers das Historische in die Staatsanalyse hineinholen, der Begriff »Konstitution« des bürgerlichen Staates bietet sich an. Er soll bezeichnen »die Entfaltung der logischen Zusammenhänge im Prozeß der historischen *Herausbildung* eines Staatsgebildes« (64). Doch später bemerkt Evers, daß die historische Seite der Konstitutionsanalyse im Laufe der Begriffsanstrengungen zu kurz gekommen ist. Da er nicht auf den »methodischen Fallstrick« hereinfliegen möchte, den allgemeinen Begriff des bürgerlichen Staates mit historischen Ausprägungen des Verhältnisses von Politik und Ökonomie unvermittelt zu vergleichen, schiebt er wieder einen methodischen Exkurs ein: »Wir benötigen also einen vermittelnden Begriff, der den logischen Begriff der »Form« des bürgerlichen Staates in die Ebene der historischen Analyse übersetzt . . . Dafür bietet sich der Begriff der Herrschaftsform an« (97); der Begriff »bürgerliche Herrschaftsformen« ist bei genauerem Hinsehen als Auflockerung des streng logischen Begriffs des bürgerlichen Staats zu dechiffrieren, er darf auch nicht-bürgerliche Momente enthalten, wenn die politische Herrschaft auch nur »im wesentlichen diesem allgemeinen Formprinzip« (bürgerlicher Staatlichkeit) entspricht. »Rückversichert« durch diese Begriffsflexibilisierung dekretiert Evers wiederum kategorisch, daß in allen Herrschaftsformen der Dritten Welt sich wesentlich das »Formprinzip der abstrakten Allgemeinheit« – und damit »in erster Linie bürgerliche Staatlichkeit« verkörpere (98), ohne je einen Gedanken auf die eventuelle Existenz von vor- bzw. nichtbürgerlichen politischen Herrschaftsformen zu verschwenden.⁹

Man kann dem Autor nur zustimmen, wenn er in realistischer Einschätzung des mühseligen, schrittweisen Sich-Annäherns an die gesellschaftliche Wirklichkeit feststellt, daß »die Erklärungskraft deduktiv gewonnener Bestimmungen entsprechend (sich) »verdünnt« und sich das Defizit an nötiger Auffüllung durch konkrete historische Analyse proportional (erhöht)« (75). »Mit einem Verweis auf den Widerspruch zwischen Form und Funktion ist für die konkrete Analyse nichts gewonnen« (209). Evers meint, daß seine Strukturüberlegungen eine Vorbereitung dafür bieten, auftretende Widersprüche nicht als »pathologische Abweichungen oder als Mängel der Analyse fehlzuinterpretieren«, da sie als Ausdruck der inhärenten Inkohärenz dieses

Gegenstands selbst – eben der peripheren Staaten – anzusehen seien. Recht anschaulich verweist Evers am Ende darauf, wie sehr seine propädeutischen Strukturüberlegungen nützliche Einsichten mit sich bringen. »Besonders geschlossene und rigide Herrschaftssysteme können dann (i. e. nach der Lektüre des vorliegenden Werks, D. B.) nicht mehr als besonders stabile beeindrucken: Gerade aufgrund ihres Defizits an bestandsnotwendiger Widersprüchlichkeit müssen sie Keime künftiger Krisen in sich tragen« (209). Als wie krisenträchtig sind dann erst Herrschaftssysteme zu beurteilen, die einen *Überschuß* an »bestandgefährdenden« Widersprüchen enthalten?

Anmerkungen

1 Verwiesen sei auf einige frühere Arbeiten zu diesem Gegenstand, die allerdings nicht so breit angelegt sind und nicht den strengen systematischen Anspruch wie die Everssche Arbeit haben: Alavi, H.: *The State in Post-Colonial Societies: Pakistan and Bangladesh*, in: *New Left Review*, No. 74 (1972), S. 59–81; Hein, W. und K. Stenzel: *The Capitalist State and Underdevelopment in Latin America. The Case of Venezuela*, in: *Kapitalstate*, No. 2 (1973), S. 31–48; Hein, W. und G. Simonis: *Entwicklungspolitik, Staatsfunktionen und Klassenausensetzungen im peripheren Kapitalismus*, in: Schmidt, A. (Hrsg.): *Strategien gegen die Unterentwicklung*, Frankfurt 1976, S. 216–249; Sonntag, H. R.: *Der Staat des unterentwickelten Kapitalismus*, in: *Kursbuch* Nr. 31 (1973), S. 157–183. Die Everssche Arbeit enthält einen sehr breiten bibliografischen Anhang.

2 »Der ›starke‹ Staat der ›Dritten Welt‹ ist in aller Regel nur *scheinbar* verselbständigt, in Wirklichkeit aber der politische Arm der hegemonialen Bourgeoisiefraktion – und das kann unmittelbar die metropolitane Bourgeoisie sein (›Entwicklungsdiktaturen‹) – aber auch Fälle eines vorgeblichen ›Sozialismus der Dritten Welt‹ oder ›nicht-kapitalistischen Entwicklungswegs‹ (136). Ähnlich an anderer Stelle: »Ein Atatürk, ein Perón oder ein Boumediene sind ohne diese Erweiterung der staatlichen Tätigkeitsgrenzen in Gesellschaften weltmarktabhängiger Reproduktion sowenig zu erklären wie die indische Atombombe oder das Kernkraftgeschäft zwischen Brasilien und der BRD.« (!) Dazu wiederum im Gegensatz vgl. S. 169.

3 Vgl. als differenzierte Behandlung dieses Problems: Petras, J.: *State Capitalism and the Third World*, in: *Development and Change*, Vol. 8 (1977), S. 1–17.

4 »Aufgrund des ›Lücken‹-charakters peripherer Akkumulation ist das spezifische Verhältnis von Nationalstaat und Akkumulationsprozess viel weniger allgemein bestimmbar als in den Metropolen – es ist vielmehr in extremem Maße von der konkreten Form der Weltmarktintegration abhängig.« (W. Hein: *Kapitalakkumulation im Weltmaßstab und die Rolle des Nationalstaats in der Dritten Welt*, in: *Lateinamerika, Analysen und Berichte* 2, hrsg. v. V. Bennholdt-Thomsen, u. a., West-Berlin 1978, S. 72).

5 Z. B.: »Der peripher-kapitalistische Staat steht also im Spannungsverhältnis zwischen einer *Möglichkeit* fast unbegrenzter Ausweitung seiner relativen Autonomie und der historischen *Wahrscheinlichkeit* ihrer Eingrenzung . . . In dem Maße, in dem die mit den hegemonialen Wirtschaftssektoren verbundenen Fraktionen in diesem Kräfterdiagramm zu dominieren pflegen, erhält diese wahrscheinliche Einbindung auch einen wahrscheinlichen Inhalt« (S. 136).

6 Zwar bemerkt Evers einmal selbst die Problematik dieser Verfahrensweise: »Es ist unzulässig, die historisch unvollkommene Durchsetzung kapitalistischer Produktionsverhältnisse unvermittelt in Beziehung zu setzen zum allgemeinen Begriff des bürgerlichen Staates, der logisch eine vollkommen entfaltete kapitalistische Produktionsweise voraussetzt. Zwischen diesen beiden Bezugsgrößen eine Inkongruenz festzustellen, wäre eine Banalität.« (S. 97). Sehr wahr, aber dies ist in der Regel sein eigenes Verfahren.

7 Vgl. zur Unterscheidung von »Theorieobjekt« und »Realobjekt« K. H. Tjaden: *Naturevolution, Gesellschaftsformation, Weltgeschichte*, in: *Das Argument*, Nr. 101/1977, S. 9 f. Eine typische zentrale Aussage bei Evers, in der diese Vermengung deutlich wird: »Aber trotz dieser unentfalteten kapitalistischen Gesellschaftsstruktur folgt der Staat der kapitalistischen Peripherie im *Grundsätzlichen* dem allgemeinen Formprinzip des bürgerlichen Staates, sich als besondere politische Instanz und als Verkörperung des gesellschaftlich scheinbar Allgemeinen ›neben und außer‹ der Gesellschaft zu konstituieren.« (S. 96). So häufig Evers dies beteuert, so zahl-

reich sind die als Dementis wirkenden Gegenbelege – sowohl auf der strukturell-genetischen Ebene, der Ebene des Selbstverständnisses des Staates, der Wahrnehmung des Staates durch die Gesellschaftsmitglieder etc.

8 Siehe zur Klärung der Anwendungsebenen des Formbegriffs in diesem Zusammenhang H. Schütte: Staatstheorie als Methodenproblem des historischen Materialismus, in: Argument-Sonderband 16 (Staat und Monopole II), Berlin 1977, S. 21.

9 Dieser Gedanke wird nur einmal knapp – in drei Zeilen – eingestreut, jedoch zugleich als irrelevante Ausnahme abgetan: »Dennoch gibt es als Ausnahme auch den umgekehrten Fall, daß nicht-bürgerliche Elemente der Herrschaftsformen noch so stark sind, daß sie ihrerseits hinter der ökonomischen Entwicklung »herhinken« und diese behindern.« (S. 99). Trotz einer vorsichtigen und richtigen Formulierung (»... daß sich solche kapitalistische Formen in beiden Bereichen (i. e. Politik und Ökonomie, D. B.) *unterschiedlich weit entfaltet* haben, so daß zwischen den Herrschaftsformen und den sozioökonomischen Strukturen ein dialektisches Spannungsverhältnis besteht«, S. 98), wird wieder behauptet, daß es in »aller Regel die politische Sphäre (sei), in der sich bürgerliche Verhältnisse schon weiter durchgesetzt haben.« (S. 98). Die folgende – schon ausgeführte – theoretische Begründung könnte ebenso gut umgekehrt werden.

Warum sollte »der determinierende Einfluß des externen Teils des weltmarktintegrierenden Reproduktionszusammenhangs mit seinen kapitalistisch weiter entwickelten Strukturen« und die relativ größere Eigengesetzlichkeit der . . . politischen Sphäre im Vergleich zur weltmarktabhängigen Ökonomie« (99) nicht gerade umgekehrt ein »Nachhinken« des Staates in bezug auf seine »Bürgerlichkeit« im Vergleich zu den schon stärker kapitalistisch durchdrungenen bzw. beeinflussten materiellen gesellschaftlichen Verhältnissen hervorgerufen haben? Praktisch und bezüglich der realen politischen Bewegung dürfte die von Evers als Ausnahme bezeichnete Konstellation vor allem für viele Gesellschaften des »Nahen Ostens«, Afrikas und Asiens der Realität eher entsprechen als das von Evers deduzierte und empirisch sehr an Lateinamerika orientierte Axiom. Man denke an Persien, Saudi-Arabien, Nord-Yemen, Äthiopien (bis 1975) etc. Für eine weitergehende Kritik des Theorems vom »vorausseilenden Staat« bei Evers vgl. das interessante Papier von G. Simonis: Staat und politische Integration im peripheren Kapitalismus, Hamburg 1979 (unveröff.), S. 19 ff. »Erklärt wird der Widerspruch durch das Theorem des »vorausseilenden Staates«, der seine Basis im weltmarktintegrierenden Reproduktionszusammenhang hat. Überzeugend ist diese Begründung nur für die Position, die das »Brückenkopf-Theorem« und die implizierte Agentur-Theorie akzeptiert . . . Der peripher-kapitalistische Staat bildet einen Brückenkopf der externen Bourgeoisie, ist ihr »Beauftragter« und Agent. Dieses instrumentelle Verhältnis reduziert die politischen Prozesse innerhalb und zwischen den Klassen und ihren Fraktionen mehr oder weniger auf Schaukämpfe. Die internen Vertreter der externen Bourgeoisie setzen sich, notfalls durch äußeren Druck unterstützt, nahezu zwangsläufig durch. Innergesellschaftliche politische Prozesse haben Bedeutung von Epiphänomenen. Denn nach der Theorie der »abgestuften« Determination beaufsichtigt und steuert der »Beauftragte« des internationalen Kapitals in dessen Interesse den nationalen Wirtschaftsraum.«

Zum Thema Staat erschienen bisher u. a.:

AS 6: Zur Theorie des Monopols/Staat und Monopole I

AS 16: Probleme der materialistischen Staatstheorie/
Staat und Monopole II

AS 36: Stamokap-Theorie/Staat und Monopole III (Herbst '79)

Argument 104: Staat und Krise

Argument 106: Staat und Ideologie

Argument 112: Krise/Gewerkschaftliche Politik/Wissenschaft

Wolfgang Fritz Haug

Eurozentrismus bei Bahro und Dutschke

Der folgende Beitrag bildet einen Exkurs zu dem Aufsatz »Marxismus, Dritte Welt und das Problem des Eurozentrismus« (Argument 114/1979, S. 172–186). Dort wurde in Umrissen eine Rahmentheorie der gegenwärtigen Epoche entworfen. Die marxistische Theorie sollte besser dazu befähigt werden, die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen dieses Jahrhunderts zu erfassen. Für das Verständnis des folgenden Exkurses ist wichtig, sich vier Thesen des Aufsatzes zu vergegenwärtigen:

1. These: Alle politische Theorie muß heute ausgehen vom weltumspannenden Gegensatz der Gesellschaftssysteme Kapitalismus und Sozialismus.

2. These: Die Überlagerung des äußeren Systemgegensatzes mit dem inneren Klassegegensatz hat die entwickelten kapitalistischen Länder zu »sozialpolitischer« Anpassung gezwungen.

3. These: In den sozialistischen Ländern hat der Systemgegensatz den Sicherheitsaspekt in den Vordergrund gerückt und damit die Entfaltung sozialistischer Demokratie und die Zurücknahme von Staat in die Gesellschaft entscheidend gehemmt.

4. These: Der Gegensatz der beiden Hauptssysteme hat eine »Dritte Welt« von Ländern unterschiedlicher politischer Orientierung und Sozialordnungen »freigesetzt« und zum Hauptschauplatz der sozialen »Bewegungskriege« im Gegensatz zum »Stellungskrieg« der (und in den) Hauptländer(n) des beherrschenden Systemgegensatzes werden lassen.

Aufgrund dieser Thesen sind alle politischen Ideologien zu »kritisieren, die nicht von den Rahmenbedingungen und weltweiten Kräfteverhältnissen her die je eignen Positionen und Handlungsmöglichkeiten denken. Sie verabsolutieren (und naturalisieren dadurch) ihre in Wirklichkeit abhängigen und in der Abhängigkeit relativ selbständigen Handlungsmöglichkeiten. So die sozialistischen Länder, wenn sie ihre eignen Strukturen nicht mehr in kommunistischer Perspektive darstellen und vor allem ihre Staatsförmigkeit nicht als bloß historisch-transitorisch notwendige Form begreifen. Legitimation droht in Lähmung umzuschlagen. Zudem ruft diese Ideologie Gegenideologien hervor, die hinsichtlich der globalen Kräfteverhältnisse und der dadurch bedingten transitorischen Notwendigkeiten nicht weniger abstrakt sind. Im folgenden soll diese These an zwei gegensätzlichen Theorien des Sozialismus belegt werden. In späteren Beiträgen soll der Gegensatz sowjetischer und jugoslawischer Ideologie in diesem theoretischen Rahmen interpretiert und die im Namen ähnlich klingende, in der Sache völlig entgegengesetzte chinesische Dreiweltenlehre damit verglichen werden.

Es versteht sich, daß im folgenden am Buch von Rudolf Bahro nur eine – allerdings das ganze durchdringende – Dimension besprochen wird und keineswegs der Eindruck geweckt werden soll, als glaube der Verfasser damit die reichhaltigen Anregungen des Buches ausgewertet zu haben.

I.

Zur Frage der Entwicklung des Sozialismus in der Dritten Welt steuert ein Buch interessante Aspekte bei, dessen Autor seine Diskussion nur dadurch erzwingen konnte, daß er sich vorsätzlich spektakulärer Verfolgung durch die sozialistische Staatsmacht aussetzte: Rudolf Bahros »Alternative«. Viele Thesen sind anregend, aber fast alle kranken daran, daß sie nicht von einer Analyse des weltumspannenden Systemgegensatzes und also der internationalen Kräfteverhältnisse ausgehen. Ungeduldig greifen sie über die Grenzen der Kräfteverhältnisse hinaus, als wollten sie diese Realität

loswerden. Aber trotz der Verleugnung globaler Determinanten erfaßt Bahro viele Aspekte der Geschichte und aktuellen Krise der Sowjetgesellschaft treffender als die offiziellen Theorien. Überdies meldet sich in seiner Ungeduld die historische Aufgabe des Übergangs zum Kommunismus an. In der Unzufriedenheit eines Kommunisten wird hier theoretisch Maß genommen an dieser riesigen Aufgabe.

Gerade weil Bahro über den Schatten der in der Systemkonkurrenz erstarrten Verhältnisse der entwickelten sozialistischen Staaten springen möchte, richtet er sein Augenmerk auf die Dritte Welt. (Da er über keine Globaltheorie verfügt, die es ihm erlauben würde, die Dritte Welt von ihrer Stellung im Weltsystem her zu bestimmen, verwendet er diese Kategorie unsicher, d. h. stets in Anführungszeichen.) Der Fortgang der Entwicklung, die Schaffung neuer sozialistischer Kulturen, ist, wie er treffend spürt, heute vor allem von den revolutionären Prozessen der Dritten Welt zu erwarten. Da die Massen der Dritten Welt »in ihren veralteten und vom Kapitalismus dekomponierten Zivilisationen nicht mehr leben, ja überleben können, jedenfalls noch *unter* ihre überlieferten Existenzbedingungen gedrückt werden, sind sie zum militanten Aufbruch gezwungen. Und sie können darin so viel Freiheit von ihren alten und neuen Fesseln gewinnen, daß sie zur Begründung einer eigenständigen Zivilisation befähigt werden« (75). Freilich verhält sich der Enthusiasmus dieser Sätze proportional zu ihrer metaphorischen Unklarheit. Aber Bahro versucht durchaus, zur Klärung beizutragen, indem er gerade den unangenehmen Notwendigkeiten Aufmerksamkeit schenkt. *Das zentrale Problem* bestimmt er als »das Fehlen einer bürgerlichen Kultur der Produktivkräfte« (117), wobei er kategorisch den Vorrang der Personen vor den Sachen behauptet: ». . . daß hinter einer jeweils manifesten Technik (die ja zerstörbar ist) die historisch geschulte Produktivkraft Mensch als allein ausschlaggebende Größe steht« (107). Obwohl diese Verabsolutierung der »Produktivkraft Mensch«, wörtlich genommen, unsinnig ist, läßt sie sich als didaktische Übertreibung verstehen. Sie notiert die Erfahrung, die man bei den Versuchen gemacht hat, die sachlichen Elemente der modernen Produktivkräfte in unterentwickelte Länder zu importieren.

Das zentrale Problem, die ungenügende Entwicklung der Produktivkräfte, mit besonderem Gewicht auf dem Fehlen einer der modernen wissenschaftlichen Produktivkräfte fähigen Arbeitskultur, – dieses Grundproblem muß von den unterentwickelten Gesellschaften gelöst werden. Da die Entwicklung seiner Lösung nicht übersprungen werden kann, muß nach der nichtkapitalistischen Lösungsform des Problems gesucht werden. Offensichtlich wäre es ein lebensfremder Dogmatismus, eine allgemeinverbindliche Formationenabfolge festzulegen und zu dekretieren, jede Gesellschaft müßte alle diese Etappen durchlaufen. »Als eine Art Ausnahmeregelung mußte daher die geradeste antihistorische Metapher vom Überspringen ganzer Gesellschaftsformationen durch diese oder jene Völker erfunden werden. Sie ist nicht einmal für die Völker Sowjetasiens . . . eine theoretische Auskunft« (73). Bahros theoretische Auskunft ist die Bestimmung einer eigenständigen Gesellschaftsformation, des *nichtkapitalistischen Staatsmonopolismus*.

Er polemisiert daher auch gegen die Rede vom »deformierten« Sozialismus (vgl. 163) ebenso wie gegen die Kategorie der »postkapitalistischen Gesellschaften« (vgl. die Kritik an Ernest Mandel, 123). Um auszudrücken, daß diese Gesellschaften wohl ihrer Bestimmung nach, nicht aber in ihrer Wirklichkeit schon sozialistisch sind, nennt er sie auch »protosozialistische Gesellschaften«.

Der »Staatsmonopolismus« ist nach Bahro unabdingbar notwendig für die sozialökonomische Entwicklung. Trotz des Fehlers war es nach Bahro, den Staatsmonopolismus als eine Anbahnung der Restauration von Staatskapitalismus zu begreifen. Als Basis des Staatsmonopolismus begreift Bahro vorbürgerliche Reste; wichtigster Begriff zu ihrer Einschätzung wird die Kategorie der *asiatischen Produktionsweise*. Bahro konstruiert eine historische Analogie zwischen der »ökonomischen Despotie«, die er als Kern der asiatischen Produktionsweise auffaßt, und dem modernen Staatsmonopolismus. Die »asiatische Despotie« bezeichnet die Form des Übergangs vom ursprünglichen Gemeinwesen zur Klassengesellschaft; der moderne protozialistische Staatsmonopolismus die epochale Formation des Übergangs zur klassenlosen Gesellschaft auf höherer Ebene.

Bei allem Versuch, eine eigne Gesellschaftsformation »protozialistischer Industrialisierung« zu bestimmen, bleibt Bahro doch an die Marx'sche Theorie von der transitorischen Notwendigkeit des Kapitals verwiesen, wenn er die im modernen »protozialistischen Staatsmonopolismus« herrschende Partei bzw. Partei- und Staatsführung folgendermaßen begreift: Sie sei »nicht der Stellvertreter einer mit ihrer eigenständigen Machtausübung überforderten Arbeiterklasse, sondern der außerordentliche Stellvertreter (nicht natürlich Platzhalter!) einer Ausbeuterklasse« (156 und 166). »Stellvertreter einer Ausbeuterklasse« soll wohl die Funktion der maximalen Akkumulation von Mehrprodukt durch den Staat bezeichnen. Das notwendige Moment von Disziplinierung in staatlicher Form ist aber nicht mit »Ausbeutung« gleichzusetzen. Die mögliche korrupte Abzweigung von Mehrprodukt für partikulare Zwecke der regierenden Schicht würde höchstens sekundäre Ausbeutung im Sinne von Unterschlagung oder Mißbrauch staatlicher Macht bezeichnen.

Mit all dem meint Bahro nicht nur die Revolution der Dritten Welt zu fassen, sondern bereits die sowjetische Revolution. Sie sei keine i. e. S. sozialistische, sondern die erste antiimperialistische Revolution gewesen. Für Bahro ist es der eurozentristischen Bedingtheit der Marx'schen Theorie geschuldet, wenn in ihr die Entwicklung des Sozialismus aus dem Kapitalismus bestimmt und als historische Triebkraft der Kapitalismusedwicklung das Privateigentum angenommen werde. In der einseitigen Hervorhebung des Privateigentums (49) und der Auffassung der Formationenfolge werde die historische Rolle Europas, besonders im 19. Jahrhundert, verabsolutiert (53). Der Menschheitsfortschritt verlaufe in Wirklichkeit nicht über die Entwicklungslinie vom Kapitalismus zum Sozialismus (57). Seit 1917 stehe auf der welthistorischen Tagesordnung der *nichtkapitalistische* Weg der Entwicklung. Das Eintreten der proletarischen Revolution im Westen in der erwarteten Form »wird immer unwahrscheinlicher« (62). Eine fragwürdige und spekulative Tröstung sieht Bahro darin, daß die Revolutionen in Rußland, China, auf dem Balkan und in Kuba »wahrscheinlich nicht weniger, sondern mehr zum allgemeinen Fortschritt beigetragen (haben), als die erhofften proletarischen Revolutionen im Westen vermocht hätten«. (62) Wenn das Wörtchen wenn nicht wäre, ließe sich hierüber sicher Genaueres aussagen.

Die vielleicht folgenreichste Revision des Marxismus durch Bahro – wobei unterstellt sei, daß Revisionen, wie das Leninsche Beispiel zeigt, nicht schon als solche falsch oder vermeidbar sein müssen – ist die Ersetzung der Begriffe »ausgebeutete Klasse« und »Arbeiterklasse« durch den der »subalternen Klassen« (etwa 174).¹ Als *Subalternität* bestimmt er die »Daseinsform und Denkweise »kleiner Leute« (321).

»Die unmittelbaren Bedürfnisse der subalternen Schichten und Klassen sind immer konservativ . . . Das Proletariat kämpft spontan um die Teilhabe an der Lebensweise der Bourgeoisie, wenigstens der nächststehenden kleinen . . .« (174). Daher muß der Begriff der revolutionären Arbeiterklasse für Bahro widersinnig erscheinen. Die Qualität des Revolutionären kann nur von außen und oben, von bürgerlichen Intellektuellen kommen. Hier wird eine Kautskyische und von Lenin aufgegriffene Position ins Extrem getrieben: »Erst wenn in einer gesamtgesellschaftlichen Krise eine Fraktion der Oberschichten bzw. -klassen oder, effektiver, eine neue »Mittelklasse« die Massen der Unterdrückten für eine Reformation oder Revolution organisiert, ergeben sich neue Perspektiven« (175). Zwar erfordert die Schaffung einer neuen Kultur die Mitwirkung der Massen. »Aber in keinem bekannten historischen Fall ging der erste schöpferische Impuls (ideell, organisatorisch) von ihnen aus (die Gewerkschaften antizipieren *keine* neue Kultur).«

Kurz, nach Bahro »gilt allgemein, daß die werktätigen Massen in der Geschichte vorwiegend quantitative Akkumulation leisten« (175). Was in der Form der Schlußfolgerung vorgetragen wird, ist zwar nicht schlüssig gefolgert, wohl aber realitätshaltig: »Daher ist die Bildung des neuen historischen Kräfteblocks immer die Formierung eines *strukturierten* Organismus, in dem sich *mehrere* Elemente der alten Gesellschaft zu einer neuen Qualität kombinieren« (175). In dieser richtigen Beobachtung setzt sich nicht so sehr die Einsicht als vielmehr die Ahnung durch, daß die sonst durchgängig *ökonomistische* Anlage von Bahros theoretischem Versuch zur Fessel wird, die das Begreifen der politischen Qualität verunmöglicht. (Vgl. zur Kritik an Bahros Ökonomismus und dem komplementären Gegenteil des »Politizismus«: Lohmann 1978, vor allem 238; ferner: Hosfeld, u. a., 1978, vor allem 247 f.).

Bahros Denken zeigt ihn befangen in der Situation des oppositionellen Kommunisten bei innerparteilichem Fraktionsverbot und defizitärer innerparteilicher Diskussion und Demokratie, von außen überdeterminiert durch ein politisches System, das Parteispitze und Staatsspitze verschmilzt und – entgegen der formalen Fortexistenz anderer Parteien des Kleinbürgertums und der Bauern – de facto auf Einparteienherrschaft beruht. Eine Folge ist, daß er bestimmte Grenzen gerade dadurch aufrechterhält, daß er sie total negiert. Für unser Thema ist entscheidend die bereits angedeutete fast durchgängige Abstraktion von den Gesetzen und Kräfteverhältnissen des globalen Systemantagonismus. Er übersieht, daß die den Systemgegensatz tragenden sozialistischen Staaten nicht aus ihm herausspringen können, durch ihn fixiert sind in die staatssozialistische Form. Er vernachlässigt ferner, daß es die aus dem globalen Systemantagonismus abgeleitete Sondersituation der Länder der Dritten Welt ist, die dort die Bildung des »neuen historischen Kräfteblocks . . ., in dem sich mehrere Elemente der alten Gesellschaft zu einer neuen Qualität kombinieren« (175), ermöglicht und für die Eroberung von Entwicklungschancen *notwendig* macht. Bahro ist zu nah an den Hügeln der sozialistischen Staatsmacht seines Landes, um die überragenden Gebirge des Imperialismus dahinter sehen zu können; und wie viele derer, die in seiner Situation sind, glaubt er den staatlichen Reden von diesem Gebirge nichts mehr.

Aus den genannten Gründen bleibt Bahros Beitrag zur quälenden Frage der nicht-kapitalistischen Industrialisierung in den Ländern, in denen das Privateigentum sein historisches Werk nicht getan und keine »bürgerliche Produktionskultur« hinterlas-

sen hat, unbefriedigend. Sein Vorwurf, Marx habe eurozentristisch gedacht, wo er die transitorische Notwendigkeit des Privateigentums, gipfelnd in seiner kapitalistischen Form, behauptet habe, hilft nicht weiter. Er trifft selbstverständlich seit 1917 alle, die wörtlich Marx nachbeteten, ohne die neuen Verhältnisse zu berücksichtigen. Bei aller notwendigen Bereitschaft des europäischen Marxisten, den Eurozentrismus zu überwinden – das reale Problem bleibt ja doch. Wie die Elemente und Grundlagen des Sozialismus unter Führung einer politisch-sozialistisch orientierten nationalen Befreiungsbewegung entwickeln? Eine der Auskünfte Bahros beinhaltet die Aufspaltung in eine nichteuropäische Politik und eine europäische Technik. Die Völker der Dritten Welt müßten »sich anfangs kulturell von Europa distanzieren, während sie seine technischen Errungenschaften assimilieren« (71). Aber hat Bahro hier nicht die anderwärts von ihm behauptete Notwendigkeit der bürgerlichen (= europäischen) »Produktionskultur« vergessen? Kann sich ein Land von Europa kulturell distanzieren, ohne sich zugleich von der europäischen Produktionskultur zu distanzieren? Ohne klaren Begriff vom Problem, geschweige denn von den Möglichkeiten seiner Lösung, bleibt es beim guten Willen und bei der moralischen Kritikbereitschaft des Europäers. Gutwillig ohne klare – und das heißt realitätstaugliche – Alternative bleibt auch die Kritik am kulturellen Eurozentrismus sowjetischer Geschichtsdarstellung: »Auch in den Ländern des Sowjetblocks sind die historischen Schulbücher völlig disproportioniert, indem sie auf die letzten paar hundert Jahre europäischer Geschichte hin anschwelgen.« Bahro sieht doch auch keine andere Entwicklungschance unter der Führung revolutionärer Bewegungen der Dritten Welt als die »Assimilation« (was immer das heißt) der technischen und wissenschaftlichen Resultate des kapitalistischen Geschichtsabschnitts. Und daß diese Resultate nichts sind ohne die entwickelte Produktivkraft Mensch, sagt er ja selbst.

Kurz, der Mangel einer Globaltheorie macht eine wirksame Kritik des Eurozentrismus unmöglich.

Rudolf Bahro hält die despotisch-staatliche Form nichtkapitalistischer Industrialisierung für »unentrinnbares Schicksal« (99; vgl. zur Frage dieses Fatalismus auch 106 und 136). Er befürchtet sogar, seine Schrift könnte »vielleicht zunächst einen apologetischen Anschein erwecken«, weil sie die negativen Erscheinungen, die vor allem im Begriff des »Stalinismus« angesprochen werden, »als praktisch unvermeidliche Konsequenzen eines bestimmten historischen Progresses« darstellt (163). – Dieser Fatalismus steht in der Tradition des Ökonomismus. Er kann buchstäblich fatale Folgen zeitigen. Zu seiner Kritik ist zunächst zu sagen, daß er nicht auf einem tragfähigen Fundament historischer Erfahrungen und Forschungen beruht, obgleich Bahro den Bogen seiner Überlegungen großartig weit, universalhistorisch, spannt. Mit Recht verweist er auf die Ursachen des Mangels an Fundierung, die nicht in seine Verantwortung fallen und deren wichtigste die Blockierung der sowjetischen Selbstforschung ist.

Bahro weicht nur dort von der objektivistisch-fatalistischen Einschätzung ein Stück weit ab, wo er von der möglichen Einflußnahme der großen Gründerpersönlichkeiten sozialistischer Staatsmacht spricht. Die Staatsform des sozialistischen Aufbaus als solche war unvermeidlich, und außer Stalin waren die nach dem Tode Lenins noch in Frage kommenden bolschewistischen Führer, »besonders Trotzki, bewundernswert unfähig, in ihr entfremdetes Produkt hineinzuschlüpfen. (. . .) Nicht nur wegen der

ständigen Bedrohung, nein, wegen der positiven Aufgabe, die Massen in die Industrialisierung hineinzutreiben, die sie nicht unmittelbar wollen konnten, mußte die Sowjetunion *eine* eiserne ›petrinische‹ Führung haben. Hätte ein subjektiv begabterer Mensch als Stalin sich diesem Zweck anzupassen vermocht, so hätten die *ideologischen* Auskunftsmitel im Rahmen der alten Parteitradition weiter gereicht, und das Äußerste des Terrors wäre vermieden worden, der Cäsarenwahn erspart geblieben. Aber kaum mehr« (137). »Kaum mehr« zu sagen, verrät eine ungeduldig verkürzende Perspektive. Als wäre der Unterschied zwischen »Cäsarenwahn« und aufgrund von Einsicht in die Notwendigkeit in Wechselwirkung mit den Massen kollektiv geleiteter Transformation der Gesellschaft nicht ungeheuer wichtig. Aber dieser wichtigsten aller Fragen heutiger sozialistischer Perspektive vor allem der Dritten Welt, schenkt Bahro kaum theoretische Aufmerksamkeit. Nur anlässlich der wenigen Großen unter den sozialistischen Parteiführern räumt er ein, daß »natürlich die konkrete Form des industriellen Aufstiegs nicht fatalistisch interpretiert werden darf. Insbesondere mag man an der Größe der Folgen – wie immer man sie beurteilen mag –, die das Überleben Mao Tse-tungs für China hatte, die mögliche Modifikation abschätzen, die ein um wenige Jahre längeres Leben Lenins bewirkt haben könnte« (138). Die Möglichkeit eines theoretisch geleiteten und politisch spezifisch organisierten *kollektiven Lenins* untersucht Bahro nicht. – Sein Bestehen auf der unausweichlichen Notwendigkeit des Staats für die Organisation nichtkapitalistischer Industrialisierung ist aber berechtigt, und der fatalistische Ton ist verständlich angesichts der immer wieder erregten unstudierten Hoffnung, dieser Notwendigkeit durch einen Sprung in ein sozialistisches Himmelreich entgegen zu können.

Nachdem es für Bahro feststeht, daß der Kern des sogenannten Stalinismus (abzüglich bestimmter Erscheinungsformen) unentrinnbar war als Organisationsform nichtkapitalistischer Entwicklung auf Grundlage des Erbes der »asiatischen Produktionsweise«, wird »die hartnäckige Kontinuität des Stalinschen Überbaus« zum Problem, da doch in der heutigen Sowjetunion die industriellen Grundlagen des Sozialismus geschaffen sind, sogar »weit über dasjenige Mindestmaß hinaus . . . , das Lenin einst für notwendig hielt« (156). Bahro erklärt die »hartnäckige Kontinuität« des seiner ursprünglichen Funktion und Notwendigkeit verlustig gegangenen Überbaus nun doch aus der *Systemkonkurrenz*. Seine Erklärung ist aber theoretisch noch wenig konsistent, da er nicht vom Funktionswandel, sondern von einem angenommenen Funktionsschwund ausging. Die bestimmenden Funktionen werden eher beiläufig als etwas Hinzukommendes, nicht aber Wesentliches behandelt. Gleichwohl wird durch ihre von Bahro anerkannte Unabweisbarkeit seine Rahmenperspektive, die sie nicht berücksichtigt, ins Licht des Utopismus getaucht.

Die »Kontinuität Stalinschen Überbaus« bei geschwundener Basis (vor Jahrzehnten zu leistender nichtkapitalistischer Industrialisierung) erklärt Bahro also »vor allem daraus, daß die Maßstäbe der Akkumulation für den Sozialismus nicht systemimmanent gesetzt, sondern im sogenannten ökonomischen Wettbewerb mit dem Kapitalismus bestimmt werden. Sowohl die Quantität der Bedürfnisse, die von den westlichen Industrien erzeugt und befriedigt werden, als auch ihre insgesamt gesehen hochproblematische Qualität, setzt sich in der sowjetischen Planung mehr oder weniger direkt, mehr oder weniger ›gebrochen‹, als ›Führungsgröße‹ durch« (156 f.). – Im Rahmen einer Theorie der Systemkonkurrenz wäre auch der »ökonomische Wettbe-

werb« anders als skeptisch-relativierend (»der sogenannte«) und es bei bloßen unausgeführten Andeutungen belassend (»hochproblematische Qualität«) zu begreifen. Wie (qualitativ und quantitativ) der Konsumtionsaspekt der sowjetischen Lebensweise vom »Westen« bestimmt sein soll, bleibt bei Bahro unbegriffen. Überhaupt ist sein Buch an dieser Stelle (Ende des 4. Kapitels) von einem tiefen Bruch gezeichnet. Es ist, als entglitte ihm hier die wissenschaftlich theoretisierende Anstrengung seiner Begriffe, um einer Artikulation verbreiteter Meinungen Platz zu machen. Manche Satzfolgen wirken, als wäre hier ein anderer Autor eingesprungen. Dagegen enthalten die ersten Kapitel viele sorgfältig gearbeitete Passagen, in denen teils Lenin neuartig und sehr genau gelesen und kritisiert wird, teils ebenso originelle wie fruchtbare Gedanken zur Frage der verborgenen Gesetzmäßigkeiten der Sowjetgeschichte oder zu allgemeinen Fragen des historischen Materialismus (etwa zum Verhältnis von Logischem und Historischem, daß das Aufeinander der Entwicklungsstufen keineswegs ohne weiteres als Auseinander gedacht werden dürfe, vgl. 76). Der letzte Abschnitt über die kommunistische Alternative bleibt weitgehend im Utopischen hängen. Gleichwohl ist es angesichts der Nichtdiskussion zentraler Fragen der sozialen Bewegung ein Verdienst, sie aufgeworfen und dem Versuch einer zusammenhängenden Beantwortung ausgesetzt zu haben.

II.

Auf dem »Internationalen Kongreß für und über Rudolf Bahro« (vgl. den Kongreßbericht von Thomas Scheffler in *Argument* 113/1979) versuchte vor allem die Gruppe um Rudi Dutschke, das Interesse an Bahros Schicksal und an seiner Theorie für sich zu funktionalisieren. Dadurch konnte der Eindruck entstehen, die Gedankenwelten von Dutschke und Bahro seien eines Geistes, zumal beide dem Begriff der asiatischen Produktionsweise einen zentralen Platz in ihrer Auseinandersetzung mit Lenin und der Sowjetgeschichte einräumen (vgl. Dutschkes Dissertation von 1974; zur Kritik daran und auch an Bahros Auffassung der asiatischen Produktionsweise vgl. Hosfeld u. a., 1978). Der Anschein der theoretischen Gemeinsamkeit trägt gründlich. In allen entscheidenden Punkten kommen Bahro und Dutschke zu extrem gegensätzlichen Schlußfolgerungen. Dutschke möchte die Revolution der Leninisten zurücknehmen, Bahro möchte sie vollenden. Dutschke wünscht sich nachträglich, Lenin hätte seine Revolution auf den Boden »asiatischer Verhältnisse« gestellt und dort belassen, Bahro betont die Notwendigkeit, einen »Überbau der Industrialisierung« zu errichten und mit seiner Hilfe die Produktionsweise umzuwälzen usw. Es ist, als spräche Bahro zu Dutschke, wenn er feststellt: Der staatliche Zwangsapparat (abzüglich Stalinschen »Cäsarenwahns«) sei »unvermeidlich« gewesen; ohne ihn (und Dutschkes Vorschlägen folgend) »wäre Rußland heute noch ein Bauermland, höchstwahrscheinlich auf kapitalistischem Wege« (120) und, wie wir ergänzen können, unter der Hegemonie der Mutterländer der multinationalen Konzerne.

Dutschke zeichnet einen Lenin, der eine eingefleischte »Europa-Fixierung« (9) hatte, die zum Stalinismus führen mußte. »Lenin haßt die »asiatische Entwicklung des Kapitalismus« und möchte die europäische« (83). Dutschke möchte, Lenin hätte die »asiatische Entwicklung« gewollt. Eurozentrismusvorwurf also an die Adresse Lenins. Angesichts der ambivalenten Rolle Europas und der imperialistischen des Westens sind wir nur zu bereit, jeden Eurozentrismusvorwurf zu hören. Doch sehen wir

zuerst nach, was sich unter dieser gutaussehenden Verpackung verbirgt! Letztendlich geht es um eine Distanzierung, eine Versicherung (zu der es gewiß Anlaß genug gibt), man wolle eine eigenständige sozialistische Revolution in den entwickelten kapitalistischen Ländern Westeuropas, die das Erscheinungsbild der sowjetischen nicht wiederholen werde, »weil unsere soziale Revolution eine originär westeuropäische und keine halbasiatische (Rußland) oder asiatische (China) sein wird« (10). Verpackt in die Kritik am Eurozentrismus stoßen wir auf ganz unbefangenen Eurokult, dem die Beschwörung Westeuropas Qualität genug scheint.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts sieht Dutschke Rußland geradezu als »asiatische Totalität« (98). Entgegengesetzt Bahro (der durchaus zeigt, daß Lenin zunächst die Bedeutung der vorkapitalistischen Reste unterschätzt hatte und über diese Unterschätzung in seinen letzten Schriften intensiv nachdenkt): Die asiatische Produktionsweise war »zu Anfang dieses Jahrhunderts auf den Tod unterhöhlt und europäisch übertüncht« (105). Also kann nach Bahro keine Rede von funktionierender »asiatischer Totalität« sein. Die Reste waren nicht mehr lebensfähig und genau dies erklärt, daß die Revolution von den Bauern zunächst mitgetragen wurde. Bahro zeigt auch mit einigem Recht, daß »asiatisch« bei Lenin nicht auf die Produktionsweise bezogen war, sondern »nur auf gewisse Überbauerscheinungen in Staat und Lebensweise der russischen Gesellschaft« (102). Dutschke erschleicht daher von Lenin, ihn scheinbar korrekt zitierend, den Begriff der »asiatischen Entwicklung des Kapitalismus« (83). Aufs höchste unklar ist Dutschkes Begriff der »*asiatischen* ›Kapitalisierung‹ Rußlands« (97), wobei die Kursivsetzung von »asiatisch« und die Anführungszeichen um »Kapitalisierung« die begriffliche Unsicherheit gestikulierend ebenso verbergen wie zu erkennen geben. »Asiatisch« scheint für ihn emphatisch durch »westeuropäisch« negiert zu sein. Asiatisch ist nicht-westeuropäisch und westeuropäisch auf jeden Fall nicht asiatisch. Diese Denkweise ist, unter der Maske des Gegenteils, naiv eurozentristisch. »Asiatisch« oder »halbasiatisch« gilt ihm eine Industrialisierung, die »nicht wie in Westeuropa über Akkumulations-Generationen des Kapitals aus dem Handwerk, dem Kleingewerbe etc. geschaffen« wird (97). So verabsolutiert er die europäische Entwicklung zur Norm, wobei er überdies den Beitrag handelskapitalistischer und kolonialistischer Akkumulation ebenso unerwähnt läßt wie die Gewaltgeschichte der Enteignung der unmittelbaren Produzenten, die »sogenannte ursprüngliche Akkumulation« (vgl. Kapitel I, 24. Kapitel). Um vor Dutschkes Augen zu bestehen, hätte Lenin »die russische Agrarstruktur als Basis der sozialistischen . . . Demokratisierung des Landes« anerkennen müssen (124, vgl. 100). Über die Entwicklung der Produktivkräfte und ihre Basisnotwendigkeit (daß man überhaupt von sozialistischer Demokratie sprechen kann) macht sich Dutschke keine großen Gedanken. Von Lenin heißt es: »Er wie Plechanow begreifen nicht, daß Geschichte im asiatischen Produktionszusammenhang einen völlig anderen Kapital- und Fortschrittsbegriff enthält als im Rahmen des westeuropäischen ›Gedankenguts‹ . . .« (123). Zweifellos enthält jeder Produktionszusammenhang einen anderen Kapitalbegriff als irgendein Gedankengut. Oder was soll der Satz mit seinem jähen Ebenenwechsel beinhalten? »Asiatische Produktionsverhältnisse enthalten einen anderen Kapitalbegriff als westeuropäisches Gedankengut« –? Oder soll gesagt sein, nur westeuropäisches Kapital beruhe auf dem Mehrwert und also auf dem Gegensatz zur Lohnarbeit? Worauf beruht dann asiatisches Kapital?

Wie anders Bahro! Er sieht das Problem folgendermaßen: »Aber was mußte übrigbleiben, wenn man die Kapitalisten und auch die gestern noch halb bürokratischen, halb feudalen Gutsbesitzer, die sich kaum zu Junkern gemausert hatten, davonjagte? Übrigbleiben mußte – wenn auch inzwischen sozial destruiert, aber noch längst nicht neu formiert – die bäuerliche Basis der Zarendespotie samt ihrer »kleinbürgerlichen« Anlagerung in den nichtindustriellen Provinzstädten . . .« (105). Sich, wie Dutschke vorschlägt, zu dieser Basis »bekennen«, hätte die Reproduktion zaristischen Despotismus bedeutet, wie Bahro zeigt. Sozialistische Demokratie auf Grundlage zersetzter bäuerlicher Basis zaristischer Despotie auszurufen – das Land, das diesen Rat befolgte, geriete aus dem Regen in die Traufe.

Dutschkes Buch eine einzige verschlungene Unklarheit zu nennen, an der nur ihre durchgehend antisowjetische Tendenz klar ist sowie der Wunsch, hinter Lenin zurückzugehen, heißt nicht, die Berechtigung vieler Beschwerden gegen die sowjetischen Produktionsverhältnisse und die Funktionsweise ihres politischen Überbaus zu bestreiten. Nur schlägt der Antisowjetismus kraft der Dialektik der politischen Verhältnisse unweigerlich in Antisozialismus um. Es bedarf einer *wissenschaftlichen* und das muß auch heißen: *praktikablen* Theorie nichtkapitalistischer Entwicklung zum Sozialismus. Diese Theorie gibt es erst in Ansätzen, aber Beiträge zu ihr werden überall in der Welt entwickelt unter dem Anstoß der gebieterischen Bedürfnisse der Praxis.

Anmerkung

1 Daß Gramsci in den Kerkerheften gleichfalls den Begriff der »subalternen« Klasse verwendet, sollte kein Argument für seine Verwendung sein. Gramsci schrieb unter Zensur; wir heutigen, so wir das Privileg haben, nicht inhaftiert zu sein, sollten die Zensur beim Umgang mit Gramscis Texten rückgängig machen. Wenn Bahro auch recht hat, den Begriff der Subalternität zur Charakterisierung der Situation der Massen zu verwenden, soweit sie von der »allgemeinen Arbeit« des bewußt planmäßigen, vorläufig noch weitgehend in Staatsform gebannten Herstellens von Vergesellschaftung ausgeschlossen sind, so identifiziert er fälschlich die Klasse mit diesem Aspekt ihrer Situation. Der Begriff »die Subalternen« beschreibt die Arbeiter nicht als von der Regierung herausgehaltene, sondern als zur Regierung unfähig. Zumindest in der Tendenz entspricht dem die Befrachtung der technisch-administrativen Kader mit der historischen Mission, den Kommunismus herbeizuführen.

Literaturverzeichnis

- Abendroth, Wolfgang: Weder Strategie noch – insgesamt – richtige Analyse, aber eine wichtige Quelle zum Problem des gegenwärtigen Entwicklungsstadiums des realen Sozialismus (zu Bahros Alternative), in *Argument* 107/1978
- Bahro, Rudolf: Die Alternative. Köln/Frankfurt 1977
- Dutschke, Rudi: Versuch, Lenin auf die Füße zu stellen. Über den halbasiatischen und den westeuropäischen Weg zum Sozialismus. Berlin/West 1974
- Dutschke, Rudi: Antwort auf Schmidt und andere, in: *Argument* 95/1976
- Hosfeld, Rolf, Michael Jäger und Thomas Scheffler: Bahros Kommunismus – eine Alternative? in: *Argument* 108/1978
- Lohmann, Karl-Ernst: Gesellschaftliche Produktivkräfte und realer Sozialismus, in: *Argument* 108/1978
- Schmidt, Wolf-Dieter: Dutschkes Leninismus-Kritik, in: *Argument* 94/1975

Adalbert Rang und Brita Rang-Dudzik

Lehrer unter der Volksbildungskuppel – ratlos

Bericht über eine Podiumsdiskussion mit Oskar Negt und Thomas Ziehe

Zu den Möglichkeiten, auf Kritik zu reagieren, gehören als übelste: sich-totstellen und schweigen oder verzerrende, letztlich denunziatorische Gegenkritik. Unser 1978 im *Argument-Sonderband 21* veröffentlichter Aufsatz mit dem Untertitel »Zur Alternativlosigkeit der westdeutschen Alternativschulbewegung« hat bisher trotz seiner Schärfe zu anderen Konsequenzen geführt: nämlich zu Prozessen solidarischer Diskussion mit dem Ziel, die Klärung der kontroversen Positionen durch wechselseitiges Ernstnehmen voranzutreiben und gemeinsam über reale Alternativen, d. h. über realisierbare Strategien kritischer Pädagogik in dieser Gesellschaft nachzudenken. Unsere Kritik an der westdeutschen Alternativschulbewegung hat verständlicherweise in den Gruppen der Alternativpädagogen keine ungebrochene Zustimmung gefunden, jedoch – wie uns scheint – bei vielen eine Art produktiver Irritation ausgelöst. Auffällig ist ferner, daß pädagogische Zeitschriften (wie u. a. päd. extra, b:e, Westermanns Pädagogische Beiträge, Grundschule) die Kontroverse zur Kenntnis nehmen und großes Interesse zeigen, Beiträge zu der nun beginnenden Diskussion zu veröffentlichen. Auch das *Argument*, das mit dem AS 21 der Auslöser der Kontroverse gewesen ist, steht dieser Diskussion offen.

Die Diskussion, über die wir hier von unserer Wahrnehmung her berichten, fand am 4. 5. 1979 im Frankfurter Volksbildungsheim statt. Veranstalter: Arbeitsfeld Schule im Sozialistischen Büro. Im Saal: ca. 600 Lehrerinnen und Lehrer, einige Studenten, wenige Hochschullehrer. Eintritt: 5 Mark. Eintrittsquittung: ein Stempeldruck auf die Hand – »Lieber Feste feiern als feste arbeiten.« Auf dem Podium: Herbert Stubenrauch als alternativ-engagierter Moderator, Oskar Negt und Thomas Ziehe für die alternative Glocksee-Grundschule (Hannover), zwei Lehrer aus der Regelschule, wir als Alternativschulkritiker und zugleich als Vertreter des *Argument* zu Ehren von dessen 20jährigem Bestehen. Thema: »Linke Pädagogik unter rechtem Druck – Vom Reformeifer zur Alternativpädagogik«.

Unser Bericht ist weder Verlaufs- noch Ergebnisprotokoll. Wir dokumentieren einige Äußerungen (päd. extra veröffentlicht den größten Teil der Diskussion), schildern Eindrücke, versuchen ein Stück Selbstkritik und weisen auf Fragen hin, zu deren Klärung es u. E. der Diskussionsfortsetzung und intensiver theoretischer und praktischer Anstrengungen bedarf.

1. Trotz kontroverser Ausgangspositionen verlief die Diskussion quasi freundschaftlich-sanft, blieb (zumal in unseren eigenen Beiträgen) weithin zu allgemein, war eher assoziativ als analytisch und gelangte nicht einmal zu einigermaßen präzisen Verständigung darüber, wo und inwiefern partieller Konsens und wo und inwiefern Dissens bestand.

2. Das Plenum, zunächst zuhörend, dann mitdiskutierend, war anders, als wir es uns vorgestellt hatten. Die relativ wenigen Wortmeldungen (von denen jedoch keine auf offenen Widerspruch stieß) waren durchgehend praxisorientiert (d. h. ohne erkennbaren Bezug auf die [auch] theoretischen Aspekte der auf dem Podium vertretenen kontroversen Positionen) und hatten in Varianten ein einziges Hauptthema: die als absolut wahrgenommene Misere der Regelschule (Stichworte u. a.: Massenschule, Lernfabriken, Bürokratisierung, Reglementierung, Kontrolle, Lehrplan- und Organisationszwänge, »industrieller Zeittakt«, Liquidation von Freiräumen) und der Lehrersituation (Stichworte u. a.: Frustration, Resignation, Leidensdruck, Motivations-

verlust, Fremdbestimmung, Vereinzelung, Alternativsuche: Lehrerberuf aufgeben oder eine »freie« Schule finden bzw. gründen?).

So weit die Situation. Sie wurde uns erst während der Veranstaltung zunehmend bewußt. Nur so ist verständlich, daß wir nicht gleich zu Anfang an eben diese Lehrerfrustrationen anknüpften, nicht als erstes die Bedingungen und Ursachen des als Schul-, Lehrer- und Schülermisere Wahrgenommenen zu thematisieren versuchten, um dann anschließend, auf der Basis einer vielleicht doch erreichbar gewesenem ersten Verständigung, unsere Kritik an den Alternativschulen zu begründen. Stattdessen versuchten wir, zunächst zusammenfassend (und insofern abstrakt) einige der zentralen Argumente aus unserem AS 21-Aufsatz vorzustellen. Dieses Eingangsstatement, dem die Kollegen in geduldiger Unruhe zuhörten, lautete in seinen Hauptthesen so:

»Wir kritisieren die westdeutschen Alternativschulen aus folgenden Gründen: 1. meinen wir, daß die Alternativschulanhänger trotz ihrer häufig noch sozialistischen Orientierung ganz unhistorisch verfahren – und zwar insofern, als sie sich mit der historischen Entwicklung der öffentlichen Schule und ihrer Funktion nicht wirklich ernsthaft befassen. 2. meinen wir, daß sie unhistorisch argumentieren auch insofern, als sie sozusagen am Nullpunkt der Gegenwart anfangen und sich fast überhaupt nicht an diejenigen positiven und negativen Erfahrungen derjenigen zurückerinnern, die seit der Entstehung der bürgerlichen Gesellschaft für die Entwicklung, Veränderung und Verbesserung der öffentlichen Schule gekämpft haben (wie z. B. große Teile der Lehrerbewegung und fast die gesamte Arbeiterbewegung). Unsere These: Man kann aus der Geschichte lernen. Wer daraus lernen will und heute nach Alternativen sucht, muß haben, was Negt zurecht »historisches Gegenwartsbewußtsein« genannt hat. Denn erst die historische Rekonstruktion der Entwicklung zeigt uns, wie die Entwicklungslinien verlaufen, wie die Entwicklungstendenzen sind, welche Entwicklungsperspektiven es gibt, m. a. W.: woran wir anknüpfen können, wenn wir eingreifend als Subjekte uns um Veränderungen bemühen und nicht dem seinen Lauf lassen, was über unsere Köpfe hinweg ohnehin geschieht. Eines der Resultate unserer Analyse war, daß Alternativen heute nur dann historisch wirksam sein werden, wenn sie auf der Basis historisch fundierter Kritik an der Regelschule *in der öffentlichen Schule selbst* versucht werden und nicht in Alternativen ausweichen, die sich mehr oder weniger jenseits der Regelschule befinden und so oder so einen Sonderstatus haben, exklusiv und insofern privilegiert sind. Denn die von der Alternativschulbewegung kritisierte Regelschule ist ja doch in der Tat die Schule der Massen, und daß Sozialisten sich um andere Schulen kümmern als um eben diese mit von der Arbeiterbewegung erkämpften Schulen der Massen, das ist eine historisch neue, von uns kritisierte Erscheinung.

Auch wir halten es für ganz wichtig, daß sich die Schule an Heranwachsenden als Subjekten orientiert, ihre Bedürfnisse aufnimmt und entwickelt, zur Selbstregulierung verhilft, zu kooperativem Verhalten befähigt. Was uns aber zu fehlen scheint, das ist der Bezug dieser subjekt- und bedürfnisorientierten Ziele auf objektive gesellschaftliche Anforderungen. Diese haben sich in der bürgerlichen Gesellschaft immer auch mit einem ganz bestimmten Charakter zu Wort gemeldet und durchgesetzt, sind insofern stets auch von außen gesetzt, oktroyiert. Aber darin erschöpfen sie sich nicht. In ihnen kommt vielmehr, wie widersprüchlich auch immer, der historische erreichte Entwicklungsstand von Naturbeherrschung durch fortschreitende gesellschaftliche Produktion mit zum Ausdruck. Und zur pädagogisch-politischen Absicht, Heranwachsende handlungsfähig zu machen, gehört daher auch die Beherrschung dieser Naturbeherrschung. Eben deshalb hat es sich in keiner Schule bisher jemals *nur* um Disziplinierung, Loyalisierung, Einübung eines bestimmten Sozial-

verhaltens gehandelt, sondern stets auch – und historisch zunehmend – um kognitive Lernprozesse, d. h. um Kenntnis-, Fertigkeiten- und Fähigkeitsvermittlung. Diese Lernziele haben sich stets auf den Stand des erreichten gesellschaftlichen Wissens bezogen. Daß dieses Wissen historisch nur wenigen vollständig vermittelt worden ist, den meisten aber nur bruchstückhaft, war und ist Ausdruck von Klassenverhältnissen. Aber nicht zuletzt die Forderungen und Kämpfe der Arbeiterbewegung und an ihrem Rande auch der Lehrerbewegung haben inzwischen dazu geführt, daß der Vergesellschaftungsprozeß der Produktion sich auch im Schulwesen auswirkt: Kenntnisse werden durch die allgemeine Schulpflicht verallgemeinert, d. h. zugleich der Tendenz nach: sie werden demokratisiert, egalisiert. Alle Kinder erhalten heute 9 bis 10 Jahre lang zumindest diejenigen Basisqualifikationen, die von der Produktivkraftentwicklung, kapitalistisch gebrochen, zwingend gefordert sind. *Und diese kapitalistische Brechung gilt es für alle und nicht nur für wenige Kinder aufzuheben.*

Wer sich das vornimmt, darf nicht auf vorkapitalistische Residuen zurückgreifen, nicht Schule quasi reprivatisieren oder refamilialisieren wollen, nicht pauschal gegen »Intellektualisierung« opponieren, sondern muß sich im Ernst auf den erreichten Stand der pädagogischen, der technischen und der wissenschaftlichen Entwicklung einlassen und sozusagen Kapital aus der Entwicklung des Kapitalismus schlagen. D. h. konkret: Auch wir meinen, daß es darauf ankommt, Kinder als Subjekte ernstzunehmen, ihre Bedürfnisse zu erkennen und zu entwickeln, ihre Ängste abbauen und ihre Aggressionen produktiv verarbeiten zu helfen, ihre Phantasie und ihre Spontanität zu fördern und ihnen so weit wie möglich zur Selbstregulierung in ihrem sozialen Verhalten (und das heißt auch: in ihrem kognitiven Lernen!) zu verhelfen. Aber wir fügen hinzu: Alles dies darf nicht isoliert und verselbständigt, nicht in Distanz zum erreichten gesellschaftlichen und pädagogischen Wissen geschehen, sondern aus dem für Sozialisten selbstverständlichen Bewußtsein heraus, daß sich die Massen nicht in pädagogischen Provinzen, sondern in der Schule der Massen befinden; daß Heranwachsende als Subjekte die Anstrengung, Konzentration und Disziplin des Lernens auf sich nehmen müssen; daß sie zu handlungsfähigen Subjekten überhaupt nur durch die produktive Aneignung des objektiv vorhandenen Wissens zu werden vermögen und daß es daher entscheidend darauf ankommt, daß wissenschaftlich und pädagogisch hochqualifizierte Lehrer eben diese im Interesse der Subjekte objektiv erforderlichen Lernprozesse systematisch vorbereiten, unterstützen und vorantreiben. Wissen wird zwar nicht ohne Kampf zu einer verändernden Macht, aber die Macht der Veränderung muß von vielen ausgehen und von vielen getragen werden. Wissen wird diese Macht nicht mindern sondern stärken.«

Bezeichnend für die anschließende Diskussion war, daß an keiner Stelle systematisch, differenzierend und konkretisierend auf den von uns vorgestellten Argumentationszusammenhang eingegangen wurde. Vielleicht lag das daran, daß viele einerseits Bestätigungen ihrer Unzufriedenheit, andererseits unmittelbar umsetzbare positive Alternativvorschläge erwartet hatten, stattdessen aber mit Thesen konfrontiert wurden, die relativ abstrakt waren und außerdem nicht nur als Kritik am Zustand der Schule, sondern auch als Kritik an den resignativen Einstellungen der Lehrer empfunden werden mußten. Hinzu kam wahrscheinlich der Eindruck, daß wir als Theoretiker, fernab von der Schule, den in der Praxis Frustrierten Belehrungen erteilen wollten. Mit zu den Folgen dieses mißlungenen Einstiegs gehörte, daß man abwehrend auf einige unserer Schlüsselbegriffe reagierte. Viele dieser Abwehrreaktionen waren durch selektive Wahrnehmung gekennzeichnet, d. h. durch die Bemühung, uns u. a. auf ein naives Verständnis von Vergesellschaftung, Produktivkraftentwicklung, Naturbeherrschung, Verwissenschaftlichung und Professionalisierung (nämlich der

Lehrerarbeit) festzulegen. Unterstellt wurde, daß uns ein Bewußtsein von den destruktiven Tendenzen der kapitalistischen Entwicklung fehle und daß wir blind seien dafür, daß die von uns »unter recht unproblematischen Vorzeichen gesehene Verwissenschaftlichung« heute »keinesfalls mehr Garant für eine emanzipatorische Entwicklung« sei. Thomas Ziehe hielt uns vor, es gehe nicht mehr, »so unschuldig vom historisch erreichten Stand der Naturbeherrschung« zu sprechen; es sei zu fragen, »ob wir nicht neue Kategorien brauchen, um über die Folgen dessen, was Ihr als Vergesellschaftung bezeichnet, sprechen zu können«. Negt schließlich brachte das auf die Formel, wir interpretierten »die Verhältnisse von heute mit den Kategorien von gestern«. Und er bekam den größten Beifall, als er später – sehr richtig die Bedeutung von Lust, Interesse und Autonomie für Lernprozesse betonend – auf Studenten verwies, »die jahrelang traktiert worden sind mit Grundkursen in politischer Ökonomie, und sie entwickeln inzwischen einen ausgesprochenen Haß gegen Marx, sie können das nicht mehr hören«.

Jeder Leser unseres Aufsatzes im *Argument-Sonderband 21*, aber auch jeder, der unsere Diskussionseinleitung gehört oder inzwischen in päd. extra oder hier im *Argument* gelesen hat, wird verstehen, daß wir angesichts solcher Abwehrmechanismen von »selektiver Wahrnehmung« sprechen. Wohl wissend, daß unsere Alternativschul-Kritik der weiteren Entfaltung und Differenzierung bedarf (und zwar vor allem auch einer Präzisierung dessen, was wir meinen, wenn wir auf Möglichkeiten verweisen, die Widersprüche der kapitalistischen Entwicklung für Alternativen in der Regelschule zu nutzen), schließen wir diesen Bericht mit einer Zusammenstellung derjenigen Argumente ab, die uns als Alternativargumentation bzw. als »Gegenkonstrukt« vorgehalten wurden. Nach unserem Eindruck lautete die Hauptthese unserer Kontrahenten, Produktivkräfte heute seien primär *Destruktivkräfte*, Regelschulen (»Lernfabriken«, »Massenschulen«) seien sozusagen pädagogische Harrisburgs, gekennzeichnet vom »industriellen Zeittakt«, und »ein weiteres Ankurbeln von noch mehr vergesellschafteter Bildung« werde daher »tödliche Folgen für die Entwicklung der Subjekte in dieser Gesellschaft« haben. (Stubenrauch) Aus dieser (hier nicht diskutier-, sondern nur referierbaren) Prämisse folgte die Problematisierung, wenn nicht Zurückweisung, sowohl von Forderungen und Vorstellungen, die auf die voranzutreibende »Professionalisierung« und »Verwissenschaftlichung« der Lehrerarbeit bzw. der Lerninhalte und der Lehr- und Lernprozesse gerichtet sind, als auch die Zurückweisung von Lehr- und Lernzielen, soweit sie von Erwachsenen vorgegeben und insofern fremdbestimmt seien. »Professionalisierung« mache »depressiv«, erhöhe den »Leidensdruck«, unter dem die Lehrer stünden. »Verwissenschaftlichung« im Sinne der »zunehmenden Professionalisierung« sei »gerade nicht der Weg«. »Wir müssen aufhören, uns dauernd gegenseitig Schuldgefühle zu machen.« (Ziehe) Zur Lehrerfahrung gehöre auch, daß u. U. gerade die »am besten vorbereiteten« Stunden »völlig daneben« gingen. Lehrer sollten sich nicht in gute und schlechte »auseinanderdividieren« lassen.

Im Sinne dieser Abwehr von Verwissenschaftlichung, Professionalisierung und »Pädagogisierung« (Ziehe) und im Sinne der These, Naturbeherrschung sei angesichts der destruktiv gewordenen Produktivkräfte nicht länger mehr eine der wichtigsten Orientierungsdimensionen für Lernzielbestimmungen, ist von uns auch die wiederholt betonte Kritik an Lehr- und Lernzielvorstellungen wahrgenommen worden. Nichts stieß auf größeren Widerspruch als unsere Diskussionsbemerkung, zur »Ernst-Position« des Lehrers gehöre auch »ein Interesse daran, was aus eben diesen Kindern wird«. Zwischenruf Negts: »Das ist eben falsch!« Und später als Erläuterung: »Dieses Traktieren mit Zielen, mit positiven Inhalten« stehe der Autonomie der Kinder entgegen und führe zu gar nichts, »wenn nicht die Autonomiefähigkeit der

Kinder vergrößert wird.« »Es ist der Krampf, der in der Erziehung liegt, daß man einen Menschen auf ein Ziel hin erzieht, ja sogar, daß man sich Gedanken darüber macht, was wird aus demjenigen? Das weiß man ohnehin nicht, was aus dem wird.« (Negt) Die traditionellen Ziele der bürgerlichen Schule seien weithin auf »Kolonialisierung der Kindheit« gerichtet; Pädagogen müßten Schluß machen damit, daß Kinder »geformt« werden »nach einem Ziel, das wir haben.« (Ziehe) Und eben drum seien Lehrpläne in gewissem Sinne »Arbeitskraftverschleuderung«. (Negt) Für eine alternative Pädagogik komme es vielmehr auf die Unterscheidung von psychischen (ontogenetischen) und gesellschaftlichen (phylogenetischen) Entwicklungsprozessen an. (Ziehe) Diese seien auf das Fortschreiten der Produktivkräfte, jene auf die emotionale und soziale Entwicklung der Subjekte gerichtet. Erziehungswissenschaften seien daher vor allem »Beziehungswissenschaften«, und wenn und weil es darum gehe, Subjektivität und Autonomiefähigkeit sich entwickeln zu lassen, müßten Alternativschulen dem emotionalen und sozialen Lernen Vorrang geben und objektiv orientierte kognitive Lernprozesse gegenüber subjekt- und bedürfnisorientierten Kommunikations- und Interaktionsprozessen wenn schon nicht völlig vernachlässigen, so doch deutlich zurückstellen.

Wenn auch die anwesenden Lehrer in diesen Erklärungen einen »vagen« Rückhalt (Lehrerzwischenruf) für die Deutung ihrer Schulprobleme sahen und insofern – sobald Zustimmung artikuliert wurde – den Alternativschulvertretern beipflichteten, so war doch nach unserem Eindruck etwas anderes kennzeichnend für die Situation: nämlich Ratlosigkeit. Auf sie einzugehen und sie partiell aufzuheben wird nur möglich sein dann, wenn sowohl die Alternativschulvertreter als auch deren Kritiker Schwierigkeiten, Probleme und Handlungsmöglichkeiten von Schülern und Lehrern, Studenten und Hochschullehrern in einem wissenschaftlich begründeten Verständnis der gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen der Individuen und der Gesamtgesellschaft genauer als bisher zu reflektieren und aus dieser Reflexion heraus die Schulmisere praktisch zu verändern beginnen. Ganz entscheidend scheint uns dabei – nicht primär für die Fortsetzung der Diskussion, sondern vor allem für die Gewinnung neuer Handlungsperspektiven – zu sein, angesichts der Krisen des gegenwärtigen Kapitalismus Subjektivität und Gesellschaftlichkeit im Denken und Handeln *nicht voneinander abzutrennen*, d. h. nicht auf »alternative« Weise nachzuvollziehen, was in bürgerlicher Theorie und Praxis ohnehin geschah und geschieht. Vielmehr ist eine wissenschaftliche und politische Basis für die Begründung der *unaufhebbaren Verschränkung beider Seiten* zu entwickeln, um – von ihr ausgehend – für *alle Kinder eine* Schule zu fordern, die sie durch vielfältige Bildungs-, Sozialisations- und Qualifizierungsprozesse zu Veränderern der eigenen gesellschaftlichen Lebensbedingungen zu machen vermag. Mag das, seiner Allgemeinheit wegen, auch als Ziel der Alternativ- und Gegenschulpädagogik bezeichnet werden können, so bleibt doch im Interesse weiterer Differenzierung und Konkretion zu fragen,

– ob und in welchem Sinne die Alternativschulvertreter einräumen würden und müßten, daß nach wie vor die Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeit und damit auch der gesamten Kultur Bestimmungszusammenhang für die Befähigungsprozesse von Kindern und Jugendlichen, d. h. auch für Subjektivität, Autonomie und Bedürfnisorientierung, ist;

– ob nicht die Preisgabe der Forderung nach Gleichheit und Einheitlichkeit der Bildung und Ausbildung aller durch die Alternativschulvertreter bereits die Erreichung eines gesellschaftlichen Zustandes unterstellt, in dem gemäß der Devise »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen« gelebt und gehandelt werden könnte;

– ob nicht die Ablehnung von Zielsetzungen für Bildungs- und Ausbildungsprozesse

mit Hinweis auf deren Erwachsenenvorgeformtheit und -orientierung zugleich auch die Perspektive aufgibt, alle Heranwachsenden zu Beherrschern der Naturbeherrschung zu machen;

– welche historische Begründung jener von den Alternativschulvertretern behaupteten unmittelbaren Analogie von Regelschule und Fabrik zugrundeliegt, die nicht nur die Gültigkeit des industriellen Zeittakts hier wie vermeintlich auch dort ausdrücken soll, sondern auch von der gleichen Struktur der inhaltlichen Arbeit in beiden »Institutionen« ausgeht;

– ob und mit welcher Begründung es ausreichen soll, *Institutionalisierung* von Lernen primär oder ausschließlich als Gewalt- und Blockierungszusammenhang zu be-greifen;

– wie und woraus abgeleitet sich jenes Verständnis von *Sozialisation* legitimiert, für das sich soziales Lernen, weil losgelöst gedacht von Inhalten, auf Kommunikation und interaktionistische Beziehungspflege reduziert;

– ob und aus welchen Entwicklungstendenzen sich die durchgehend in Alternativschulen beabsichtigte Koppelung von Erfahrung und Lernen (»Erfahrungslernen«) begründet und wie sie einem alltagspädagogischen Praktikizismus entgeht;

– ob und warum Professionalisierung der Lehrarbeit obsolet geworden sein soll, obwohl Professionalisierung doch gerade auch für Alternativschularbeit ein größeres Maß erziehungs- und sozialwissenschaftlicher Reflexions- und Handlungskompetenz umschließt (bzw. umschließen müßte) und sich zugleich auf »fach«-wissenschaftliche Qualifizierung (substantiell oder peripher?) beziehen sollte;

– ob wirklich dann, wenn – wie nach Ansicht der Alternativschulvertreter – die zentralen Ursachen und Formen des »Leidens« der Lehrer und Schüler an Regelschulen tatsächlich im Ausgeliefertsein an die entfremdenden Bedingungen der Schule *als Institution* zu sehen wären, Alternativschulen die einzige Lösungsmöglichkeit für das so gesehene Dilemma sind, oder ob nicht vielmehr aufgrund der historisch notwendigen und insofern irreversiblen Prozesse der Vergesellschaftung von Arbeit, Bildung, Erziehung und Qualifikation in Institutionen die Bemühung um *alternative Regelschulen*, *alternative Regelschullehrer* und *alternative Lehrerausbilder* auf der historischen Tagesordnung steht.

Zum Thema *Sexualität und Herrschaft* erschienen im *Argument* bisher u. a. folgende Aufsätze:

W. F. Haug: Theorien über die Angst, in: *Argument* 35 (im Sonderverkauf nur 2,- DM)

W. F. Haug: Zur Strategie der Triebunterdrückung und Triebmodellierung in Gymnasien, in: *Argument* 56 (im Sonderverkauf nur 2,- DM)

Thorsten Graf und *Manfred Herzer*: Zur neueren Diskussion über die Homosexualität, in: *Argument* 93 (im Sonderverkauf nur 4,- DM)

Ernest Borneman: Geld im Patriarchat, in: *Argument* 97 (im Sonderverkauf nur 4,- DM)

Studienhefte (SH):

W. F. Haug: Der sexuell-politische Skandal als Instrument antidemokratischer Kampagnen (SH 4; 5,- DM)

P. Fürstenau: Zur Psychoanalyse der Schule als Institution (SH 13; 2,50 DM)

Frigga Haug: Für eine sozialistische Frauenbewegung (SH 15; 3,50 DM)

Ilse Bindseil

Theoretisches über die gleichgeschlechtliche Liebe

Von Plato und der uralten Legitimität der gleichgeschlechtlichen Liebe zu schweigen und das Problem als bürgerliches aufgefaßt: Seit man unter Bürgerleuten der gleichgeschlechtlichen Liebe wieder Verständnis entgegenbringt, wird sie als behandlungsbedürftig erkannt. Unter dieser Bedingung wird ihr Verständnis entgegengebracht. Gleichzeitig gilt die gleichgeschlechtliche Liebe, auch unter Fachleuten, als schwer zu kurieren. Nichts liegt darum näher als der Schluß, daß sie gar nicht behandlungsbedürftig ist.

Diese Vermutung wird durch die Erfahrung erhärtet, daß die gleichgeschlechtliche Liebe Behandlungsergebnis und sichtbares Zeichen für den Erfolg der Behandlung ebensogut sein kann wie ihr Anlaß: Die Paranoia etwa, der schreckliche Verfolgungswahn, als deren Hintergrund und treibendes Motiv ja eine unterdrückte homosexuelle Strebung angenommen wird, stellt mitnichten nur ein merkwürdiges Krankheitsbild unter hundert andern dar. Vielmehr wird kaum eine seelische Krankheit gefunden, die, wenn sie nur irgend Zeit hat, sich auszubilden, groß zu werden und verschiedene Entwicklungsphasen zu durchlaufen, nicht irgendwann in eine Paranoia sich verwandelt oder zumindest deren Züge annähme. »Am Ende traten die paranoiden Züge immer deutlicher hervor«, heißt ein klassischer Satz aus der Krankengeschichte. Wäre er nur getrost homosexuell geworden, ist man versucht zu sagen, dann hätte er vielleicht nicht als Paranoiker geendet. Anders urteilt das klassische Bürgertum, das in der Unterdrückung libidinöser Strebungen die Voraussetzung für die Kulturleistungen zu erblicken gewohnt ist und spätere Rückbildungen – kruden Verfolgungswahn statt hochsublimierter Leistung – durchaus in Kauf nimmt, wenn nur die Leistung vorher stimmt. Und es gehört in die Konsequenz dieses Urteils, daß es im traditionellen bürgerlichen Zusammenhang um die Überlebenschancen eines, der sich entschließt, nicht paranoidisch zu werden, zu Zeiten schlechter steht als um die des seelisch Erkrankten. Wenn neuerdings von diesen Zeiten abgerückt wird und die Homosexualität wenn nicht universale Anerkennung, so doch eine realistische Perspektive gewinnt, müssen wir unsere Zeit dann um so viel günstiger beurteilen, wie sie ihrerseits die Homosexualität günstiger beurteilt?

Natürlich und natürlich nicht. Natürlich läßt es sich besser leben in einem System, das der Homosexualität offiziell duldend gegenübersteht; besser für die, die die offizielle Geduld in Anspruch nehmen, und besser für die andern, die in der Duldung der fremden Abweichung eine Garantie für die eigene mögliche Abweichung erblicken. Genau diese Symbolfunktion ist es andererseits, die in Frage steht. Sie bezieht sich ja nicht nur auf jede andere moralische Abweichung; vielmehr ist die Duldung der Homosexualität wie die jeder anderen möglichen Abweichung ein Symbol auch der politischen Toleranz und darum in ihrem Versprechenscharakter total: Wer, als Staat, sogar im Andersliebenden den Menschen zu erkennen vermag, der vermag, so die Hoffnung, auch im Andersdenkenden den Menschen zu erkennen. Wenn aber diese Hoffnung tröge und unsere Gesellschaft sich tatsächlich imstande zeigte, ihre Moral zu ändern, ohne ihre Politik zu ändern, dann wären wir um unsere politische Hoffnung gleich doppelt betrogen: Nicht nur hätte die politische Unduldsamkeit des Staates sich als eine von allen moralischen Veränderungen unangefochtene Größe herausgestellt; auch die politische Sprengkraft, die von jeher in der sexuellen Abweichung selber steckte, hätte sich entsprechend verflüchtigt. Das eigene Geschlecht zu lieben oder das andere, wäre nur mehr eine Frage des Geschmacks; jeder weiterreichendere Anspruch auf Bedingungen etwa, unter denen es sich leichteren Herzens lieben ließe, wäre aufgegeben worden.

Die Überlegung ist in mehrfacher Hinsicht problematisch. *Erstens* steht sie im Verdacht, abstrakt zu sein und gesellschaftliche Bereiche zu trennen, die gar nicht getrennt werden können, und gesellschaftliche Entwicklungen zu postulieren, die in der postulierten Form gar nicht statthaben können. Denn wenn die politische Unterdrückung seit jeher mit sexueller Unterdrückung zusammengegangen ist: Was für einen Grund könnte es dann geben, die künftige Trennung von Sexualität und Herrschaft an die Wand zu malen und vor diesem zynischen Bild, das man allererst produziert hätte, sich entsprechend zu fürchten?

Zweitens ist unsere Überlegung jederzeit in Gefahr, von der Realentwicklung überholt und ad absurdum geführt zu werden. Denn die Rückfallbereitschaft eines gesellschaftlichen Systems wie des unsrigen, das sich zu Zeiten und auch moralisch liberal orientiert, ist zweifellos grenzenlos, und es würde sicher niemand die Hand dafür ins Feuer legen, daß nicht morgen schon eine autoritäre Wende die Zurücknahme auch der mühsam genug durchgesetzten Reform der sexuellen Rechtsnormen und eine neue Blüte des »gesunden Volksempfindens« mit sich bringen könnte.

Drittens wird diese Überlegung wohl nicht einmal dem aktuellen Zustand gerecht. Mag es auch offiziell und juristisch eine prekäre Duldung der Homosexualität geben: Wer nicht nur politisch ihre Duldung fordert, weil er die Forderung politisch richtig findet, sondern mit ihr als einer Lebensform so zwanghaft zusammengeschlossen ist wie der Heterosexuelle mit der seinen, bzw. wie sie es einer vom anderen zu glauben pflegen, der hat von der neuen Toleranz und Anerkennung sicher noch nicht so viel gemerkt, daß er das Problem schon für erledigt halten könnte.

Dennoch ist die Frage wichtig, wenn man sie in die richtigen Dimensionen stellt. Sie ist dann erstens eine Frage nach dem politischen Selbstverständnis von Gruppen, die die Anerkennung der Homosexualität betreiben. Sie ist zweitens eine Frage nach der wirklichen Liberalität einer Öffentlichkeit, die sich der Lesben und der Homosexuellen als einer Marktlücke annimmt. Und sie ist drittens eine Frage nach der theoretischen Verfassung der Homosexualität selbst, die sich derart verschiedenen Deutungen ausgesetzt sieht. Dieser letzten Frage soll im folgenden nachgegangen werden.

Als die Psychoanalyse zu Anfang des Jahrhunderts Skandal machte mit ihrer Definition, der Mensch sei seiner ureigenen Natur nach »polymorph pervers«, d. h. pervers in vielerlei Hinsicht und Gestalt, da wurde ihr nicht nur unterstellt, sie habe den Begriff zu dem einzigen Zweck erfunden, eine Beschreibungskategorie für die unvorstellbaren Perversionen ihrer eigenen Anhänger zu gewinnen, der Begriff selber wurde auch, und das gilt teilweise bis heute, gründlich mißverstanden. Polymorph pervers zu sein, das bedeutete angeblich, ein im Hinblick auf die sexuellen Perversionen nicht nur lernhungriges, sondern auch grenzenlos lernfähiges Geschöpf zu sein in dem ebenso altherkömmlichen wie infantilen Sinn des »kein Laster war ihm fremd«.

Ganz übersehen wird in dieser kindlichen Wunsch- und Ekelphantasie, daß, auf das einzelne Individuum bezogen, das polymorph Perverse sich gerade nicht in der Vielfalt der perversen Möglichkeiten, sondern ganz im Gegenteil in deren äußerster Reduktion realisiert. Zwar kann jeder – und auch der, von dem man es am wenigsten gedacht hätte – jeder nur denkbaren Perversion anhängen, aber die perverse Befriedigung, der er nachjagt, schließt ihn verbindlich von allen anderen Befriedigungen aus. Die Perversion, in psychoanalytischer Sicht, ist kein zusätzlicher, raffinierter Genuß, sondern ein Triebchicksal, die schicksalhafte Wende, die der Trieb genommen hat, und will als ein Schicksal getragen sein. Kommt hinzu, daß die Perversionen in der statistischen Mehrzahl der Fälle sich überhaupt nur als unterdrückte, verdrängte Perversionen zur Geltung bringen können. Das Resultat davon ist die »normale« und »nur« neurotisch beeinträchtigte Persönlichkeit. Wobei die Linie leicht bis zu dem Punkt verlängert werden kann, an dem das Normale selber in die Perversion umschlägt.

Wenn nämlich der neurotische Preis für die normale Lebensführung ins Uferlose wächst, dann ist, im Zusammenhang der solchermaßen bedrängten Person, das Normale wirklich eine Perversion.

Der konkrete Widerspruch, daß nicht nur eine Befriedigungsform von allen anderen Befriedigungen ausschließt – und die Menschen sich etwa nach ihren heterosexuellen und ihren homosexuellen Bedürfnissen sortieren lassen –, sondern daß das Ausschließungsverfahren selber zum Strukturprinzip beim Aufbau der Person wird, aus deren Zusammenhang die ausgeschlossenen Befriedigungen nicht als überwundene verschwinden, in der sie vielmehr als verdrängte und in ständiger Konfliktbereitschaft überdauern, ist das, woran die ganze Psychoanalyse hängt, und das, was hier in Frage steht. Denn wenn heute die Homosexualität – mit allem Vorbehalt gesagt – dazu tendiert, toleriert zu werden, so wird diese Toleranz natürlich das Erscheinungsbild der Homosexualität selbst verändern und dies nicht nur in der offiziell beabsichtigten Weise, daß künftig der, der »nicht anders kann«, sich – mit der gehörigen Bescheidenheit – zu seiner Neigung bekennt. Was als Regulierung untragbar gewordener Verhältnisse – die als unerträglich empfundene Kluft zwischen Norm und Realität – angelegt war, wird diese Verhältnisse selbst verändern. Und das geschieht zwangsläufig so. Was wird denn aus dem Kompromiß der neurotisch beeinträchtigten Person, die unter der Überschrift »lieber eine private Neurose als die offene gesellschaftliche Sanktion« bislang geduldig ihre Neurose ertrug, jetzt, wo die Sanktion verschwindet? Und wird nicht jeder den libidinösen Kompromiß, mit dem er zu leben gewohnt ist, überdenken bzw. allererst als einen Kompromiß und das heißt als schlechten Kompromiß erkennen? Es ist aber kein Kompromiß schlechter als der, der eigentlich nicht nötig wäre.

Es geht also um die Koexistenz konträrer Objektbeziehungen im einzelnen Individuum und nicht etwa um die Duldung abartiger Lebensformen bei Randgruppen, mit denen man ohnehin nur dann zu tun bekäme, wenn man sich zu ihnen bekennte. Was wird aus meinem Sexualleben werden, kann ich mich etwa fragen, jetzt, wo ich meine homosexuellen Bedürfnisse nicht mehr zu verdrängen brauche? Was wird aus dem nicht-sexuellen Teil meiner Person, aus dem berühmten Kultur-Teil werden, wenn ich sie nicht mehr zu sublimieren brauche? (Freilich kann ich, was mit mir geschieht, mir nur in Auflösungskategorien, in Kategorien der Unsicherheit und des Zerfalls vorstellen; die Entwicklungskategorien wären für die nächste Generation.) Die Frage ist aber nicht nur: Wie wird die Gesellschaft, wie wird der einzelne mit der neuen Zumutung fertig? Die Frage ist auch: Was ist aus der Notwendigkeit geworden, der Ursache dafür, daß Homosexualität und Heterosexualität ins gesellschaftliche und individuelle Ausschließungsverhältnis gesetzt wurden? Was ist aus der Notwendigkeit selber geworden, jetzt, wo das Ausschließungsverhältnis nicht mehr besteht?

Die Frage beantworten, hieße, in die Falle tappen. Zwar kann die Frage nach den Normen der Objektwahl nur gesellschaftstheoretisch beantwortet werden, und insofern ist die Psychoanalyse eine Gesellschaftstheorie. Als Gesellschaftstheorie sagt sie freilich nicht, *warum* die Gesellschaft die Sexualnormen gesetzt hat, mit denen sie lebt (freilich tut sie auch dies, nur ist das dann nicht ihre gesellschaftstheoretische Leistung, sondern Teil ihrer Symptomproduktion); ihre gesellschaftstheoretische Leistung besteht vielmehr darin, daß sie deutlich macht, welchen Preis auf der Seite der psychosexuellen Organisation die Gesellschaft für ihre bürgerliche Konstitution bezahlt hat. Warum es genau diese und keine andere Kosten sind, sagt sie nicht.

Und jetzt also, wäre die Konsequenz, hat die Gesellschaft einen solchen Konsolidierungsgrad erreicht, daß sie es sich leisten kann, irrationale, leidvolle Begleiterscheinungen der bürgerlichen Konstitution als nicht mehr systemnotwendig abzubauen? Das wäre doch ein Ammenmärchen, selbst dann noch, wenn man von der

grenzenlosen Störanfälligkeit des Systems der Bürgerlichkeit ausgeht und die Entlastung nur als vorübergehende Erscheinung nimmt. Man wird das Problem also andersherum betrachten müssen: Nicht sind, müssen wir sagen, die psychischen und sexuellen Beeinträchtigungen des bürgerlichen Individuums der konkrete Preis für die gesellschaftliche Assoziation, die wir die bürgerliche nennen, vielmehr sind sie nur ein Beweis dafür, daß die bürgerliche Gesellschaft ihren Preis hat, die Beweisstücke aber sind austauschbar.

Wie steht es dann aber mit der Determinationstheorie? Alles Psychische ist determiniert, den Zufall gibt es im Seelenleben nicht und am allerwenigsten in der Objektwahl, sagt die Psychoanalyse - und mit Recht. Denn wie sollte etwas nicht total bestimmt sein, was total fremdbestimmt, durch gesellschaftliche und ökonomische Zusammenhänge bestimmt ist? Der Zufall kommt in dieses Verhältnis nur dadurch herein, daß Politiker, Psychologen, mit dem herrschaftlichen Blick ausgestattet, den die Identifikation mit den gesellschaftlichen und ökonomischen Herrschaftsverhältnissen gewährt, auf die kulturellen und psychischen Anhängsel der materiellen Prozesse als auf die beliebig verschiebbaren Partikel eines ganzen Reservoirs sekundärer Funktionen blicken, deren das Kapital sich zu Manipulationszwecken beliebig bedient. Und er kommt ferner dadurch herein, daß die Opfer dieser Verhältnisse sich selbst mit diesem Herrschaftsblick betrachten und, im Bereich des jeweils Erlaubten, bereitwillig jedem neuen Propagandatrück als einer neuen Mode folgen und, im Bereich des jeweils schlechthin Unerlaubten, sich von sich selbst als einem fremden Teufel distanzieren, der ausgetrieben, betäubt oder abgeschnitten werden muß.

Die Zufälligkeit verschwindet aber aus dem Konzept in dem Augenblick, wo das Herrschaftsverhältnis, unter dessen Organisationsbedingungen das Psychische sich desorganisiert, wo die Fremdbestimmtheit selbst als das entscheidende Charakteristikum des Seelenlebens gesetzt wird. Das leistet die Psychoanalyse, wenn sie die Bestimmung des einzelnen durch seinen Trieb als eine Fremdbestimmung setzt und ihn zugleich zu dem, was ihn fremdbestimmt, in ein konkretes Ableitungsverhältnis bringt. Was sie mit dieser Argumentation verfehlt, ist, daß die Zufälligkeit zwar nicht das natürliche Merkmal des Seelenlebens, aber doch sein Schicksal unter den bestehenden Herrschaftsverhältnissen ist. Indirekt trägt sie dieser Beliebigkeit freilich Rechnung, bzw. sie reproduziert sie mehr oder weniger blind als die Bauform des Psychischen unter dem Kapitalismus, wenn sie, auf die absolute Determination alles Psychischen pochend, diese gerade in der unendlichen Ersetzbarkeit aller psychischen Energien realisiert findet. Sie ist ja keine Entwicklungspsychologie - und wird nur fälschlich so verstanden -, die sagt: Wenn ihm in seiner Kindheit dies und jenes widerfährt, wird er sich als Erwachsener homosexuell orientieren. Sie ist eine Rekonstruktions- und Reduktionspsychologie, die sagt: Wenn der Erwachsene sich homosexuell orientiert, dann ist, wie beim heterosexuell orientierten, die Entscheidung dafür bereits in der Kindheit gefallen. Nicht das entwicklungsgeschichtliche Postulat, das frühkindliche Ereignis, sondern der als pathologisch oder nichtpathologisch betrachtete Befund beim Erwachsenen bietet die Gewähr dafür, daß die kindliche Entwicklung entsprechend, auf dieses Resultat hin, verlaufen ist.

Die Konstruktion ist nur scheinbar tautologisch. Nicht wird in der Kindheit nur deshalb etwas gefunden, weil man durch das Bild, das der Erwachsene bietet, weiß, was man sucht. Vielmehr wird in der Kindheit eine Erklärung gesucht für das, was man beim Erwachsenen gefunden hat. Die Kindheit aber, in der man, anstatt im Erwachsenen selber, in seiner sozialen Umwelt oder im statistischen Zufall, die Erklärung sucht und die ja eine durch Vergessen und Verdrängen radikal entfremdete Kindheit und also, im konventionellen Sinn, gar keine Kindheit ist, die ist ja nur der unter die Kategorie der Selbstentfremdung gebrachte Ausdruck einer ebenso rigoroso-

sen wie erkennbaren Fremdbestimmung. In ihr wird der gesellschaftliche Widerspruch, wenn auch um den Preis seiner gesellschaftlichen Dimension, zur Anschauung gebracht.

Wenn wir dieses Modell, das Befreiung nur als Selbstbefreiung und diese wiederum in der ganzen Zweideutigkeit einerseits einer emphatischen Subjektbestimmung und einer andererseits womöglich bloß inneren Freiheit und Resignation kennt, auf unser Problem einer »von oben« erfolgten psychischen Entlastung durch die vom Verdrängungsdruck befreiten homosexuellen Strebungen übertragen wollen, dann müssen wir sagen: Die im Rahmen der bestehenden Herrschaftsverhältnisse produzierte herrschaftliche Toleranz gegenüber der Homosexualität ist keine systemunabhängige oder gar systemsprengende Errungenschaft, und ebensowenig ist es die herrschaftlich tolerierte Homosexualität. Die systemsprengende Qualität, die ihr vom System früher zugebilligt worden war, war ihr doch nur zugebilligt und verliehen und verschwindet in dem Moment, wo das System die Qualifikation zurückzieht. Unter der herrschaftlichen Duldung verwandelt die Homosexualität sich aus einer widernatürlichen, staatsgefährdenden Perversion in eine überaus harmlose Form der Sexualbetätigung. Freilich, wenn sich sonst nichts ändert an dem Gemeinwesen, das die Homosexualität zu tolerieren sich entschließt, dann verliert die Homosexualität zusammen mit ihrer bloß vermeintlichen Staatsgefährlichkeit ihre reale politische Repräsentationsfunktion. Sie hört auf, ein Seismograph für die politische Unterdrückung in einem Gemeinwesen zu sein und verliert den Protestcharakter, den sie wie immer unfreiwillig durch die leidvollen und unbezweifelbar politischen Erfahrungen der Homosexuellen angenommen hatte. Im Gegenteil tendiert sie von nun an dazu, zu einer Ersatzlösung zu werden, die für Probleme in Anspruch genommen wird, für die sie gar keine Lösung ist. Die Widersprüche werden unterdessen woanders ausgeglichen.

Um aber dem Irrationalismus einer reinen Manipulationstheorie, für die die Leidenschaften und Bedürfnisse der Menschen nur Spielmarken in den Händen der Mächtigen sind, zu entgehen, müssen wir uns die »reine Naturansicht« von der Homosexualität zu eigen machen, die der Staat selbst neuerdings proklamiert. Das heißt, der Politisierung der Homosexualität, die der Staat den Homosexuellen von jeher angeschlossen hat, den Kampf ansagen. War, solange die Homosexualität programmatisch unterdrückt wurde, die offene Politisierung dieses angeblich bloß moralischen Problems die angezeigte Strategie, so würde die fortdauernde politische Interpretation einer offiziell längst geduldeten Lebensform geradewegs in die Entpolitisierung führen und die Homosexualität zu einer Ersatzlösung werden lassen, die die Notwendigkeit weiterreichender politischer Lösungen vergessen macht. Gegen eine solche Verzerrung hilft, wie gesagt, nur die Substanz des Bedürfnisses selbst, das befriedigt werden will, und das Subjekt, das sich seines Bedürfnisses durch Befriedigung, Konsumtion, entledigen will, um, nachdem es sein Bedürfnis durch Befriedigung seiner vergessen hat, umstandslos etwas anderes zu tun. So wenig wie die Heterosexualität ist die Homosexualität eine politische Lebensform. Sie ist allenfalls die Lebensform politisch handelnder Subjekte. Und da die Homosexuellen wie wenig andere politischem Druck ausgesetzt worden sind, hätten sie wie wenig andere Grund, politisch handelnde Subjekte zu sein.

Eckart Leiser

Konstruktion oder Produktion?

Kritik der »Erlanger Schule«

A. Die innere Logik des konstruktivistischen Ansatzes

Als ich mich seinerzeit mit dem Problem einer materialistischen Begründung von Logik und Mathematik beschäftigte (Leiser 1978), war der mathematische Konstruktivismus der sogenannten Erlanger Schule eine der Positionen, mit denen ich mich auseinanderzusetzen hatte. Vom Anspruch her befand sie sich, ähnlich wie die Konzeption Piagets, in einer erstaunlichen Nähe zu meinem Ansatz einer Rückführung logischer und mathematischer Strukturen auf Handlungszusammenhänge, aber nur auf den ersten Blick. Schon in einem frühen Stadium meiner Überlegungen kam ich zu dem Schluß, daß zwischen einem Handlungsverständnis, das Mathematik aus einem abstrakten Spiel mit Zählzeichen aufzubauen versucht, und einem materialistischen Handlungsverständnis wohl doch eine unüberbrückbare Kluft liegt. Zahlen auf die Folge I, II, III, IIII . . . von Strichen zurückzuführen schien mir so entfernt vom damaligen Diskussionsstand in Erkenntnistheorie und Psychologie und vom strukturellen Niveau meiner Problemstellung, daß ich diesen mathematischen Konstruktivismus im Hinblick auf einen materialistischen Begründungsansatz im weiteren außer acht ließ. Heute, nach Durchsicht der inzwischen vorliegenden Schriften der »Erlanger Schule«, muß ich zugeben, daß ich deren Fruchtbarkeit, zumindest was den quantitativen Ausstoß und das Spektrum der bearbeiteten Themen betrifft, gründlich unterschätzt habe. Neben Untersuchungen zu Logik und Mathematik finden sich da Untersuchungen zu allgemeiner Erkenntnistheorie, Wissenschaftstheorie, Linguistik, Ethik, Tugendlehre, Naturwissenschaften, Sozialwissenschaften, Naturgeschichte, Kulturgeschichte, Tier- und Humanpsychologie, Anthropologie, Ökonomie, Ökologie, marxistischer Theorie, »Kritischer Theorie« usw. (z. B. Blasche/Schwemmer 1975, Janich 1969, Janich u. a. 1974, Kambartel 1974, 1974 a, 1975, Kamlah 1973, Kamlah/Lorenzen 1958, 1962, 1965, 1974, 1975, Lorenzen/Schwemmer 1975, Mittelstraß 1975, Schwemmer 1971, 1974, 1975, Thiel 1975, Wohlrapp 1975). Wie ist das zu erklären?

Der Konstruktivismus selbst erklärt seine enzyklopädische Produktivität mit dem umfassenden Bedarf an alternativen Lösungen für die schwerwiegenden Krisen, in denen die aufgezählten Disziplinen seiner Meinung nach stecken. Das gemeinsame Merkmal dieser Krisen seien Begründungsprobleme und daraus folgende theoretische und praktische Beliebigkeit, an denen die Wissenschaft heute leide. Das Angebot, das der Konstruktivismus hier macht, ist ein umfassendes Konzept der normativen Orientierung in theoretischen und praktischen Problemen. Die Diagnose einer Krise bürgerlicher Wissenschaft ist nicht neu. Wie neu ist die konstruktivistische Lösung? Sehen wir uns diese Lösung an.

Historischer Ausgangspunkt und paradigmatisch für das Konzept der Erlanger Schule ist die konstruktivistische Begründung von Mathematik und Logik. Es geht hier um das schon klassische Problem einer Begründung von Logik und Mathematik aus sich selbst heraus, das auch nach dem Gödelschen Beweis der Unmöglichkeit einer solchen Begründung (s. Gödel 1931) der bürgerlichen Mathematik und Logik keine Ruhe läßt. Gegen die gescheiterten Versuche einer formalistischen Begründung durch Hilbert und einer logizistischen Begründung durch Russell wird hier die konstruktivistische Lösung gesetzt: Der Schlüssel zu einer voraussetzungs-freien Begründung und zu einem systematischen Aufbau von Logik und Mathematik sind nicht irgend-

welche selbstevidenten Axiome oder apriorisch gesetzte Strukturen. »Begründen« heißt vielmehr, den Aufbau von Mathematik und Logik anhand gesetzter Spielregeln (nach-)vollziehen bzw. rechtfertigen. Auf diese Art wird dann etwa aus der Peanoschen Axiomatik der natürlichen Zahlen das bereits angeführte Spiel mit Zählzeichen: Ausgehend von einem Strich wird das nächste Zählzeichen konstruiert, indem an das jeweils letzte ein weiterer Strich angefügt wird. Als abgekürzte Regel: Beginne mit I. Gehe von n zu nI über. (Vgl. Lorenzen/Schwemmer 1975, S. 183)

Das Geheimnis der Zahl und arithmetischer Wahrheiten löst sich so scheinbar auf in einen autonomen, nach freigesetzten Regeln ablaufenden Konstruktionsprozess. Die Immanenz dieses Prozesses und seine subjektive Verfügbarkeit sollen dabei Verbindlichkeit und Gültigkeit seiner Ergebnisse garantieren: Sie sind sozusagen selbstevident. Da Spielregeln nicht wahrheitsfähig sind, erweist sich das Wahrheitsproblem aus dieser Sicht letztlich als Scheinproblem. Übrig bleibt ein Begründungsproblem, verstanden als pragmatischer Nachweis regelkonformen Verhaltens, als Selbstrechtfertigung oder als Verteidigung einem Gegner gegenüber. Abgesehen von der speziellen Frage, inwieweit sich der strukturell komplexe Zahlbegriff genetisch und systematisch auf eine Folge von Zählzeichen zurückführen läßt (vgl. Leiser 1978, S. 86 ff., 96 ff., 100 ff., Piaget 1975, Kap. I, Piaget/Szeminska 1965, Beth/Piaget 1966, Ch. 8), stellen sich hier bereits einige allgemeine Fragen, etwa:

1. Was zeichnet die die Mathematik angeblich konstituierenden Spielregeln vor beliebigen anderen Spielregeln aus?

2. Sind der subjektiven Autonomie beim Aufstellen von Spielregeln wirklich keine Grenzen gesetzt? Wie steht es z. B. mit der »unmöglichen« Spielregel, mit einem Strich zu beginnen und das nächste Element zu konstruieren, indem vom jeweils letzten Element zwei Striche abgezogen werden?

3. Wovon hängt die vollständige subjektive Verfügbarkeit des Konstruktionsprozesses und seiner Regeln ab? Bei kleinen Kindern etwa und in psychopathologischen Fällen ist diese ja nicht gegeben. Und bei einem europäischen Mathematik-Professor ist sie auch weiter entwickelt als bei einem australischen Buschmann.

4. Wie ist die gesellschaftliche Kommunizierbarkeit und Verbindlichkeit solcher mathematischen Konstruktionsregeln zu erklären? Hängt etwa die Gültigkeit arithmetischer Beziehungen von der Überzeugungskraft des Mathematik-Professors und dem guten Willen seiner Studenten ab?

Bereits an diesem Punkt entsteht also der Verdacht, daß es sich beim Konstruktivismus lediglich um eine neue Variante apriorischer Letztbegründungen handelt, mit den klassischen Problemen der unvermittelten Setzung, des infiniten Regresses und der Zirkelhaftigkeit. Das spezifische dieser Variante liegt allerdings darin, daß ihre Aprioris nicht in fertigen Sätzen oder axiomatischen Strukturen bestehen, sondern im Setzen und Vollziehen von Konstruktionsregeln, also auf einer früheren und fundamentalen Stufe des Erkenntnisprozesses liegen, und daß der stark pragmatische und unter kommunikativem Aspekt strategische Charakter ihres Begründungsansatzes dessen Voraussetzungen leicht in der Aktivität des Subjekts, im Medium subjektiver Evidenz, verschwinden lassen.

Das inzwischen vorliegende konstruktivistische System kann als Generalisierung, Differenzierung und Absicherung dieses Paradigmas in Richtung auf andere Wissenschafts- und Lebensbereiche verstanden werden. Der erste Generalisierungsschritt besteht darin, daß logisch-mathematische Begründungs- und Konstruktionsprozesse als spezifische Anwendungsfälle universaler konstruktivistischer Prinzipien in eine umfassende konstruktivistische Auffassung von Wirklichkeit und menschlicher Lebenstätigkeit eingeordnet werden. Nach diesem Verständnis findet sich das individuelle Subjekt in einer apriorischen Lebenswelt empirischer Gegebenheiten vor (vgl. Ja-

nich u. a. 1974, S. 88 ff.), in die es schrittweise über sprachliche Unterscheidungen und Regeln subjektive Bedeutungen und Zwecksetzungen hineinkonstruiert. In einem autonomen Schöpfungsprozeß baut das individuelle Subjekt so auf der apriorischen Lebenswelt eine davon getrennte apriorische Sprachwelt auf. Die Berührung zwischen beiden Welten ist eine äußerliche, über bestimmte elementare Lebenserhaltungsbedürfnisse vermittelte. Solche Bedürfnisse setzen aber lediglich abstrakte Rahmenbedingungen für die Welt subjektiver Bedeutungen und Zwecksetzungen, die sprachimmanent konstruiert werden. Die objektive Bestimmtheit schon elementarster »lebensweltlicher« Erfahrungen und die objektive Basis sprachlicher Bedeutungen in der selbst objektiv bestimmten materiellen Praxis bleiben dabei ausgeblendet. Bezogen auf ein Beispiel von Holzkamp: Die begriffliche Bedeutung der Axt geht nicht von deren objektiv bestimmter Gegenstandsbedeutung aus, die sich aus ihren Gebrauchswerteigenschaften und ihrem Herstellungs- und Verwendungszusammenhang konstituiert (vgl. Holzkamp 1973, S. 118 ff.), sondern von begrifflich völlig unbestimmten empirischen Dingen. Diesen wird zunächst »empragmatisch«, durch empirisches Zeigen (s. Lorenzen/Schwemmer 1975, S. 22) der sprachliche »Prädikator« »Axt« zugeordnet. Die Möglichkeit einer solchen konsistenten Zuordnung des Prädikators »Axt« zu den entsprechenden empirischen Dingen ist durch die sogenannten »lebensweltlichen Aprioris« gesichert. Mit diesem Akt der Prädikation ist der Bezug zur objektiven Realität ausgeschöpft. Der Begriff »Axt« wird dann von diesem Ausgangspunkt aus in einem rein sprachimmanenten Abstraktionsprozeß konstruiert. Der erste Schritt besteht in der Setzung von Äquivalenzrelationen, etwa in »Axt« ist äquivalent »Beil«. Jetzt kann für alle Aussagen innerhalb eines Regelsystems, etwa einem Lehrbuch über Werkzeuge, nachgeprüft werden, inwieweit sie gültig bleiben, wenn der Prädikator »Axt« durch den Prädikator »Beil« ersetzt wird. Alle solche bezüglich Vertauschung innerhalb eines Regelsystems invarianten Aussagen sind dann Bestimmungen für ein neues abstraktes Objekt, den Begriff »Axt«. Nach prinzipiell der gleichen Logik könnte man eine Äquivalenzrelation zwischen dem Prädikator »Axt« und dem Prädikator »Käse« setzen und innerhalb eines Regelsystems, etwa dem Bestellverfahren nach einem Warenhauskatalog, feststellen, welche Aussagen bei Vertauschung gültig blieben. Wenn es auch Schwierigkeiten bereitet, für das damit konstruierte abstrakte Objekt eine geeignete sprachliche Bezeichnung zu finden, die die Äquivalenz gerade dieser beiden Prädikatoren »Axt« und »Käse« repräsentiert, hätte man doch auch damit in einem autonomen sprachlichen Schöpfungsakt einen Begriff geschaffen. Ich habe »repräsentiert« und nicht »ausgedrückt« geschrieben, weil im Unterschied zu Prädikatoren als unmittelbar sinnlich gegebenen Wortobjekten Begriffe als abstrakte Objekte nicht mehr in Worten ausgedrückt, sondern nur mittelbar über Worte, durch Abstraktion, gebildet werden können. Aber, wird der Leser vielleicht einwenden, Worte selbst können doch einen hierarchischen begrifflichen Zusammenhang bilden: Etwa in aufsteigenden Stufen der Allgemeinheit die Worte Käfer, Insekt, Tier (s. a. a. O., S. 213 ff.). Heißt das nicht, daß Worte immer schon aus begrifflichen Bestimmungen entstehen und allgemeine Bedeutungsmomente enthalten? Aber auch solche Wortbeziehungen lassen sich konstruktivistisch interpretieren. Danach bilden »Käfer, Insekt, Tier« keine Kette von Verallgemeinerungen, sondern stellen drei in verschiedenen Lebenswelten unterschiedlichen Differenzierungsniveaus bestimmte Prädikatoren für gleiche empirische Dinge dar, die – wiederum empirisch – durch Äquivalenzrelationen vermittelt sind. Hinter der unterschiedlichen Allgemeinheit steht danach nichts anderes, als daß »Käfer« und »Fliege« durch »Insekt« ersetzt werden können, nicht aber umgekehrt. Die strikte Unterscheidung zwischen der noch in Verbindung zur empirischen Lebenswelt stehenden empragmatischen Sprachebene und der eigentlichen autonomen, kon-

struktiv gebildeten »Orthosprache« (vgl. a. a. O., S. 24) wird also konsequent durchgehalten.

Über diese Trennung in »empragmatische« Sprachebene und »orthosprachliche« Konstruktionen hinweg gehören allerdings beide zusammen zur gleichen in sich hermetisch abgeschlossenen und der außersprachlichen Außenwelt unvermittelt gegenüberstehenden Sprachwelt. So funktioniert etwa – um ein Beispiel für diese hermetische Abgeschlossenheit zu nennen – die Aufforderung »leise sein!« nicht über einen direkten Bezug zu einem außersprachlichen objektiven Bedeutungskomplex, diese ist vielmehr nur ein innersprachlicher Appell, »so zu handeln, daß auf dieses Handeln eine bestimmte Handlungsbeschreibung H: ›ist leise‹ zutrifft« (s. Janich u. a. 1974, S. 112). Das führt natürlich streng genommen gleich auf die nächste Stufe, nämlich auf den innersprachlichen Appell »so zu handeln, daß auf dieses Handeln eine bestimmte Handlungsbeschreibung H': ›handelt so, daß auf dieses Handeln eine bestimmte Handlungsbeschreibung H ›ist leise‹ zutrifft‹ zutrifft« usw. Über solche zwangsläufigen infiniten Regresse soll später geredet werden. Nach der konstruktivistischen Wirklichkeitsauffassung hat die menschliche Lebenstätigkeit also zwar ihren Ausgangspunkt in einer empirischen Lebenswelt von materiellen Dingen, physischen Bedürfnissen und Handlungen. Der eigentliche Ort ihrer Entfaltung ist jedoch die rein subjektiv konstruierte und nach autonomen Regeln organisierte Sprachwelt. Alle bereits bei der Konstruktion von Zählzeichen aufgetauchten Wahrheits- und Begründungsprobleme stellen sich hier natürlich neu und in verschärfter Form. Denn während das Spiel mit Zählzeichen noch als Vorgang interpretiert werden kann, der sich nach konstruktivistischem Verständnis zwischen dem konstruktivistischen Subjekt und seinen Konstruktionen abspielt, dessen Bedeutung, Konsistenz und Normierung er sich primär selbst zu vergewissern hat, finden Prädikation, Aussagen, Konstruktion von Begriffen und Sachverhalten zwischen Individuen statt, müssen also kommunikativ vermittelbar und argumentativ durchsetzbar sein. Andere Kontrollebenen, wie die objektive Realität oder die gegenständliche Praxis, entfallen ja bei einem rein subjektivistischen Sprachverständnis. Die Form, in der diese kommunikative Vermittlung von Sprache stattfindet, ist die Beratung, und das Medium der argumentativen Durchsetzung ist die Logik.

Nach diesem konstruktivistischem Verständnis handelt Logik also nicht von objektiven Verknüpfungsstrukturen, die, wie an anderer Stelle ausgeführt (s. Leiser 1978, S. 39 ff., S. 49 ff., Leiser 1978 a), einer spezifischen Manipulations- und Orientierungsebene innerhalb menschlicher Handlungsprozesse entsprechen. Ihr vor der symbolischen Ausarbeitung liegender genetischer Ursprung wird auch nicht mehr in objektbezogenen Handlungen gesucht, im operativen Umgang des Menschen mit seiner gegenständlichen Umwelt. Sie wird vielmehr von Anfang an und ausschließlich als sprachimmanentes Regelsystem, als dialogische Argumentationstechnik verstanden. Um das an einem Beispiel (im folgenden stammen alle nicht durch ausdrückliche Verweise gekennzeichneten Beispiele vom Autor) deutlich zu machen: Ausgangspunkt ist nicht ein realer Sachverhalt »Wetter«, der in der operativen Verknüpfung trocken *und* warm *und* windstill logisch »erfaßt« wird. Vielmehr ist »trocken« *und* »warm« *und* »windstill« von Anfang an eine subjektiv gesetzte Bedingung, die als sprachliche Struktur kommunikative Orientierung leisten soll: Der Sprecher macht sich »anheischig«, den mit der »Behauptung« »trocken, warm, windstill« »verbundenen Verteidigungspflichten nachkommen zu können« (Janich u. a., S. 61). Nachdem er die Wahrheitsproblematik bereits in eine pragmatische Begründungsproblematik aufgelöst hat, werden so schließlich Begründungen für den Konstruktivismus zu einer Art Schachspiel. Für den rein strategisch-spieltheoretischen Charakter dieses Logikverständnisses ein Beispiel: Es gehe um die »Behauptung«: »Wenn es regnet, dann wird

die Straße naß«, eine logische Implikationsbeziehung, die logisch gleichwertig ist mit »es regnet nicht oder die Straße wird naß«. Der »Proponent« soll diese Behauptung gegen einen »Opponenten« verteidigen. Allgemeine Dialogregel: Der Partner greift jeweils den vorhergehenden Zug an oder verteidigt sich gegen vorgehenden Angriff (vgl. Lorenzen/Schwemmer 1975, S. 68). Als Eröffnungszug greift der Opponent die Aussage insgesamt an. Nun muß sich der Proponent zwischen zwei Strategien entscheiden: Die eine ist die Behauptung, daß es gar nicht regnet, die andere die Behauptung, daß die Straße naß ist. Im ersten Fall behauptet der Opponent im Gegenzug, daß es doch regnet, damit wird er selbst angreifbar und muß letztlich den empirischen Beweis führen, daß es regnet. Im zweiten Fall greift der Opponent im Gegenzug die Behauptung an, daß die Straße naß ist, und der Proponent muß letztlich den empirischen Beweis führen, daß sie doch naß ist (vgl. a.a.O., S. 66). Es geht somit nicht mehr um das Vorliegen einer spezifischen objektiven Verknüpfung zwischen zwei Sachverhalten, eine objektive Wahrheit also, die sich unabhängig von der Einsichtsfähigkeit des Opponenten durchsetzen wird. An die Stelle der Wahrheit treten vielmehr taktische Überlegungen, gegebenenfalls sogar Tricks. Es könnte ja zum Beispiel sein, daß der Opponent Hemmungen hat, hinauszugehen, um den Regen empirisch nachzuweisen. Wenn der Proponent das weiß, wäre er gut beraten, *in jedem Fall* die erste Strategie zu wählen. Gnoseologische Begründungspunkte und das Prinzip, das letzte Wort zu behalten, Schlagfertigkeit und intellektuelle Überlegenheit auszuspielen, lassen sich jedenfalls in dieser pragmatischen »Grauzone« nicht mehr sauber voneinander trennen. Auf die Schwierigkeiten, in die der Konstruktivismus mit diesem »undogmatisch verstandenem Begründungsbegriff« (Janich u. a., S. 34 ff.) gerät, wird im weiteren noch eingegangen werden.

Da die Logik im konstruktivistischen Verständnis eine rein sprachimmanente Argumentationstechnik ist, gibt es auch keinen Grund, der »klassischen« Logik mit ihrem in der Wahr/Falsch-Kategorie liegenden Faktizitätsbezug einen gnoseologischen Sonderstatus zu geben. Sie steht als ein Typ möglicher sprachlicher Urteile neben anderen möglichen Typen. Solche anderen, von der *Modallogik* behandelten, Urteilstypen sind etwa »notwendig-möglich« (ontische Logik) oder »geboten-erlaubt« (deontische Logik) (vgl. a.a.O., S. 109 f.). Solche Modalitäten sind nach konstruktivistischem Verständnis nötig, um etwa zu Aussagen über Vergangenheit und Zukunft argumentieren zu können. Da es die Kategorie objektiv gesetzmäßiger Entwicklungen im Konstruktivismus nicht gibt und Vergangenheit und Zukunft aus dem rein lebensweltlich-empiristischen Realitätsbezug des Konstruktivismus herausfallen (Wer will nach einem Beispiel von Lorenzen [a.a.O., S. 112] als Nicht-Augenzeuge beweisen, daß Sokrates 399 v.u.Z. starb? Und was können Zukunftsaussagen anderes als subjektive Erwartungen sein: »es hofft der Mensch, so lang er lebt« [a.a.O., S. 113]), haben solche Modalitäten letztlich rein subjektivistischen Charakter und die mit ihnen gewonnenen Urteile beziehen sich letztlich auf die rein formale Struktur sprachimmanenter Konstruktionen. (So folgt etwa rein sprachimmanent aus der Aussage, daß Sokrates noch 399 v.u.Z. einen Schierlingsbecher getrunken hat und der Aussage, daß das Trinken von Schierlingsbechern zum Tode führt, als *notwendig* die Aussage, daß Sokrates 399 v.u.Z. starb; und entsprechend aus der Aussage, daß wir in einer freien Marktwirtschaft leben und der Aussage, daß freie Marktwirtschaft Voraussetzung für wachsende politische Freiheit ist, als *möglich* die Aussage, daß wir in Zukunft politisch noch freier als jetzt schon sein werden). Gestützt auf solche Argumentationstechniken kann der Konstruktivist Sprachkonstruktionen nicht nur über seine aktuelle Lebenswelt errichten, sondern darüber hinaus um diese »Gegenwart ein Stück Vergangenheit und Zukunft konstruieren« (a.a.O., S. 260).

Führen aber denn nun solche konstruktivistischen Begründungskonzepte aus der

klassischen Problematik apriorischer Begründungsversuche heraus? Die Konstruktivisten behaupten, mit ihrem Begründungsbegriff dem von H. Albert (vgl. Albert 1969, S. 11 ff.) so genannten Münchhausentrilemma endgültig entkommen zu sein, also der Wahl zwischen axiomatischem Abschneiden, infinitivem Regreß und Zirkelhaftigkeit von Begründung. Betrachten wir einmal näher, wie die Konstruktivisten mit dem Problem des axiomatischen Abschneidens umgehen: Wie schon angesprochen, besteht hier die Lösung darin, daß die konstruktivistischen Setzungen, wie etwa Fähigkeit/Bereitschaft zu regelkonformem Verhalten, vollständige subjektive Verfügbarkeit des Konstruktionsprozesses, kommunikative Vermittelbarkeit und Verbindlichkeit von Normen, im Medium subjektiver Evidenz versteckt werden. Aber »wasserdicht« scheint auch diese Lösung nicht zu sein. Denn auf Nachfragen, wie sich denn nun solche Setzungen begründen, taucht ein neuer Begriff auf, nämlich der der »Unvoreingenommenheit«: das reale Funktionieren konstruktivistischer Konzepte setzt als minimalen intersubjektiven Konsens die »Unvoreingenommenheit« der Beteiligten voraus. Und auf weiteres Nachfragen, wie denn diese Unvoreingenommenheit zu begründen sei, wird auf die Habermassche Kategorie der »idealen Sprechsituation« verwiesen (s. Janich u. a. 1974, S. 37). Und wie wird diese »ideale Sprechsituation« begründet? Mit einem vagen »Appell« und dem Hinweis auf eine in den lebensweltlichen Aprioris immer schon angelegte Vernunftidee, die realen Sprechsituationen »kontrafaktisch« als Norm zugrundeliege (a. a. O., S. 39). Damit sind gleich alle drei Alternativen des Münchhausentrilemmas der Reihe nach benutzt worden: Nach der axiomatischen Setzung Flucht in den Regreß bis zu einer neuen axiomatischen Setzung, die aber gleichzeitig Zirkelcharakter hat, nämlich auf die ja gerade sprachlich-normativ zu rekonstruierenden lebensweltlichen Aprioris zurückführt. Immerhin: Die so vollzogene Kreisbewegung führt unausweichlich auf die Notwendigkeit, sich nun positiv-einzelwissenschaftlich mit diesen »lebensweltlichen Aprioris« (a. a. O., S. 90) näher zu beschäftigen. Damit beginnt die konstruktivistische Anthropologie, Psychologie und Ethik.

Der Konstruktivismus steht hier vor dem Problem, Habermassche Kategorien der »Kritischen Theorie« in die Argumentation eingeführt zu haben, die nicht nur keinerlei Bezug zu konstruktivistischen Prinzipien haben, sondern mit diesen geradezu unverträglich sind. Ist es doch gerade der pragmatisch von empirischen Dingen und Fakten, von der Vorstellung beliebiger methodischer Manipulier- und Konstruierbarkeit ausgehende Rationalitätsbegriff des Konstruktivismus, den die »Kritische Theorie« in ihrer Positivismuskritik als verkürzt zurückweist. Und ist es doch umgekehrt gerade die die »Kritische Theorie« einschließende dialektische Position, die der Konstruktivismus als Gesprächspartner ausscheidet, weil sie in Form positiver Gesellschaftstheorie der Konstruktion einer voraussetzungsfreien »kritischen Kulturwissenschaft« vorgreift (Lorenzen/Schwemmer 1975, S. 15), und deren gesellschaftstheoretische Position immer wieder als »Geschichtsmetaphysik« denunziert werden (z. B. a. a. O., S. 295). So ist denn auch der Verweis auf die »Kritische Theorie« zunächst nichts anderes als der Versuch des Konstruktivismus, dem infiniten Regreß durch einen Sprung zu entkommen. Dieser konstruktivistisch in keiner Weise mehr ausgewiesene Sprung in den kontrafaktischen Gesellschaftsentwurf der »Kritischen Theorie« findet statt, ohne daß auch nur gefragt wird, wie weit, allein schon methodisch, die »Dialektik« der »Kritischen Theorie« mit Konstruktivismus zu vereinbaren ist. Unter Abstraktion von der (zumindest ja dem Anspruch nach marxistischen) Gesellschaftskritik der »Kritischen Theorie« bemächtigt sich der Konstruktivismus also einfach bestimmter ihrer Ergebnisse. Das Problem dabei ist nur, daß ein Ansatz, der auf dem status quo als »lebensweltlichen Aprioris« aufbaut, mit der Übernahme der emanzipatorischen Utopie der »Kritischen Theorie« als kritische Negation des status quo in eine Antino-

mie geraten muß. (Vor dem gleichen Problem steht übrigens Habermas, der aus komplementären Begründungsschwierigkeiten heraus – vgl. Tuschling 1978 – auf bestimmte Vorstellungen des Konstruktivismus zurückgreift [s. Habermas 1975, S. 206 ff.]. Die konstruktivismusimmanenten Zirkel sind also gleichsam in einen Konstruktivismus-Habermas-Zirkel eingebettet.)

Wie sieht nun dieses sich auf »Kritische Theorie« berufende Konzept einer konstruktivistisch-normativen Sozialwissenschaft aus? Das soll kurz am Beispiel der konstruktivistischen Anthropologie, Psychologie und Ethik dargestellt werden. Nach konstruktivistischer *Anthropologie* ist der Mensch – gemeint ist damit immer das individuelle Subjekt – selbst erst Ergebnis eines Konstruktionsprozesses. Am Anfang dieses Prozesses steht eine Anzahl lebenserhaltender Bedürfnisse, die als lebensweltliche Aprioris vorgefunden werden. Diese »vitalen Bedürfnisse«, wie man sie nennen könnte (s. Holzkamp-Osterkamp 1976), gehen auf den subhumanen Bereich zurück (s. Lorenzen/Schwemmer 1975, S. 278 f.). Die Konstruktion des Menschen beginnt mit dem Auftreten von Mangelsituationen. In solchen Mangelsituationen verwandeln sich nämlich Bedürfnisse in Zwecke, und diese Zweckkategorie, als weiteres Apriori sozusagen zur natürlichen Ausstattung der menschlichen Lebenswelt gehörig, setzt dann den konstruktiven Prozeß der Menschwerdung in Gang (a.a.O., S. 281). Zwecke schaffen sich nämlich – immer noch alles im kategorialen Vorhof der Menschwerdung – Mittel, und die damit entstehenden Mittel-Zweck-Relationen treiben Aufforderungen aus sich hervor, und diese wiederum als deren Befolgung Handlungen (a.a.O., S. 152 ff.). Damit sind die für die Konstruktion des Menschen konstitutiven Bestandteile, sozusagen in abstracto, beisammen: Aus diesem Geflecht kategorialer Bestimmungen entsteht dann Schritt für Schritt der Mensch als »Redetier« (a.a.O., S. 177): ausgehend von »sprachlosen« Aufforderungen entwickeln sich immer differenziertere sprachliche Konstruktionen, die in »Beratungen« begründet und miteinander konfrontiert werden (a.a.O., S. 158 f.).

Mit der Eigendynamik der sprachimmanenten Entwicklung einher geht eine Eigendynamik der Zweckentwicklung: Mittel der Bedürfnisbefriedigung werden zu eigenen Zwecken. Eine immer kompliziertere hierarchische Konstruktion von Zwecken erhebt sich über der ursprünglichen Bedürfnisbasis (a.a.O., S. 258 ff.). An einem Beispiel: Essen ist Zweck, Arbeiten ist Mittel zu diesem Zweck. Arbeiten ist Zweck, Reden über Arbeiten ist Mittel zu diesem Zweck. Reden über Arbeiten ist Zweck, Aufstellen von Rederegeln ist Mittel zum Zweck usw.

Zur Eigendynamik einer solchen abstrakten Zweckhierarchie gehört allerdings die Tendenz zum »Umkippen«, zumal wenn wie im Konstruktivismus die materielle Bedürfnisbasis selbst rein abstrakt gefaßt und jederzeit im Rahmen einer »Kulturdeutung« (s. a.a.O., S. 275 ff.) zur Disposition gestellt werden kann. Es wäre ja schließlich möglich, daß sich der Mensch mit seinen autonomen Sprachkonstruktionen schon so weit von seinen profanen biologischen Ursprüngen weg entwickelt hat, daß bestimmte Bedürfnisse relativiert werden können (a.a.O., S. 282). Auf eine Konkretisierung der obigen Folge angewendet: Die Folge: Essen ist Zweck, Arbeiten ist Mittel zu diesem Zweck; Arbeiten ist Zweck, Profit machen ist Mittel zu diesem Zweck; Profit machen ist Zweck, kapitalistische Produktionsverhältnisse sind Mittel zu diesem Zweck; könnte umkippen in die Folge: Kapitalistische Produktionsverhältnisse sind Zweck, Profit machen ist Mittel zu diesem Zweck; Profit machen ist Zweck, Arbeiten ist Mittel zu diesem Zweck; Arbeiten ist Zweck, Essen ist Mittel zu diesem Zweck.

Hier gibt es also eine im abstrakten konstruktivistischen Denken angelegte und in ihm nicht mehr reflektierbare Dialektik, die es zur Legitimation entfremdeter kapitalistischer Mittel-Zweck-Beziehungen prädisponiert.

Noch immer aber ist genau genommen nicht das individuelle Subjekt konstruiert, sondern lediglich ein Ensemble miteinander beratender, auffordernder, handelnder funktionalistischer Konstrukte. Die Konstruktion des Individuums als Problem der konstruktivistischen *Psychologie* muß jetzt als Interiorisierung dieser funktionalistischen Konstrukte vorgestellt werden: Im Individuum integrieren sich gleichsam die disparat in der Lebenswelt liegenden Funktionselemente. So wird individuelles Reden aus »innerem Handeln«, individuelles Überlegen aus »innerem Beraten«, der individuelle Entschluß aus »innerem Beschluß«. Und mit Hilfe seines Denkens, was bedeutet, »immer leiser zu reden«, konstruiert sich das Individuum seine privaten Zwecksetzungen, die dann als »Wollungen« zur Verwirklichung drängen (a. a. O., S. 159 f.). Und hier beginnt dann die *ethische Dimension* des Konstruktivismus. Denn was unter dem Gesichtspunkt funktionalistischer Konstrukte als abstraktes Konstitutions- und Begründungsproblem von Zwecken erschien, erscheint unter dem Gesichtspunkt individueller Subjekte jetzt als unvermitteltes Nebeneinander und Gegeneinander individueller Interessen: Aus einer abstrakten Idylle wird eine Ansammlung ihren Eigennutz verfolgender Individuen. Damit ist eine erste in den konstruktivistischen Aprioris verborgene positive Voraussetzung freigelegt: Gesellschaft als Aggregat miteinander konkurrierender privater Individuen – die zeitlose bürgerliche Kategorie von Gesellschaft.

Der konstruktivistischen Ethik fällt nun die Aufgabe zu, Spielregeln für eine solche Gesellschaft anzugeben, Regeln, die die Handhabung von Interessenkonflikten festlegen (a. a. O., S. 148 ff.). Diese Aufgabe zerfällt grob in zwei Teile: Begründung und Vermittlung von Zwecksetzungen sowie Begründung und Vermittlung der diese Zwecksetzungen regulierenden Normen. Der Rest liest sich wie die Straßenverkehrsordnung oder ein Kompendium des »gesunden Menschenverstandes«, überhöht durch Bezüge zur Kantischen Philosophie: Ein erstes Prinzip ist, daß Handeln zweckrational, also immer als Mittel für angebbare Zwecke, ausgewiesen sein muß. Ein zweites Prinzip ist, daß Interessenkonflikte, also miteinander unverträgliche Zwecksetzungen, in Beratungen zu regeln sind. Ein drittes Prinzip, das Vernunftprinzip, besagt, daß einmal eingeführte sprachliche Vereinbarungen, Gründe und Normen für alle Beteiligten einheitlich und verbindlich zu handhaben sind. Aus dem Vernunftprinzip folgt als Konfliktregel, daß im Falle unverträglicher Zwecksetzungen beide Parteien den »Vergleich« suchen sollen, nämlich alternative Ketten von Zwecken, mit denen die gleichen Endzwecke erreicht werden. Beispiel: Fahrzeug A und Fahrzeug B fahren auf einer engen Straße aufeinander zu. Die Fahrtrichtungen sind also miteinander unverträglich. Lösung: Beide ändern ihre Fahrtrichtung, indem sie nach rechts ausweichen und erreichen auch mit dieser Änderung beide ihr Ziel. Ein viertes Prinzip schließlich, das Moralprinzip, besagt, daß die Zwecksetzungen regulierenden Normen nur einvernehmlich zwischen allen Beteiligten geändert werden dürfen. Aus diesem Moralprinzip folgt als Konfliktregel, daß im Fall unverträglicher Normen die beteiligten Gruppen einen »gemeinsamen Nenner« suchen sollten, von dem aus neue verträgliche Normen abgeleitet werden können. Beispiel: Die Lobby der Kohlekonzerne verlangt ein Gesetz zur Zurückdrängung des Öls. Die Lobby der Ölkonzerne ist gegen ein solches Gesetz. Gemeinsamer Nenner: Profitsicherung. Lösung: das Energiesicherungsgesetz, nach dem die Massen über den Kohlefennig die Kohlekonzerne subventionieren und die Position der Ölkonzerne unangetastet bleibt.

Das Problem mit diesen ethischen Prinzipien ist nur, daß sie zwar dem »gesunden Menschenverstand« entsprechen, aber außer in der StVO und formal in bürgerlich demokratischen Verfassungen nirgends realisiert sind; daß alle entscheidenden Interessenkonflikte nicht durch »formal gute« Beratungspraxis, sondern letztlich durch ökonomische Macht entschieden werden; und daß der juristische und politische

Überbau diesen ethischen Prinzipien eben genau so weit entspricht, wie das für diese ökonomischen Machtverhältnisse funktional ist. Mit anderen Worten: Diese Prinzipien entsprechen nicht einer apriorischen Rationalität, sondern sind ideologische Rationalisierungen einer in ihrem Wesen ganz anders gearteten Praxis der bürgerlichen Gesellschaft. Damit ist eine zweite in den konstruktivistischen Aprioris verborgene positive Voraussetzung freigelegt: Hinter dem Appell an die »Unvoreingenommenheit«, an eine rationale Beratungspraxis steht ein spezifisches bürgerliches Rationalitäts-Ideologem, das sich in einem gesetzmäßigen Widerspruch zur gesellschaftlichen Realität befindet. Damit ist auch das Rätsel des unvermittelten Rückgriffs auf die »Kritische Theorie« gelöst. Dieser Rückgriff läuft über ein Drittes: Nämlich den gemeinsamen Bezug von »Kritischer Theorie« und Konstruktivismus zu bürgerlichen Ideologemen. Nur setzt die »Kritische Theorie« ihre abstrakte gesellschaftliche Utopie emanzipatorisch gegen die Realität als eine politisch-historisch durchzusetzende Negation, während die konstruktivistische Rationalität der Gesellschaft immer schon als ewige Vernunftidee und als Konstruktionsprinzip unterschoben wird. Die Differenz erklärt sich mit der Doppelfunktion dieser Rationalität im konstruktivistischen System: Auf der einen Seite soll sie die konstruktivistische Begründungskonzeption abstützen, das Konzept der unvoreingenommenen, unverzerrten Beratungspraxis, indem diese auf eine immer schon gegebene lebensweltliche Rationalität zurückgeführt wird. Insoweit dient sie *deskriptiv* der konstruktivistischen Erklärung des gesellschaftlichen status quo. Auf der anderen Seite soll sie die Basis für den kritisch-normativen Anspruch des Konstruktivismus abgeben, das Programm einer konstruktivistischen Wissenschafts- und Kulturreform. Insoweit dient sie *kritisch* der konstruktivistischen Aufhebung des gesellschaftlichen status quo. Da der Konstruktivismus aber über keine den status quo transzendierende historische Kategorie verfügt, muß sich die normative Kritik in letzter Instanz immer wieder auf den status quo, dargestellt im »gesunden Menschenverstand« berufen. In dieser Verankerung normativer Kritik im »gesunden Menschenverstand« liegt der zentrale Zirkel des Konstruktivismus. Der konstruktivistische Versuch einer pragmatischen und subjektivistischen Überwindung des Münchhausenrelemmas endet also in einem neuen, über eigenwillig verstandene einzelwissenschaftliche Argumente laufenden, sozusagen enzyklopädischen Zirkel.

Nimmt man das konstruktivistische Konzept der *Naturwissenschaften* hinzu, könnte man sogar von einer Art kosmischem Zirkel sprechen. Die offene Flanke des subjektivistischen Konstruktionsprozesses ist ja die objektive Realität, auf deren Widerständigkeit das autonome konstruktivistische Subjekt immer wieder stößt. Auch empiristisch verkürzt ist diese objektive Realität noch so gewichtig, daß sich der strenge Autonomieanspruch einer rein sprachimmanenten Weltkonstruktion nicht halten läßt. Sprachwelt muß daher auf Lebenswelt zurückgehen, die sprachweltlichen Konstruktionen in lebensweltlichen Aprioris verankert werden. Aber auch dann bleibt noch ein Rest: Erfahrung läßt sich ja auch im bürgerlichen Verstande nicht voll in lebensweltliche Aprioris auflösen. Auch wenn die Historizität dieser Lebenswelt ignoriert wird, bleiben noch außerhalb der Lebenswelt liegende Erfahrungen mit einer a priori nicht verfügbaren Objektwelt. Mit dieser »galileischen« Erfahrung, wie sie der Konstruktivismus nennt, beschäftigen sich die Naturwissenschaften (s. Janich u. a. 1974, S. 89). Einem konstruktivistischen Konzept der Naturwissenschaften stellt sich also die Aufgabe, das konstruktivistische System auch gegen diese galileische Erfahrung abzusichern, diese naturwissenschaftliche Objektwelt also der konstruktivistischen Kompetenz zu unterwerfen.

Nach diesem konstruktivistischen Konzept der Naturwissenschaften konstituieren sich naturwissenschaftliche Kategorien, insbesondere die der Physik, nicht in der ma-

teriellen Praxis, in Handlungszusammenhängen, für die sie funktional sind, sondern gehen dieser Praxis immer schon als apriorische Bestimmungsgrößen voraus. Als »Einsichten . . . , auf denen ein nicht willkürlicher Aufbau der messenden Physik aufruht« (Janich u. a. 1974, S. 90), haben sie andererseits Realitätsbezug, können also nicht als völlig objektunabhängige sprachimmanente Schöpfungen behandelt werden. In Unterscheidung von solchen sprachimmanenten Schöpfungen, die formal-synthetisch a priori genannt werden, werden sie daher material-synthetisch a priori genannt, und einem Sonderbereich, der sogenannten Protophysik, zugeordnet. Die Folge einer solchen dichotomischen Trennung zwischen einer rein subjektbestimmten und einer objektabhängigen Welt ist allerdings, daß bestimmte offensichtlich objektabhängige und objektiven Bedingungen unterworfenen Bereiche wie die Geometrie aus der rein subjektivistisch gefaßten Mathematik ausgelagert und dieser »Protophysik« zugeordnet werden müssen. Während sich die Geometrie mit der metrischen Konstruktion der Dinge beschäftigt, beschäftigen sich Chronometrie und die Hylometrie, die beiden anderen Bereiche der Protophysik, mit der metrischen Konstruktion von Zeit und Masse. Im Unterschied zu sprachimmanenten Abstraktionsprozessen werden diese metrischen Konstruktionsprozesse so vorgestellt, daß auf Basis lebensweltlicher Aprioris subjektive Handlungsnormen gebildet werden, die dann an die Objektwelt in Form von »Ideationen« herangetragen werden. Am Beispiel der Geometrie: Ausgangspunkt ist eine »Vorgeometrie« des Alltagsverständes mit Kategorien wie Ding, Seite, Kante, Ecke. Durch »Ideationen« werden dann aus realen Dingen ideale Dinge, mit Ebenen statt Seiten, Linien statt Kanten und Punkten statt Ecken, und die Objektwelt kann mittels solcher »Ideationen« subjektiv rekonstruiert werden. Ein realer Ziegelstein z. B. ist danach als pragmatische Annäherung an einen idealen Quader zu fassen. Im Unterschied zu einem materialistischen Verständnis wäre ein Ziegelstein also nicht die mehr oder weniger vollständige Vergegenständlichung objektiver operativer Bestimmungen – Zusammensetzbarkeit einzelner Elemente (Assoziativität), Vertauschbarkeit einzelner Elemente (Kommutativität), Unabhängigkeit der einzelnen Richtungen (Orthogonalität) –, d. h. selbst schon funktionaler und »lebensnotwendiger« Eigenschaften, sondern die subjektive Realisierung einer apriorischen Idee im Platonschen Sinne (s. Lorenzen/Schwemmer 1975, S. 228). Und was auf den ersten Blick als Nähe zu materialistischen Erklärungsversuchen erscheinen könnte – Verweise auf handwerkliche Techniken oder »Lebenserfahrung« –, löst sich bei näherem Hinsehen wieder in die bereits vertrauten konstruktivistischen Denkmuster auf: Bei der einem Ziegelstein zugrundeliegenden Ideation »geht es nur darum, daß der Leser sich entscheidet, für das Bauwesen (. . .) gewisse Homogenitätsprinzipien als eine Normierung anzunehmen«. Bestenfalls zur Erleichterung der Entscheidung kann er sich dabei »auf das historische Faktum berufen, daß es in unserer Kultur eine Technik zur Herstellung »guter« Ebenen gibt« (a.a.O., S. 228). Mit Hilfe eines solchen Gerüsts von Ideationen kann der Konstruktivismus auch noch die a priori nicht verfügbare naturwissenschaftliche Objektwelt in sein System integrieren.

Die konstruktivistischen Konzepte zu Sozialwissenschaften und Naturwissenschaften sind also nicht Ergebnisse immanenter konstruktivistischer Begründungen, sie enthalten vielmehr versteckte – d. h. konstruktivistisch selbst nicht mehr ableitbare – positive Voraussetzungen dieses konstruktivistischen Begründungsansatzes. Damit ist der hier unternommene Versuch, die hinter seiner Selbstdarstellung verborgene reale Logik des konstruktivistischen Ansatzes herauszuarbeiten, erst einmal abgeschlossen.

B. Verhältnis des konstruktivistischen Ansatzes zum materialistischen Ansatz

Der angedeutete positive Selbstbezug des Konstruktivismus auf die »Kritische

Theorie« einerseits und seine Polemik gegen die »Geschichtsmetaphysik« des »orthodoxen Marxismus« andererseits enthalten bereits erste subjektive Bestimmungen seines Verhältnisses zum materialistischen Ansatz: Soweit sich der materialistische Ansatz zur Begründung und Legitimation des konstruktivistischen Autonomie- und Kritikkonzeptes heranziehen läßt, wird darauf zurückgegriffen. Das sich der konstruktivistischen Verfügbarkeit entziehende materialistische Gegenstands- und Methodenverständnis wird dagegen polemisch angegriffen. Die für den materialistischen Ansatz zentrale Subjekt-Objekt-Dialektik als Einheit subjektiven Bestimmens und objektiver Bestimmtheit wird also subjektivistisch halbiert. Das Ergebnis ist die bereits an einigen Punkten aufgezeigte Blindheit des Konstruktivismus seinen eigenen objektiven Voraussetzungen und seine Hilflosigkeit der Aufgabe gegenüber, seine einzelwissenschaftlichen Vorstellungen in einen Vermittlungszusammenhang zu stellen. Diese Hilflosigkeit des Konstruktivismus Vermittlungszusammenhängen gegenüber soll abschließend an seiner Behandlung naturgeschichtlicher Probleme, ökonomischer Probleme und des Problems historischer Bedingungen von Logik und Mathematik aufgezeigt werden.

Naturgeschichte stellt sich für den Konstruktivismus, der ja seinen Anfangspunkt und letzten Grund in der konstruktiven Autonomie des Subjekts hat, nicht als Problem der historischen Bestimmtheit des Menschen, seiner entwicklungsgeschichtlich-biologischen Voraussetzungen, sondern steht zunächst einfach für ein einzelnes Ressort innerhalb seiner wissenschaftstheoretischen Systematik. Die Frage nach den Übergängen und Vermittlungszusammenhängen zwischen den Menschen und subhumanen Organisationsformen der Materie läßt sich aber auch bei einem solchen Herangehen nicht ganz vermeiden. Für den Konstruktivismus wird aus der Frage zunächst das ontologische Problem, ob sich die Welt vollständig aus physikalistischen Seinsformen erklären läßt. Dagegen spricht, daß der »zweckgebunden handelnde Mensch« (a. a. O., S. 265) nach konstruktivistischem Verständnis als zu autonomen Bestimmungen fähiges Subjekt physikalistischer Bestimmtheit per definitionem entbehren ist. Soll der Mensch also als Sonderfall aus der physikalischen Erklärung der Welt herausgenommen werden? Dagegen spricht aber wieder, daß nach konstruktivistischem Verständnis rein logisch gesehen eine Abstammungskette vom Menschen bis zum »Einzeller« gebildet werden kann. Das würde aber heißen, daß ein belebter Teil der Welt, unter den übergangslos vom Einzeller bis zum Menschen alles zu subsumieren wäre, einem unbelebten Teil als Rest unvermittelt gegenüberstehen würde. Heraus käme ein ontologischer Dualismus zwischen einer physikalistisch zu erklärenden und einer »vitalistisch« zu erklärenden Seinsform. In diesem Dilemma wird schließlich vorgeschlagen, den Ursprung des Lebens in »Vorformen« lebendiger Systeme zu suchen, die noch keine Zellen sind. Womit der Dualismus zweier Seinsformen allerdings nur um eine weitere Stufe zurückverlagert wird. Der Konstruktivismus flüchtet also in einen infiniten Regreß und hat dabei immer noch das Problem zu entscheiden, ob nun auch Einzeller zu zweckgebundenem Handeln fähig sind oder ob mit dem Menschen eine dritte Seinsform in die Welt tritt, die dann wiederum unvermittelt neben der vitalistischen und physikalistischen Seinsform stehen würde, womit sich im übrigen von neuem das Problem der Abstammungskette stellt. Wie er es auch dreht und wendet: der in der materialistischen Kategorie der Selbstentwicklung liegende Vermittlungszusammenhang zwischen subjektiven und objektiven Momenten und zwischen qualitativ unterschiedlichen Entwicklungsniveaus der Materie bleibt für den Konstruktivismus unzugänglich. Die Einordnung menschlicher Subjektivität als notwendiges und mögliches Resultat eines in sich vermittelten Entwicklungsprozesses erweist sich damit bereits dem Gedanken nach als unlösbare Aufgabe (vgl. a. a. O., S. 261 ff.).

Auf einige Grundvorstellungen des Konstruktivismus zur *Ökonomie* war bereits im Zusammenhang mit den verborgenen anthropologischen Voraussetzungen des Konstruktivismus eingegangen worden: Ausgangspunkt des konstruktivistischen Ansatzes ist das private bürgerliche Individuum, das in Verfolgung seiner eigennützigen Interessen mit anderen Individuen Kooperations- oder Konfliktbeziehungen eingeht. Ökonomisch konkretisiert ist dieses Individuum Warenbesitzer, der mit anderen Warenbesitzern in Tausch oder Konkurrenzbeziehung tritt. Als ökonomische Grundlage menschlicher Lebenstätigkeit wird also immer schon die Warenproduktion unterstellt. Aber wie konstituiert sich nun aus den a priori gesetzten individuellen Warenbesitzern das System der Warenproduktion und die ihm entsprechende gesellschaftliche Organisation? Zunächst finden sich die individuellen Warenbesitzer als Mitglieder einer quasi naturwüchsigen Teilgruppe vor, die bestimmte Güter produziert. Dann stellen diese Teilgruppen untereinander fest, daß die Arbeit zwischen den verschiedenen Gruppen aufgeteilt ist. Daraufhin kommen gesamtgesellschaftliche Beratungen zustande, in denen aufgrund einer Bestandsaufnahme der faktisch bestehenden Arbeitsteilung, also post hoc, Verteilungsregeln für die produzierten Güter aufgestellt werden. Erst jetzt werden also zwischen den bisher unvermittelt und selbstzweckhaft nebeneinander her produzierenden Teilgruppen Gleichgewichtsbedingungen hergestellt. In weiteren Beratungen wird dann schließlich die Produktion mit den Bedürfnissen der Produzenten in Beziehung gesetzt. Über Arbeitszeitregeln wird sichergestellt, daß bei aller zunächst anscheinend ohne Bezug zu den lebenserhaltenden Bedürfnissen ablaufenden Produktion auch noch Zeit für den Konsum bleibt. (Vgl. a.a.O., S. 290 ff.)

Natürlich stellt sich bei jedem Schritt die Frage, wie eine solche Konstitution der warenproduzierenden Gesellschaft aus Konstruktionen immer schon existierender individueller Warenbesitzer funktionieren soll. Die Realitätsferne, die Dysfunktionalität und die Unvermitteltheit einer solchen konstruktivistischen Begründung von Ökonomie führt aber nicht etwa zu Revisionen, sondern wird unverdrossen der ökonomischen Realität als normativer Entwurf entgegengehalten. Der Unvermitteltheit des Entwurfs entspricht dann die Hilflosigkeit der Kritik. Das soll kurz an einigen Punkten gezeigt werden: Arbeit ist nach dem aus der neoklassischen Ökonomie übernommenen Verständnis des Konstruktivismus keine Grundbestimmung menschlicher Lebenstätigkeit, nicht die spezifisch menschliche Weise der produktiven Selbstverwirklichung, sondern negativ als »der Befriedigung von Bedürfnissen im Wege« stehende Tätigkeit (Kambartel 1975, S. 113) bestimmt, die der Kompensation eines Mangels dient, als Beeinträchtigung eines fiktiven ursprünglichen Mußezustandes. Aus dieser subjektivistischen Bestimmung der Arbeit als »Lebensbeeinträchtigung« folgen für den Konstruktivismus als normative Prinzipien, daß erstens jede Ökonomie maximale Vermeidung von Arbeit zum Ziel haben muß und zweitens, daß der Lohn der erlittenen subjektiven Lebensbeeinträchtigung entsprechen muß. Nun ist offensichtlich, daß der kapitalistische Akkumulationsprozeß nicht zu einem Abbau des Arbeitsvolumens sondern im Gegenteil zu dessen Ausweitung tendiert. Und schon ein flüchtiger Vergleich des Lohns eines Ingenieurs mit dem eines Fließbandarbeiters zeigt, daß dessen Höhe offensichtlich nichts mit der erlittenen subjektiven Beeinträchtigung zu tun hat. Die von der materialistischen Ökonomie erklärte Tatsache, daß nicht Arbeitsvermeidung, sondern die Eigendynamik des Kapitalverwertungsprozesses das Arbeitsvolumen bestimmt und daß nicht subjektive Beeinträchtigung, sondern der objektive Wert der Arbeitskraft, nämlich die Herstellungs-/Wiederherstellungskosten des Arbeiters als Produktionsmittel, den Lohn bestimmt, bilden sich dann in der »normativen Kritik« der konstruktivistischen Ökonomie als unvernünftige Normverletzungen ab, die hilflos angeprangert werden. Die konstruktivistische

Kritik besteht also darin, ihre Prinzipien als abstrakte Vernunftideen unvermittelt der Realität vorzuhalten. (Vgl. Kambartel 1975, S. 117 ff.)

Entsprechend unvermittelt und teilweise grotesk sind die sich in diesem Zusammenhang ergebenden Bezüge der konstruktivistischen Ökonomie auf die materialistische Ökonomie. Es beginnt ja damit, daß der Konstruktivismus, der sich in seinen Begründungszirkeln ohne Skrupel auf der »Kritischen Theorie« abstützt, diese in seiner Ökonomie verleugnet, indem er nämlich die ökonomischen Grundlagen der »Kritischen Theorie«, die (historische) Kritik der kapitalistischen Warenproduktion, unvermittelt durch neoklassische Vorstellungen ersetzt. Ein besonders krasser Fall solcher unvermittelten Bezüge zur materialistischen Ökonomie ist die normative Kritik der kapitalistischen Preiskalkulation vom konstruktivistischen Kostenkonzept her. Auf der einen Seite argumentiert der Konstruktivismus – ähnlich wie Marx – hier mit der objektiven Bestimmtheit von Preisen durch den Wert, auf der anderen prangert er an, daß die Kapitalisten in ihrer subjektiven Preiskalkulation Akkumulations-/Gewinnerwartungen vorwegnehmen. Er stellt sich also normativ auf den Standpunkt der objektiven Wertgesetze, ohne zu begreifen, daß sich tendenziell und widersprüchlich genau diese objektiven Wertgesetze in der verkehrten subjektiven Kalkulationslogik des Kapitalisten durchsetzen. Diese Unfähigkeit der konstruktivistischen Ökonomie zur Vermittlung zwischen den subjektiven und objektiven Bestimmungen ökonomischer Sachverhalte läuft darauf hinaus, daß sie letztlich nie über die verkehrten Kategorien des kapitalistischen Systems hinauskommt. Verantwortlich dafür ist auch hier wieder das subjektivistisch halbierte konstruktivistische Denken. (Vgl. a.a.O., S. 121 f.)

Zu einer direkten Konfrontation mit dem »orthodoxen Marxismus« (Wohlrapp 1975, S. 162) kommt der Konstruktivismus anlässlich einer Polemik gegen die Sohn-Rethelsche »kritische Auflösung der Erkenntnistheorie in den Geschichtsmaterialismus« (Sohn-Rethel 1971, S. 5) und insbesondere seiner Rückführung des abstrakten, logisch mathematischen Denkens auf die Realabstraktionen des Warentauschs. Die Beschäftigung mit Sohn-Rethels – allerdings mißlungenem – Versuch einer historischen Erklärung des apriorischen Charakters logisch mathematischer Erkenntnis hat für den Konstruktivismus eine mehrfache Bedeutung: Erstens trifft die Sohn-Rethelsche Fragestellung eindeutig den Lebensnerv des den apriorischen Status von Logik/Mathematik behauptenden Konstruktivismus. Zweitens impliziert die Sohn-Rethelsche Auflösung von Erkenntnistheorie in Geschichtsmaterialismus eine Selbstauflösung materialistischer Erkenntnistheorie, bietet dem Konstruktivismus also umgekehrt einen guten Einstieg zur Demontage des »orthodoxen Marxismus«. Drittens spitzt sich hier für den Konstruktivismus der Widerspruch zu, den materialistischen Ansatz liquidieren zu müssen, dabei aber seine die konstruktivistischen Begründungszirkel abstützenden gesellschaftstheoretischen Aussagen zu erhalten. Beantwortet wird diese mehrfache Herausforderung mit einer Revision des Marxismus, bei der der konstruktivistische erkenntnistheoretische Apriorismus unvermittelt der Marxschen Gesellschaftstheorie gegenübersteht. Die Folge davon ist zum einen, daß sich in der konstruktivistischen Polemik gegen Sohn-Rethel auf schon groteske Weise genau das von Sohn-Rethel kritisch hinterfragte apriorische abstrakte Denken reproduziert, zum anderen, daß die materialistische Gesellschaftstheorie geradezu gewaltsam aus ihrem philosophischen, erkenntnistheoretischen und methodologischen Gründungszusammenhang herausgelöst wird.

Das fängt damit an, daß Marx entgegen einem »Selbstmißverständnis« (a.a.O., S. 218) kein allgemeines, sondern ein spezifisches sozialwissenschaftliches Erklärungsschema benutzt haben soll. Über dagegen stehende erkenntnistheoretische und methodologische Überlegungen von Marx setzt sich der Konstruktivismus hinweg,

»man muß sich vielmehr bemühen, die Vorgehensweise seiner sozialwissenschaftlichen Untersuchungen zu verstehen« (a.a.O., S. 222). Das spezifische an diesem sozialwissenschaftlichen Erklärungsschema soll sein, daß erstens die erklärten Gegenstände historisch, zweitens die erklärten Gesetzmäßigkeiten widersprüchlich und drittens für die erklärten Sachverhalte bewußtes menschliches Handeln konstitutiv ist. Nach konstruktivistischem Verständnis gibt es nun aber neben diesem sozialwissenschaftlichem Erklärungsschema das den apriorischen Wissenschaften entsprechende Schema der Kantschen »Konstitutionserklärung« und das den Naturwissenschaften entsprechende »deduktiv-nomologische« Erklärungsschema von Hempel und Oppenheim. Alle drei Erklärungsschemata stehen wiederum unvermittelt nebeneinander. (Vgl. a.a.O., S. 217 ff.)

Die hinter einer solchen Einteilung stehende Reduktion des materialistischen Ansatzes auf Sozialwissenschaft macht dann allerdings eine schwindelerregende Abgrenzungslogik erforderlich: gesellschaftstheoretische Kategorien wie Normen und Regeln sollen ausgerechnet der »deduktiv-nomologischen« und »Konstitutionserklärung«, also den Natur- bzw. den apriorischen Wissenschaften vorbehalten sein, während für die mit der sozialwissenschaftlichen Erklärung arbeitende Gesellschaftstheorie die Kategorien naturwüchsiger und widersprüchlicher Gesetzmäßigkeiten typisch sein sollen. Dabei geht es doch in der materialistischen Gesellschaftstheorie gerade um den Zusammenhang zwischen objektiven, materiellen Produktionsbedingungen und ihren – möglicherweise verkehrten – Niederschlag in den Kategorien/Normen/Regeln des gesellschaftlichen Bewußtseins. Und daran wird klar, daß der materialistische Ansatz eben gerade von einem einheitlichen, der materiellen Einheit der Welt entsprechenden Erklärungsbegriff ausgeht, und diesen sowohl mechanistisch-ahistorischen als auch subjektivistisch-historischen Erklärungsbegriffen in Natur- und Gesellschaftswissenschaften entgegensetzt.

In diesem Sinn überwindet die materialistische Gesellschaftstheorie den nomologischen Gesetzesbegriff und den apriorischen Regelbegriff also nicht in Richtung auf einen idiographischen, bei der Deutung singularer Erscheinungen stehenbleibenden Agnostizismus, sondern in Richtung auf konkret-dialektische Gesetzmäßigkeiten in Natur *und* Gesellschaft. Der zu abstrakte historische Bezug bei Sohn-Rethel hinsichtlich der Genesis, der widersprüchlichen Bestimmtheit, der Eigendynamik und der Überschreitbarkeit »abstrakten Denkens« bedeutet daran gemessen in der Tat eine mangelhafte Überwindung metaphysischer Erklärungsschemata, aber keine, die ihm ausgerechnet der Konstruktivismus vorwerfen sollte.

Was nun das Problem *historischer Bedingungen von Logik und Mathematik* betrifft, so sind beide als apriorische Wissenschaften gemäß der obigen Einteilung sozialwissenschaftlicher Erklärung und damit historischer Bedingtheit entzogen. Die simple Frage nach der Funktionalität von Logik und Mathematik, etwa danach, wieso es Logik und Mathematik beim Menschen, nicht aber beim Einzeller gibt, die Frage, worin sich Logik und Mathematik im Neolithikum von der heutigen Logik und Mathematik unterscheiden, oder wieso der 13jährige, nicht aber der einjährige Mensch zu logisch-mathematischem Denken fähig ist, ist damit abgeschnitten. Logik und Mathematik als konkret realisierte kognitive Strukturen, als spezifische sich individualgeschichtlich und gesellschaftsgeschichtlich entwickelnde Erkenntnisebene ist folglich nicht thematisierbar. Nun gibt es ja aber gemäß obiger Einteilung auch für den Konstruktivismus die historischer Bestimmtheit unterworfenen Sozialwissenschaften und bestimmte sozialwissenschaftliche Aspekte von Logik und Mathematik, die sich beim besten Willen nicht ausklammern lassen, um so weniger, als der Konstruktivismus sich ihrer zu seiner eigenen wissenschaftspolitischen Standortbestimmung ständig bedient: etwa die Kämpfe verschiedener logisch-mathematischer Schulen, fach-

spezifische Entwicklungen, gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen für die Durchsetzung bestimmter logisch-mathematischer Auffassungen im Bereich von Schule und Hochschule, Widersprüche zwischen der wissenschaftlichen Logik/Mathematik und logisch-mathematischem Alltagsbewußtsein. Die gleiche Logik und Mathematik, die sich in ihrer Begründung zeitlosen und voraussetzungsfreien subjektiven Konstruktionen verdankt, ist also in ihrer konkreten gesellschaftlichen Existenz nicht nur wissenschaftsgeschichtlicher, sondern sogar soziologischer und politischer Bestimmtheit unterworfen. Die gleiche logische Regel, die in ihrer apriorischen Begründung unhinterfragbar ist, darf also in ihrem konkreten Verständnis historisch hinterfragt werden. Wieder stehen beide Aspekte, der apriorische und der sozialwissenschaftliche, unvermittelt nebeneinander. Faktisch wird dieser Widerspruch dadurch gelöst, daß auf platonistische Weise zwischen der zeitlosen – selbstredend konstruktivistischen und damit voraussetzungsfreien – Idee von Logik und Mathematik und ihren mehr oder weniger vollkommenen historischen Entäußerungen unterschieden wird, wobei die historische Spezifik immer nur Randerscheinungen betreffen kann und Abweichungen von der konstruktivistischen Idee im übrigen durch »Kultur«- und »Sprachkritik« zu korrigieren sind. (Vgl. a.a.O., S. 226 ff.)

Typisch für dieses gespaltene und ängstliche Verhältnis des Konstruktivismus zum Problem historischer Bedingungen von Logik und Mathematik ist seine Haltung weitergehenden Historisierungsansprüchen wie denen des materialistischen Ansatzes gegenüber: Er kann sich einfach nicht vorstellen, daß diese Historisierungsansprüche auf etwas anderes als die Widerlegung »apriorisch« gültiger logischer und mathematischer Sätze hinauslaufen können. Solange die »apriorische« Gültigkeit von $3 + 2 = 5$ aber nicht bestritten wird, fällt ihm zu solchen Ansprüchen nicht mehr ein, als der entwaffnete Ausruf: »Was soll's?« (a.a.O., S. 228) Ja, was soll's? Die materialistische Antwort: Auch wenn $3 + 2 = 5$ gültig ist im Sinn von operativ machbar, bleiben noch Fragen wie: Warum ist $3 + 2 = 5$ machbar, nicht aber $3 + 2 = 4$? oder positiv: Warum entsteht gerade $3 + 2 = 5$? Und wie ist die Generalisierbarkeit, gesellschaftliche Vermittelbarkeit und die Anwendbarkeit solcher Sätze auf empirische Probleme zu erklären? Alle diese Fragen führen darauf, die Erklärung solcher Sätze nicht in subjektiven Setzungen, sondern in objektiv zwingenden und von Objekten ausgehenden operativen Zusammenhängen zu suchen. Eine solche materialistische Neubestimmung von Logik und Mathematik hat dann aber – wie an anderer Stelle ausgeführt (Leiser 1978, V. Teil; 1978 a) – grundlegende wissenschaftstheoretische, methodologische und forschungspraktische Konsequenzen. Kurz gesagt: es macht einen folgenreichen Unterschied, ob ich logische und mathematische Sätze als konstruktivistische Letzaussagen benutze oder als materialistisch reflektierte, in ihrer Genesis, Spezifik und Tragweite begriffene Erkenntnismittel.

Das Verhältnis zwischen konstruktivistischem und materialistischem Ansatz an den Beispielen Naturgeschichte, Ökonomie und Logik/Mathematik zusammenfassend kann festgestellt werden: Das subjektivistisch halbierte Denken des Konstruktivismus führt nicht einmal zu halben, sondern durchweg zu unplausiblen, schon von ihrer Struktur her inkohärenten und widersprüchlichen Ergebnissen. Die beanspruchten Alternativen zum materialistischen Ansatz oder auch nur weiterführende Gesichtspunkte sind darin nicht zu erkennen.

Das bedeutet nicht, daß der Konstruktivismus aus materialistischer Sicht irrelevant ist, also gleichsam vergessen werden kann. Zum einen hat er seine *spezifische* Relevanz als wissenschaftsinternes Phänomen der bürgerlichen Mathematik: Als subjektivistische Gegenposition zum verbreiteten objektiven Idealismus, wie er etwa im formalistischen und logizistischen Mathematikverständnis vorliegt, hat er in die Entwicklung des Fachs eine möglicherweise fruchtbare Bewegung hineingebracht und

mit seiner einseitigen Betonung des kommunikativen Handelns auch inhaltlich einen neuen Aspekt eingeführt. Indem er eine bestehende Einseitigkeit durch eine komplementäre Einseitigkeit konterkariert, bringt er hier zwar keinen Fortschritt, kann aber objektiv zum Aufbrechen verfestigter Positionen beitragen, die immer auch strategische Positionen bürgerlicher Hegemonie sind. Das kann im Resultat zu fachlichen und wissenschaftspolitischen Fortschritten führen.

Zum ändern – und hier stehen die Dinge genau umgekehrt – kommt dem Konstruktivismus *allgemeine* Relevanz zu als gleichsam imperialistisches Instrument bürgerlicher Ideologie. Er ist – ähnlich wie Systemtheorie oder Strukturalismus – ein weiterer Versuch, von der Stückwerk-Philosophie und dem Pluralismus-Postulat des Kritischen Rationalismus wegzukommen, von der »unbeschränkte(n) Toleranz gegenüber jeder methodologischen oder theoretischen Alternative« (Janich u. a. 1974, S. 32) in Richtung auf die »große Theorie«. Er versucht damit, ein fundamentales Bedürfnis nach kohärenter Welterklärung und Handlungsorientierung ideologisch abzudecken, das rational innerhalb herrschender Verhältnisse nicht eingelöst werden kann. Im Vorhergehenden ist gezeigt worden, wie solche ideologischen Ersatzerklärungen dann gegen den materialistischen Erklärungsanspruch in Stellung gebracht werden. Der Materialismus wird sich mit dem Konstruktivismus also auch weiterhin auseinandersetzen müssen.

Literaturverzeichnis

- Albert, H.: Traktat über kritische Vernunft. Tübingen 1969
- Beth, E. W., J. Piaget: *Mathematical epistemology and Psychology*. Dordrecht (Holland) 1966.
- Blasche, S., O. Schwemmer: Methode und Dialektik. Vorschläge zu einer methodischen Rekonstruktion Hegelscher Dialektik, in: J. Mittelstraß (Hg.) *Methodologische Probleme einer normativ-kritischen Gesellschaftstheorie*. Frankfurt/M. 1975, S. 12–42
- Gödel, K.: Über formal unentscheidbare Sätze der Principia Mathematica und verwandter Systeme, in: Monatshefte für Mathematik und Physik, 38, S. 173–198, 1931
- Habermas, J.: Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie? Eine Auseinandersetzung mit Niklas Luhmann, in: J. Habermas/N. Luhmann: *Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie*. Frankfurt/M. 1975, S. 142–290.
- Holzkamp, K.: Sinnliche Erkenntnis. Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung. Frankfurt/M. 1973
- Holzkamp-Osterkamp, U.: *Grundlagen der psychologischen Motivationsforschung* (2). Frankfurt/M. 1976
- Janich, P.: *Die Protophysik der Zeit*. Mannheim 1969
- Janich, P., F. Kambartel, J. Mittelstraß: *Wissenschaftstheorie als Wissenschaftskritik*. Frankfurt/M. 1974
- Kambartel, F.: Wie ist praktische Philosophie konstruktiv möglich? Über einige Mißverständnisse eines methodischen Verständnisses praktischer Diskurse, in: F. Kambartel (Hg.): *Praktische Philosophie und konstruktive Wissenschaftstheorie*. Frankfurt/M. 1974, S. 9–33
- Kambartel, F.: *Moralisches Argumentieren. Methodische Analysen zur Ethik*, in: F. Kambartel (Hg.): *Praktische Philosophie und konstruktive Wissenschaftstheorie*. Frankfurt/M. 1974 a, S. 54–72
- Kambartel, F.: Bemerkungen zum normativen Fundament der Ökonomie, in: J. Mittelstraß (Hg.): *Methodologische Probleme einer normativ-kritischen Gesellschaftstheorie*. Frankfurt/M. 1975, S. 107–125
- Kamlah, W., P. Lorenzen: *Logische Propädeutik oder Vorschule des vernünftigen Redens*. Mannheim 1967
- Kamlah, W.: Plädoyer für eine wieder eingeschränkte Hermeneutik, in: D. Harth (Hg.): *Propädeutik der Literaturwissenschaft*. München 1973, S. 126–135
- Leiser, F.: *Widerspiegelungscharakter von Logik und Mathematik*. Frankfurt/M. 1978

- Leiser, E.: Zum Problem einer materialistischen Begründung von Logik und Mathematik, in: Das Argument 110, S. 518–528, 1978 a
- Lorenzen, P.: Formale Logik. Berlin/West 1958
- Lorenzen, P.: Metamathematik. Mannheim 1962
- Lorenzen, P.: Differential und Integral. Frankfurt/M. 1965
- Lorenzen, P.: Szientismus versus Dialektik, in: F. Kambartel (Hg.): Praktische Philosophie und konstruktive Wissenschaftstheorie. Frankfurt/M. 1974, S. 34–53
- Lorenzen, P.: Autonomie und empirische Sozialforschung, in: J. Mittelstraß (Hg.): Methodologische Probleme einer normativ-kritischen Gesellschaftstheorie. Frankfurt/M. 1975, S. 244–264.
- Lorenzen, P., O. Schwemmer: Konstruktive Logik, Ethik und Wissenschaftstheorie. Mannheim 1975
- Mittelstraß, J.: Über Interessen, in: J. Mittelstraß (Hg.): Methodologische Probleme einer normativ-kritischen Gesellschaftstheorie. Frankfurt/M. 1975, S. 126–159
- Piaget, J., A. Szeminska: Die Entwicklung des Zahlbegriffs beim Kinde. Stuttgart 1965
- Piaget, J.: Die Entwicklung des Erkennens. Das mathematische Denken. Stuttgart 1975 (= Gesammelte Werke 8)
- Schwemmer, O.: Philosophie der Praxis. Frankfurt/M. 1971
- Schwemmer, O.: Grundlagen einer normativen Ethik, in: F. Kambartel (Hg.): Praktische Philosophie und konstruktive Wissenschaftstheorie. Frankfurt/M. 1974, S. 73–95
- Schwemmer, O.: Begründen und Erklären, in: J. Mittelstraß (Hg.): Methodologische Probleme einer normativ-kritischen Gesellschaftstheorie. Frankfurt/M. 1975, S. 43–87
- Sohn-Rethel, A.: Materialistische Erkenntniskritik und Vergesellschaftung der Arbeit. Berlin/West 1971
- Thiel, C.: Rationales Argumentieren, in: J. Mittelstraß (Hg.): Methodologische Probleme einer normativ-kritischen Gesellschaftstheorie. Frankfurt/M. 1975, S. 88–106
- Tuschling, B.: Die »offene« und die »abstrakte« Gesellschaft. Habermas und die Konzeption von Vergesellschaftung der klassisch-bürgerlichen Rechts- und Staatsphilosophie. Berlin/West 1978 (Argument-Sonderband 25/26).
- Wohlrapp, H.: Materialistische Erkenntniskritik? Kritik an Alfred Sohn-Rethels Ableitung des abstrakten Denkens und Erörterung einiger grundlegender Gesichtspunkte für eine mögliche materialistische Erkenntnistheorie, in: J. Mittelstraß (Hg.): Methodologische Probleme einer normativ-kritischen Gesellschaftstheorie. Frankfurt/M. 1975, S. 160–243

ARGUMENT-SONDERBÄNDE (AS)

Die Taschenbuch-Reihe im ARGUMENT-Verlag

AS 25/26

Burkhard Tuschling: Habermas Die »offene« und die »abstrakte« Gesellschaft

Das Buch enthält u. a.:

- Einzelanalysen der wichtigsten Habermasschen Schriften
- einen Vergleich des Habermasschen und des Popperschen Modells einer »offenen« Gesellschaft
- Interpretationen der Rechts- und Staatsphilosophie von Hobbes, Locke, Rousseau, Kant und Hegel, aufbauend auf einem neuen Ansatz zu einer materialistischen Theorie des Staats und des Rechts, in Auseinandersetzung u. a. mit der Interpretation Macphersons
- eine Einschätzung von Habermas' »Kritischer Theorie« vor dem Hintergrund dieser ideologischen Tradition

Zum Schluß wird versucht, die »Kritische Theorie« von Habermas aus der politischen, ökonomischen und ideologischen Konstellation der Epoche nach 1945 verständlich zu machen.

Das Buch wendet sich vor allem an Philosophen, Soziologen, Politikwissenschaftler, Juristen; es ist auch als Einführungstext gedacht.

492 S.; 31,-DM, für Stud. 25,60DM; im Abo 25,60DM, Stud. 22,-DM

Kongreßankündigungen und -berichte

Kongreß 1979 der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW), 1.–5. 10. 1979 in Augsburg, Universität.

Themenschwerpunkte:

- Medieneinfluß bei der Wahl
- Politische Folgen reduzierten Wachstums
- Europäisierung politischer Parteien und deren Folgen.

Informationen: DVPW Geschäftsführung, Von-Melle-Park 15, 2000 Hamburg 13, Tel.: 040/41 23-24 25.

Informationstechnologie und Bürgerfreiheit. 2. Jahrestagung der Deutschen Vereinigung für Datenschutz e. V. (DVD), 27.–28. September 1979 in Bonn

Folgende Themenblöcke sind vorgesehen: Auswirkungen der Informationstechnologie auf das Verhältnis Bürger zum Staat (Gewaltenteilung, Kontrolle); Auswirkungen der Informationstechnologie auf die Autonomie am Arbeitsplatz (Humanisierung der Arbeitswelt); Auswirkungen der Informationstechnologie auf Presse und Medien (Informationsfreiheit).

Im Rahmen der Tagung findet am 27. 9. 1979, 19 Uhr, eine *Bürgerversammlung* statt zum Thema »Wie schützt sich der Bürger gegen Datenmißbrauch?«.

Auskünfte: Deutsche Vereinigung für Datenschutz e. V., Fürstenstr. 3, 5300 Bonn 1; Tel.: 02221/65 86 03.

Sozialer Wandel in Westeuropa

19. Deutscher Soziologentag Berlin/West 17.–20. 4. 1979

Der Kongreß hatte den Charakter eines »Markts der Möglichkeiten«, auf dem die verschiedenen Kulturen und Subkulturen akademischer Soziologie ihre Produkte feilboten. Traditionalisten, Empiriker, Jungprofis und die erstmals in größerer Anzahl vertretenen Repräsentanten einer Gegenkultur redeten weitgehend aneinander vorbei. Abgrenzung und der beifallheischende Blick zur eigenen Bezugsgruppe hatten Vorrang vor Grundsatzfragen nach den gesellschaftlichen Funktionen soziologischer Wissenschaft.

Zwar hatte dieser Soziologentag – anders als zuvor in Kassel 1974 und in Bielefeld 1976 – wieder ein Generalthema: »Sozialer Wandel in Westeuropa«; jedoch eingelöst worden ist das Programm nicht. Was als Integrationsprozeß zunehmend gesellschaftliche und politische Bedeutung erlangt, ist für die Sozialwissenschaften offensichtlich noch kaum zum Forschungsgegenstand geworden. Umgekehrt schienen trotz des übergreifenden Themas bisher erreichte Diskussionszusammenhänge zerrissen: Theorievergleich und die Probleme von Berufspraxis und Berufsverbot für Soziologen, in Kassel und Bielefeld noch zentrale Gegenstände der Diskussion, waren an den Rand gedrängt. Daß die Marxismus-Diskussion in eine Ad-hoc-Gruppe und aus dem Tagungsgelände ausgelagert war, daß die Information über »Berufsfelder für Soziologen« in einer Veranstaltung des »Berufsverbandes Deutscher Soziologen« (BDS) separiert wurde, erhellt die Situation schlaglichtartig. Gerade die dort vorgetragenen Analysen soziologischer Berufstätigkeit könnten einiges zur Erklärung der Selbstdarstellung westdeutscher Soziologie beitragen. Die Spannung zwischen den gesellschaftlichen Anforderungen an die Soziologie und dem, was diese Wissenschaft leistet, zeige sich in der Tätigkeit von Soziologen außerhalb der Hochschulen besonders deutlich: der Soziologe stehe unter dem Druck einer Transformation soziologischen Wissens in die Zielstellungen seiner Institution, ohne daß er dabei die nötigen Entscheidungshilfen für den beruflichen Alltag finde. So könnte die Abkehr von über-

greifenden Fragestellungen, der Rückzug von der theoretischen Anstrengung, der Zweifel an der praktischen Orientierungskraft, dafür das Auswuchern ins Detail, die Hinwendung zur Beschreibung von Einzelerscheinungen, Ausdruck des Versuchs sein, die eigene Relevanz für unterschiedliche Beschäftigungsmöglichkeiten unmittelbar zu demonstrieren. In einer Podiumsdiskussion über »Bildungspolitische Konsequenzen aktueller Theoriediskussionen zum Verhältnis von Bildung und Produktion« etwa war nicht nur der durchgängige Bruch zwischen »theoretischem Ansatz« und »politischer Option« auffällig – die bildungspolitischen Voten mußten über weite Strecken *gegen* die eigenen Analysen und Ergebnisse vertreten werden. Auffällig darüber hinaus der weitgehend resignative Abschied vom kämpferischen Engagement überhaupt, das jahrelang die Bildungsforschung geprägt hatte, die Behauptung der Beliebigkeit bildungspolitischer Orientierungen: die eigenen Forschungen gestatteten höchstens so etwas wie Ideologiekritik (D. Hartung). Demgegenüber wurden Forderungen erhoben wie die nach verstärkten Forschungsanstrengungen auf dem Gebiete des Zertifikatwesens (D. Mertens). Derlei war es wohl, was die FAZ (23. 4. 79) veranlaßte, den Soziologen eine neue Bescheidenheit zu attestieren: »Die großen Luftwurzeln-Netze der Theorie, die zumeist den Nachteil hatten, daß sich in ihnen nichts verfangen außer den Theoretikern selbst, sind offensichtlich nicht mehr höchstes Ziel wissenschaftlichen Strebens.« Die Suche nach der Berufung der Soziologie als Wissenschaft in dieser Gesellschaft sei in Berlin – angesichts 8% arbeitsloser Soziologen – von der Suche nach Berufen abgelöst worden.

Innerhalb dieses Rahmens gab es selbstverständlich einzelne Themenstellungen und Bearbeitungen von Gewicht: So der Beitrag von B. Lutz zur Erklärung der explosionsartigen Ausweitung gymnasialer und universitärer Ausbildung seit der Mitte des Jahrhunderts in den westeuropäischen Ländern. Jenseits des generellen Rekurses auf ökonomische Entwicklungen mühte sich Lutz um spezifische Erklärungen, die auch subjektive Handlungs- und Orientierungsmuster der Beschäftigten einbezogen. Aufmerksamkeit verdient insbesondere die Überlegung, inwieweit ein Zusammenhang besteht zwischen Facharbeitermangel bzw. unzureichender fachlicher Berufsausbildung und verstärktem Zugriff auf die vermehrten unspezifischen Allgemeinqualifikationen, die dann je betriebsspezifisch ausgebildet und eingebunden werden. Dem Einwand, daß die Statistik eine zunehmend unterqualifizierte Beschäftigung der Facharbeiter ausweise, begegnete Lutz mit der Aufdeckung einer »statistischen Legende«: man müsse zwischen Handwerksgehilfen und Industriefacharbeitern unterscheiden, der berufsfremd beschäftigte Bäcker sei nicht als dequalifizierter Facharbeiter aufzufassen.

Streckenweise anders angelegt war der Versuch einer Gruppe jüngerer Bildungssoziologen (G. Achinger, P. Büchner u. a.), die Reform des allgemeinbildenden Schulwesens seit Beginn der sechziger Jahre zu erklären. (Eine wechselseitig aufeinander bezogene Diskussion beider Vorträge war freilich durch ihre Lokalisierung in unterschiedlichen Sektionszusammenhängen ausgeschlossen.) Die Bildungsexpansion sei zu zwei Dritteln Ergebnis eines Bedeutungsverlusts von konfessionellen, regionalen und Geschlechtsunterschieden, habe aber nicht zu Veränderungen im Gefüge sozialer Schichtung geführt. Die in der Statistik oft bemühte »katholische Arbeiterin vom Lande« lerne heute mehr und anderes als früher, doch habe ihr das nicht den erhofften Sprung auf der Schichtungsleiter nach oben gebracht. Träger der Reformideologie seien im wesentlichen die »neuen Mittelklassen« gewesen, die – legitimiert durch Bildung – an die Stelle der aus dem Markt gedrängten alten Mittelklassen getreten seien. Nach Abschluß dieses Prozesses würden Bildungsreformen als Bedrohung der erreichten Positionen begriffen und daher gestoppt. Die Bildungsinhalte seien eher im Sinne einer »Häutung« als im Sinne einer wirklichen Modernisierung und funktiona-

len Neuorientierung verändert worden. Trotz des mitunter hemdsärmeligen Umgangs mit Begriffen (»neue Mittelklasse«, »Modernisierung«) verweisen solche Überlegungen auf notwendige Brückenschläge zwischen politisch-ökonomischer Analyse und sozialgeschichtlicher Detailuntersuchung.

Anregend waren zumeist auch die Berichte aus der konkreten empirischen Forschung, beispielsweise die Facharbeiteruntersuchungen in der Eisen- und Stahlindustrie und in der chemischen Industrie des Münchener ISF (I. Asendorf-Krings; I. Drexel, Ch. Nuber): Nicht Zerschlagung der Facharbeit, sondern Vereinheitlichung des betrieblichen Arbeitskörpers auf Facharbeiterniveau sei vorherrschende Tendenz. Dieses Ergebnis wurde zwar zunächst nur am Instandhaltungssektor empirisch einleuchtend entwickelt, doch zeichne sich Ähnliches auch in der Produktion ab: der industrielle Facharbeiter verschwinde nicht, sondern werde z. T. mit entwickelter Automatisierung sogar erst notwendig; neuere Ausbildungsberufe wie der Hüttenfacharbeiter und der Chemiefacharbeiter bestätigten das.

Eine nach Programm und internationaler Beteiligung herausragende Veranstaltung hatte das Wissenschaftszentrum Berlin im Rahmen der Sektion Wissenschaftsforschung zum Thema Wissenschafts- und Technologiepolitik organisiert. Die Durchsetzung neuer Technologien und die Praxis der Technologieförderung zeigt, daß die vielfältigen sozialen Auswirkungen keineswegs beherrscht werden. Der forschungspolitische Entscheidungsprozeß bei staatlich geförderter Großtechnologie (am Beispiel der deutschen Schnellbrüterentwicklung: O. Keck) ist gekennzeichnet durch selbstrechtfertige Eigendynamik und Abschottung nach außen; die Förderung neuer Produktions- und Fertigungstechnologien (am Beispiel der Flexiblen Fertigungssysteme: F. Naschold) ist bestimmt von nationalen Strategien, die auf nichtkonjunkturelle, weltweite Differenzierungen reagieren, dabei aber an die Grenzen der geringen eigenen Steuerkapazität geraten und die sozialen Auswirkungen nur unzureichend abfangen können. Ein wirksames Humanisierungsprogramm ist in diesem Zusammenhang nicht nur von den unterschiedlichen Rationalisierungs-Politiken der Gewerkschaften (Projektgruppe Automation und Qualifikation) abhängig, sondern auch vom gesamtgesellschaftlichen Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Daß sozialwissenschaftliche Begleitforschung verstärkt werden müsse, daß der Sozialwissenschaftler den Prozeß des sozialen Lernens, den jede soziotechnische Innovation auslöse, zu beschleunigen habe (am Beispiel der Informationstechnologie: J. Reese), oder daß sozialwissenschaftliche Forschung nicht nur kritische, sondern in interdisziplinärer Zusammenarbeit mit Ingenieuren auch innovationsauslösende Funktionen habe (M. Széplábi), wurde nachhaltig gefordert. Gegen eine umstandslose Instrumentalisierung der Soziologie für die jeweilige Technologiepolitik regte sich Widerstand (B. Lutz), wobei freilich die notwendige politische Orientierungsfunktion der Sozialwissenschaften mit auf der Strecke zu bleiben drohte. – Daß die Verhandlungen in 6 Themenbereichen, 12 Sektionen und 14 Ad-hoc-Gruppen auch nicht annähernd verfolgt, geschweige denn hier ausgewertet werden konnten, versteht sich. Als geheimer Renner in der Publikumsgunst erwies sich die Ad-hoc-Gruppe »Lebenslauf und Biographie«. Die Analyse von Lebensläufen scheint die Möglichkeit zu eröffnen, am individuellen Fall die Erklärungskraft umfassender Gesellschaftstheorie »auszubuchstabieren«; sie verspricht die wissenschaftliche Vermittlung von Subjektivität und Gesellschaftlichkeit. Die neue Gruppe »Frauenforschung« gehörte zu den wenigen auf diesem Kongreß, die in ihrer theoretischen und empirischen Arbeit Handlungsorientierung suchten; die Fragen nach der wissenschaftlichen Begründung gesellschaftlicher Veränderungen wurden in harten Diskussionen so weit bearbeitet, daß Alternativen zum feministischen Weiblichkeitskult in Umrissen sichtbar wurden.

Eine Podiumsdiskussion (mit D. Albers, E. Altvater, J. Bischoff, W. F. Haug, S. Herkommer, K. Priester, H. Sandkühler, dazu Wissenschaftler aus Italien und Spanien) suchte die von Althusser unlängst aufgeworfene Frage nach dem Grund und dem möglichen Ausgang einer Krise im gegenwärtigen Marxismus zu klären. Von Immunisierungsversuchen der Marx'schen Theorie ebenso wie der politischen Praxis einiger kommunistischer Parteien (von einer Krise des Marxismus könne allenfalls im Sinne einer Krise des Kopfes einiger Intellektueller, die außerhalb der Kommunistischen Weltbewegung stünden, die Rede sein) zeigte sich die Mehrheit der Diskutanten unbeeindruckt. Defizite marxistischer Theorie und Praxis wurden aufgedeckt: Unzulänglichkeiten in den tradierten Konzepten von Klassenstruktur und Klassenkampf, eine Staatsauffassung unter dem Niveau ihres Gegenstandes, Ökonomismus und Europazentriertheit. Die Ansätze zu einer politischen Theorie, die in der Diskussion sich zeigten, blieben jedoch zersplittert; sie zu einer klaren Forschungs- und Handlungsorientierung zu bündeln, gelang hier nicht. – Nimmt man das, was auf dem Berliner Soziologentag positiv zu lernen war, zusammen, bleibt dennoch die Einschätzung, daß die westdeutsche Soziologie in Gefahr steht, mit deskriptiver Scheinrelevanz ihre Professionalisierung zu erkaufen und damit dezisionistische Tendenzen gesellschaftlicher Institutionen wissenschaftlich zu verbrämen. Sie kann dieser Gefahr nur in dem Maße entgehen, in dem sie sich auf die Orientierungskraft themenübergreifender Theoriearbeit besinnt. Geschicht das nicht mehr als bisher, führt der neue Drang zur Konkrektion in die Beliebigkeit.

M. Krätke, T. Schöfthaler, E. Sens, W. van Treeck (Berlin/West)

China auf dem Weg zum Jahr 2000 – Probleme und Ausichten der ›Vier Modernisierungen‹

Tagung in Vlotho, 16.–19. 2. 1979

Um eine Einschätzung der Perspektiven der chinesischen Modernisierungspolitik bemühten sich Ökonomen, Agrarexperten und Entwicklungsstrategen, die auf Initiative der Chinawissenschaftler *E. Hagemann* und *C. L. Yu* (beide Berlin/West) Anfang dieses Jahres zu einer Tagung in Vlotho zusammengekommen waren. Die dort gehaltenen Referate bilden die Grundlage eines im Herbst d. J. erscheinenden Sammelbandes.

Mitten in die Diskussion um die Einschätzung der gegenwärtigen Modernisierungspolitik der VR China traf die Nachricht vom Einmarsch chinesischer Truppen in die SRV. Die Hilflosigkeit selbst unter Experten, dieses ungeheuerliche Ereignis theoretisch einzuordnen und zu begründen, verweist auf ein zentrales, bisher nicht gelöstes Problem der Analyse chinesischer Gesellschaftsentwicklung: das Verhältnis von Außenpolitik und innerer Entwicklung stellt sich wohl bei kaum einem Land so schwierig dar wie gerade bei der VR China. Will man dieses Problem nicht einfach mit der These von der ›relativen Unabhängigkeit der Außenpolitik‹ beiseite schieben, so geht es wesentlich um eine Einschätzung der Entwicklungsbedingungen und -gefahren der VR China als eines unentwickelten Landes auf dem Wege zum Aufbau des Sozialismus. In diesem Kontext hatten die Fragestellungen der Vlothoer Tagung ihren Stellenwert. Allgemeine Klammer war das Problem, inwieweit die gegenwärtige Politik der Vier Modernisierungen (Landwirtschaft, Industrie, Militärwesen, Wissenschaft und Technologie) in der Kontinuität der bisherigen Gesellschaftspolitik in der VR China steht oder als ein radikaler Wandel gegenüber bisherigen Ansätzen zu werten ist.

In seinem einleitenden Referat warnte *E. Hagemann* vor einer Verkürzung dieser

Fragestellung dahingehend, die gegenwärtigen Geschehnisse allzu eng mit dem Namen Deng Xiaopings zu verbinden und darüber zu vernachlässigen, daß das Problem der Modernisierung nicht nur seit Anfang der 60er Jahre schon von Chou Enlai auf die Tagesordnung gesetzt wurde, sondern bereits seit Beginn der chinesischen Revolution (1911) aktuell war.

Eher personenbezogen argumentierten demgegenüber *U. Menzel* (Frankfurt/Main) und *D. Senghaas* (Bremen), die die technologische Modernisierungspolitik als Fortführung des wirtschaftspolitischen Kurses Liu Shaogis durch Deng Xiaoping charakterisierten. Nicht in dieser Richtung allein wollten sie allerdings das Spezifikum der chinesischen Sozialismusalternative verstanden wissen, das vielmehr in der Kombination von Liuismus und Maoismus zu suchen sei. Während ihrer Meinung nach der Liuismus seit 1949 durchgängig präsent gewesen ist und die eigentlich tragfähige Kraft darstellte, habe der Maoismus zusätzliche Akzente (Großer Sprung und Kulturrevolution) gesetzt, die die infrastrukturellen Voraussetzungen dafür geschaffen hätten, daß die Aussichten des jetzigen Modernisierungskurses positiv eingeschätzt werden könnten.

Die kontroverse Beurteilung der Modernisierungspolitik, die hier nicht im Detail nachgezeichnet werden kann, zeigte sich auch in der Darstellung verschiedener Einzelbereiche, die in Referaten von *U. Menzel* (Agrarpolitik), *J. Küchler*/Berlin-West (regionale Disparitäten), *J. Kosta*/Frankfurt/Main (Wissenschaft und Technologie), *S. J. Park*/Berlin-West (China und die Dritte Welt) und *E. Hagemann* (Außenwirtschaft) behandelt wurden.

Ein Bereich, der zwar in den Kontext der Vier Modernisierungen gehört, auf der Tagung jedoch leider ausgeblendet blieb, ist das Militärwesen.

U. Menzel stellte in seinem Referat der agrarpolitischen Programmatik seit dem IV. Nationalen Volkskongreß (1975) die Entwicklung der Agrarproduktion in den siebenziger Jahren gegenüber und befaßte sich ausführlich mit der Frage, ob die Einführung von Mechanisierungstechnologien in der chinesischen Landwirtschaft zu einer Freisetzung von Arbeitskräften in größerem Ausmaß führen wird. Er beantwortete diese Frage positiv mit dem Argument, daß die klassischen Ventile der Absorption von Arbeitskräften aus dem Agrarsektor (Auswanderung und expandierende Industrie in den Städten) nicht vorhanden seien und durch die neue Politik zudem das bisher existierende Ventil der ländlichen Kleinindustrie geschlossen würde. *E. Hagemann* und *S. J. Park* zeigten demgegenüber Möglichkeiten der Arbeitskräfteabsorption in der Landwirtschaft selbst auf und argumentierten, daß das Problem in diesem Prozeß weniger in der Unterbringung von Arbeitskräften liege als vielmehr in der Bereitstellung von qualifizierten Ausbildungsplätzen. *Hagemann* wies in diesem Zusammenhang auf das Mißverständnis hin zu glauben, daß das Problem verdeckter Arbeitslosigkeit erst zum gegenwärtigen Zeitpunkt entstehe, nur weil es jetzt zum ersten Mal als solches benannt und nach Lösungswegen gesucht werde: Da durch die jüngsten Kapazitätserweiterungen erhebliche gesamtgesellschaftliche Struktureffekte erzielt würden, hätten die gegenwärtigen Produktivitätssteigerungen durchaus positive Beschäftigungseffekte – im Gegensatz zur bisherigen Beschäftigungspolitik, die letztlich auf Kosten der Produktivität gegangen sei.

In Anlehnung an die von *Myrdal* und *Hirschmann* aufgestellte Entwicklungstheorie der auf dem Weg zur modernen Industriegesellschaft transitorisch notwendigen Polarisation von hochentwickelten Zentren und rückständigen peripheren Räumen, vertrat *J. Küchler* die Meinung, daß sich auch innerhalb Chinas die bestehenden regionalen und damit sozialen Disparitäten (zwischen Stadt und Land, zwischen den verschiedenen Provinzen, innerhalb der ökonomischen Grundeinheiten etc.) verschärfen würden. Lediglich aufgrund der idealisierenden Sichtweise der mit dem »al-

ternativen Sozialismusmodell China« sympathisierenden westlichen Intellektuellen sei die Tatsache der schon bestehenden gravierenden Disparitäten und der Möglichkeit ihrer Ausweitung hier bislang kaum wahrgenommen worden. Dem stellte D. Senghaas entgegen, daß es dem sozialistischen China gelungen sei, die ererbten Disparitäten, wie sie typisch sind für vergleichbare Länder der Dritten Welt, die sich im Stadium der primären Akkumulation befinden, in den möglichen Grenzen zu halten. Eine gewisse Ungleichgewichtigkeit der Entwicklung sei, so Park und Hagemann, nicht nur unvermeidbar, sondern werde sogar bewußt eingesetzt und wirke als nicht zu unterschätzende motorische Kraft im gesellschaftlichen Entwicklungsprozeß. Abgesehen von der unterschiedlichen Einschätzung einer künftigen Zuspitzung oder Abschwächung der vorhandenen Disparitäten bleibt festzuhalten, daß deren Existenz übereinstimmend festgestellt und nicht erst als ein Ergebnis der gegenwärtigen Modernisierungspolitik gewertet wurde. Von diesem zunächst richtigen Ausgangspunkt müßte die Diskussion u. E. in Richtung auf die Frage nach den Ursachen dieser Disparitäten fortgesetzt werden: Welches sind ihre Wurzeln aus der Zeit vor 1949 und welche verschärfenden oder mildernden Einwirkungen haben jeweils die divergierenden Politikansätze in den vergangenen dreißig Jahren gehabt?

In der Diskussion um den Beitrag von J. Kosta zur Entwicklung und gegenwärtigen Rolle von Wissenschaft und Technologie und deren Wirkungen auf das Bildungswesen in der VR China wurde einer der Kernpunkte der Modernisierungspolitik angesprochen: Wie ist die Tatsache zu interpretieren, daß die Probleme der Integration westlicher Technologie in das Gesellschaftssystem der VR China – zumindest bis zum damaligen Zeitpunkt – dort selbst nicht diskutiert wurden? Kosta stellte die These, daß die hiermit verbundenen Probleme unter Umständen der gegenwärtigen politischen Führung Chinas gar nicht bewußt sein könnten, zugunsten der Auffassung zurück, daß der überwiegende zur Mechanisierung eines rückständigen Landes wie China benötigte Teil der Technologie viel eher als systemneutral zu bezeichnen sei als die Technologien in hochentwickelten Gesellschaften; eine Argumentation, die wohl schlüssig ist, wenn es um den Einsatz von Traktoren für die Mechanisierung der Landwirtschaft geht, die aber nicht mehr greift angesichts der gegenwärtigen Einfuhr hochmoderner Industrieanlagen aus dem Westen. Mit seiner Darstellung versuchte Kosta auch der Kritik von Senghaas zu begegnen, die darauf abzielte, daß Kostas Konzept zur Wissenschafts- und Technologiepolitik allgemein auf sozialistische Länder (darin eingeschlossen hochentwickelte) bezogen sei und nicht herausgefiltert aus der spezifisch chinesischen Realität eines unentwickelten Landes. In der Kontroverse zwischen Kosta und Senghaas deutete sich die Vielschichtigkeit des Problems erst an: Die Frage des Technologietransfers aus hochentwickelten Industrienationen in unentwickelte Gesellschaften und des adäquaten Einsatzes von modernen oder mittleren Technologien unter der Voraussetzung des Nebeneinanderbestehens von ganz unterschiedlichen Produktivkraft-Niveaus innerhalb des Wirtschaftssystems der VR China ist verwoben mit der Frage der Systemneutralität von Technik überhaupt bzw. ihres systemspezifischen Einsatzes in entwickelten kapitalistischen und sozialistischen Gesellschaften und den Wirkungen, die von unterschiedlichen Technisierungsgraden selbst auf die Produktionsverhältnisse dieser Gesellschaften ausgehen.

Das Problem der Einfuhr westlicher Technologie wurde unter dem Aspekt des Außenhandels in den Beiträgen von S. J. Park und E. Hagemann wieder aufgegriffen. Nach Park gerät China bei der Ausgestaltung seiner ökonomischen Außenbeziehungen unter den Sachzwängen des Modernisierungsprogramms in einen zunehmenden Handlungskonflikt, da die enormen Kosten des angestrebten Programms (600 Mrd. US\$ bis 1985) nur mit Hilfe der westlichen Industrienationen und damit einer Integration in den kapitalistischen Weltmarkt getragen werden können (assoziativer

Zwang), dadurch aber eine Aufgabe des von China bislang propagierten (dissoziativen) Modells des »self-reliance« notwendig verbunden sei. Obwohl China seine Entwicklungskonzeption des »Vertrauens auf die eigenen Kräfte« in der Dritten Welt weiterhin als beispielhaft darstellt, sei tendenziell eine Abhängigkeit von den kapitalistischen Industriestaaten als auch eine ökonomische Konfliktposition gegenüber der Dritten Welt nicht auszuschließen.

Im Unterschied zu Park vertrat Hagemann die Auffassung, daß die chinesische Maxime »aus eigener Kraft« nicht nur verbal aufrecht erhalten, sondern auch real praktiziert würde. Zwar werde dem Außenhandel eine strategische Rolle beigemessen, aber seine Bedeutung bliebe auch heute noch der Mobilisierung interner Ressourcen untergeordnet. Mit einer Verschuldung von gegenwärtig weniger als 600 Mill. DM liege die Verschuldung unter 3% der Exporte; selbst bei einer Projektion von 2 Mrd. jährlicher Verschuldung bis 1985 bliebe diese immer noch unter 15%. E. Hagemann wies außerdem daraufhin, daß das Defizit gegenüber den Industrieländern durch den Handel mit den Entwicklungsländern überkompensiert werde.

Wenngleich die Tagung auf die eingangs gestellte Frage »Modernisierungspolitik – Kontinuität oder Wandel?« keine eindeutige Antwort zu geben vermochte, so konnten doch zahlreiche, damit in Zusammenhang stehende Probleme klarer herausgeschält und präziser benannt werden. Ein wichtiges Ergebnis war nicht zuletzt die Reflektion der Herangehensweise westlicher Intellektueller an die Analyse der chinesischen Verhältnisse. Während in der Euphorie der 60er Jahre die Programmatik (der Kulturrevolution, des Großen Sprungs) allein zählte, zwingt die gegenwärtige Modernisierungspolitik mit ihrer Offenlegung von elementaren Mängeln und Schwierigkeiten zu einer erheblich realitätsnäheren Auseinandersetzung mit der chinesischen Wirklichkeit.

Bettina Gransow/Frank Suffa-Friedel (Berlin/West)

Methodologische Probleme in der sozialwissenschaftlichen Forschung zur Arbeiterbewegung

Arbeitskonferenz in Hamburg, 4. 5. 1979

Im Mittelpunkt der Tagung standen zwei aktuelle Themenkomplexe aus dem Bereich der Arbeitergeschichtsschreibung, die beide in jüngster Zeit Gegenstand von Kontroversen waren. Zum einen handelt es sich um die auch im *Argument* geführte Diskussion über eine neuzuschreibende Geschichte der Arbeiterbewegung »von unten«, die über die bisherige, eher traditionelle Politik- und Organisationsgeschichte hinausführt zu einer Sozialgeschichte der Arbeiterklasse. Das zweite Thema war die Kontroverse über die »Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung«, die sich Ende letzten Jahres an dem gleichnamigen Buch Marburger Historiker (F. Deppe, G. Fülberth, H.-J. Harrer u. a.) entzündete und seither in der Tagespresse wie auch Gewerkschaftszeitungen unvermindert anhält. Als Initiator der Tagung fungierte L. Lambrecht, der im Namen der Hochschule für Wirtschaft und Politik (Hamburg) Sozialwissenschaftler, überwiegend Historiker, eingeladen hatte.

Der enge Zusammenhang der Tagung mit der Gewerkschaftsbewegung kam nicht nur in der Themenstellung zum Ausdruck, sondern auch in der engen Verbundenheit der veranstaltenden Hochschule selbst mit gewerkschaftlicher Bildungsarbeit sowie ferner durch die Anwesenheit der Kollegen P. John und D. Trenner vom DGB.

Zum ersten Themenkomplex, der inhaltlich an die bisherige *Argument*-Diskussion (vgl. bes.: H. Heer, D. Hemje-Oltmanns u. V. Ullrich, H. 106, S. 860–880; W. Abendroth, H. 108, S. 222–229; D. Peukert, H. 110, S. 546–565) anknüpfte, lag ein ausführliches Thesenpapier von W. Bührer, L. Lambrecht, P. W. Reuter u.

A. Schildt (Hamburg) vor. Unter kritischer Verarbeitung des marxistischen Ansatzes von H. Zwahr (DDR) zur Erforschung der Entstehung der Arbeiterklasse wurde hierin der Versuch unternommen, ein Schema zur systematischen und vollständigen Erfassung historischer Konstituierungen des Proletariats anzubieten. Den Autoren war in der einschlägigen Literatur zur Arbeitergeschichtsschreibung eine weitverbreitete »Begriffsunsicherheit« aufgefallen, so z. B. hinsichtlich der Verwendung zentraler Begriffe wie »Arbeiterklasse« und »Arbeiterbewegung«. H. Zwahr hatte die Entstehung der Arbeiterklasse unter drei Aspekten analysiert: in einem langandauernden historischen Entwicklungsprozeß haben sich die Arbeiter ökonomisch, sozial und politisch-ideologisch als Klasse konstituiert. Im Anschluß an dieses dreistufige Entwicklungsmodell ordneten nun die Autoren den jeweiligen Konstitutionsphasen des Proletariats entsprechende Zustandsformen ihrer realhistorischen Verfassung zu. So sei der ökonomischen Konstituierung als der allgemeinen Ebene der Begriff der Arbeiterklasse als objektiver Sachverhalt zuzuordnen. Der sozialen Konstituierung hingegen, als besonderer Ebene, entspreche die Arbeiterbewegung, der als realhistorischer Erscheinung handelnder Individuen auch subjektive Qualität zukomme, und die als elementare Arbeiterbewegung zu kennzeichnen sei. Schließlich auf der historisch spezifischen Ebene und im Einzelnen sei der politisch-ideologischen Konstituierung der Begriff der Arbeiterorganisationen zuzuordnen als der historische Ort der Entfaltung ihrer Politik und ihres Bewußtseins.

Die zu diesem Thema gehaltenen Beiträge knüpften, mehr oder weniger, an das vorliegende Papier an und formulierten Fragen, Kritik sowie eigene Vorschläge. D. Peukert (Essen) stellte die Frage, ob durch bloßes additives Hinzufügen bisher vernachlässigter Seiten der Arbeitergeschichtsschreibung (Arbeits- und Sozialleben, Alltagsleben, Sozialkultur) die alten, traditionellen Positionen überhaupt schon überwunden würden. Er plädierte für die genauere Erforschung der Formbestimmtheit der proletarischen Lebensweise, wie sie sich über den Arbeitsprozeß vermittele. Die unmittelbaren Erfahrungen der Individuen müßten durch neue, massenbiographische Forschungsmethoden ermittelt werden. Ferner sei durch Regionalisierung der Forschung konkreter zu bestimmen, wie sich die »großen Entwicklungen« im proletarischen Alltagsleben widerspiegeln. M. Gailus (Berlin/West) äußerte sich positiv zu dem vorliegenden Papier insoweit, als es den fruchtbaren Ansatz von H. Zwahr aufnehme und verarbeite, kritisierte jedoch die Tendenz zur ahistorischen, schematischen Konstruktion hinsichtlich der Entstehung der Arbeiterklasse. Er plädierte für einen international vergleichenden Ansatz in der Proletariatsforschung, um die Spezifik der deutschen Arbeiterklasse erfassen zu können. Ferner sei für die Erforschung des »deutschen Falls« viel aus den Arbeiten englischer marxistischer Historiker (z. B. E. Hobsbawm, E. P. Thompson) zu lernen. Diese hätten aus der Untersuchung des Arbeits- und Soziallebens vorindustrieller Unterschichten sowie ihrer archaischen Klassenkampfmethoden (z. B. Hungerunruhen, Maschinenstürmerei) wichtige Kontinuitätslinien und Traditionen aufgezeigt, die als bedeutende Bildungselemente in die entstehende Arbeiterklasse mit eingingen.

G. Stollberg (Bielefeld) sprach über Probleme der Rationalisierung, die Einführung des Taylorsystems und die damit einhergehenden Veränderungen des Arbeitsprozesses. Diese Veränderungen würden durch die traditionelle Verwendung der marxistischen Kategorien aus der Kritik der politischen Ökonomie nicht hinreichend erfaßt. Im Zusammenhang mit den Reaktionen einzelner Arbeitergruppen bzw. der Gewerkschaften auf den Taylorismus stellte er das von K. H. Roth entwickelte Konzept der »anderen Arbeiterbewegung« als eine wichtige Fragestellung heraus. So seien die unterschiedlichen Haltungen der betroffenen Arbeitergruppen ernsthafter als bisher historisch-empirisch zu bestimmen.

Auch R. Ott (Bremen) forderte eine intensivere Erforschung des Arbeitsprozesses selbst und der aus dem Produktionszusammenhang unmittelbar hervorgehenden proletarischen Erfahrungs- und Kommunikationsprozesse. G. Fülberth (Marburg) äußerte gewisse Sorge und Bedenken gegenüber den seiner Ansicht nach demonstrativ vorgetragenen Plädoyers für eine neue Arbeitergeschichtsschreibung »von unten«, wengleich auch er eingestand, daß die Bereiche »Fabrik, Familie, Feierabend« für eine künftige Arbeitergeschichtsschreibung durchaus noch mehr hergeben könnten. Die Gefahr der »neuen Richtung« sah er darin, daß unter Aufgabe eines kritischen, marxistischen Gesellschaftsbegriffs nur allzuleicht der Weg zu einer bürgerlichen Milieu- oder Kulturgeschichte besritten würde. Abschließend zu diesem Komplex äußerte sich als Mitverfasser des Papiers L. Lambrecht (Hamburg). Die eigentliche Intention der Arbeit sei gewesen, die allenthalben sichtbare »Begriffsunsicherheit« in der Arbeitergeschichtsschreibung durch begriffliche Stringenz am Beispiel eines Modells zu überprüfen. Wenn in früheren Arbeiten methodologische Schwächen häufig einem ökonomischen Determinismus geschuldet waren, so sei bei H. Zwahr eher der Versuch festzustellen, von der bloß ökonomischen Analyse fortzukommen, allerdings mit dem Ergebnis, daß jetzt aus der Sozialstrukturanalyse zu weitreichende, determinierende Schlußfolgerungen für die Ausprägung der entstehenden Arbeiterbewegung gezogen würden.

Die Kontroverse zu Gewerkschaftsgeschichtsschreibung wurde eröffnet mit einem Beitrag von B. v. Mutius (Dierbach). Er betonte zunächst, daß keineswegs die Alternative bestünde, entweder Basisgeschichte oder aber Organisationsgeschichte zu betreiben. Auch die Probleme der Organisationsgeschichte seien heute keineswegs erschöpfend erforscht. Er forderte eine parteiergreifende Darstellung der Arbeiterbewegung, eine Geschichtsschreibung für die Arbeiterbewegung. Als Artikulationsformen der Arbeiterbewegung benannte er spontane Massenaktionen, gewerkschaftliche und politische Organisierung. Seit der Spaltung der Arbeiterbewegung gäbe es auch innerhalb der Gewerkschaftsbewegung zwei Traditionslinien, eine reformistische und eine revolutionäre, die sich dem Marxismus-Leninismus verpflichtet fühle. Bei allen Angriffen auf die Marburger »Gewerkschaftsgeschichte« seien doch die Kritiker letztlich den Nachweis schuldig geblieben, daß an bestimmten Knotenpunkten der historischen Entwicklung die revolutionäre Traditionslinie innerhalb der Gewerkschaften der Gewerkschaftsbewegung grundsätzlich mehr geschadet als genützt habe.

Hierauf folgte die erste Replik von G. Beier (Kronberg/T.), einem der schärfsten Kritiker des Marburger Gewerkschaftsbuches. Er apostrophierte die Ausführungen seines Vorredners als »Musterstunde von Dogmatik« und forderte statt einer von außen geschriebenen Geschichtsschreibung für die Arbeiter eine Gewerkschaftsgeschichtsschreibung, die von Gewerkschaftsmitgliedern selbst verfaßt werde. Gewerkschaftsgeschichte habe »gewerkschaftlich« zu sein, nicht aber »parteilich«. Nach seiner Ansicht sei grundsätzlich von marxistisch-leninistischer Position aus keine angemessene Gewerkschaftsgeschichte zu schreiben. Unter Bezug auf die Diskussionen zum ersten Themenkomplex plädierte er für eine Geschichtsschreibung »von unten« anstelle jedweder Herrschaftsgeschichte, unter Einschluß auch von »Befreiungsbewegungen im realen Sozialismus«. – D. Peukert wandte sich gegen einen verengten Klassenbegriff des Proletariats, dessen Artikulationsformen sich keineswegs auf die drei von B. v. Mutius genannten Ebenen beschränkten; so sei neben der gewerkschaftlichen und politischen Organisation unbedingt auch das proletarische Vereinswesen, die diversen kulturellen, sportlichen u. a. Betätigungen in ein Gesamtbild der Arbeiterklasse miteinzubeziehen. Sodann ging er kritisch auf einige Probleme der Gewerkschaftsgeschichte zwischen 1933–1945 ein und bemängelte in diesem Zu-

sammenhang die unzureichende Berücksichtigung von sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaftern im antifaschistischen Widerstand.

In einer Art Zwischenbilanz versuchte L. Lambrecht, bestehende Desiderata zur Gewerkschaftsgeschichtsschreibung aufzulisten. So erfahre man in den Protokollen der Gewerkschaftstage wenig über die gewerkschaftliche Alltagsarbeit sowie das konkrete Organisationsverhalten ihrer Mitglieder. Erforderlich seien historische Längsschnittuntersuchungen zur Entwicklung der Streikformen, zur Entwicklung der Arbeitslosigkeit, ferner für die Erforschung der innerbetrieblichen Verhältnisse die Untersuchung von Fabrikordnungen bis hin zu aktuellen Gesetzeswerken. *H. Jung* (Frankfurt) betonte die politische Dimension der gegenwärtigen Debatte um die Gewerkschaftsgeschichte, die gerade zum Zeitpunkt der Diskussion eines neuen DGB-Grundsatzprogramms von interessierter Seite so heftig vorgetragen werde, um die Programmdiskussion in reformistische Richtung zu lenken. Ferner seien die von den Kritikern hochgespielten historischen Fehler der kommunistischen Gewerkschafter innerhalb der kommunistischen Bewegung durch selbstkritische Einsichten (z. B. hinsichtlich der Sozialfaschismusthese und der RGO-Politik) korrigiert worden.

Eine zweite Runde der stellenweise spektakulär und virtuos geführten Auseinandersetzung wurde eingeleitet durch *G. Fülberth*. Zunächst, so führte er aus, habe das vorliegende Buch den schlichten Vorteil, daß es keine andere umfassende Gewerkschaftsgeschichte von diesem Umfang gäbe. Durch die zahlreichen Kritiken seien einige Aspekte der Darstellung für eine Neuauflage zu überarbeiten, aber grundsätzlich werde nichts anderes herauskommen als das, was sowieso drinstehe. So werde man den Hinweis *H. Mommsens* hinsichtlich einer differenzierteren Betrachtung der Richtungsgewerkschaften für die Frühphase zu berücksichtigen haben. Auch solle die kommunistische RGO-Politik gegen Ende der Weimarer Zeit ausführlicher dargestellt werden, wobei der zeitweilig überwiegende ultralinke Kurs als »Produkt der Verzweiflung« zu werten sei. Grundsätzlich bestehen bliebe hingegen die scharfe Kritik an der seit 1914 sich ausbreitenden Politik der Sozialpartnerschaft innerhalb der Gewerkschaft. Abschließend wandte sich *G. Fülberth* direkt an seinen Kontrahenten: er könne nicht verstehen, warum ein so respektabler und produktiver Gewerkschaftshistoriker wie *G. Beier* sich gegenwärtig derart erniedrige und an einer ganz offensichtlich mit antikommunistischen Zielen geführten Kampagne beteilige. Hiermit war insbesondere *G. Beiers* allgemein als unsachlich beurteilte und zu »primitivem Antikommunismus« (*Fülberth*) neigende Kritik im ÖTV-Magazin 3/79 angesprochen.

G. Beier ging in seiner Antwort zunächst kurz auf »Werkstattprobleme« ein und meinte, trotz einiger Detailfehler sei das vorliegende Buch im ganzen handwerklich respektabel. Es sei vielmehr politisch zu kritisieren, daher ginge es mehr um die großen Fehler im Gesamtzusammenhang. So z. B. die seiner Ansicht nach unangemessene Kritik an ehrwürdigen Identifikationsfiguren der Gewerkschaftsbewegung wie *Legien*, *Leuschner* und *Böckler*. Kritik sei selbstverständlich möglich und notwendig, Diskreditierung hingegen müsse er ablehnen. Ferner, was den Antikommunismusvorwurf angehe, müsse man verschiedene Arten von Antikommunismus unterscheiden. So sei gewiß der primitive Antikommunismus eine (abzulehnende) Sache, hingegen die auf persönlicher Erfahrung beruhende Einstellung gegen Stalinismus oder Neostalinismus eine andere Sache. In dieser Hinsicht seien innerhalb der kommunistischen Bewegung selbst – er nannte u. a. den Eurokommunismus – Lernprozesse in Gang gekommen, die er begrüße. Gewerkschaftsgeschichte, so *G. Beier* abschließend, sei nicht im Stil des »Kurzen Lehrgangs« zu schreiben. Anstelle eines Katechismus forderte er eine problemorientierte Darstellung, die verschiedenen realen

Strömungen und Standpunkten innerhalb der Gewerkschaftsbewegung gerecht werden müsse. In einer sich anschließenden dritten Runde brachte G. Fülberth anhand von Beier-Zitaten aus dem ÖTV-Magazin 3/79 durchaus zutreffende Beispiele für eine Argumentationsweise, die in ihrer unfairen Art in der Nähe von primitivem Antikommunismus anzusiedeln sind. Hier ein Beispiel: Mit der Verwendung des symbolhaften Emblems auf dem Titelblatt der Metallarbeiter-Gewerksgenossenschaft aus dem 19. Jh. (verschlungene Hände, aufgehende Sonne, Hammer etc.) als Titelbild ihrer »Gewerkschaftsgeschichte« betrieben die Autoren – so G. Beier – eine geschickte »Methode der schleichenden Indoktrination«. Da diese Symbole heute in Emblemen der FDJ oder SED auftauchten, würde der Anschein erweckt, als seien diese Kräfte die einzigen legitimen Erben der einstigen Gewerkschaftsgründer.

Abschließend wurde in einer Schlußbilanz versucht, vordringliche Forschungsprobleme, orientiert an den Bedürfnissen gewerkschaftlicher Bildungsarbeit, zu formulieren und sie den Anwesenden als Arbeitsempfehlungen mit auf den Weg zu geben. L. Lambrecht nannte als wegweisendes Beispiel die Bemühungen engagierter Historiker in Hannover, die den lokalgeschichtlichen »Faschismus vor der Tür« erforschten und die Ergebnisse unmittelbar dem Abwehrkampf gegen neofaschistische Provokationen nutzbar machen konnten. Vertreter der gewerkschaftlichen Studentengruppe an der HfWP wiesen auf den Mangel an brauchbaren Darstellungen im Bereich der Arbeiterjugendbewegung hin und forderten historische Analysen über die Betriebsrätebewegung und ihre praktische Tätigkeit »vor Ort«.

Alle Beteiligten sahen in dieser erstmals stattfindenden Arbeitskonferenz einen begrüßenswerten Versuch und sprachen sich für die Fortsetzung in gewissen Zeitabständen aus, um dann neue, möglichst empirisch angereicherte Arbeitsergebnisse zur Diskussion zu stellen.

Mathias Eidenbenz / Manfred Gailus / Heinrich Marvin / Werner Voigt (Berlin/West)

DAS ARGUMENT 117

Faschismus und Ideologie / Faschismus-Theorien (VIII)

K. Priester: Faschismus und Massenbewegung. Kritik an Opitz

E. Laclau: Faschismus und Ideologie

W. F. Haug: Der Faschismus und die Organisation des Ideologischen
Arbeitergeschichtsschreibung

G. Beier: Leninisten führten die Feder

J. Kammler, H. Krause, D. Krause-Vilmar, P. Oehlke: Kritik oder Kampagne?
Zur Diskussion um die »Geschichte der Gewerkschaftsbewegung«

Sponti-Diskussion

R. Matz: Die Spontis und wir

E. Göbel u. B. Guthke: Die tägliche Revolution in den Oasen der Freiheit

Sozialismusanalyse

H. Conert: Über Konstitutionsmerkmale nachkapitalistischer Gesellschaften

W. Elfferding: Gibt es in den sozialistischen Ländern Herrschaftsverhältnisse?
Kongreßankündigungen und -berichte, Besprechungen

Besprechungen

Philosophie

Leiser, Eckart: Einführung in die statistischen Methoden der Erkenntnisgewinnung. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1978 (334 S., br., 20,- DM).

Das Forschungsprogramm der Kritischen Psychologie ist nach der Entwicklung theoretischer Grundkategorien – einer Entwicklungsstufe, die ihr häufig den Vorwurf einbrachte, sie produziere nichts anderes als Belletristik – in eine Phase getreten, in der es seine Überlegenheit gegenüber traditionellen psychologischen Theorieentwürfen auch auf wissenschaftstheoretischer und methodologischer Ebene unter Beweis stellen muß. Das vorliegende Buch ist ein Beitrag zur Entwicklung einer kritisch-psychologischen Methodologie. (Vgl. auch die Besprechung von Leisers Arbeit »Methodische Grundlagen der Kritischen Psychologie« in *Argument* 109 sowie seinen Aufsatz in *Argument* 110.) Der Autor hat den Anspruch, eine »spezifisch kritische bzw. marxistische Statistik« zu gewinnen. »Begreifendes Erkennen sozialwissenschaftlicher Gegenstände mit Hilfe von statistischen Methoden setzt begreifendes Erkennen der statistischen Methodologie selbst voraus. Eine in diesem Sinn erkannte Statistik ist aber eine spezifische Statistik.« (1)

Es geht zunächst um die in den traditionellen Sozialwissenschaften üblicherweise unterschlagene Diskussion der erkenntnistheoretischen Implikationen der vorfindlichen Statistik. So setzt Leiser bei den Anfängen von Wahrscheinlichkeitstheorie und Statistik an – bei Prozessen der materiellen Wirklichkeit, die in ihrem Ausgang nicht prognostizierbar sind, deren Strukturmerkmale aber mit Hilfe eines aufwendigen formalen Instrumentariums der Erkenntnis zugänglich sind. Leiser leitet aus der Darstellung von Zufallsprozessen Funktion und Arbeitsweise der mathematischen Wahrscheinlichkeitstheorie her. Statistische Verfahren werden dabei nicht axiomatisch-definitiv eingeführt, sondern anhand einfacher Probleme nachvollziehbar *entwickelt*. Im einzelnen werden mit diesem Ansatz folgende Schwerpunkte der Statistik behandelt: Mit Hilfe des Konzeptes der Zufallsvariablen als mathematischem Modell können bestimmte Merkmale realer Zufallsprozesse erfaßt werden; diese Charakteristika sind als Momente konkreter Verteilungsmodelle darstellbar und lassen sich aus diesen Modellen herleiten; die Fragen der Statistik sind auf das Verhältnis zwischen mathematischen Verteilungsmodellen und empirischen Daten gerichtet.

Dabei lassen sich im praktischen Vorgehen zwei Problemtypen unterscheiden: 1. die Frage nach dem plausiblen Parameter eines Verteilungsmodells angesichts der aus den empirischen Daten mit Hilfe bestimmter Methoden konstruierten Statistiken; also: Schätzung eines Parameters mit Bestimmung der plausiblen Bandbreite dieser Schätzung. 2. Die Frage nach der Plausibilität eines hypothetisch gegebenen Verteilungsmodells mit bestimmten Parametern angesichts vorliegender Statistiken. Schon der in beiden Fragetypen auftauchende, aus dem Wahrscheinlichkeitsbegriff entwickelte Begriff der Plausibilität deutet den engen Zusammenhang zwischen beiden Typen des statistischen Schlusses an. In der Tat sind beide ineinander überführbar (145).

Die sich anschließende Betrachtung der Normalverteilung – von »kritischen« Sozialwissenschaftlern häufig verteufelt – wird als ein »Grenz«-Verteilungsmodell eingeführt, in dem »sehr allgemeine Momente physikalischer, biologischer und sozialer Prozesse statistisch-adäquat widergespiegelt« werden (249 f.).

Kenner der Materie werden nun einwenden, nichts Neues, so geht man statistisch vor. In der Tat: *implizit* liegt diese Konzeption jedem Statistik-Lehrbuch zugrunde.

Eine explizite, stringente Betrachtung des Zusammenhangs von materiellem Zufallsprozeß – Wahrscheinlichkeit – Statistik wird hier jedoch in einer auch für Nicht-Mathematiker nachvollziehbaren Form m. W. zum erstenmal vorgelegt. (Einen ähnlichen Versuch, vom Standpunkt der analytischen Wissenschaftstheorie und daher mit anderen Intentionen, unternimmt Stegmüller in: »Probleme und Resultate der Wissenschaftstheorie und analytischen Philosophie.« Bd. IV, Teil III. Ich bezweifle allerdings, daß »normale« Sozialwissenschaftler seinen Formalismen immer folgen können.) Diese Grundlegung für eine neuartige Betrachtung der statistischen Methoden macht die Statistik auch für Sozialwissenschaftler zu einer »verständlichen« Statistik. Sie ermöglicht es jedem auch ohne größere Kenntnisse in höherer Mathematik, sich die Prinzipien anzueignen, die den einzelnen statistischen Verfahren zugrundeliegen, und somit zu einer umfassenderen Einschätzung des Erkenntniswertes statistischer Verfahren zu gelangen. (Man vergleiche etwa die Behandlung von parametrischen und nicht-parametrischen Verfahren des Autors mit der in Lehrbüchern üblichen isolierten Betrachtung.)

Die kritische Würdigung des erkenntnistheoretischen Wertes der statistischen Methoden beschränkt sich leider auf Hinweise; eine Fortsetzung dieser Diskussion auf Basis des von Leiser ausgearbeiteten Ansatzes wäre wünschenswert. So weist Leiser nach, daß jeder statistische Schluß im Prinzip induktiv und damit in wissenschafts- und erkenntnistheoretischer Hinsicht problematisch bleibt. Mit Hilfe statistischer Verfahren kann das Problem der Verifikation wissenschaftlicher Sätze nicht gelöst werden. Das Kriterium der Plausibilität – das statistische Verfahren anwendende Wissenschaftler zur Stützung ihrer Behauptungen heranziehen – erhält seine erkenntnistheoretische Begründung letztlich nur aus einer explizit nicht ausgewiesenen Nähe zum Wahrscheinlichkeitsbegriff. (Vgl. 115 f.) Anhand von anschaulichen Beispielen demonstriert der Autor, welche Funktion statistischen Verfahren dennoch zukommt: sie können bei der Lösung praktischer und wissenschaftlicher Probleme Entscheidungshilfen liefern. (Vgl. etwa das Beispiel des Pharmakonzerns 147 f.) Sinnvoll angewandte Statistik kann zu optimalen Handlungsanweisungen führen.

Kurt Kersten (Berlin/West)

Suppe, Frederick (ed.): *The Structure of Scientific Theories*. University of Illinois Press, Illinois 1977 (818 S., br., \$ 10.–).

Der vorliegende Band ist die zweite, mit einem Nachwort versehene Ausgabe des 1973 erschienenen gleichnamigen Buches von Suppe und stellt in seinem Hauptteil die 1969 auf dem Urbana-Symposium – Main Issues Concerning The Structure Of Theories – gehaltenen Sektionsvorträge, sowie die sich daran anschließenden Diskussionsbeiträge vor. Inhaltliche Schwerpunkte sind die folgenden: Zum Problem der Formalisierung von Theorien (C. G. Hempel); Theorien und Daten (P. Suppes); Zum Verhältnis Wissenschaftstheorie und -geschichte (B. Cohen); Wissenschaft und Wahrnehmungs-Kommunikation (D. Bohm); Das Problem wissenschaftlicher Erklärung (H. Putnam); Paradigmen und disziplinäre Matrizes (Th. Kuhn); Zum Begriff des »Bereiches einer Theorie« (D. Shapere); Shaperes »Domain-theory« (Th. Nickles). Dieser Teil dokumentiert umfassend die Situation der angelsächsischen Wissenschaftstheorie nach dem Zusammenbruch des log. Empirismus aus der Sicht ihrer einflußreichsten Vertreter.

Was dieses Buch neben dem nur für wissenschaftstheoretische Spezialisten interessanten Hauptteil überaus lesenswert macht, sind die 250seitige Einleitung und das 100seitige Nachwort des Herausgebers aus dem Jahre 1977.

Die Einleitung beinhaltet erstens die klarste und kritischste Einführung in die Wissenschaftsphilosophie des log. Empirismus, die momentan aus der analytischen Tradition erhältlich ist und zweitens eine umfassende Darstellung der in den 50/60er Jahren vorgeschlagenen Alternativen zum log. Empirismus: a) die »skeptisch-deskriptiven« Analysen der Wissenschaft (P. Achinstein), b) die sog. »Weltanschauungsanalysen« (Th. Kuhn, St. Toulmin, N. Hanson und P. Feyerabend) und c) die semantischen Entwürfe der Wissenschaft (F. Suppe, P. Suppes, B. v. Fraassen).

Das Nachwort von 1977 zeichnet ausführlich den Weg nach, den die angelsächsische Wissenschaftstheorie seit dem Urbana-Symposion bis heute zurückgelegt hat. Der vollständige Zusammenbruch der positivistischen Wissenschaftsphilosophie wird plausibel gemacht, der Grund dafür angeführt, daß die »Weltanschauungsanalysen« sich als Alternativen zum log. Empirismus nicht durchsetzen konnten und der gegenwärtige wissenschaftstheoretische Diskussionsstand ausführlich dargestellt. Die Schwerpunkte hierbei liegen auf der Analyse der Methodologie wissenschaftlicher Forschungsprogramme (Lakatos) und der »domain-theory« (Shapere). Dieses mit einer ausführlichen Bibliographie und einem erschöpfenden Index versehene Buch dürfte ein wertvolles Hilfsmittel sein für jeden, der sich mit der Geschichte und dem gegenwärtigen Problemstand der angelsächsischen Wissenschaftstheorie auseinandersetzen möchte.

Claus-Peter Freitag-Poppe (Kassel)

Starnberger Studien I: Die gesellschaftliche Orientierung des wissenschaftlichen Fortschritts. edition subkamp, Frankfurt/M. 1978 (417 S., br., 14,- DM).

Der vorliegende Aufsatzband von Mitarbeitern des Starnberger Max-Planck-Instituts stellt zum einen eine Replik auf die Veröffentlichungen des Arbeitskreises »Wissenschaftsforschung in der BRD« von 1977 dar (vgl. *Das Argument* 108, 272 f.), zum anderen gibt er den Autoren Gelegenheit, ihr Anfang der 70er Jahre entwickeltes Modell, das unter dem Stichwort »Finalisierung« Eingang in die wissenschaftstheoretische Diskussion gefunden hat, zu präzisieren und in einer Reihe von historiographischen Fallstudien zu überprüfen.

Die Grundthese des Arbeitskreises für Wissenschaftsforschung läßt sich folgendermaßen formulieren: Die Entwicklung von Theorien über die Natur, häufig auch Grundlagenforschung genannt, ist ein autonomes Unternehmen, das zwar gefördert, aber nicht gesteuert werden kann. Steuerung und Planung finden nur dort statt, wo theoretische Ergebnisse für wissenschaftsexterne Zwecke nutzbar gemacht werden, also in der angewandten Forschung. Hiergegen stellen die Starnberger ihre These, daß »es einen gesellschaftlichen und sogar einen strategisch-politischen Einfluß auf die theoretische Entwicklung der Wissenschaften geben kann und in der Gegenwart in erheblichem Umfang tatsächlich gibt«. (10) Diese These steht in der Tradition der in jüngerer Zeit wieder erwachten wissenssoziologischen Fragestellung, der es um die Thematisierung von externen Einflüssen auf die kognitive Struktur der Wissenschaft geht. Solche Einflüsse betreffen nach Meinung der Starnberger Autoren: Prioritätsetzungen bei der *Auswahl* von Forschungsproblemen; Übersetzungen von sozialen Zielen in konkrete Forschungsvorhaben, also die *Definition* von Problemen; die Formulierung von *Idealen* der Erklärung relativ auf einen Objektbereich; die Setzung von *Abbruchbedingungen*, die eine Grenzziehung definieren, jenseits derer weitere Forschung unerwünscht (weil nutzlos, unrentabel, gefährlich) ist. Die Möglichkeit, externe Zielsetzungen auf theoretische Gehalte wirken zu lassen, ist darin begründet, daß die neuzeitliche Wissenschaft in weiten Bereichen einen Zustand erreicht hat, den

die Autoren »Finalisierung« nennen und das heißt im wesentlichen, daß sie über abgeschlossene Theorien im Sinne Heisenbergs verfügen.

Als Konsequenz der Änderung der Wissenschaftsdynamik fordern die Autoren die Aufgabe des obsolet gewordenen Autonomieanspruchs der Wissenschaft und optieren für eine an sozialen Kriterien orientierte Steuerung der Wissenschaft. Etwas abstrakt bleiben diese Forderungen, da sich die einzelnen Untersuchungen »als solche neutral gegenüber einer Bewertung der gesellschaftlichen Praxis, in der und auf die hin diese Steuerung stattfindet (verhalten).« (11) Im Einzelnen geht es um folgende Schwerpunkte:

Das Verhältnis von Wissenschaft und Technik: In dem Beitrag »Die Verwissenschaftlichung der Technologie« (Böhme, van den Daele, Krohn) wird die symbiotische Einheit von Technik und Wissenschaft im 20sten Jahrhundert thematisiert, wie sie am Beispiel der Technikwissenschaften auf hohem naturwissenschaftlichen Niveau und den Naturwissenschaften mit hoher technischer Konkretion deutlich wird.

Empirische Überprüfung des Finalisierungsmodells: An zwei Fallstudien über die Agrikulturchemie und die Strömungsphysik wird demonstriert, wie externe Zwecksetzungen zu Leitfäden neuer wissenschaftlicher Entwicklung auf dem Gebiet der Theorienbildung werden. Die Agrikulturchemie (Krohn, Schäfer) verarbeitete das Problem der wachsenden industriellen Bevölkerung durch die Entwicklung einer Spezialtheorie: der Theorie der Kreisläufe der Substanzen im chemischen Zusammenhang. Die Strömungsphysik (Böhme) sah sich auf Grund der wachsenden Bedeutung des Flugzeugbaus externen Problemen gegenüber, die durch die Hydrodynamik nicht lösbar waren und zur Entwicklung der sog. Grenzschichttheorie führten. Am Beispiel der Krebsforschung, die auf Disziplinen beruht, deren Paradigmatisierung noch Defizite aufweist und die als nicht finalisiert bezeichnet werden muß, wird deutlich gemacht (Hohlfeld), daß ein grundlegendes Verständnis der Krebsentwicklung erst mit der Klärung zellularer Regulationsprozesse zu erwarten ist.

Theoretische Ausfeilung des Finalisierungskonzeptes: Der Beitrag »Finalisierung revisited« (Böhme, van den Daele, Hohlfeld) präzisiert auf der einen Seite zentrale Begriffe wie den der »reifen und abgeschlossenen Theorie« und den der »Anwendung« einer Theorie und behandelt wissenschaftspolitische Implikationen des Finalisierungskonzeptes. Um Fragen der wissenschaftspolitischen Steuerung geht es auch in der Studie »Wissenschaft des Volkes. Politische Steuerung des Wissenschaftsbetriebes in China« (Spengler). In ihr wird analysiert, wie Partei und Regierung praktische Ziele insbesondere in der Landwirtschaft und im Maschinenbau durchzusetzen versucht haben und wie nach den politischen Entwicklungsphasen die jeweiligen Steuerungsmodelle variieren.

Den Abschluß des Bandes bilden Überlegungen zum Konzept einer normativen Finalisierung (Schäfer). Die Grundlage der Rechtfertigung an sozialer Zielsetzung orientierter Wissenschaft liegt in der Allgemeinheit des gesellschaftlichen Konsensus. Argumentiert wird hier mit einer zunehmenden Verflechtung von objektiver Erkenntnis und sozialen Normen. Wie allerdings Wissenschaft gegen alle vorhandenen Widerstände gesellschaftlicher Art zu dem von den Autoren gewünschten kollektiven Gebrauchsgut werden kann, bleibt offen. Die Einschätzung des Realitätsgehaltes eines solchen normativen Programms nimmt der Autor dann auch auf der letzten Seite des Buches selbst vor: »Es ist anzunehmen, daß normative Finalisierung jenen grundlegenden Wandel im sozialen Verhältnis von Wissenschaft und Gesellschaft . . . herbeiführen könnte. Das Interesse, daß dieser Wandel stattfinden sollte, erscheint berechtigt. Die Wahrscheinlichkeit, daß er stattfinden wird, ist gering.« (413)

Claus-Peter Freitag-Poppe (Kassel)

Hubig, Christoph, und Wolfert von Rahden (Hrsg.): Konsequenzen kritischer Wissenschaftstheorie. Verlag Walter de Gruyter, Berlin/New York 1978 (398 S., br., 34,- DM).

Den Anlaß der hier dokumentierten Auseinandersetzung um die Konzeption einer »kritischen Wissenschaftstheorie« bildet der Streit um die von einer Forschungsgruppe des Starnberger Max-Planck-Instituts aufgestellte »Finalisierungsthese«, die gegen die Vorstellung eines anwendungsneutralen Verfügungswissens einen inhaltlichen Bezug wissenschaftlicher Theorien auf »gesellschaftliche Problemlagen und Zwecke« behauptet. Weniger der durch wissenschaftssoziologische und -historische Studien untermauerte Angriff auf die »Wertfreiheit« als vielmehr die Starnberger Forderung nach wissenschaftspolitischen Konsequenzen durch »gesellschaftliche Orientierung« war Anlaß für eine Tagung »Gefährdete Wissenschaft«, auf der im März 1976 in München H. Lübke, N. Lobkowicz, E. Topitsch und weitere BuF-Prominenz lautstark und mit großem Presseecho »gegen eine ideologisch verplante Forschung« protestierten (vgl. *Arg.* 108, 272 f.). Daß die Starnberger dabei nicht zu Wort kamen, wurde selbst in konservativen Kreisen kritisch vermerkt und sollte nachgeholt werden auf einem Kolloquium, das vom Wissenschaftszentrum Berlin gemeinsam mit der Technischen Universität veranstaltet wurde. Der vorliegende Sammelband enthält Aufsätze von Teilnehmern dieser Veranstaltung.

Die Diskussion um das Finalisierungskonzept bildet mit Beiträgen von Gernot Böhme und Wolf Schäfer für die Starnberger und Gunnar Andersson für die Finalisierungsgegner das Kernstück des Bandes, wobei die Herausgeber versuchen, die vertretenen Positionen auf den Nenner einer »kritischen Wissenschaftstheorie« zu bringen. Als deren Kennzeichen bestimmt Christoph Hubig, daß die Begründung der gesellschaftlichen Normen, Zwecke bzw. Werte, auf die Wissenschaft orientiert wird, im »wissenschaftstheoretischen Diskurs« selbst erfolgt (6). Schäfer fordert entsprechend gegen den »traditionalen Primat der Politik« (105) die »Verwissenschaftlichung von Politik« durch »Politisierung von Wissenschaft« (106): »Der Wissenschaftler soll sich einen politischen Begriff von seiner Arbeit machen« (100). Die Kritik richtet sich vor allem gegen die Position einer dezisionistischen Festlegung von Normen durch politische Instanzen, die besonders H. Lübke auf der Münchner Tagung vertreten hatte. Deshalb rechnet Hubig auch Anderssons kritischen Rationalismus zur »kritischen Wissenschaftstheorie«, da nach dessen Auffassung zwar »Werte nicht wissenschaftlich festlegbar sind« (60), deren »kritische Diskussion« aber nicht ausgeschlossen ist. Nur müsse diese außerhalb des wertfreien, weil »theoriegesteuerten« Forschungsprozesses stattfinden, da die von den Starnbergern geforderte »praktische Orientierung des theoretischen Diskurses« (81) den »Erkenntnisfortschritt« gefährde. Schäfer macht sich nicht sehr überzeugend über Anderssons Plädoyer für eine »freie Grundlagenforschung« lustig, da die Gegner des Finalisierungskonzepts recht wirkungsvoll den Anspruch auf Objektivität und Wissenschaftlichkeit, also Geltungsfragen, gegen »Praxisbezüge« ausspielen. Man hätte sich dazu eigentlich eine Stellungnahme der konstruktiven Wissenschaftstheorie gewünscht, die zwar mit zwei Beiträgen vertreten ist, deren Verfasser jedoch nicht auf die Finalisierungsdebatte eingehen. Hubig selbst ist mit Andersson und gegen die Konstruktivisten der Auffassung, daß sich Normen nicht verbindlich rechtfertigen, sondern nur kritisch reflektieren lassen. Seine »skeptisch-pragmatische Lösung« akzeptiert jedoch die faktische Zweckerorientiertheit des Forschungsprozesses und zielt darauf ab, die Wissenschaftlichkeit der Resultate durch »die Annahme einer virtuell-allgemeinen Scientific Community« (136) »in einem formalen Sinne« (137) zu gewährleisten. Die ziemlich aufwendige und etwas wacklige Konstruktion, bei der Peirce, Kant, Adorno und Hans Albert Pate gestanden haben, verdeutlicht immerhin die Probleme einer primär an Geltungsfragen

interessierten Wissenschaftstheorie, die von einer historisch-soziologischen Wissenschaftsforschung thematisierten Fragen von faktischer Genese und sozioökonomischem Kontext der Theoriebildung so zu verarbeiten, daß sich der Erkenntnisprozeß nicht wie bei den Starnbergern in eine bloße Abfolge sozial determinierter Strukturen auflöst. Solange man die faktische Genese wissenschaftlicher Theorien als einen letztlich irrationalen Vorgang begreift, läßt sich ihre logische Geltung freilich nur gegen ihr äußerlich erscheinende »Praxisbezüge« und »Werte« postulieren. Ob die französische Epistemologie, die Wolfert von Rahden in seinem Beitrag vorstellt, hier weiterhilft, darf jedenfalls bezweifelt werden – zumal deren Rezeption in der soziologischen Wissenschaftsforschung bereits stattgefunden hat.

Die den Wissenschaftsbetrieb determinierende gesellschaftliche »Umwelt« bildet unter der Rubrik »Soziologische, politische und ökonomische Implikationen« folglich einen gesonderten Schwerpunkt, in dem auch marxistische Positionen zu Wort kommen. Daß sie im wissenschaftstheoretischen ersten Teil fehlen, begründet Hubig damit, daß eine »kritische Gesellschaftstheorie« zu Geltungsfragen nichts beitragen könne (12) – was nicht stimmt. Claus Offe analysiert den »verschwiegenen Praxisbezug bürgerlicher Soziologie« (238) und empfiehlt, ganz im Sinne des Starnberger Projekts, dessen kritische Reflexion.

Dagegen versucht Volker Ronge eine Kritik der »kritischen Wissenschaftstheorie«, die am undifferenzierten Gesellschaftsbegriff der Starnberger ansetzt: Kapitalistische Produktionsverhältnisse stillschweigend vorausgesetzt und »gesellschaftliche« Steuerung verstanden als staatliche Forschungspolitik kann die »gesellschaftliche Orientierung« der Wissenschaft im wissenschaftlich-politischen Diskurs nur die »öffentliche Förderung eines möglichst engen Verbunds zwischen wissenschaftlichen Institutionen und privatwirtschaftlichen Unternehmen« (268) bedeuten. Als »privatökonomische Ausrichtung der Forschungsinhalte« im Rahmen der strukturpolitisch orientierten Forschungspolitik der Bundesregierung ist Finalisierung bereits in höherem Maße verwirklicht »als im Finalisierungsansatz unterstellt und von manchen Gegnern des Ansatzes zugegeben wird« (271).

Die hier versuchte Funktionsbestimmung einer Wissenschaftstheorie, die den Fachwissenschaften »nicht methodologisierend und rechtfertigend ins Handwerk pfuschen, sondern die Konsequenzen der Methodenideale ins Bewußtsein rufen und Rechtfertigungsstrategien anbieten« (35 f.) soll, um damit »die Verbindung zwischen Wissenschaft und Gesellschaft« (ibd.) herzustellen – eine »Ethik des Wissenschaftsbetriebs« (9), wie Hubig das nennt – hätte neben dem genannten forschungspolitischen Aspekt auch »Konsequenzen für den Bildungssektor«, die von einer Vertreterin der konstruktiven Wissenschaftstheorie und von einer Gruppe Bielefelder Bildungsplaner erörtert werden. Vor allem aber geht es darum, Wissenschaftstheorie selbst zur wissenschaftspolitischen Entscheidungsgrundlage zu machen und das Geschäft der »Planung und Steuerung« nicht wissenschaftsfremden Instanzen zu überlassen – letzteres erklärtes Ziel der von den Finalisierungsgegnern betriebenen Entpolitisierungskampagne. Der von der »kritischen Wissenschaftstheorie« geforderte produktionsorientierte Wissenschaftsbetrieb entspricht einem Vergesellschaftungsgrad, der zugleich eine zunehmende Verwissenschaftlichung der (Forschungs-)Politik erfordert. Die von Gegnern dieser Konzeption hochgehaltene »Freiheit der Grundlagenforschung« und die Polemik gegen rationale Forschungsplanung – von Böhme und Schäfer als antiquiertes Wissenschaftsideal eher verharmlost – dürfte dagegen auf die kapitalistischen Bedingungen verweisen, die wissenschaftliche Politik nicht wirklich zulassen. »Wissenschaft als Politik« ist im übrigen nicht erst eine Forderung der »kritischen (Wissenschafts-)Theorie«: das Thema wurde bereits Mitte der sechziger Jahre im *Argument* diskutiert (vgl. z. B. *Argument* 43/1967, das diesen Titel trägt).

Thomas Laugstien (Berlin/West)

Toulmin, Stephen: Kritik der kollektiven Vernunft. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1978 (602 S., Ln., 68,- DM).

Toulmin gehört zu jener Gruppe angelsächsischer Wissenschaftstheoretiker, die um eine Überwindung des ahistorischen Wissenschaftsverständnisses der analytischen Philosophie bemüht sind. Das vorliegende Buch ist der erste Teil eines auf drei Bände berechneten Unternehmens, mit dem der Autor das Ziel verfolgt, ein neues »erkenntnistheoretisches Selbstbild« des Menschen zu entwerfen: es geht um die Erarbeitung »einer neuen Sicht der Fähigkeiten, Vorgänge und Tätigkeiten, durch die der Mensch Naturerkenntnis erlangt und die Natur ihm einsichtig wird« (41). Dabei befaßt sich der erste Band, dessen englischen Titel »The Collective Use and Evolution of Concepts« in der deutschen Ausgabe bombastisch übertragen wurde, mit der historischen Entwicklung der wissenschaftlichen Begriffe und mit den Faktoren, die einen Wandel der Ideen bewirken; der zweite Band soll die psychologische Seite der menschlichen Erkenntnis und der dritte Band die Maßstäbe vernünftiger Beurteilung von Ideen behandeln.

Ausgangspunkt von Toulmins Überlegungen ist die Einsicht, daß die Begriffe, Ideen und Erklärungsverfahren, deren sich jede Erkenntnis bedienen muß, der kollektive Besitz einer jeweiligen historisch-konkreten Gemeinschaft sind. Er distanziert sich damit von dem individualistischen Erkenntnisbegriff der traditionellen Erkenntnistheorie: »Von Locke bis Russell, von Descartes bis Chomsky haben die orthodoxen Erkenntnistheoretiker das Erkenntnisproblem so aufgefaßt, daß man zunächst einmal erklären müsse, wie der einzelne Denker oder Beobachter, auf sich selbst gestellt, zu gültigen Vorstellungen, Wahrheiten oder grammatischen Formen kommen könne; und diese Prioritätsfestlegung hat zu großen Schwierigkeiten geführt, indem sie von der Sozialität der Sprache und den gemeinschaftlichen Gültigkeitsmaßstäben ablenkte. Erst in jüngerer Zeit, im Spätwerk Wittgensteins, hat sich die Waage eindeutig auf die andere Seite geneigt und die entscheidenden Zusammenhänge zwischen Begriffslernen und ›Enkulturation‹ aufgezeigt.« (51) Wenngleich bezweifelt werden mag, daß erst Wittgenstein die Gesellschaftlichkeit von Sprache und Erkenntnis ins Bewußtsein gehoben hat, gewinnt Toulmin so den Ansatzpunkt für ein Modell der Wissenschaftsentwicklung, indem er den begrifflichen Wandel zurückführt auf die fortgesetzte Übertragung des wissenschaftlichen Wissens von einer Forschergeneration auf die nachfolgende. Im Prozeß dieser Weitergabe werden dem gegebenen Korpus wissenschaftlicher Kenntnisse neue Elemente hinzugefügt, alte werden ausgetauscht oder modifiziert.

Es ist offensichtlich, daß dieses Modell der Wissenschaftsentwicklung an Darwins Theorie der organischen Evolution orientiert ist: die Geschichte der Wissenschaft wird begriffen als ein doppelter Prozeß von Variation und Selektion, der sich im Rahmen einer bestimmten ökologischen Umgebung vollzieht. Dabei gilt Toulmin Darwins Theorie allerdings als Vorbild lediglich in struktureller Hinsicht: als Modell für historische Entwicklungsprozesse, die nicht-revolutionär verlaufen (162 ff.). Toulmin stellt sich mit diesem evolutionären Entwicklungskonzept in Gegensatz zu Thomas Kuhns Theorie wissenschaftlicher Revolutionen: eine solche Auffassung sei plausibel nur unter der doppelten (falschen) Voraussetzung, einerseits Vernunft gleichzusetzen mit Logik und andererseits einer Wissenschaft die gleiche logische Systematik zuzuschreiben, wie sie etwa die Euklidische Geometrie oder die Newtonsche Mechanik besitzt. »Wer eine ganze Wissenschaft für ein notwendigerweise einheitliches, zusammenhängendes theoretisches System hält, der wird ganz richtig schließen, daß ›radikale‹ Veränderungen seines Gehalts auch ›revolutionäre‹ sein müssen.« (156) Da aber wissenschaftliche Disziplinen in der Regel kein kohärentes System, sondern eine »Population« von Begriffen, Ideen und Erklärungsverfahren dar-

stellen, können Veränderungen zunächst nur einzelne dieser Komponenten betreffen und erst nach und nach den gesamten Inhalt einer solchen Disziplin umwälzen.

Toulmin, der seine Überlegungen souverän und klar zu entwickeln versteht, leistet mit seinem Buch einen bemerkenswerten Beitrag zur aktuellen wissenschaftstheoretischen Diskussion: mag sein Modell wissenschaftlicher Evolution die tatsächlichen Abläufe auch vielfach glätten (denn es *gibt* wissenschaftliche Revolutionen), so vermag es andererseits doch den gegenwärtig häufig zur Mode heruntergekommenen wissenschaftsgeschichtlichen »Revolutionismus« zu relativieren.

Kurt Bayertz (Köln)

Sprach- und Literaturwissenschaft

Bering, Dietz: *Die Intellektuellen. Geschichte eines Schimpfworts*, Klett-Cotta, Stuttgart 1978 (488 S., Ln., 34,- DM).

Der Untertitel ist wörtlich zu nehmen: Gegenstand sind nicht Theorien über Intellektuelle, sondern Verwendungen des Worts »Intellektuelle«. In der Tradition der Toposforschung stellt Bering mit umfangreichem Belegmaterial die von den verschiedenen politischen Blöcken in der Weimarer Republik um das Wort »Intellektuelle« errichteten Konnotationssysteme zusammen. Der Rückgriff auf die Geschichte der Wortverwendung soll zeigen, daß das Wort »wegen seiner emotionalen Stärke und wegen seiner definitorischen Schwäche« (11) immer schon als politischer Kampfbegriff in Dienst genommen wurde. Bering deutet den Untergang der Weimarer Republik totalitarismus-theoretisch (95) und findet diese Konstellation in seinem Untersuchungsbereich wieder: der systematisch negativen Wortverwendung im faschistischen und im marxistischen Lager haben die »bürgerlich-demokratischen Humanisten« positive Verwendungen nur unzureichend entgegengestellt (150).

Die nationalistisch-faschistische Intellektuellen-Hetze gründet sich zunächst auf die Höherbewertung von »Instinkt« bzw. »Charakter« gegenüber »Verstand« (107), macht den Intellektuellen dann jedoch auch das Reich des Verstandes dadurch streitig, daß dem »Verstand« der »gesunde Menschenverstand« als positives Leitbild gegenübergestellt wird (113). Auf der Grundlage dieses Gegensatzes können dann den Intellektuellen negative »Kennworte« aus dem biologischen Bereich (blutleer, krank, zersetzend) als typenkonstituierend zugeschrieben werden (109 ff.). Die Übertragung von biologische Wahrheit suggerierenden Metaphern in die politische Sphäre macht für Bering die Wirksamkeit der faschistischen Propaganda aus. Andere, aber gleichermaßen abschätzig Bezeichnungen der Intellektuellen finden sich in den Publikationen der KPD und anderer marxistischer Gruppen: disziplinlos, individualistisch, instinktlos, schwankend (205 ff.). Bering sieht das Schimpfwort »Intellektuelle« hier willkürlich als Mittel zur Bekämpfung der jeweils rivalisierenden Fraktion bzw. Gruppe verwendet (261 f., 328). Die willkürliche Verwendung habe ihre Basis in der »Brüchigkeit des klassenanalytischen Begriffs« im Marxismus (160): in der Unsicherheit, ob es sich bei den Intellektuellen um eine »Klasse« oder eine »Schicht« handle (169), und in der Unterscheidung zwischen »objektiver Lage« und »subjektivem Bewußtsein« (181). Bering kreidet den Marxisten die widersprüchliche gesellschaftliche Stellung der Intellektuellen als widersprüchliches Denken an, das machtaktischen Denunziationen Tür und Tor öffne. In der Tat verweist die verbreitete emotionale Verwendung des Intellektuellen-Begriffs auf theoretische Schwächen und politische Fehler, die jedoch historisch zu analysieren und nicht pauschal durch den Verweis auf Theoriedefizit und Machthunger zu erklären sind.

Die Ausklammerung der Frage nach dem Realitätsgehalt der Wortverwendungen gibt Raum für politisch motivierte Präferenzen: während negative Verwendungen des Worts »Intellektuelle« von vornherein unter Ideologieverdacht stehen, erscheinen

positive Verwendungen in ganz anderem Licht. Die »bürgerlich-demokratischen Humanisten«, zu denen Bering neben den Brüdern Mann, Döblin und Tucholsky auch Wegbereiter faschistischen Denkens wie Graf Keyserling, Curtius und Carl Schmitt zählt, haben den »Antiintellektualismus als Hauptgefahr für vernünftige Politik erkannt« (267) – ein positiver Intellektuellen-Begriff wird zum Kriterium für »vernünftige Politik« und läßt den Autor über den anti-demokratischen Charakter der Gedankengebäude einiger seiner »Verteidiger des Rechtsstaats« (270) hinwegsehen. Die gleiche Hypostasierung liegt Berings Analyse der Dreyfus-Affaire im Frankreich der Jahrhundertwende (39 ff.) zugrunde, in deren Verlauf das Wort »Intellektuelle« erstmals ins allgemeine Sprachbewußtsein eindrang: aus der Tatsache, daß sowohl demokratische als auch reaktionäre Kräfte beanspruchten, »Intellektuelle« zu sein, schließt er auf das Fortbestehen einer »gemeinsamen rationalen Basis« (324); die »energische Verteidigung« des Worts gilt ihm als Bedingung für den Sieg der demokratischen Kräfte in dieser Affaire (66).

Die Wirksamkeit des politischen Schlagworts »Intellektuelle« kann offenbar aus der Erforschung der mit ihm verbundenen Konnotationen nicht hinreichend erklärt werden. Ungenügend bestimmt bleibt bei dieser Methode der Stellenwert der Intellektuellen-Frage in der jeweiligen politischen Programmatik: es wäre zu untersuchen, wie die Tätigkeit der Intellektuellen dargestellt wird, an welche verbreiteten Vorstellungen über Intellektuelle ein politisches Programm anknüpft und in welche Richtung es diese Vorstellungen zu verändern sucht. Erst eine solche Analyse der »ideologischen Praxis« von politischen Gruppen könnte jenen »tiefen Einblick in die politische Ideengeschichte Europas« geben, den der Umschlagtext des vorliegenden Buchs zu Unrecht verspricht.

Eckhard Volker (Berlin/West)

Lehmann, Hans-Thies, und Helmut Lethen (Hrsg.): Bertolt Brechts »Hauspostille« . Text und kollektives Lesen. Metzler Verlag, Stuttgart 1978 (285 S., br., 28,- DM).

Erstmals wird eine selbständige Behandlung der »Hauspostille« vorgelegt. Aber nicht das Gedichtbuch als Ganzes steht im Mittelpunkt. Untersucht werden: »Liturgie vom Hauch«, »Von der Kindesmörderin Marie Farrar«, »Vom ertrunkenen Mädchen«, »Vom Schwimmen in Seen und Flüssen«, »Apfelböck oder die Lilie auf dem Felde«, »Das Schiff«, »Ballade von der Hanna Cash«. Allgemeiner Art sind die Beiträge von Ritter zu den musikalischen Kompositionen der Gedichtsammlung und von Hagen »zum Nihilismus-Gemeinplatz der Brecht-Forschung«. Die einzelnen Textanalysen, die in der Mehrzahl von den Herausgebern stammen, verweisen durchgängig auf die jeweils sich verändernde Kontinuität Brechtscher Bilder und Themen, ein Anliegen, dessen generelle Herausarbeitung Lehmann/Lethen im Schlußkapitel (»Hauspostille und politische Lyrik«) gelungen ist.

Erfahrungen kollektiver Lektüre (gemacht in einem Seminar der Herausgeber) sollen in die Exegese von Einzeltexten derart eingebracht werden, daß daraus eine Methode im Schnittpunkt von Literaturwissenschaft und -didaktik entsteht, wie sie das Einleitungskapitel programmatisch vorstellt: Durch »Freisetzung widersprüchlicher Assoziationen« werde »Lust am Text« (so R. Barthes' gleichnamige aphoristische Schrift) erzeugt, was als der »eigentliche »Sinn« der *Textarbeit*« bezeichnet wird (155, vgl. auch 54 f.). Nur so blieben im Gegensatz zur bisherigen marxistischen Literaturwissenschaft weite »Bereiche von lustiger, phantastischer, erotischer und – komplizierter (!) Kunst« in einer materialistischen Theorie des literarischen Textes nicht mehr ausgespart (vgl. die Rez. zu Lehmann in: Arg. 110, 593 ff.). Anstatt aber die kollektive Rezeption aus vorhandenen Ansätzen der rezeptionspragmatischen Litera-

turdidaktik oder aus Brechts Konzeption der »Hauspostille« im Sinne seiner »Anleitung zum Gebrauch der einzelnen Lektionen« abzuleiten, wird das freie Spiel kollektiven Lesens gegen einen nicht weiter explizierten Realismus- und Widerspiegelungsbegriff abgesetzt. Dabei spielen die Verfasser Prämissen der Rezeptionsästhetik von Jauß und Iser sowie Theoreme Adornos, Benjamins, Szondis, Althussers und vor allem Kristevas gegen materialistische Rezeptionstheorien (Naumann, Weimann) aus.

Die Unzulänglichkeiten des Eingangskapitels werden durch die z. T. äußerst scharfsichtigen Einzelinterpretationen mehr als wettgemacht. Allerdings lassen sich derartig detaillierte Textanalysen wohl nicht ohne langjährige (?) Vorarbeiten im Prozeß kollektiven Lesens hervorbringen, auch wenn die Lust am Text immer geholfen hat, um der »Brechtischen Ästhetik des Widerhakens« (12) auf die Schliche zu kommen. Beim Lesen bestätigt sich, daß die methodisch-didaktische Komponente bloß aufgesetzt ist: Die unterschiedlichen Assoziationen von Seminarteilnehmern werden nicht durchgängig als konstitutiver Bestandteil der Analysen eingesetzt, sondern das »Spiel der Lesarten« (55) wird heuristisch zur Textarbeit des *individuellen* Rezipienten benutzt. Der Gedanke kollektiver Lektüre überträgt sich dadurch auf den Philologen als Einzelinterpret. »Die Interpretationen kulminieren deshalb nicht notwendig in der Realisierung eines Sinns, sondern oft genug in der Darlegung, daß *ein* Sinn nicht zu realisieren ist« (ebd.). Darin, daß kollektive Lektüre letztendlich die Assoziationen des einzelnen Rezipienten meint und nicht unbedingt die einer Gruppe von Lesern, liegt der ungelöste, nicht benannte Widerspruch der vorgeschlagenen Methode. Und nur so läßt sich die Fülle der philologischen Ergebnisse erklären, die auch durch die Nutzung herkömmlicher Verfahren der Textinterpretation zustande kommen. Damit hängt zusammen, daß den Verfassern der widersprüchliche *gesellschaftliche* Zusammenhang universitärer und vor allem schulischer Rezeptionsbedingungen gar nicht erst in den Blick kommt. Statt dessen werden Text und Rezipient unvermittelt gegenübergestellt (bzw. nur über das nicht weiter reflektierte Interesse am Lesen zusammengehalten), um zuerst gegen eine entstehungsgeschichtliche Betrachtungsweise die Produktivität der Rezeption in ihrer Assoziationsvielfalt zu betonen – um dann aber, im latenten Widerspruch dazu, am Primat der Literaturproduktion festzuhalten (10, vgl. auch 123 ff., wo das an einer konkreten Analyse deutlich wird). Umso mehr ist deshalb zu kritisieren, daß die Verfasser nicht kenntlich machen, auf welche der inhaltlich unterschiedlichen Textausgaben der »Hauspostille« sie sich beziehen, und daß der wichtige Aufsatz Klaus Schumanns zur komplizierten Textgeschichte der Gedichtsammlung (jetzt auch in: K. S., Untersuchungen zur Lyrik Brechts) nicht einmal angegeben wird. Gerade an der wechselnden Produktions- und Rezeptionsgeschichte des *gesamten* Gedichtbuches aber hätten die Verfasser ihre Methode *auch* abzarbeiten (und nicht nur an einzelnen Gedichten).

Günter Beiersdorf und Detlev Schöttker (Braunschweig)

Schmitt, Hans-Jürgen (Hrsg.): Der Streit mit Georg Lukács. edition suhrkamp, Frankfurt/M. 1978 (236 S., br., 8,- DM).

Die hier versammelten Beiträge verhandeln noch einmal die Kontroversen, die Anna Seghers, Brecht, Eisler, Bloch, später dann Adorno und Lucien Goldmann mit Lukács ausgetragen haben; laut Hrsg. umkreisen sie am Streitobjekt Lukács »alle literaturpolitischen und philosophisch-ästhetischen Auseinandersetzungen der dreißiger Jahre« (10) – im Exil und unter der Linken, wäre einschränkend hinzuzufügen gewesen. Die Autoren wollen nicht als Nachwelt zu Gericht sitzen; ihnen geht es vor allem »um die historisch-ästhetische Fundierung jenes Streites« (10). Damit stellt sich dieser

Band auf die seit Mitte der siebziger Jahre erreichte Stufe der Lukács-Rezeption in Ost und West, wie sie die Bände »Lehrstück Lukács« (Frankfurt 1974) und »Dialog und Kontroverse mit Georg Lukács« (Leipzig 1975) dokumentieren. Nicht mehr wird mit der Elle Brechts gemessen, nicht sogleich ist der Revisionismus-Vorwurf zur Stelle, versucht wird mittlerweile eine konkrete Rekonstruktion des (Spannungs-) Verhältnisses von Literaturtheorie, politischer Strategie und Kulturpolitik beim mittleren Lukács. Das einigende Stichwort dieser Rezeptionsweise ist: »Historisierung«; freilich stehen dahinter in Ost und West unterschiedliche Interessen. Während die DDR-Literaturwissenschaft vor dem Problem steht, ihre eigene, wesentlich durch Lukács' Kategoriensystem geprägte Tradition aufzuarbeiten, geht es hierzulande um die Befragung einer Vergangenheit, der bei uns keine traditionelle Verbindlichkeit zukommt, die aber doch wichtig wird, wenn es an die Ausarbeitung einer gegenwärtigen materialistischen Ästhetik geht. Die fehlende Verbindlichkeit der Lukács-Tradition hierzulande, die größere Distanz macht nun größere Freiheiten möglich: einmal thematisch – so wird im angezeigten Band die Bloch-Lukács-Kontroverse analysiert, während in der DDR-Sammlung auf diesen Höhepunkt der Expressionismus-Debatte aus erfindlichen Gründen nicht eingegangen wird, zum anderen in der größeren Pluralität von methodischen Ansätzen.

So behandelt Peter V. Zima die Meinungsverschiedenheiten zwischen Adorno und Lukács als »ein hochbedeutsames sprachliches Problem« (149), traktiert sie also vom Standpunkt der Semiotik. Dann reduzieren sich die real-historischen Probleme materialistischer Theoriebildung auf die Immanenz des Diskurses, auf sprachliche Differenzen, »deren Kern die Haltung des sprechenden Subjekts (. . .) zum Wortzeichen und zur Syntax ist.« (127) Nun ist eine Analyse z. B. des Wegs von der poetisch-pathetischen Sprache der »Theorie des Romans« zur erhabenen Langeweile der »Eigenart des Ästhetischen« wichtiges Forschungsdesiderat; befriedigend aber wird es nur ausfallen, wenn der reale historische Prozeß nicht für »weniger wichtig als das diskursive Schema« (153) erklärt wird. Lothar Baiers Essay zur Brecht-Lukács-Debatte faßt die bisherigen Ansätze zur historisch gerechteren Beurteilung Lukács' zusammen und radikalisiert sie zu der Frage, ob angesichts der ausgebliebenen Revolutionierung Europas und angesichts des Faschismus Lukács nicht realistischer gewesen sei als Brecht, der zeitlebens an der Revolution als Grundlage seiner Produktion festgehalten habe. Im »Revisionismus« Lukács' vermutet Baier einen »objektive(n) Gehalt (. . .), der noch auf seine Freisetzung wartet« (65). Seine Hypothese, die einer Umwertung der bisherigen Wertungsschemata gleichkommt: »Ist es nicht denkbar, daß Lukács' Lehre von der Kontinuität der Kultur die auch im Sinn des historischen Materialismus adäquate Theorie der unerkannten Fortdauer des bürgerlichen Zeitalters darstellt (. . .)?« (65) Liefse sich die Oktoberrevolution als nicht-sozialistische, sondern als verspätete bürgerliche Revolution im proletarischen Gewand begreifen, dann müßte Lukács' Ästhetik neu gelesen werden »als Ideologiekritik, als Kritik der proletarischen Ideologie« (65). Im übrigen hält Baier an der auch früher schon behaupteten Inaktualität der Brecht-Lukács-Debatte fest (vgl. seinen Beitrag in »Lehrstück Lukács«), modifiziert seine Meinung aber insofern, als er hier noch Begründungen für Stellungen entnehmen kann, die mittlerweile ein versteinertes Eigenleben führen. – Auf die Problematik des Fundierungszusammenhangs der jeweiligen ästhetischen Option zielt der Beitrag Burkhardt Lindners über die Kontroverse zwischen Bloch und Lukács. Der gemeinsame Boden ihres Diskurses ist die Theorie der Verdinglichung; unterschiedlich nur die der Kunst anempfohlenen Gegenstrategien: Festhalten am organischen Werk (Lukács), mittelbarer Gebrauch der Montage, nicht-organisches Werk (Bloch) oder Mimesis an die verdinglichte Welt (Adorno). Den Streit selbst läßt Lindner offen, denn: »Eine wirkliche Rekonstruktion des Sachgehalts der

Kontroversen kann innerhalb einer Erneuerung des Entfremdungsdiskurses nicht stattfinden.« (113) Dieser selbst nämlich sei unzulässige Ausweitung der Marx'schen Analyse des Warenfetischismus auf die Gesamtgesellschaft. Dafür aber öffnet Lindner wieder das Terrain der Diskussion um einen materialistischen Wirklichkeitsbegriff als Voraussetzung marxistischer Ästhetik. In der Kritik der Voraussetzungen der damaligen Debatten erweist sich für Lindner erst deren Aktualität. Im abschließenden Aufsatz von H.-J. Schmitt, der zugleich ein Resumé ziehen will, wird die Frage nach der Vereinbarkeit von Literaturtheorie und Kulturpolitik beim mittleren Lukács gestellt, d. h. für die Phase der Volksfront und des Stalinismus. Schmitt verneint die beliebte These, Lukács sei Handlanger der sowjetischen Kulturpolitik gewesen; er sieht die Verbindung bereits theoretisch geleistet in Lukács' Artikel »Alte Kultur und neue Kultur« von 1920: »Für Lukács war 1930 eine ästhetische und strategische Umorientierung auf die Indienstnahme der Literatur nicht notwendig.« (227) Zu dieser Folgerung aber gelangt Schmitt nur durch eine flüchtige Lektüre des Aufsatzes von 1920: was dort »neue Kultur« heißt, ist nicht identisch mit der des Kapitalismus, sondern eigene Schöpfung des Proletariats, nachdem mit der Revolution die wirtschaftlichen und sozialen Voraussetzungen gegeben sind. Von hier aus läßt sich Lukács' Theorie als eine der ästhetischen Autonomie lesen – Lukács spricht vom »zum Selbstzweck gewordenen Produkt« (zit. 227); d. h. aber, daß Literaturtheorie und Kulturpolitik wesentlich komplizierter vermittelt sind, als es Schmitt suggeriert. Differenzierter stellt Kurt Batt in seinem (übrigens aus dem Band »Dialog und Kontroverse« übernommenen) Artikel über Lukács und Anna Seghers die Relation von Politik und Ästhetik dar; gegen die verbreitete Identifizierung des Realismusprogramms mit den Blum-Thesen schreibt er: »Die politischen Implikationen seiner ästhetischen Theorie sind also aus den Blum-Thesen nicht umstandslos zu gewinnen, weil hier spezifisch Nationales dominiert, wo dort stets auf Menschheitsfragen reflektiert wird.« (17) Gewonnen hat Batt diese Einsicht aus der intimen Kenntnis der späten Ästhetik von Lukács (was bei den anderen Beiträgern nicht vorausgesetzt werden darf). Seine Belesenheit, seine analytische Schärfe und Ausgewogenheit zugleich machen diesen Aufsatz zu einem Musterbeispiel dafür, wie heutzutage die Auseinandersetzung mit Georg Lukács zu führen wäre.

Christian Fritsch (Aalborg/Dänemark)

Witte, Bernd: Walter Benjamin – Der Intellektuelle als Kritiker. Untersuchungen zum Frühwerk Walter Benjamins. Metzler Verlag, Stuttgart 1976 (244 S., br., 32,- DM).

Das Frühwerk Walter Benjamins widersetzte sich mit seiner Vielschichtigkeit und dem Beziehungsreichtum zwischen theologisch fundierter Sprachphilosophie, jüdischer Mystik und geschichtsphilosophischer Literaturbetrachtung bisher der eindimensionalen »Aufarbeitung«. Das hatte allerdings auch zur Folge, daß die literaturwissenschaftliche Relevanz seiner Schriften im Wissenschaftsbetrieb unbeachtet blieb. Wittes Untersuchung liest sich wie eine Rechtfertigung dieses Sachverhalts.

Dabei lassen sich der Arbeit durchaus positive Aspekte abgewinnen: die Fülle des aufgearbeiteten Materials, gescheite Detailinterpretationen, der zentrale Stellenwert, den der »Wahlverwandtschaften«-Essay zurecht einnimmt und die sinnvolle Strukturierung des Materials durch den Kritikbegriff sind wertvolle Ansätze zu einer weiteren Durchdringung des Stoffes. Was Witte trotzdem scheitern läßt, ist sein Unverständnis und methodisches Unvermögen gegenüber einer geschichtsphilosophischen Konstruktion in Benjamins Frühwerk, deren eschatologische Grundlage die ästhetischen Phänomene als schönen Schein kritisierbar macht, ist Wittes Gleichsetzung dieses Denkens mit Irrationalität in Verkennung des geistesgeschichtlichen Horizonts

Benjamins, dem die Theologie ein Erkenntnismodus war, der bei zerfallender Systematik der Philosophie an der Einheit der Weltanschauung festhielt und damit – einen radikalen Wahrheitsanspruch nicht preisgebend – versprach, in der Zerstörung der vorgefundenen, idealistischen Totalität die einzelnen Fragmente als bedeutungsvolle Vielheit einer neu herzustellen Ganzheit zu retten. In diesem Zusammenhang wäre der dialektische Kritik-Begriff Benjamins als Kristallisationspunkt eines Literaturverständnisses erschienen, das die ästhetischen Erscheinungsformen als Chiffren einer Realitätsaneignung und Sinndeutung begreift, wobei mit Zuspitzung der Klassenkämpfe der Weimarer Republik sowohl Gegenstände wie Inhalte der Kritik immer stärker gesellschaftspolitisch pointiert werden.

Doch schon in der Einleitung macht Witte deutlich, daß es ihm nicht so sehr um den Kritik-Begriff geht als um die intendierte Rezeption der Kritiken. Unter diesem Aspekt zerfällt ihm das Frühwerk in eine Phase esoterischer bzw. allegorischer Kunstkritik, die als subjektivistisch, unhistorisch, metaphysisch bewertet wird, und in eine Phase öffentlich wirksamer, bzw. funktionaler Kritik, die Witte als das gesellschaftliche, historische, rationale Gegenstück gilt. Als Idealtypus einer esoterischen Kunstkritik analysiert Witte den Wahlverwandtschaften-Essay. Doch anstatt dessen Verhältnis zu Schlegels Meister-Kritik exakter herauszuarbeiten, wird er von Witte an den Arbeiten Gundolfs und Diltheys gemessen, wobei Witte meint feststellen zu müssen, daß er methodisch demselben Zirkelschluß verfallt wie diese (68), inhaltlich »das interpretierte Werk unter weitgehender Mißachtung seiner unmittelbaren, vom Bedeutungsgehalt der Fabel nahegelegten Aussage zum bloßen System von Zeichenträgern neutralisiert« werde (76), so daß »nicht einmal mehr die Bilder stimmig sind, auf deren Auslegung doch der von Benjamin konstruierte religiöse Sinn gänzlich beruht« (81). »Esoterische Theologie« (97) und »auf seine paradoxe Spitze getriebenen Individualismus« (98) sind für Witte ebenso wie der Ort der Veröffentlichung Indizes der »restaurativen Seite von Benjamins Denken« (103). Auch über das Trauerspielbuch mit seiner »scholastischen Spitzfindigkeit« (117) gibt Witte trotz einer durchaus widersprüchlichen Argumentation und wertvoller Erkenntnisse »als literarischem Werk ein vernichtendes Urteil« (121) ab. Obwohl er zurecht konstatiert, daß Benjamins Arbeit »gar nicht im Rahmen traditioneller Literaturlauslegung fungiert« (125), stehen ihm offenbar nur deren Maßstäbe zur Verfügung. Er bemängelt, daß »sich in der ganzen Studie über das deutsche Trauerspiel nicht eine zusammenhängende Werkanalyse eines barocken Dramas findet« (127), was seine Vermutung bestätigt, »daß Benjamins Arbeit in wichtigen Teilen Spekulation aufgrund von Kenntnissen aus zweiter Hand ist.« (219) All diese ahistorische Metaphysik und hemmungslose Subjektivität der Methode hofft Witte in den Rezensionen nach 1925, insbesondere der Kracauer-Kritik, ins Gesellschaftliche und Rationale aufgelöst zu finden. Doch aufgrund der Fehlinterpretation der frühen Kritiken müssen Benjamins weiterhin existierenden »metaphysischen« Erörterungen Witte zutiefst irritieren. So kann er nur noch einen Rückfall »in das Ghetto des Ästhetizismus« (183) konstatieren, mit dem Benjamin »den Boden rationaler Auseinandersetzung verläßt« (ebd.). Und wenn Witte abschließend unentschieden-floskelhaft feststellt, daß weder Benjamins »materialistische Methode noch ihre theologische Intention ungebrochen und unreflektiert für die Gegenwart fruchtbar gemacht werden können« (184), so hätte doch gerade interessiert, was und wie fruchtbar gemacht werden kann.

Josef Schültke (Berlin/West)

Arnold, Heinz-Ludwig, und Hartmut Scheible (Hrsg.): Theodor W. Adorno. Edition Text + Kritik, München 1977 (194 S., br., 19,50 DM).

Für Adorno gilt heute, anders als für Benjamin, innerhalb der Linken eine Art Be-

rührungsverbot: Es resultiert nicht zuletzt aus dem Absinken der Kritischen Theorie zum Kulturgut und der Adorno'schen Ästhetik zum FAZ-Feuillettismus, von dem Scheible im Vorwort zurecht sagt, es sei zu reibungslos erfolgt, um unverdächtig zu sein (5). Zwar ist eines der Grundmotive für Adornos (an sich radikale) Kritik sicher der »nostalgische Zug zu großbürgerlichen Zeiten« gewesen (Lindner, 89); das kennzeichnet seine Grenzen, enthält aber auch Möglichkeiten. »Denn wahr ist nur, was nicht in diese Welt paßt« bezeichnet den Rückzug in einen unverbindlichen ästhetischen Freiraum, enthält aber auch subversive Züge, die fruchtbar zu machen wären (was allerdings heißt: aus ihrer Vermitteltheit und einem Stil voll »unglücklicher Liebe zur Metapher« – Oehler, 154 – herausgebrochen werden müßten).

Ist Adorno also rettbar? Die Autoren gehen die Frage unter verschiedenem Blickwinkel an: biografisch (hochinteressant Pettazzi, »Adorno bis 1938«; eher denunziatorisch als amüsan Haselberg), autobiografisch-rezeptionsorientiert (Junghenrich, der sich zum – inzwischen überwundenen – »Vatermord« bekennt), soziologisch (Hansen, »Soziologieverständnis«; Kappner, »Individuums-Begriff«). Burkhardt Lindner (»Herrschaft als Trauma«) situiert Adornos Gesellschaftstheorie zwischen Marx und Benjamin und arbeitet deren unterschiedliche Begriffe von Ideologie und Ideologiekritik heraus: »Während Adorno die Historizität der Ausgangsposition gesellschaftstheoretisch verallgemeinert, faktisch aber reduziert, sucht Benjamin ihr mit einer radikalen Historisierung der Erkenntnis gerecht zu werden« (80).

Im Mittelpunkt des Bandes stehen drei Arbeiten zur Ästhetischen Theorie und zwei speziellere zur Literaturtheorie. Grenz versucht, die architektonische Stellung der Ästhetik innerhalb des gesamten philosophischen System Adornos aufzuzeigen; ihm geht es vor allem darum, die »Ästhetische Theorie« als eigenständig und nicht als Legitimationswerk zur »Negativen Dialektik« und zur »Dialektik der Aufklärung« darzustellen. Als fruchtbar erweist sich seine begriffliche Trennung von *Werkästhetik* und *Wirkungsästhetik*: von dieser Unterscheidung her wird nicht nur Adornos Kritik am ästhetischen Wahrheitsbegriff bei gleichzeitigem Festhalten am Werkbegriff (»Zerfall der Werkkategorie«) deutlicher; von daher scheint sich mir auch die entscheidende Differenz des Erkenntnisinteresses zwischen Adorno und Benjamin fassen zu lassen: Adorno, der in der Bipolarität des Kunstwerks als autonom und als *fait social* letztlich immer das erste (= Werk) untersucht, während Benjamin viel stärker auf die Rezeption eingeht und, etwa, Baudelaire im Rahmen des gesamten *Seconde Empire* situiert (= Wirkung). Solche Unterschiede werden allerdings weniger deutlich, wenn man wie Oehler die literaturkritischen Auffassungen Adornos und Benjamins gerade am Beispiel Prousts untersucht (150–158): Adornos Analysen zu Proust gehören zweifellos zu seinen schwächsten Schriften; der Nachweis, daß Benjamin literaturkritisch exakter, besser, »brauchbarer« arbeitet (was immer klar war), ist daher etwas einfach.

Deutlich wird an Scheibles Band die große Lücke der Adornoschen Ästhetik: sich nie mit eigentlicher Massenkunst beschäftigt zu haben; unvorstellbar, daß Adorno über James Bond geschrieben haben könnte oder auch nur, wie Benjamin, über Dienstmädchenromane: »was nicht in diese Welt paßt« sind allemal Kunstwerke mit besonders ausgeprägtem Autonomiestatus, völlig durchgebildet, aber letztlich, gerade durch die fehlende Reibung an der Empirie, wirkungslos. Gerade damit nimmt sich Adorno die ideologiekritische Dimension der Untersuchung von Massenkultur, also wirklich einflußreicher Kultur, selbst; Beckett bleibt, mit dem glücklich gewählten Titel von Lüdkes Untersuchung (136–149), »der Kronzeuge«.

Was ist in solcher Situation die Rolle des Ästhetikers? Diese Frage des Selbst-Bewußtseins liegt dem mit Lindners Arbeit zweifellos wichtigsten der Aufsätze des Bandes, von Scheible selbst (»Geschichte im Stillstand«, 92–118), zugrunde. Wo der

Künstler in der Negation des Bestehenden nach Adorno »Statthalter« des besseren Vor-Scheins ist, wird der Ästhetiker zum »Statthalter des Statthalters« (112 ff., v. a. 114); wo Philosophie auf die »Rettung des Unbegrifflichen« ausgeht, benötigt sie zwingend die Kunst: ausführlich diskutiert Scheible die Problematik der »bestimmten Negation«, durch die Kunst gesellschaftlich antizipierend wirken soll (107 ff.) und im Rekurs v. a. auf Kant die Frage von Adornos Kunstverständnis und des Verhältnisses von Allgemeinem und Besonderem in der »Ästhetischen Theorie«.

Ein gewisser Defekt des ansonsten hervorragenden Bandes liegt darin, daß er sich fast ausschließlich mit der »Ästhetischen Theorie« beschäftigt; viele von Adornos Konzeptionen hätten sich möglicherweise klarer anhand der analytischen Schriften (v. a. der »Noten«) aufzeigen lassen. Dies gilt beispielsweise für Adornos Argumentation, die das »Bewußtsein von Nöten« als Bedingung von Kunst sieht und von daher gesellschaftlichen Gehalt gerade auch in der Negation durch eine eher hermetische (»unpolitische«) Form sieht (Beispiel Eichendorff-Analyse in der Lyrik-Rede); dies als Fortführung des Gedankens aus der »Philosophie der Neuen Musik«, daß ungelöste Widersprüche der Realität als Antagonismen der Form im Kunstwerk wiederauf-tauchen.

Der Band enthält eine ausführliche, wenn auch unvollständige Bibliographie deutscher und italienischer Titel zu Adorno von Carlo Pettazzi.

Thomas Bremer (Giessen/Bologna)

Mozejko, Edward: Der Sozialistische Realismus. Theorie, Entwicklung und Versagen einer Literaturmethode. Bouvier Verlag, Bonn 1977 (306 S., br., 55,- DM).

Mozejko versucht mit seiner Studie über den Stand der westlichen Forschung zum Sozialistischen Realismus, die oft von Vorurteilen und politischer Polemik geprägt ist, hinauszukommen. Die breit angelegte Untersuchung, die im Gegensatz zu V. C. James (*Soviet Socialist Realism: Origins and Theory*, Mac Millan, London 1973) den internationalen Aspekt mit einbezieht, gliedert sich in fünf Kapitel, in denen (I) die Entstehungsgeschichte des Sozialistischen Realismus nachgezeichnet und (II) die inhaltliche Substanz dieses Begriffes untersucht wird. Es schließt sich an (III) die Darstellung der Tradition des Sozialistischen Realismus in Westeuropa und (IV) in den osteuropäischen Ländern. (V) Ein Vergleich des Sozialistischen Realismus mit der »sozialistischen Literatur« (B. Brecht, E. Fischer, R. Garaudy, L. Goldman) schließt die Untersuchung ab.

Mozejko geht von der These aus, daß auf der Grundlage des Marxismus verschiedene Literaturkonzeptionen möglich sind. Der Autor belegt die These mit dem Nachweis, daß die Künstler des Sozialistischen Realismus die Grundthese der proletarischen Literatur der zwanziger Jahre in der Sowjetunion, die Literatur müsse dem Klassenkampf dienen, mit der Begründung ablehnten, das Konzept des Klassenkampfes als bewegendes Moment in der Kunst müsse in einer Gesellschaftsform wie die der Sowjetunion als überholt angesehen werden. An seine Stelle setzten sie daher (I) die elfte These von Marx über Feuerbach (»Die Philosophen haben die Welt nur verschieden *interpretiert*; es kommt aber darauf an, sie zu *verändern*.«) und (II) die Leninsche Widerspiegelungstheorie.

Für Mozejko beruht damit »Theorie und Praxis des Sozialistischen Realismus auf zwei gegensätzlichen Thesen des Marxismus«, (38) denn die 11. These postuliere den Traum einer glücklichen Zukunft, habe also eine ideologisch-verklärende Funktion, während die Widerspiegelungstheorie auf eine konsequente Aufdeckung der Wirklichkeit abziele. Der Autor kommt zu dem für seine Untersuchung entscheidenden Schluß: »Der Streit um die Definition des Sozialistischen Realismus ist ein Streit zwi-

schen der ideologischen Funktion, die der Marxismus innerhalb des neuen gesellschaftlichen Überbaus erfüllt, und dem rationalen Grundelement des Marxismus als Theorie, die die Gesetzmäßigkeiten gesellschaftlicher Entwicklung wissenschaftlich erklärt.« (40)

Trotz dieser problematischen Einschätzung der beiden Thesen, die deren dialektisches Verhältnis als Antinomie faßt, gelingt es Mozejko überzeugend, die Diskussion innerhalb des Sozialistischen Realismus in Ost- (Pavlov, Timofeev) und Westeuropa (Arragon) als eine Diskussion über das Verständnis des Zueinanders beider Thesen sichtbar zu machen. Es muß sich jedoch gefragt werden, ob Mozejko im 4. Kapitel seine originäre Einsicht nicht zu sehr strapaziert. Grundsätzlich unterscheidet er in Mittel- und Osteuropa zwei Gruppierungen. Die Sowjetunion, Bulgarien und die DDR betonen vor allem die ideellen und politischen Aspekte der Methode des Sozialistischen Realismus, während die Vertreter dieser Methode in Polen, Ungarn, Jugoslawien und in der Tschechoslowakei gerade die Erkenntnisfunktion der Literatur hervorheben. (216) Für Mozejko steht damit eine dogmatische Ideologisierung der Kunst dem Anspruch auf eine konsequente ästhetische Widerspiegelung der Realität gegenüber.

Diese Systematisierung erweist sich jedoch bei genauerem Hinsehen als vereinfachend, wobei sich eine mangelnde Aufarbeitung der als apologetisch abqualifizierten DDR-Forschung (9) rächt. So wird Lukács von dem Autor als ein extremer Vertreter der Widerspiegelungstheorie in Gegensatz zur Interpretation des Sozialistischen Realismus in der DDR gestellt. Andererseits kann Mozejko nicht umhin, Lukács' formalen Dogmatismus zu konstatieren, der ihn wiederum in die Nähe der ostdeutschen und sowjetischen Konzeption rücken würde. Dieser Dogmatismus, einer der wichtigsten Angriffsziele der DDR-Literaturkritik, wird jedoch von Mozejko heruntergespielt, so daß etwa die für die DDR-Literaturtheorie so wichtige Aufarbeitung der Brecht-Lukács-Kontroverse durch Werner Mittenzwei keine Erwähnung findet. Diese Rezeption würde Mozejkos Schema ›hie Dogmatismus – hie Liberalismus‹ empfindlich stören.

Es stellt sich die grundsätzliche Frage, ob Mozejko sich nicht durch seine interessante Einschätzung zu einem Schematismus hat verleiten lassen, der sich durchaus politisch interpretieren ließe. Es kann nicht geleugnet werden, daß die Kulturpolitik in der Sowjetunion und in der DDR zu einem repressiven Verhalten fähig ist, das sich aus einem ideologischen Dogmatismus erklären ließe. Die Aktualität der Untersuchung liegt auch in diesem Aspekt begründet. Es muß jedoch bezweifelt werden, daß sich hierin ein Scheitern des Sozialistischen Realismus aufgrund einer antagonistischen Widersprüchlichkeit manifestiert. Eine stärker sozio-politische Fragestellung, die eine etwaige falsch verstandene Dialektik von Kultur und Politik in den sozialistischen Ländern thematisiert, hätte eher Aussichten, zum Kern des Problems vorzustoßen. So ist Mozejko aufgrund seiner Faktentreue gezwungen, Material anzuführen, das dem von ihm konstatierten Dogmatismus des Sozialistischen Realismus widerspricht. Dieses Material wird jedoch entweder kommentarlos aufgelistet (79–80) oder als nicht typisch für den Sozialistischen Realismus verstanden, so etwa die für die Sowjetunion so wichtige Brechtrezeption durch Ilja Fradkin.

Frank Richter (Oldenburg)

Soziologie

Bellebaum, Alfred: Handlungswert der Soziologie. Vermittlungs- und Verwertungsprobleme. Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glahn 1977 (148 S., br., 26,- DM).

Seit einigen Jahren ist in vielen universitären Ausbildungsgängen ein wachsender

Anteil soziologischer Qualifizierung festzustellen. Das Vordringen der Soziologie in berufsbezogene Hochschulausbildung ist jedoch für diese nicht unproblematisch. Das vorliegende Buch, von einem in der Praxis solcher Ausbildungsprozesse Stehenden geschrieben, widmet sich diesen Problemen.

Im ersten Abschnitt geht es um die veränderte Qualität der Hochschulausbildung selbst, ihren Zusammenhang zum traditionellen »akademischen« Wissen. Thematisiert werden die Zusammenhänge von Berufsausbildung und wissenschaftlicher Qualifizierung, von Verwissenschaftlichung der Ausbildung und Spezialisierung. Deutlich wird, daß gerade die Soziologie noch viel Arbeit aufwenden muß, um Nebenfachstudenten auch mit einem in ihrem Fach und in ihrem angestrebten Beruf nützlichen Wissen auszustatten und nicht mit Soziologismen zu überfrachten, die allenfalls Enttäuschung über die Soziologie erzeugen.

Die Frage, welches soziologische Wissen denn in je spezifischen Berufsausbildungen erfordert und sinnvoll ist, kann nun nicht von diesen Berufen allein her beantwortet werden. Die »Dimensionen wissenschaftlichen Wissens«, Thema des zweiten Teils, müssen hierzu näher ausgeleuchtet werden. Der Autor versteht Soziologie primär als Sozialtechnologie im Sinne des »Kritischen Rationalismus«. Er hat daher auch kaum Schwierigkeiten, der Soziologie »polyvalente Kompetenzen« zuzuordnen. Aus der vielfältigen Anwendbarkeit der Soziologie ergeben sich für ihn segmentierbare Vermittlungsgegenstände, die sozusagen stückchenweise in die einzelnen Studiengänge eingebracht werden können, ohne das Selbstverständnis der Soziologie als einheitlicher Wissenschaft infrage zu stellen.

Im dritten Abschnitt geht es um die Frage, inwieweit berufliches Wissen heute »professionalisiert« ist, d. h. inwieweit in berufspraktische Ausbildung »Wissenschaftlichkeit« eingehen muß, oder ob es genügt, lediglich »gesicherte« Ergebnisse zu vermitteln.

Die Frage wird fortgesponnen im vierten Abschnitt mit der Behandlung des Verhältnisses von beruflichem und außerberuflichem Wissen. Hier äußert der Autor die Vermutung, daß es soziologische Qualifikationen gebe, die zwar nicht unmittelbar zur Berufsausbildung nötig, für außerberufliches Handeln jedoch durchaus wünschenswert sein könnten.

Im fünften und letzten Teil schließlich geht es um die »Funktionen soziologischen Wissens« allgemein und um die Zusammenfassung der einzelnen Aspekte. Es wird dort die Befürchtung geäußert, mit dem Vordringen soziologischen Wissens in die »Fachwissenschaften« entfalle »eine gewisse Existenzberechtigung des Faches Soziologie«. (116)

So verdienstvoll die Themenstellung ist, so anregend viele Bemerkungen über den Alltag soziologischer Nebenfachlehre sind, insgesamt ist doch die Orientierungskraft des vorliegenden Buches relativ gering. Es sind sehr viele resignative Einschätzungen zu finden, die aus dem beklagten Dilemma nicht hinausweisen. So wird z. B. kaum noch auf der Sinnträchtigkeit umfassender Vermittlung gesellschaftlicher Gesamtzusammenhänge bestanden, deren Praxis als »wenig ermutigend« hingestellt wird (115); vielmehr endet das Buch im technizistischen Sich-Einrichten in einer »Versorgung mit« Soziologie für alle möglichen Einzelfächer. Das genau aber macht die Soziologie als Disziplin überflüssig, läßt sie in Form individueller Lehre in den Fächern selbst verschwinden.

Besonders ärgerlich sind die unverhohlenen Ideologeme und Gesellschaftsbilder. Die Diskussion zwischen Kritischem Rationalismus und Kritischer Theorie wird kurz referiert, um dann ohne zwingende Schlußfolgerung zugunsten des Kritischen Rationalismus willkürlich entschieden zu werden (26 f.). Der historisch-materialistische, der systemtheoretische und der strukturfunktionalistische Ansatz der BRD-Soziologie werden schlichtweg unterschlagen.

Als zynisch muß die Qualifikations-Theorie des Autors bezeichnet werden. Sie unterscheidet zwischen Handlungswissen und Erklärungswissen, wobei letzteres umfangreicher und der sozialen Wirklichkeit adäquater, für die Ausbildung jedoch in weiten Teilen überflüssig und daher aufs Handlungswissen reduzierbar sein soll. So z. B. »interessiert es nicht, weshalb bisher immer wieder Menschen repressive Gewalt ausübten und institutionalisierten« (44); für angehende Sozialarbeiter könnte die Einsicht in die historisch-ökonomischen Gründe der Herrschaftsausübung und Institutionalisierung entmotivierend und die Effektivität ihrer Arbeit beeinträchtigend wirken. Das Vermittlungsproblem der Soziologie besteht daher nicht, wie man in kritischer Absicht zunächst unterstellen mochte, darin, gesellschaftliche Gesamtzusammenhänge auf berufsspezifische Einzelbereiche hin zu konkretisieren; soziologische Berufsausbildung besteht nach der Lektüre des vorliegenden Buches darin, auf die Vermittlung allgemeiner Grundstrukturen unserer Gesellschaft zu verzichten und nur noch spezielles Technokratenwissen zu vermitteln. Warum bestimmte gesellschaftliche Phänomene so und nicht anders sind, geht nur noch Hauptfachsoziologen etwas an; der Sozialarbeiter braucht demgegenüber bloßes »Handlungswissen«, das ihm konkrete Verhaltens- und Durchhaltestrategien ermöglicht.

Ein solches Verständnis von Soziologie ist einer Hochschulreform adäquat, die Kurzstudiengänge auf Kosten umfassender Qualifizierung einführen will und damit die Sozialverpflichtung der Wissenschaft – insbesondere der Soziologie – aus dem Lehrprogramm herauskatapultieren möchte. Wer ein Interesse an solcher Soziologie haben könnte, wird im Buch nicht dargestellt; man kann es sich dennoch leicht vorstellen.

Georg Ahrweiler (Münster)

Badura, Bernhard (Hrsg.): Seminar: Angewandte Sozialforschung. Studien über Voraussetzungen und Bedingungen der Produktion, Diffusion und Verwertung sozialwissenschaftlichen Wissens. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1976 (517 S., br., 16,- DM).

Themen des Bandes sind wissenschaftsinterne und -externe Fragen des Verhältnisses von Sozialforschung und Politik, die Bedingungen und Formen ihres gegenseitigen Bezugs aufeinander. Mit 22 z. T. gekürzten Beiträgen, davon 8 Originalbeiträge, soll – so der Klappentext – »eine kritische Einführung in die Bereiche wissenschaftliche Beratung, Planung/Organisation und gesamtgesellschaftliche Relevanz sozialwissenschaftlicher Erkenntnisse« (2) gegeben werden. Die Auswahl der Beiträge vor allem aus angelsächsischen Zeitschriften und Readern der Jahre 1963 bis 1971 hat Badura mit folgenden Ansprüchen vorgenommen (25): erstens sollen sie Beiträge repräsentativ sein für die internationale Diskussion, insbesondere die Positionen von Policy Sciences, System Analysis und Marxismus, zweitens sollen sie zentrale Anwendungsbereiche von Sozialforschung behandeln und drittens »unser faktisches Wissen . . . bereichern und hoffentlich auch in der Bundesrepublik Forschungen« anregen (25). Die von Verlag und Herausgeber geweckten Erwartungen werden jedoch nicht befriedigt. Der Leser wird, sofern er nicht bereits informiert ist und daher auf eine kritische Einführung verzichten kann, bei der Organisation seiner Lektüre allein gelassen. Er stößt auf eine nicht näher begründete Auswahl von Aufsätzen unterschiedlichen theoretischen und sprachlichen Niveaus (journalistisch thesenhaft, abstrakt wissenschaftstheoretisch etc.), unterschiedlicher aber nicht explizierter gesellschaftstheoretischer und methodologischer Orientierung, sowie diverser sozialwissenschaftlicher Disziplinen und entsprechender Anwendungsbereiche (z. B. Soziologie, Ökonomie, Außen- und Militärpolitik, Bildungspolitik bis hin zu Technologiepolitik).

Der Band ist in vier Abschnitte unterteilt. Im ersten Abschnitt zum Verhältnis von

Experten und Klienten (31 ff.) liegt der Schwerpunkt auf dem empirischen Nachweis der legitimatorischen Funktion angewandter Forschung für die von ihr weitgehend unbeeinflusste Außen-, Bildungs- und Technologiepolitik in den USA. In Form von Fallstudien (Hippel/Primack, 87 ff.) oder einer Befragung der »Beratergemeinschaft« bei bildungspolitischen Programmen (Cronin/Thomas, 58 ff.) wird aus wissenschaftssoziologischer Sicht in interaktionstheoretischer Orientierung die Abhängigkeit institutionalisierter Forschung von herrschender Politik deutlich gemacht. Aus den Rahmen der Beiträge dieses Abschnitts fällt der Originalbeitrag von Bodemann über Möglichkeiten und Grenzen, sowie wissenschaftspolitische Implikationen teilnehmender Beobachtung, da er sich nicht auf Regierungspolitik, sondern auf die von ihr Betroffenen bezieht (135 ff.). Im Abschnitt »Planung und Organisation« (187 f.) sind mehrere Beiträge zu Policy Sciences, System Analysis, Prognoseforschung, sowie zum Verhältnis von Grundlagenwissenschaft und politischem Handeln zusammengestellt. Vor allem der dritte Abschnitt unter dem Titel »Sozialwissenschaft und Gesellschaft« (317 ff.) bleibt in der Zusammenstellung unbefriedigend, weil die hier zu erwartende Reflexion sozialwissenschaftlicher Forschung in Bezug auf gesellschaftliche Strukturen allenfalls von Goldthorpe in seiner Kritik an historizistischer Analyse gesellschaftlicher Entwicklung entfaltet wird. Der letzte Abschnitt über wissenschaftstheoretische Grundlagenprobleme (443 ff.) beinhaltet neben einer eher formalen und durch Kürzung eines Beitrages (Allison, 466 ff.) unvollkommen nachvollziehbaren Diskussion über empirische Politikwissenschaften eine Auseinandersetzung mit Begründungs- und Erklärungsproblemen sozialwissenschaftlicher Forschung in Anlehnung an Georg Henrik von Wright (Gabriel, Schneider).

In der Einleitung des Bandes versucht der Herausgeber eine Heuristik angewandter Sozialforschung zu geben, in der die normativ-kritische Potenz seines soziokulturellen Ansatzes deutlich wird. Daß Badura angesichts der Vielfalt der Beiträge darauf verzichtet hat, sie im Rahmen einer »kritischen« Einführung zu kommentieren und ihren jeweiligen kontextuellen Zusammenhang zu verdeutlichen, ist verständlich, reduziert aber den Gebrauchswert des Bandes auf seine Verwendung in Lehrveranstaltungen. Aber auch in einem solchen Anwendungsbezug wird der Anspruch auf Repräsentativität und praktische Relevanz nur durch Auswahl und Ergänzung erfüllbar sein. So fehlt z. B. – akzeptiert man einmal die angelsächsische Zentrierung – ein Bericht über das für die amerikanische Diskussion relevante Projekt »Camelot«, einem Counter-Insurgency-Programm, an dem mitzuarbeiten sich einige Sozialwissenschaftler öffentlichkeitswirksam weigerten, oder über die Herausbildung der Gruppe der sogenannten Radicals in der Kritik an der amerikanischen Sozialpolitik der 60er Jahre. Völlig ausgespart bleibt zudem der auch für die momentane Forschungspolitik in der Bundesrepublik relevante Bereich sozialwissenschaftlicher Industrieforschung (z. B. Tavistock-Institut). Zweifellos ist es schwierig, in einem Band die umfassenden Ansprüche, wie sie der Herausgeber für sich proklamiert, umzusetzen. Weniger, ergänzt um eine am Material orientierte Einleitung, wäre daher mehr gewesen.

Axel Deeke (Dortmund)

Bischoff, Joachim (Hrsg.): Die Klassenstruktur der Bundesrepublik Deutschland. Ein Handbuch zum sozialen System der BRD. VSA, Berlin/West 1976 (173 S., br., 9,80 DM).

Im vorliegenden Band, einem kleineren Nebenprodukt des Projekts Klassenanalyse, unterbreitet das PKA seine bekannte und bis heute in den wesentlichen Zügen unmodifizierte Sicht der gesellschaftlichen Struktur der BRD, ihre theoretische Verarbeitung und die politischen Konsequenzen. Der eigentliche klassenanalytische Teil

geht aus von der groben Einstufung nach Proletariat, Bourgeoisie und »Mittelklassen« und den den verschiedenen Einkommensquellen korrespondierenden Kategorien der Lohnarbeiter mit Einkommen aus den Primärquellen bzw. des Kapitals, diese wiederum in solche aus der Sphäre der produktiven bzw. unproduktiven Arbeit untergliedernd. Abgesehen von den mageren empirischen Ergebnissen, die diese Erfassung bisher erbracht hat – sie ist z. T. der Ausdünnung der Kategorien der Amtlichen Statistik der BRD anzulasten –, läßt sie doch die gleichen Fragen offen, die auch an sonstigen einschlägigen PKA-Veröffentlichungen schon moniert wurden: Was bringt die Unterscheidung produktiver/unproduktiver Arbeit für die Klassenanalyse über eine Unterscheidung von Arbeitsbereichen der Erwerbspersonen hinaus? Wie passen die Herren Leitenden Ministerialdirigenten z. B. zusammen mit dem Gleiswärter der Bundesbahn in die gleiche Grobkatgorie der Mittelklassen? Die in der Tat »reichlich zerklüftete Landschaft« von staatlichen Organen (105) kann dann nur mit dem Kunstgriff einer Aufspaltung dieser Gruppen glattgewalzt werden, nach der die eine Tätigkeit der kapitalistischen Form, die andere dem gesellschaftlichen Charakter entspränge. Entsprechend sieht auch die Darstellung aus, wie der bürgerliche Staat der bürgerlichen Produktionsweise entspringt: Seine Voraussetzung, das Ergebnis des Produktionsprozesses – nämlich Kapital und Profit, Kapitalisten und Lohnarbeiter – »sehen die Individuen (!) . . . nicht«, es »ist ihnen nicht klar«, »sie sehen die sozialen Verhältnisse nicht«, »betrachten . . .«, »wollen . . .«, »wollen also . . .«, und so »(erhält) der durch die Produktionsverhältnisse bedingte Wille einen allgemeinen Ausdruck als Gesetz und Staatswille« (96 f.). Der Begriff Arbeitsteilung taucht hier ein einziges Mal in der nebulösen Formulierung auf, die »einheitliche (!) Staatsgewalt . . . (verzweige) sich nach dem Plan einer systematischen und hierarchischen Arbeitsteilung« (96), der Begriff Klasse überhaupt nicht. Unverfroren der Schlußsatz: »Die bürgerliche politische Ordnung entspringt also dem kapitalistischen Reproduktionsprozess und befestigt ihn« (97).

Auch mit den praktischen Konsequenzen ist nicht sehr viel anzufangen, schon gar nicht für eine »revolutionäre Politik« (164 ff.). Sie sind zwar tagespolitisch realistischer als der klassenanalytische Teil, bleiben aber ausgesprochen blaß und allgemein. Irgendwelche strategische Folgerungen aus dem analytischen Teil des Bandes werden nicht gezogen. Es bleibt bei der Feststellung, die Forderungen nach dem Recht auf Arbeit, gesicherten Ausbildungsplätzen etc. verstärkten sich, der Forderung, das Proletariat müsse für Maßnahmen eintreten, die seine und seiner Organisationen Existenzsicherung verbesserten und auch für solche, die das Privateigentum an Produktionsmitteln angreifen, und der Feststellung, die Hauptaufgabe sozialistischer Politik in der BRD bestehe in der Aktionseinheit der Arbeiterklasse im Kampf für eine wirkliche Demokratie. Diese Ergebnisse nun sind so wenig neu, ihre Empfehlungen so wenig Resultat einer Klassenanalyse von der Art jenes Anspruchs, der da angestellt kommt, daß das »Handbuch« als sehr wenig hilfreich eingeschätzt werden muß.

Claudia Stellmach (Bremen)

Durth, Werner: Die Inszenierung der Alltagswelt. Zur Kritik der Stadtgestaltung. Bauwelt Fundamente 47, Braunschweig 1977 (228 S., 160 Abb., br., 29,80 DM).

Die aus einer Dissertation hervorgegangene Publikation befaßt sich mit dem veränderten Erscheinungsbild der bundesdeutschen Innenstädte in den 70er Jahren. Nach dem städtebaulichen Leitbild der 60er Jahre, der verdichteten und verkehrsgerechten Stadt (Kennzeichen: Kahlschlagsanierungen, Stadtautobahnen) bestimmen seit der Wirtschaftskrise von 1973 Stadtgestaltung und -erhaltung, Bestandspflege und Mo-

dernisierung weitgehend die städtebauliche Praxis. Durth zeigt auf, daß die »Inszenierung der Innenstädte« ökonomischen Notwendigkeiten entspricht. Aufgrund zunehmender innerstädtischer Verkehrsprobleme entstanden seit Mitte der 60er Jahre an der Peripherie der Städte neue Verkaufsformen (Einkaufszentren), die die Käuferströme von der City abzogen. Um dieser Konkurrenz zu begegnen, begannen das Warenhandels- und Dienstleistungskapital sowie die Kommunen – letztere im wesentlichen aufgrund ihrer weitgehenden Abhängigkeit von der Gewerbesteuer dem Warenhandels- und Dienstleistungskapital verpflichtet – durch verschiedene städtebauliche, architektonische und ästhetische Maßnahmen die Innenstädte aufzuwerten. Die Einrichtung von Fußgängerzonen und Passagen, die Verkleidung von kommerziellen Neubauten mit »verpflanzten« oder historisierenden Altstadtfassaden sowie die Restaurierung von historischen Fassaden haben das Ziel, »Einkaufen zum Erlebnis« zu machen, wobei der eigentliche Kaufakt »verdrängt« wird. Die Stadtentwicklung und das Erscheinungsbild der Städte folgen aus der Inszenierung der Warenwelt: Die Waren sollen in reizvollen städtebaulichen Arrangements dargeboten werden. Sowohl die Medienberichterstattung als auch die verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen folgen den skizzierten Zielsetzungen: An die Stelle ökonomischer sind weitgehend ästhetische und psychologische Aspekte getreten.

An der Nutzung der Kernstadt hat sich dabei nichts geändert und die Funktion der Kernstadt als City wird nicht in Frage gestellt. Es erfolgt lediglich eine Änderung der Form bzw. der architektonischen Aufmachung (Attraktivierung der Stadt). Das Diktat durch die Monopole beschleunigt die soziale Segregation. Die Umstrukturierung bzw. Verödung der Städte hat sich beschleunigt, da in den wenigen restaurierten »Edelquartieren« (21) nur Teile der Mittel- und Oberschichten wohnen können. »Das in der Stadtmitte ausgestellte Leben steht quer zur Alltagserfahrung der Masse der Bevölkerung« (21), da im Gegensatz zum innerstädtischen Bereich in den Neubausiedlungen nur Bestandssicherung betrieben wird.

Durch die exemplarische Analyse einer Kommune und durch Straffung der Sprache hätte die Publikation an Anschaulichkeit gewonnen. Joachim Petsch (Bonn)

Hamelink, Cees: *The corporate Village. The Role of Transnational Corporations in International Communication.* Verlag IDOC International, Rom 1977 (237 S., br., 6,95 \$).

Nachdem es Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre einen regelrechten Boom an medienkritischer, auch mediensoziologischer Literatur gegeben hat, ist es erstaunlich ruhig in diesem Sektor geworden. Unverständlicherweise. Denn die Entwicklung der Kommunikationsindustrie war in den letzten Jahren gewaltig. Unter dem Einfluß neuer Kommunikationstechnologien (z. B. Kabel- oder Satelliten-TV, Video, Bildplatte, etc.) haben sich vor allem die Giganten der Elektroindustrie mit einer zunehmenden Tendenz zur Internationalisierung zu Produktionszweigen entwickelt, die nicht nur ideologisch, sondern auch ökonomisch und politisch die Entwicklung in der kapitalistischen Welt mitbestimmen. Konzerne wie ITT, IBM, General Electric, Philips, Siemens oder Western Electric sind zu sagenhafter Größe und Bedeutung angewachsen.

Das von Cees Hamelink redigierte und von der IDOC (International Documentation and Communication Centre mit Hauptsitz in Rom) herausgegebene Buch erfüllt in hervorragender Weise die Aufgabe, »die Rolle der transnationalen Unternehmen in der internationalen Kommunikation« (ii) transparenter zu machen. Die Bedeutung, die z. B. ITT für den faschistischen Putsch in Chile eingenommen hat, wird begreif-

barer, wenn man erfährt, daß dieser Konzern (1975) einen jährlichen Verkaufsumsatz in Höhe von mehr als 11 Milliarden Dollar zu verzeichnen hat und über ein Beschäftigtenheer von 409 000 Menschen verfügt.

Der Wert des Buches besteht im ersten Teil in der großen Fülle empirischen Materials, das zu den aktuellen Kommunikationsverhältnissen zur Verfügung gestellt wird. Schwerpunkt der Darstellung ist die Elektroindustrie, die alleine 14% der totalen Verkaufsziffern der fünfzig größten Unternehmen der Welt abdeckt (16). Aber auch die Konzerne der Luftfahrt, aus denen heraus ein Großteil der neuen Kommunikationstechnologien entwickelt wird, sind thematisiert. Ebenso die Medien-Giganten (Radio- und Fernseh-Networks, Verlage und Filmgesellschaften), die vor allem die »software« produzieren und in den meisten Ländern eng mit der Elektroindustrie verknüpft sind. Und nicht zuletzt diejenigen branchenfremden Unternehmen, die sich durch ein intensives Interesse – zumeist ausgedrückt in finanzieller Beteiligung – an der Kommunikationsindustrie auszeichnen, wie z. B. die US-amerikanischen Riesen General Foods, Transamerica Co., oder Gulf & Western Industries. Mit Hilfe übersichtlicher Tabellen, komprimierten Erläuterungen zu Geschichte und Stellenwert der einzelnen Firmen und – vorwiegend eindrucksvoll satirischen – Graphiken wird die Entwicklung dieser Sparten bis 1975 vorgestellt.

Der Mittelteil des Buches wird durch Aufsätze zur »Konzentration in der internationalen Kommunikation« (71 ff.) abgedeckt. Die einzelnen Beiträge sind – mit Ausnahme derjenigen des Redakteurs – zwar keine Originale. Sie stammen aus verschiedenen internationalen Zeitschriften und Sammelbänden der letzten Jahre, die allerdings sämtlich in der BRD schwer oder überhaupt nicht zugänglich sind. Die Autoren dieser Aufsätze zur Konzentration in den verschiedenen Sparten der Kommunikationsindustrie (Film, Rundfunk, Schallplatten, Presse-Verlage, Nachrichten-Agenturen, Werbung und Marktforschung) sind vor allem Armand Mattelart, Herbert Schiller und andere als fortschrittliche Medienforscher international profilierte Autoren.

Der ökonomischen Analyse schließen sich Beiträge zu den kulturellen Abhängigkeitsverhältnissen an, welche die internationalen Konzerne herstellen. Zurecht betont Cees Hamelink in der Einleitung dieses Kapitels, daß der Stellenwert der Kommunikationsindustrien für internationale Dependenz bisher kaum analysiert wurde (131). Neben einem Auszug aus dem während der chilenischen Unidad Popular-Regierung entstandenen und jetzt verbotenen Buch von Ariel Dorfmann und Armand Mattelart zum Kulturimperialismus der USA, »How to Read Donald Duck« (151 ff.), sind besonders wertvoll zwei Fallstudien von Peter Schenkel zur insgesamt für Lateinamerika typischen Situation in Argentinien und Mexiko (165 ff.).

Aber das Buch beschränkt sich nicht auf die Darstellung der kulturellen Herrschaft in der kapitalistischen Welt. In einem besonderen Kapitel werden einige »Anzeichen des kulturellen Widerstandes« (173 ff.) thematisiert. An den Beispielen Kanada, Australien und Kuba wird die Möglichkeit und die Notwendigkeit der antikapitalistischen kulturellen Resistance anschaulich demonstriert.

Cees Hamelink beschließt das Buch mit einem Ausblick auf diejenigen gesellschaftlichen Institutionen und Gruppen, welche die internationale Hegemonie des Profits über die Kommunikationsverhältnisse brechen oder zumindest relativieren könnten: die Vereinten Nationen, vor allem die Institutionen der UNESCO, einige Regierungen der Dritten Welt, Teile der Kirchen, die Gewerkschaften, Forschungseinrichtungen und Initiativen, wie zum Beispiel die »Schweizer Aktions-Gruppe« (212), die erfolgreich gegen den Nestle-Konzern gestritten habe.

Es entspricht unserem Forschungsstand zur Problematik des Kulturimperialismus, daß in der Bibliographie keine einzige Veröffentlichung aus der BRD enthalten ist, die etwas zum Thema zu sagen hat. Siegfried Zielinski (Berlin/West)

Kunczik, Michael: *Massenkommunikation. Eine Einführung.* Böhlau Verlag, Köln–Wien 1977 (246 S., 25,- DM).

Kuncziks Darlegungen »wenden sich in erster Linie an Abiturienten und Studienanfänger, die sich mit der Stellung der Massenmedien in der Gesellschaft befassen wollen.« (VII) Den Einstieg in die Materie will er »Anfängern durch die Befügung eines Glossars« erleichtern (VII). Schaut man sich dieses Glossar näher an, so lassen Art und Umfang zu wünschen übrig, wenn Kunczik z. B. zum Problem der »Persuasion« nichts sagt, dafür aber (hinlänglich bekannte) Begriffe wie »Aggression« (»Verhalten eines Organismus, das auf die Schädigung eines anderen abzielt«, S. 239) und »Imitation« (»Nachahmung des Verhaltens eines Modells«, S. 240) mehr oder weniger nichtssagend definiert.

Sein Literaturverzeichnis ist über alle Zweifel erhaben und gleicht einer unglaublichen Sisyphos-Arbeit: Auf 30 Seiten finden sich etwa 920 Titel. Diese enzyklopädische Belesenheit schlägt sich denn auch im Buch nieder: In Kapiteln wie »Massenmedien und Gesellschaft«, »Zur Soziologie des Kommunikators«, »Inhalte von Massenmedien«, »Wirkungsforschung« und »Sozialisation durch Massenkommunikation« berücksichtigt er die verschiedensten empirischen Ergebnisse, Aussagen und Theorien. Die Problematik eines solchen Vorgehens liegt auf der Hand: Der Leser verliert die Orientierung, er ist hin- und hergerissen zwischen Einzelergebnissen, die allesamt interessant sind, sich aber zu keinem einheitlichen Konzept zusammenfügen lassen. Es gelingt Kunczik nicht, mit der ordnenden Hand eines Wissenschaftlers die verschiedenen Ergebnisse bestimmten politischen und theoretischen Konzepten zuzuordnen. Nur selten entscheidet er sich nach der Auflistung mehrerer Möglichkeiten für eine eigene – so z. B. will er dem Kommunikationsbegriff Max Webers folgen (5) oder »trotz der erhobenen Einwände in einem strukturell-funktionalistischen Rahmen« argumentieren (31); im Gang der Arbeit wird dann allerdings nicht transparent, inwiefern diese seltenen »Entscheidungen« seine weiteren Ausführungen inhaltlich und methodisch bestimmen.

Lobenswert ist die Fülle der Ergebnisse, die Kunczik z. B. zu Themen wie »Entwicklung der Massenkommunikationsforschung«, »Anmerkungen zur Medienlandschaft in der BRD«, »Massenkommunikation und sozialer Wandel«, »Kommunikatorforschung«, »Soziale Kontrollprozesse in Redaktionen«, »Inhaltsanalyse«, »Einzelvariablen im Wirkungsprozeß«, »Massenmedien und Wahlverhalten« oder »Die Auswirkungen massenmedialer Gewaltdarstellungen« beibringt. Wer aber zugleich eine fundierte Kritik der Funktionen der Massenmedien in den spätkapitalistischen Staaten oder eine Perspektive zur demokratischen Teilnahme aller am Kommunikationsprozeß via Medien sucht (verbunden etwa mit Namen wie Brecht oder Enzensberger, die sich nicht im Literaturverzeichnis finden lassen), der sieht sich enttäuscht.

Frank Dietschreit (Hamburg)

Haseloff, Otto Walter: *Stern. Strategie und Krise einer Publikumszeitschrift.* V. Hase u. Koehler Verlag, Mainz 1977 (995 S., Ln., 72,- DM).

Referiert wird über neun Jahrgänge des Stern von 1966 bis 1974. Haseloff, ehemals Leiter des Berliner EMNID-Institutes für Wirtschaftspsychologie und Marktforschung, geht der welt-, außen- und ostpolitischen sowie der innen- und gesellschaftspolitischen Berichterstattung nach. Eine Seite Stern wird in 40 Flächeneinheiten (FE) unterteilt und unter einzelnen Aspekten wieder addiert. Beispiele: positive Berichterstattung über sozialistische Länder = 14 FE pro Exemplar; Kritik am Sozialismus = 8 FE pro Exemplar; CDU-positive Beiträge = 442,5 FE; FDP-positive = 508,5 FE. Gemessen an der herrschenden Meinung bzw. am status-quo parlamentarischer Sitz-

verteilung belegen diese mit konventionellen contentanalytischen Verfahren gewonnenen »objektiven Daten« die »realitätsverzerrende Nachrichtenauswahl« (352).

Wird der Stern hier noch eines verantwortungslosen »gesinnungsethischen« Standorts überführt (249) und sein utopisch-missionarischer Eifer nach Quadratzentimetern Linkslastigkeit vielfach dokumentiert, ändert sich im Verlauf der Untersuchung die Perspektive, weil über die politischen Artikel hinaus die gesamte Publikationsfläche in der gleichen quantifizierenden Weise betrachtet wird (Ein sich anbietender Vergleich mit Illustrierten wie Quick etc. wird nicht gewagt, weil damit das Ergebnis – angesichts der relativen Außenseiterrolle des Stern – wohl selbst in den Augen des Autors in Frage stünde). Am Ende läßt Haseloff keinen Zweifel daran, daß politische Botschaften »im redaktionellen Angebot des Stern keine anteilig große Rolle (spielen)« (919), mithin es »völlig falsch (wäre), den Stern (. . .) etwa für eine »linke« Zeitschrift zu halten« (899). Widersprüche im Angebot des Stern werden so unfreiwillig in der Abhandlung reproduziert. Einerseits sollen »die 44,6% der gesamten Publikationsfläche des Stern, die der Präsentation von Markenartikelanzeigen dienen, (. . .) die Glaubwürdigkeit der in dieser Zeitschrift sich entfaltenden Kritik an der Marktwirtschaft« widerlegen (890), andererseits sind der Stern und mit ihm sympathisierende Medien »als »Vierte Gewalt« neben die Legislative, die Exekutive und die richterliche Gewalt getreten. Die Machtentfaltung der »Meinungsmacher« aber ist bisher weder legitimiert noch begrenzt« (Vorwort, vgl. 960). So stellt sich die Untersuchung, zum Teil mit einem Vokabular garniert, das an die Zeiten der Anti-Springer-Kampagne erinnert, in den Dienst der Angriffe auf die Pressefreiheit. Im Rahmen der Forderung nach Einschränkung der »unkontrollierten Übermacht der »Meinungsmacher.« (923) wird insbesondere nach einem »Prozeß der »Bewußtseinserhellung« innerhalb der Redaktionen von Stern und der beteiligten Verlage« verlangt (978). Es hieße jedoch dem Buch nicht gerecht werden, wollte man ihm anlasten, daß dieser Empfehlung inzwischen Folge geleistet wurde.

Leider fehlt trotz des Umfangs ein systematisches Verzeichnis der ausgewerteten Artikel; man hätte dann immerhin für neun Jahrgänge des Stern ein Register.

Rolf Schempershofe (Sundern)

Erziehungswissenschaften

Röhrs, Hermann: Die progressive Erziehungsbewegung. Verlauf und Auswirkung der Reformpädagogik in den USA. Schroedel Verlag, Hannover 1977 (178 S., br., 29,80 DM).

Hermann Röhrs vorliegende Studie über progressive Erziehungsbewegungen in den USA bildet den zweiten Teil einer zweibändigen Darstellung der internationalen Reformpädagogik, deren erster – noch nicht erschienener – Teil sich mit der Entwicklung in Europa und speziell in Deutschland befassen soll. Bereits im Vorwort läßt Röhrs eine klare Abgrenzung zu linken erziehungswissenschaftlichen Grundpositionen erkennen, indem er Schule und Erziehung zwar einen Humanisierungsauftrag zuweist, klärend aber hinzufügt, daß er unter Humanisierung »die pädagogische Einlösung des dem Menschen von seiner *Sendung* her Möglichen und weniger eine begrenzte und politisch okkupierte Position« verstehe (7). Zugleich bedrückt ihn, daß auf dem schulreformerischen Feld »häufig Aktivitäten aufweisbar seien, die diesen Namen usurpieren, ihm aber in keiner Weise gerecht werden.« (8)

In sechs Kapiteln behandelt die Schrift die Entstehung der »progressiven Erziehungsbewegung« (Progressive Education) in den USA, stellt mit J. Dewey, W. H. Kilpatrick, H. Rugg und G. S. Counts die profiliertesten Vertreter dieser Richtung

vor, erläutert die repräsentativen Schulmodelle und Bildungskonzepte wie etwa den Platoon-, Dalton- und Winnetka-Plan sowie die Projekt-Methode und befaßt sich in den letzten drei Kapiteln mit kritischen bzw. würdigenden Stellungnahmen und der gegenwärtigen Bedeutung der Progressive Education. Die fast gänzliche Abstinenz sozial- und wirtschaftsgeschichtlicher Interpretationselemente in der rein ideengeschichtlich und personalistisch ausgerichteten Abhandlung des Heidelberger Erziehungswissenschaftlers blockiert im Grunde jedes reale Verständnis für die Ursprünge, den Interessencharakter und letztlich auch für den Niedergang fortschrittlicher Erziehungsmodelle. So muß sich der Leser schon im ersten Kapitel mit der dürren Feststellung Röhrs begnügen, es sei auf den großen Einfluß von Rousseau, Pestalozzi, Fröbel und Herbart auch in den USA zurückzuführen, daß »die Übereinstimmung der amerikanischen Schule mit der Entwicklung in Europa Ende des 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erstaunlich groß sei.« (9) Dunkel bleiben die sozialen Grundbedingungen dieser behaupteten Parallelität. Die – allerdings auch hier mit Vorbehalten – gleichwohl vorhandene Relevanz des Buches ist denn auch weniger in den erziehungshistorischen Passagen als vielmehr in der reinen Präsentation der in der Bundesrepublik weitgehend unbekannteren theoretischen Ansätze von Kilpatrick, Rugg, Dewey und Counts zu suchen. Bei strikter Abkehr von der traditionellen Lernschule verbindet sie grundsätzlich das gemeinsame Ziel, die Schule in einen »Lebensraum kindlicher Entwicklung« umzuwandeln. Nach Kilpatrick bspw. unterscheidet sich die Neue Erziehung von den herkömmlichen Lernformen darin, daß sie auf das »ganze Kind mit allen seinen Wünschen und Strebungen« ziele. Sie wolle daher nicht nur Wissen vermitteln, sondern vielmehr »durch das Wissen eine neue Einstellung begründen helfen, die sich im Handeln ausdrückt.« (30) Die mit dem Pathos vieler deutscher Reformpädagoginnen in den 20er Jahren durchaus vergleichbare Grundstimmung der amerikanischen Schulreformer wird von Röhrs treffend eingefangen. So zitiert er etwa einen emphatischen Dewey: »Das Kind wird die *Sonne*, um die sich die Anwendung der Erziehung dreht« (42), benennt aber auch dessen pädagogisches Hauptanliegen, nach der die Schule »ein Vorübungsraum für die sozialen Grundtugenden« sein müsse (37).

Röhrs Darstellungsprinzip, Daten, Fakten, Personen und schulische Modellversuche unter Mißachtung historisch-politischer Zusammenhänge zu kumulieren oder einfach aneinanderzureihen, hat die fatale Konsequenz, daß überaus bemerkenswerte Einsichten und Erfahrungen der amerikanischen Schulreformer von ihm nur ganz en passant kommentiert werden. Selbst Deweys nach einer ausgedehnten Bildungsreise durch die Sowjetunion Ende der 20er Jahre abgegebene Erklärung, »die Lage der Erziehung in Rußland sei überzeugend genug, um einen zu der Idee zu bekehren, daß nur in einer Gesellschaft, die auf dem kooperativen Prinzip beruht, die Ideale der pädagogischen Reformer angemessen zur Wirkung gebracht werden könnten« (50), vermag Röhrs nicht zu tieferen, sich um Begründungszusammenhänge bemühenden Betrachtungen anzuregen. Überhaupt findet eine kritische Auseinandersetzung mit der gewiß recht verschwommen anmutenden, untereinander wenig Gemeinsamkeiten aufweisenden und zudem häufig wechselnden Kapitalismuskritik Deweys, Kilpatricks oder Counts bei Röhrs nur am Rande statt. Weit detailliertere Informationen über die jeweilige Schul- und Unterrichtsstruktur hätte man sich auch im 3. Kapitel, das inhaltlich die Darstellung vier bedeutender Schalexperimente zum Gegenstand hat, gewünscht. Als einen gemeinsamen Grundzug aller vorgestellten Modelle wertet Röhrs das Prinzip der Individualisierung des Unterrichts, wobei die Intention verfolgt werde, ein »allen Lerntemperamenten und -begabungen entsprechendes selbsttätiges Lernen im individuellen Rhythmus zu erlauben« (96), so etwa durch die Entwicklung didaktisch vorgeformter und daher individuell stimulierender Lernmateria-

lien bzw. auch durch assignments, d. h. schriftliche Arbeitsbeschreibungen (Dalton-Plan) oder wie im Winnetka-Plan durch die Unterscheidung zwischen self-reliant children, Kindern also, die über einen längeren Zeitraum Selbstunterricht treiben können und den supervised children, d. h. Kindern, die noch der persönlichen Überwachung bedürfen. Trotz des empirischen Belegs, daß diese bildungspolitischen Reforminitiativen aus der amerikanischen Mittelschicht kamen und die alternativen Schulen fast ausschließlich auch von deren Kindern besucht wurden (107), werden von Röhrs keine Fragen nach den sozialen Ursachen für diesen doch bemerkenswerten Umstand entwickelt. Da nützt denn auch seine nachdenkliche, zweifellos die Schwachstelle der Progressive Education angreifende Bemerkung wenig, »die starke Individualisierung des Lernprozesses in der kindzentrierten Schule könne eine Isolierung vom sozialen Umfeld erwirken, wenn nicht eine soziale Fundierung versucht werde.« (120) Eine doch zumindest zu vermutende Kausalität zwischen diesen beiden Problembereichen wird von dem Autor nicht ins Blickfeld gerückt. Im 4. Kapitel verweist Röhrs darauf – allerdings auch hier ohne historische Bezüge herzustellen –, daß die schulischen Reforminitiativen in Amerika eine starke konservative Gegenbewegung auslösten, die der Autor am Beispiel der sog. »Essentialisten« vorstellt. In außerordentlich rüder Form wurden die Anhänger von Erziehungsreformen verdächtigt, einem pädagogischen Anarchismus zu frönen und zugleich wurde ihnen pauschal die Verantwortung für die steigende Jugendkriminalität, für Drogenabhängigkeit und sexuelle Libertinage zugeschoben. (136)

Unter diesem gesellschaftlichen Diffamierungsdruck stehend, befand sich die Progressive Education bereits seit dem Ende der 30er Jahre im Stadium der Paralisierung. Dafür die mangelnde Verankerung der Progressiven Education in der Lehrerbildung als Begründung anzuführen, kennzeichnet wohl ein weiteres Mal die unhistorische Sichtweise Röhrs (130). So unverständlich der Niedergang der fortschrittlichen amerikanischen Erziehungspraxis um 1940 nach Röhrs Lektüre bleiben muß, geradezu mystisch mutet dagegen die Renaissance der Montessori-Pädagogik und von Neills Summerhill-Konzept in den USA der 60er Jahre an, vertraut man hier einzig Röhrs Deutung der wundersamen Neubelebung progressiver Erziehungstheorien. Die »unbewältigte eigene Vergangenheit« und der »letztlich unmotivierte Wechsel zu einem autoritativ fordernden Verfahren mußte angesichts des durch die progressive Erziehungsbewegung nun einmal geschärften Blicks für modulationsfähigere Erziehungsmethoden ein schlechtes Gewissen aufkommen lassen.« (154). Nun wissen wir es also genau: Fortschrittliche Erziehungskonzepte können ihre Existenz auch dem schlechten Gewissen amerikanischer Pädagogenkreise verdanken. Und wem verdanken sie nun ihr erneutes Scheitern? Es steht zu befürchten, daß auch in dem angekündigten zweiten Band Röhrs zur Reformpädagogik vom Leser einfach zu viele Fragezeichen gesetzt werden müssen. Für Studienanfänger ist die vorliegende, mit einem verlockenden Titel versehene Lektüre sogar schlicht unbrauchbar.

Norbert Steinborn (Berlin/West)

Moehlmann, Arthur H.: Theorien der demokratischen Erziehung und Bildung. Hermann Schroedel Verlag, Hannover 1978 (252 S., Ln., 39,80 DM).

Moehlmann vergleicht Schul- und Hochschulsysteme der USA und der westeuropäischen Länder (die von ihm so genannte »atlantische Kultur«) unter historischen und bildungstheoretischen Gesichtspunkten. Er konzentriert sich dabei auf den Aspekt der Allgemeinbildung. Die Geschichte der Erziehung stellt für ihn ein Erkenntnismittel dar, das den Lehrern und Erziehern das Bewußtsein vermitteln soll,

»in einer Tradition von Kämpfen für die Verwirklichung der Chancengleichheit durch Erziehung und Bildung zu stehen« (25). Gleichzeitig soll sie die historische Gewordenheit des gegenwärtigen Standes der Erziehung verdeutlichen und Innovationen für eine »nicht voraussagbare Zukunft« (19) in Gang setzen. Das Problem der nicht antizipierbaren Zukunft taucht mehrfach auf, sie ist der Bezugspunkt der Bestimmung normativer Kriterien von Allgemeinbildung und zugleich das Alibi für ihre Verwachsenheit: »Am wichtigsten ist die gefühlsmäßige Entwicklung, die Bildung des Herzens und die Fähigkeit, ein gesundes Verhältnis zu anderen pflegen bzw. ein guter Mitbürger sein zu können.« (38)

Moehlmanns historische Analyse der atlantischen Zivilisation und ihrer Bildungssysteme setzt um 1500 ein. Der gesellschaftliche Hintergrund wird nur schlagwortartig beleuchtet: Die Entwicklung der Allgemeinbildung erscheint in kulturmorphologischer Betrachtung als wesentliche Triebkraft zivilisatorischer Entwicklung; technische, wissenschaftliche und ideologische Entwicklungen, die Entstehung einer »abstrakten Welt der symbolischen Formen«, das Jeffersonsche Demokratieideal in Auseinandersetzung mit den nivellierenden Tendenzen der französischen Revolution und die Entwicklung des »frontier«-Geistes der amerikanischen Pioniere bestimmen die »paideia« der atlantischen Kultur. Die kulturellen Verdienste der kolonialen Siedler in Nordamerika werden einfach behauptet, ohne das Problem der Zerstörung der indianischen Kulturen anzusprechen. Im Vergleich mit dem amerikanischen Bildungssystem kritisiert Moehlmann die westeuropäischen Systeme wegen ihrer Trennung von Eliten- und Massenbildung und ihrer jahrhundertlangen frühzeitigen Selektion, subsumiert aber die sozialistischen Länder gleich mit unter diese Kritik (vgl. 106). Andererseits kritisiert er die »terribles simplificateurs« wie Napoleon und seine Reform des französischen Schulwesens als Versuch, die Masse des Volkes von der Bildung fernzuhalten und zugleich als Uniformierungsprozeß. Demgegenüber stehen das amerikanische Bildungs- und das gesamte Gesellschaftssystem als weitgehend klassenlos da. Die Einschätzung bewegt sich jedoch stets an der Oberfläche (vgl. 42 f.) und ist vollkommen unkritisch gegenüber Schlagworten wie Lernen fürs Leben und Koedukation. Rauschgifthandel in den Schulen, Selektion der schwarzen Schüler und Aufrechterhaltung des Unterrichts durch bewaffnete Polizeibeamte gibt es für Moehlmann nicht. Aussagen über klasenspezifische Lernbedingungen sucht der Leser vergeblich – die Ergebnisse der amerikanischen Schulen sind schlicht »erfreulich« (42). Auf einen Vergleich der Lerninhalte läßt sich Moehlmann ebenfalls nicht ein. Er konstatiert lediglich überall ein Auseinanderklaffen von Wissenschaftsprozeß und Lehrerbildung, das er durch eine Verbreiterung der Ausbildung der Lehrer in allen Fächern angehen will. Dem entspricht die Zielvorstellung einer »planetare(n) Lebens- und Denkweise« (127), zu der die USA offenbar bald gelangt sind. Optimal sei die politische Bildung an den amerikanischen Schulen, da ohne »politische Färbung« (130). Wer sich einmal mit den dortigen social studies befaßt hat, wird dies bezweifeln: Emotionale Bindungen an Personen (Präsident, Soldaten in Indochina) oder Symbole (Fahne) stehen für die jüngeren Altersstufen im Vordergrund. Moehlmann stützt sich fast ausschließlich auf die Eigenwahrnehmung der amerikanischen Bildungsinstitutionen und ihr traditionelles Selbstverständnis. Ebenso wie die westeuropäischen Hochschulen sieht er sie allein dem Humanismus, Idealismus und Dienst am Menschen verpflichtet (vgl. 123). Gesellschaftliche Anforderungen an die Hochschulen werden in einem Halbsatz erwähnt (vgl. 183). Der Einfluß der Interessenverbände und die Rolle privater Hochschulen in den USA werden nicht diskutiert, Elite-Colleges sind dem Verfasser offenbar unbekannt. Auch die philosophischen Theorien, die im 19. und 20. Jahrhundert (Pragmatismus) auf das amerikanische Erziehungssystem einwirkten, werden daran gemessen, ob sie dem Prinzip »Bildung für alle« (110) ober-

flächlich und in ihrer Eigenwahrnehmung gerecht werden. Wie alle anderen speziellen Fragestellungen werden sie nur aufgegriffen, um sie sofort auf die alles bewegenden demokratischen Ideen hinzubiegen, denen der diffuse Allgemeinbildungsbegriff korrespondiert.

Barbara Weißbach (Berlin/West)

Psychologie

Maslow, Abraham H.: *Motivation und Persönlichkeit*. Walter-Verlag, Olten und Freiburg i. Br. 1977 (474 S., Ln., 55,- DM).

Bei diesem Buch, das jetzt auch in deutscher Übersetzung vorliegt, handelt es sich nicht nur um das Hauptwerk Maslows, sondern auch um einen der grundlegenden Texte der »Humanistischen Psychologie«, die sich selbst als dritte Kraft neben Behaviorismus und Psychoanalyse versteht und zu deren Exponenten neben Maslow auch Fromm, Rogers, Ch. Bühler u. a. zu zählen sind. Maslows Arbeit über die menschliche Motivation bekam Relevanz insbesondere durch ihre Umsetzung in verschiedene Strategien zur »Humanisierung der Arbeit«, aber auch in der von Rogers entwickelten Gesprächspsychotherapie nimmt seine Theorie einen konstitutiven Rang ein, ebenso wie die um sich greifenden Encounter- und Selbsterfahrungsgruppen häufig auf seinen Vorstellungen basieren.

Während die konventionelle Psychologie und insbesondere der Behaviorismus die Verfahren der Naturwissenschaft, wie z. B. das Experiment, überbewertet, konzentriert sich die Psychoanalyse nach Ansicht der humanistischen Psychologen zu sehr auf die Erforschung defizitärer Persönlichkeiten, was zu einer allgemeinen Reduktion des Menschenbildes in der Psychologie geführt habe. Demgegenüber will Maslow auf Grundlage der humanistischen Weltanschauung, die einen »besseren Ansatz für die wissenschaftliche Arbeit mit Menschen« (9) anzubieten behauptet, über das Studium reifer, entwickelter Menschen und die Auswertung biologischen, ethnologischen und klinischen Materials zu einer Charakterisierung der vollmenschlichen Persönlichkeit gelangen. Menschliche Entwicklung vollzieht sich nach Maslow über eine Hierarchie von Bedürfnissen. »Die grundlegendste Folge der Sättigung jedes Bedürfnisses ist das Untertauchen dieses Bedürfnisses und das Auftauchen eines neueren und höheren.« (107) Nach Befriedigung der Grundbedürfnisse: den physiologischen, den Sicherheitsbedürfnissen, den Bedürfnissen nach Zugehörigkeit und Liebe, sowie denen nach Achtung, tauchen die eigentlich menschlichen Bedürfnisse nach Selbstverwirklichung auf, die sich in dem stetigen Verlangen äußern, »alles zu werden, was zu werden man fähig ist.« (89) Das Voranschreiten durch die Hierarchie der Bedürfnisse und die anschließende Tendenz zur Selbstverwirklichung erklärt Maslow mit einem dem Menschen innewohnenden, selbständig motivierten »Drang zu wachsen«. Indem Entwicklung damit als ein vom Subjekt ausgehender, aktiver Vorgang gefaßt wird, überwindet Maslow zunächst weit verbreitete homöostatische Bedürfnistheorien. Allerdings bestimmt er Bedürfnisentwicklung als bloße Ausfaltung biologisch vorgegebener Tatbestände, übersieht also, daß die Menschen mit Entwicklung ihrer gesellschaftlichen Produktivkräfte neue Bedürfnisse und Fähigkeiten erst produzieren und sich im praktischen Umgang mit den Produkten menschlicher Arbeit die in diesen vergegenständlichten Möglichkeiten zur Befriedigung produktiver und konsumtiver Bedürfnisse aneignen. Demnach wäre die Entwicklung menschlicher Bedürfnisse quasi als subjektive Seite der Produktivkraftsteigerung zu verstehen und hinreichend erst vermittelt dieses gesellschaftlichen Prozesses von Vergegenständlichung und Aneignung erklärbar. Im Anschluß an seine Theorie der menschlichen Motivation erörtert Maslow die positiven Auswirkungen der Befriedigung der Grundbedürfnisse auf verschiedene Aspekte menschlicher Lebenstätigkeit wie Lernen, Realitätswahrneh-

mung, Charakterformung. Umgekehrt verhandelt er dann die psychopathologisierenden Effekte, die mit einer Bedrohung von Befriedigungsmöglichkeiten einhergehen, sowie die Implikationen seiner Theorie für die Psychotherapie, die »als gute menschliche Beziehung« (342) die interpersonale Befriedigung der Grundbedürfnisse gewährleisten müsse. Breiter Raum ist schließlich der Untersuchung dessen gewidmet, was eine selbstverwirklichende Persönlichkeit auszeichnet. Die detaillierten Charakteristika, die Maslow anführt, umfassen Eigenschaften wie Kreativität, Objektivität und soziale Verantwortlichkeit ebenso wie die grundlegende motivationale Orientierung auf Verwirklichung der jeweiligen Individualität in einer bestimmten Aufgabe, wobei es gerade dieses postulierte Interesse am Inhalt einer bestimmten Arbeit ist, die Maslows Theorie für die Arbeits- und Betriebspsychologie interessant werden ließ. (Eine ausführliche Analyse der Maslowschen Motivationstheorie im Hinblick auf die »Befriedigung der Arbeiter im Betrieb« findet sich bei Ute H.-Osterkamp in: »Erkenntnis, Emotionalität, Handlungsfähigkeit«, Forum Kritische Psychologie 3 [= Argument Sonderband AS 28], Berlin/West 1978, S. 48 f.) In einem Appendix formuliert der Autor die offenen Probleme und die anstehenden Forschungsaufgaben der Humanistischen Psychologie; in einem weiteren versucht er Folgerungen aus seiner Theorie hinsichtlich des weiteren methodischen Vorgehens in der Untersuchung der menschlichen Persönlichkeit zu ziehen. Darüber hinaus befindet sich im Anhang dieses Standardwerks der Humanistischen Psychologie eine umfangreiche Bibliographie zur weiteren Auseinandersetzung mit dieser psychologischen Richtung.

Erwin Seyfried (Berlin/West)

Autorenkollektiv: Der Ödipuskomplex und seine politischen Folgen. Grundfragen der Psychoanalyse. Verlag für Psychoanalyse und Marxismus e. V., Freiburg 1978 (80 S., br., 4,- DM).

»Der Ödipuskomplex und seine politischen Folgen« – der Titel überrascht zunächst. Wer hat nicht schon vom Ödipuskomplex gehört? Daß es dabei um Psyche geht, war jedem klar – was aber hat Politik da zu suchen? Hält man sich an die heutigen Vertreter der herrschenden Psychoanalyse, so gewinnt man allerdings den Eindruck, der Ödipuskomplex sei ausschließlich Privatsache und habe mit Gesellschaft und Politik nur am Rande zu tun. Im vorliegenden Buch wird nun diese Verbindung erstmals zusammenhängend herausgearbeitet. Während in der bisherigen psychoanalytischen Literatur (so auch bei Freud u. a.) über den Ödipuskomplex nur verstreute Aussagen zu finden sind, werden hier seine Entstehungsmechanismen und seine Auswirkungen auf die Psyche des Menschen systematisch dargestellt. Gleichzeitig aber werden die gesellschaftlichen Hintergründe gezeigt, die zu seiner Entstehung führen sowie die politischen Folgen, die er bei seiner Vollendung zeitigt.

In einem knappen Vorwort gehen die Verfasser auf die *gegenwärtige Lage der Psychoanalyse* ein und versuchen dabei die wissenschaftliche Psychoanalyse (Freud, Reich, Abraham, Ferenczi, Wera Schmidt, auf welche sich die Autoren berufen) abzugrenzen gegen eine verfälschte, unwissenschaftliche Psychoanalyse, die nicht im Dienste der Aufklärung und Emanzipation, sondern der herrschenden Ideologie steht. Eine solche Abgrenzung ist in der Tat notwendig; allerdings muß dieser Versuch in seiner vorliegenden Art besonders auf einen relativ unbefangenen Leser, an den sich das Buch im übrigen gerade wendet, ziemlich arrogant, zumindest reichlich polemisch wirken und verfehlt so seinen Zweck, informativ in die geschichtlichen und aktuellen Auseinandersetzungen innerhalb der Psychoanalyse einzuführen. Es sollte sich jedoch niemand davon abschrecken lassen, zum Hauptteil der Arbeit vorzustoßen, denn dieser macht jenes wenig gelungene Vorwort tausendfach wieder wett, ja, im nachhinein sogar verständlich.

Der erste Abschnitt behandelt die *wissenschaftliche Methode der Psychoanalyse*; er bietet eine erste Einführung in die psychoanalytischen Grundlagen. Anhand des Freud'schen »aliquis«-Beispiels (»Psychopathologie des Alltagslebens«, Beispiel II) werden der Untersuchungsgegenstand der Psychoanalyse, das Unbewußte, und die Methode zu dessen Erforschung, die freie Assoziation, anschaulich erläutert. Der folgende Abschnitt befaßt sich mit der *Entwicklung der kindlichen Sexualität* von der oralen Phase bis hin zur Errichtung des Genitalprimats als Ergebnis einer ungestörten Entwicklung. Daß die Entwicklung allerdings unter den gegebenen Verhältnissen nicht natürlich und ungestört verläuft, sondern systematisch unterdrückt, durch Frustration und Gewalteinwirkung behindert wird, ist eine leidvoll erfahrene, aber in der Regel verdrängte Tatsache. Überzeugend arbeiten die Verfasser die Ursachen dieser Sexualunterdrückung heraus, durch die letztlich alle Neurosen und Perversionen entstehen und die das gesamte Verhalten eines Menschen prägt: Die Sexualunterdrückung im Kindesalter vollzieht sich, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in der Familie; der in dieser spezifischen Konstellation zwangsläufig wirksame psychische Mechanismus ist der empirisch nachgewiesene Ödipuskomplex. Seine Folgen sind verheerend: für die Ich-Stärke des Individuums ebenso wie für sein politisch-soziales Verhalten.

Im Abschnitt »*Gesellschaftliche Derivate des Ödipus Komplexes*« wird auf diese Folgen näher eingegangen. Aufbauend auf die obengenannten Voraussetzungen lassen sich hier Erklärungen für die folgenden Fragestellungen finden:

– Warum und wie kann ein auf Ausbeutung und Unterdrückung beruhendes ökonomisches System überhaupt ohne extensive Anwendung physischer Gewalt funktionieren? Das betrifft die Frage nach den psychischen Vorgängen, die die Selbstunterdrückung, die Gewalt gegen sich selber und die Verinnerlichung von herrschenden Normen und Ideologien bewirken, so daß das System auch mit einem – gemessen am Grad der ökonomischen Unterdrückung – vergleichsweise geringen Maß an äußerlicher, an physischer Gewalt funktioniert.

– Wie kommt es, daß herrschende Ideologien zur Verschleierung der wahren Verhältnisse von Generation zu Generation so zuverlässig fortgepflanzt werden? Die Wirksamkeit jeder noch so objektiv gegebenen und massiv verbreiteten Ideologie hängt doch letztlich davon ab, daß sie von den Individuen auch geglaubt wird, was jedoch nur möglich ist, wenn sie auf einen entsprechend disponierten Nährboden fällt.

– Wie erzeugt die Gesellschaft die psychischen Strukturen in den Individuen, die sie daran hindern, ihre eigenen Bedürfnisse zu erkennen und ihre Interessen wirksam zu vertreten? Wie kommt es, daß Menschen sich nicht gegen Verhältnisse auflehnen, die die Befriedigung ihrer Bedürfnisse unterdrücken, sondern sich sogar noch mit dem Unterdrückungsapparat identifizieren und ihrerseits wieder unterdrücken? Das betrifft vor allem die Frage, auf welche Weise in einer Klassengesellschaft die Bildung proletarischen Klassenbewußtseins erschwert wird.

Eine kritisch kommentierte Bibliographie sowie kurze Erläuterungen zu den Psychoanalytikern Karl Abraham, Sandor Ferenczi und Wilhelm Reich schließen das Buch ab. Ich halte diese Arbeit deswegen für empfehlenswert, weil sie zum einen verständlich in die Grundfragen der Psychoanalyse einführt, aber darüber hinaus eine wesentliche Voraussetzung bietet für die Beantwortung der zentralen Fragen nach den kausalen Zusammenhängen und Wechselwirkungen zwischen sozioökonomischen Bedingungen und Psychostruktur ebenso wie nach Entwicklung, Beschaffenheit und Wirkungsweisen der vermittelnden Instanzen (Familie, Staat, Religion): Inwiefern wirken die ökonomischen Verhältnisse auf die psychischen Strukturen und auf das Bewußtsein, und inwiefern diese auf die materiellen Verhältnisse – konservie-

rend oder revolutionierend – zurück? Insgesamt ein wichtiger Beitrag zur Bestimmung des Verhältnisses von Psychoanalyse und marxistischer Theorie.

Rolf Gössner (Bremen)

Braun, Karl-Heinz: Einführung in die Politische Psychologie. Zum Verhältnis von gesellschaftlichem und individuellem Subjekt. Studien zur Kritischen Psychologie, Band 4. Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1978 (179 S., br., 12,- DM).

Der Untertitel stellt in gewisser Weise die Gegenstandsbestimmung dessen dar, was Braun unter politischer Psychologie versteht. Im ersten Teil geht es um die Bestimmung von Politik als Bestandteil des gesellschaftlichen Überbaus. Darin nehmen die sozialen Klassen, Schichten und Gruppen, auch die Einzelindividuen, am *konzentriertesten* und *komprimiertesten* ihre letztlich ökonomischen Interessen wahr. Besondere Bedeutung kommt dabei den Interessensorganisationen zu. »Die Parteien (im engeren wie im weiteren Sinn) sind . . . einerseits an den Klassenantagonismus gebunden und bringen andererseits die spezifischen politischen Interessen der verschiedenen Klassen zur Artikulation und zur Wirkung« (60).

Zu unterscheiden ist zwischen Vereinigungen der Herrschenden (z. B. Arbeitgeberverbände), Parteien, die Klassen und Schichten mit objektiv antikapitalistischen Interessen in eine Politik im Interesse der Monopole integrieren sollen und Massenverbänden, mit Aufgaben ähnlich der »Integrationsparteien« auf der einen Seite, als auch Gewerkschaften und Bürgerinitiativen und der Massen- und Klassenpartei der Arbeiterklasse auf der anderen Seite. Im 2. Kapitel wird versucht, das dialektische Verhältnis von Individuum und Gesellschaft auf der kategorialen Grundlage der Kritischen Psychologie darzustellen, vor allem den Prozeß der Aneignung des sozialen Erbes. Der gesellschaftlich bedingte und individuell verlaufende Aneignungsprozeß wird zum einen hinsichtlich der Klassenspezifität der Individuen bestimmt, zum anderen gibt es jedoch auch innerhalb der Klasse qualitativ unterschiedliche Maße der Realisierung der objektiven gesellschaftlichen Individualitätsformen (vgl. Seve). Motivationale Grundlage der individuellen Vergesellschaftung sind die produktiven Bedürfnisse, das Streben nach Kontrolle der objektiven Realität. Kontrolle der objektiven Realität durch menschliche Individuen ist dabei immer nur als gesellschaftliche Realitätskontrolle möglich. »Die zentrale Bedeutung des Handlungsbegriffs/Tätigkeitskonzepts liegt darin, die Vermittlung von gesellschaftlichem und individuellem Subjekt herzustellen und dabei zu zeigen, daß das eine ohne das andere *nicht* existieren kann.« (89) Der 3. Teil handelt von dem politischen Individuum als individuellem Subjekt in der Sozialgeschichte. Braun unterteilt dabei das Problem in 2 Fragestellungen: 1. nach der Bedeutung der politischen Persönlichkeit als individuelles Subjekt, die überdurchschnittlich auf die konkreten gesellschaftlichen und politischen Prozesse ihrer Zeit und darüber hinaus eingewirkt hat und 2. nach den Bedingungen von denen es abhängt, daß die große Mehrheit eines Volkes sich ihrer politischen Verantwortung bewußt wird, in die politischen Auseinandersetzungen ihrer Zeit eingreift und sie mitgestaltet. »Die »großen Persönlichkeiten« sind der offensichtliche Beleg für die Möglichkeiten der gesellschaftlichen und damit individuellen Lebenskontrolle der konkreten Individuen und sie sind letztlich als höchste Aneignungsstufe das Kriterium zur Einschätzung anderer, weniger entwickelter Persönlichkeiten« (121). Voraussetzung für das Verständnis von »großen Persönlichkeiten« ist die Einsicht, daß sie immer als Teil einer sozialen Klasse und damit eines gesellschaftlichen Subjekts handeln. In ihrer Klassenlage finden sie ihre Entwicklungs- und Veränderungsbedingungen, daraus wird die Geschichtswirksamkeit ihres Handelns (Denkens und Fühlens) verständlich. Bedeutsam für die Persönlichkeit sind dabei zum einen die Aneignungs-

bedingungen in der Jugend, zum anderen der jeweilige Zustand des Gesellschaftssystems, nicht irgendwelche biologischen Begabungsquanta. Die gesellschaftlichen Gesetze sind dabei Möglichkeit, aber auch unüberschreitbare Grenze der Geschichtswirksamkeit konkreter Individuen. Braun erläutert seine Überlegungen durch eine Beispielanalyse der Möglichkeiten und Grenzen von Thomas Müntzer im Deutschen Bauernkrieg. Bei der 2. Fragestellung geht es um eine Individualitätsform, die allgemeinen Charakter hat, »die *kämpferische Persönlichkeit* als den bewußt und organisierten, politisch aktiven Proletarier« (139). Braun greift hier die Sève'sche Kategorie der »kämpferischen Persönlichkeit« auf und versucht, sie mit Begriffen der Kritischen Psychologie zu untermauern. Die Untersuchung der Entwicklungsbedingungen der »Kämpferischen Persönlichkeit«, die auf einer Klassengrundlage ein Maximum an Realitätskontrolle innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft darstellt, entspricht einem genuin demokratischen Interesse, »weil diese Individuen im Sinne des gesellschaftlichen Fortschritts, der gesellschaftlichen Höherentwicklung tätig sind, sie also die objektiven Entwicklungsnotwendigkeiten subjektiv-individuell realisieren« (139). Der Beitrag zur kollektiven Emanzipation sei für den Proletarier die einzige Möglichkeit der individuellen Emanzipation. Nur durch die Entwicklung von Klassensolidarität wird die Konkurrenz, durch die begreifende Erfassung der gesellschaftlichen Realität die Entsubjektivierung des Denkens überwunden und hat die Entwicklung von Realitätskontrolle, die Entfaltung der produktiven Bedürfnisse zur Folge. Damit sind die maximalen Entwicklungsmöglichkeiten bestimmt. Brauns These ist, daß dieser Arbeiter als politisches Individuum Mitglied der politischen Partei der Arbeiterklasse sein muß, daß also ein enger Zusammenhang von materialistischer Persönlichkeitstheorie und materialistischer Organisationstheorie bestehe. Sein Resümee: »Die politische Partei der Arbeiterklasse als das entscheidende gesellschaftliche Subjekt bringt einerseits die kämpferische Persönlichkeit hervor und hat sie andererseits zur Voraussetzung« (156). Für ihre Entwicklung komme darüber hinaus den Gewerkschaften und Bürgerinitiativen große Bedeutung zu.

Zum Schluß einige Fragen und Probleme:

1. Leser, die die »*Texte der Kritischen Psychologie*« nicht kennen, werden nach der Legitimation kategorialer Bestimmungen fragen. Sie sind in diesem Buch kaum ausgewiesen. Sicherlich ist es nicht möglich, diese Ableitungen entsprechend der funktional historischen Methode in aller Ausführlichkeit nachzuzeichnen, der Leser sollte jedoch zumindest andeutungsweise diesen Ableitungsprozess vorgestellt bekommen. Damit würde auch die *relative* Vorläufigkeit einiger Kategorien deutlich. 2. Fraglich bleibt die Bestimmung des Gegenstands »*politische Psychologie*«. Muß eine materialistische Persönlichkeitstheorie nicht grundsätzlich von der dialektischen Einheit von individuellem und gesellschaftlichem Subjekt ausgehen, gleichgültig ob es sich um Therapie, um das Problem der politischen Bewegung oder um pädagogische Fragen handelt? 3. Die psychologische Dynamik der Entwicklung vom »*opportunistischen Arbeiter*« zur »*kämpferischen Persönlichkeit*« ist noch unklar. Dabei ist zu bedenken, daß es nicht nur eine Entwicklung vom opportunistischen Arbeiter zur »*kämpferischen Persönlichkeit*«, sondern auch immer umgekehrt das Problem des Renegatentums gibt. »*Kämpferische Persönlichkeit*« kann kein statisches Attribut sein. Auch Mitglieder marxistischer Organisationen sind nicht vor opportunistischem Verhalten für immer geschützt.

Hans Schindler (Gießen)

Medizin

Jervis, Giovanni: *Kritisches Handbuch der Psychiatrie*. Syndikat, Frankfurt/M. 1978 (425 S., br., 38,- DM).

In der BRD ist die vor einigen Jahren lebhaft geführte Diskussion über die Psy-

chiarie schon längst abgeklungen. Sollte jemand, der sich durch die erneute Beschäftigung mit diesem leider stets so aktuellen Thema im ARGUMENT angesprochen fühlen, sich mit den wichtigsten Grundlagen dieser Disziplin überhaupt erst vertraut zu machen, dem sei Giovanni Jervis' neuestes ›Handbuch der Psychiatrie‹ ans Herz gelegt. Es zerfällt in einen Darstellungsteil, der eine präzise Kritik an einigen allgemeinen Problemen bürgerlicher Psychiatrie skizziert, und zur Ergänzung in ein ›Kleines Wörterbuch‹, das besonders die politischen Aspekte hervorhebt. Jervis' Kritik an der Psychiatrie, deren überkommene Fachsprache er weitgehend ignoriert, geht über eine bloße ja auch längst bekannte Anklage hinaus. Seine militanten Einschätzungen und Schlußfolgerungen, die sicherlich nicht immer umfassend differenziert und begründet werden, regen zu Diskussionen und ideologischen Zusammenstößen geradezu an.

Aber Jervis, der Jahre mit E. De Martino und F. Basaglia zusammenarbeitete und seit 1969 den Psychiatrischen Dienst der Provinz Reggio Emilia leitet, gehört nicht zu den Vertretern der besonders in den angelsächsischen Ländern verbreiteten ›Antipsychiatrie‹, deren Psychologismus er im Gegenteil kritisiert. Ihm bleibt bewußt, daß die Psychiatrie ein zwar mystifizierender, unterdrückender, aber auch notwendiger Bestandteil des Spätkapitalismus darstellt, der weder abgeschafft noch einfach in ein systemrevozierendes Instrument verwandelt werden kann. Sein Buch möchte lediglich als »ein Versuch« dazu beitragen, »von einer Kritik an der Psychiatrie zu einem Ansatz kritischer Psychiatrie überzugehen.« (21)

Seine Arbeit zielt auf eine »Depsychiatisierung« ab, d. h. »sich der Psychiatrisierung der sozialen Probleme zu widersetzen.« (206) »Depsychiatisieren bedeutet den Versuch, immer, wenn dies möglich ist, mit allen Betroffenen in eine gegebene Situation einzugreifen, indem man ein System interpersoneller Verhältnisse oder besser ein System von Machtverhältnissen analysiert und verändert und eine individuelle und kollektive Bewußtseinsbildung fördert, anstatt bestimmten Personen ein diagnostisches Etikett anzuhängen.« (207) Hier liegt auch der Berührungspunkt mit der Medizin, die – hauptsächlich als ein Instrument der Vorbeugung – »das Recht auf Gesundheit«, also auf »die Möglichkeit, die physischen und psychischen Anlagen voll auszuerschöpfen«, verkörpern sollte, d. h. den »Kampf dafür, daß alle Menschen ihre Energien für gemeinsame Ziele zur Verfügung stellen können.« (29) So erweist sich der Kampf für die Abschaffung der Psychiatrie als wichtiger Teil der Bestrebungen, mit der hiesigen Gesellschaft deren durch und durch kapitalistisch strukturiertes inhumanes Gesundheitswesen zu überwinden. Die Auseinandersetzung hierüber zeigt sich in Italien jedoch in ganz anderer Breite und Erfahrungsvielfalt, wo nie versucht wurde, kleine ›Gegeninstitutionen‹ zu schaffen, sondern von politischen Massenkämpfen aus fortschrittliche Forderungen und konkrete Anstrengungen gegenüber der herrschenden psychiatrischen Macht zu formulieren und durchzusetzen.

Die Grundlage für diese Strategie der ›Depsychiatisierung‹ ist die schlichte Einsicht, daß »die Unterscheidung zwischen privaten . . . und kollektiven Problemen (politischen Charakters) . . . eine künstliche Unterscheidung und ein Instrument zur Verteidigung des Gesellschaftssystems . . . (ist). Das tägliche Leben . . . das Liebesleben sind der Ort, wo der Kapitalismus am effektivsten seine Macht ausübt, hier wachsen Täuschung und Gewalttätigkeit, hier werden sie ausgeübt und uns eingeübt; hier entstehen auch viele der Entscheidungen und Hoffnungen, aus denen sich die Themen der ›großen‹ Politik, d. h. der Kämpfe auf Massenebene, herausbilden. Die psychiatrischen Probleme . . . die persönlichen und zwischenmenschlichen Widersprüche . . . sind ein wichtiger Aspekt der Politik des täglichen Lebens.« (17) Als Marxist liegt Jervis die Hypostasierung psychoanalytischer Erkenntnisse, vor deren »verführerischen Bequemlichkeiten« (424) er zu Recht warnt, dabei fern. Seine Arbeit

versucht er hauptsächlich auf die »kämpferische und bewußte Arbeiterklasse« Italiens zu beziehen. Mögen auch manche seiner Einschätzungen, die links von der KPI liegen, ohne deshalb auch nur ähnliche Züge des hiesigen Sektierertums anzunehmen, auf Widerspruch stoßen, so geht es seiner Kritik zu Recht darum, »die Verantwortung der politischen Organisationen . . . für die Vernachlässigung . . . des Bereichs der Familie, der Erziehung, des Privatlebens und der interpersonellen Beziehungen zu betonen und aufzuzeigen.« (236) Hier ließen sich etliche Beispiele zitieren, wo Jervis anhand der Thematik den Leser auf die Reflexion wichtiger politischer Problemstellungen verweist, ohne dabei die Stringenz dieses »knappen Lehr- und Studententextes« preiszugeben.

So ist es selbstverständlich, daß Jervis es ablehnt, die Psychiatrie als Nebendisziplin der Medizin anzusiedeln, sondern sie eindeutig den Sozialwissenschaften zuordnet. Seine Auseinandersetzung mit ihr entrollt er nach und nach vor allem im Hinblick auf die therapeutische Praxis: ihre Geschichte und ihre Behandlungsmethoden wie ihre Begriffe von Normalität und Wahn, von Psychose und Neurose, ihre Institutionen und deren repressive Funktionen wie ihr Verhältnis zu benachbarten Disziplinen. Dieser weitgespannte Bogen, der auf der vorsichtigen Behutsamkeit beruht, die im Umgang mit psychiatrischen Begriffen geboten ist, macht in seiner Verwischung von »strenger« Wissenschaftlichkeit und politischer Agitation schon deutlich, wie wenig dieses Handbuch, das ebenso durch seine leicht verständliche Sprache wie durch seine klare Ausdrucksweise brilliert, ein Fachbuch im engeren Sinne ist. Ohne Verständnisschwierigkeiten läßt es sich »mosaikartig« lesen, so daß es auch für die, die etwa während einer psychotherapeutischen Behandlung ihren Blick kritisch hierfür schärfen möchten, ein nützliches Kompendium darstellen kann. Die gute Übersichtlichkeit und die ausführlichen bibliografischen und Literaturhinweise zum Schluß jedes Kapitels und Stichworts lassen über das Fehlen eines Autoren- und Schlagwortverzeichnisses hinwegsehen. An manchen Stellen wird leider noch spürbar, daß das Buch aus Aufzeichnungen für Schulungsvorlesungen hervorgegangen ist. Hier wäre eine zeitweilige Straffung angebracht, während an anderer Stelle, etwa der Behandlung von Angst oder Sexualität, der unvollständige Charakter dieses Handbuchs, den auch Jervis hervorhebt, etwas zu stark auffällt. Bei einer evtl. späteren Herausgabe wäre eine Neuauflage in zwei Taschenbuchbänden empfehlenswert. Eine Preisreduzierung könnte diese kritische Einführung für alle interessierten Studenten und Zivildienstleistenden, für Psychologen und Ärzte, für Sozialarbeiter und Erzieher zu einer wichtigen ersten Arbeitsgrundlage machen. Zu wünschen wäre solch komprimiertem Denkanstoß natürlich in erster Linie ebenso bei uns, »daß es auch von dem in der Psychiatrie arbeitenden Basispersonal gelesen, durchgearbeitet und diskutiert werden möge.«

Klaus Mecking (Bremen)

Güse, Hans Georg, und Norbert Schmacke: *Psychiatrie zwischen bürgerlicher Revolution und Faschismus.* Athenäum Verlag, Kronberg/Ts. 1976 (2 Bd., 464 S., br., 14,80 DM und 16,80 DM).

Die beiden Autoren, die in Marburg Medizin und Soziologie studiert haben, stecken sich in ihrem Buch, zu dem Erich Wulff ein Vorwort geschrieben hat, das Ziel, ein Stück Ideologieggeschichte der deutschen Psychiatrie zu schreiben. Ausgangspunkt sind die ersten Versuche nach der bürgerlichen Revolution, der deutschen Psychiatrie ein wissenschaftliches Fundament zu schaffen. Im Gegensatz zur bisherigen biographischen Psychiatriegeschichtsschreibung wird die Entwicklung bis zum Faschismus und darüber hinaus sowohl von der Bedeutung maßgeblicher deutscher Psychiater her verstanden, als auch von den sich verändernden politischen, sozialen und ökonomischen Verhältnissen.

Das Buch ist in drei Hauptabschnitte gegliedert: Im ersten Teil (Band 1) wird der Rolle naturwissenschaftlichen Denkens anhand der Werke Wilhelm Griesingers und Emil Kraepelins nachgegangen; im zweiten Teil (Band 2) wird die Systematik und Begriffsbildung der forensischen Psychiatrie sowie der Komplex »Psychiatrie und Faschismus« untersucht. Mit der Analyse der Konzepte Griesingers und Kraepelins werden exemplarisch zwei unterschiedliche ideologische Positionen beschrieben. Während Griesinger vor allem »von einem aufklärerischen Impuls und Erkenntnisoptimismus getragen (wird), für den die modernen Naturwissenschaften im Bereich der Psychiatrie vorrangig der Befreiung der Irren von den Dogmen einer romantisch-spekulativen Verwahrungsdisciplin dienen« (55), so liefert Kraepelin »das geschlossene medizinische Modell der Geisteskrankheiten, . . . vor dem Hintergrund eines biologischen Menschenbildes . . .« (180). Die Autoren weisen nach, daß für die Weiterentwicklung des materialistischen Ansatzes Griesingers die gesellschaftlichen Voraussetzungen nicht gegeben waren. Kraepelin, der die soziale Dimension von Krankheit leugnet und der den Psychiater und insbesondere das Anstaltswesen zum Garant der öffentlichen Ordnung macht, wird mit seiner noch heute gültigen Systematik postulierter psychiatrischer Krankheitseinheiten zum eigentlichen Begründer der deutschen Psychiatrie.

Die deutsche Psychiatrie mit ihren vorgeblichen exakten naturwissenschaftlichen Methoden lieferte dem Rechtswesen eindeutige Kriterien für die Beurteilung der Nichtzurechnungsfähigen (körperlich begründbare und endogene Psychosen) und der strafrechtlich zur Verantwortung zu Ziehenden (Psychopathien und Neurosen). Sie übernahm gleichzeitig die sichere Verwahrung der ersten Gruppe. Diese nahezu reibungslose Arbeitsteilung hatte entscheidende Konsequenzen sowohl für das System der herrschenden Rechtsnormen als auch für die Entwicklung der psychiatrischen Krankheitssystematik. Das deutsche Strafrecht und die deutsche Psychiatrie wurden so eine sich gegenseitig stabilisierende Einheit.

Die Lehre vom »geborenen Verbrecher« (299 ff.) und der Begriff der »psychopathischen Minderwertigkeit« und der »erblichen Entartung« machen den bruchlosen Übergang zur zynischen Menschenverachtung des Faschismus leicht. Güse und Schmacke belegen hier eindrucksvoll die besondere Verantwortung der deutschen Psychiatrie und der deutschen Psychiater. Die beiden Autoren ziehen die Linien weiter: die mangelnde Aufarbeitung oder Verharmlosung der faschistischen Vergangenheit kennzeichnet die Reaktion der Psychiatrie in der BRD. Die Mittäterschaft wird nur für einige wenige zugegeben. »Das biologistische Erklärungskonzept der Psychiatrie konnte somit über den Zusammenbruch des Faschismus hinaus gerettet werden. Dies geschah umso leichter, als die Kontinuität auch personell nur zu oft gewährleistet war.« (319)

Eine klare Gliederung und den meisten Abschnitten vorangestellte kurze, übersichtliche Zusammenfassungen erleichtern das Lesen. Alle Ausführungen werden sorgsam in den gesellschaftspolitischen und ideengeschichtlichen Zusammenhang gestellt. So wird z. B. der Abschnitt Psychiatrie und Faschismus mit der Darstellung der dominierenden ideologischen Strömungen in Deutschland vor dem ersten Weltkrieg und einer Analyse der sozialökonomischen Situation der Ärzte und ihrer Verbandsbildung eingeleitet. Das Buch ist mit über 350 Literaturhinweisen reichlich dokumentiert, und der Gebrauchswert wird durch ein ausführliches Namens- und Sachregister weiter erhöht. Die Autoren bekunden in einem Nachwort, daß »Fortschritte in der Psychiatrie heute auf Dauer nur erreicht werden, wenn die Beschäftigten in der Psychiatrie sich bemühen, als Teil der demokratischen Öffentlichkeit vereint mit den Interessenvertretungen der arbeitenden Bevölkerung auf Veränderungen hinzuwirken.« So verstandene psychiatrische Praxis hat das Verständnis ihrer Geschichte zur

absoluten Voraussetzung. Güte und Schmacke haben einen wichtigen Beitrag dazu geleistet.
Harald Kamps (Sortland, Norwegen)

Benedetti, Gaetano: *Der Geisteskranke als Mitmensch*. Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1976 (138 S., br., 13,80 DM).

Der in Sizilien aufgewachsene und in Basel tätige Universitätsprofessor für Psychotherapie und Psychohygiene Gaetano Benedetti gehört zu den wenigen Schulpsychiatern, die der Demokratischen Psychiatrie in Italien wohlwollend gegenüberstehen. Er selbst ist langjähriger Verfechter der intensiven Psychotherapie der Schizophrenie und ist durch zahlreiche Publikationen und Vorträge im deutschen Sprachraum seit den 50er Jahren über seinen engeren Fachbereich hinaus bekannt. Sowohl in seinen Schriften als auch in der persönlichen Begegnung strahlt Benedetti eine große menschliche Wärme und Überzeugungskraft aus; er ist ein klarer Denker, der es ausgezeichnet versteht, flüssig und gut verständlich zu schreiben.

Sein neues Buch, *Der Geisteskranke als Mitmensch*, mit einem Beitrag von Lilia D'Alfonso, Lehrerin und Psychologin Jungscher Richtung in Mailand, soll jedem in der Psychiatrie Tätigen Zugang zur Erlebniswelt des schizophrenen Menschen und seines Psychotherapeuten erleichtern. Der Patient, als Opfer der Gewalt, als »Opfer der Aggressivität anderer« (9), ist hinsichtlich seines Selbst und des Bezugs zu seinen Mitmenschen fundamental verunsichert. Er fühlt sich so bedrängt und eigentümlich verwirrt, daß er gar nicht merkt, daß er zum Wahn greift, um sich und seine soziale Situation einigermaßen »verständlich« zu machen. Er ringt auf eine meist »verrückte« Art und Weise um Antworten auf die Frage nach seiner Selbstidentität. Ergibt sich die Möglichkeit einer Psychotherapie, dann ist eine der Hauptaufgaben des Therapeuten, dem Kranken so zu begegnen, daß dieser je nach seinen Möglichkeiten er selbst wird, befähigt, sein Leben wie andere in die Hand zu nehmen und sich von der schizophrenen Seinsweise zu distanzieren, die durch Erlebnisse unheimlicher Verschmelzungen von Innen- und Außenwelt sowie durch Gefühle einer Auflösung des eigenen Ichs gekennzeichnet ist.

Benedetti bemüht sich sehr, die Lage des Therapeuten zu schildern. Er will den Lesern zeigen, wie ein Therapeut sich vielen, seine eigene seelische Gesundheit gefährdenden, Momenten aussetzt, um dem psychotischen Kranken als Mensch zu helfen, um ihn in seiner Selbstfindung und beim Aufbau stabiler Objektbeziehungen zu fördern. Benedetti meint, der Therapeut müsse »so etwas wie Liebe zur Therapie« mitbringen und entwickeln (45), andernfalls könne man den Grund für seine Einfühlungsbereitschaft, seine Hingabe und sein Durchsehvermögen nicht recht begreifen.

Die *Argument*-Leser sollten sich nicht an Benedettis Hinweis auf die »Liebe« zur Therapie stören und sich nicht von seiner letztlich christlich geprägten Auffassung der Psychotherapie des Geisteskranken abschrecken lassen. Benedettis Beitrag ist ein ganz besonderer. Gewiß ist er in den Anwendungsmöglichkeiten sehr eingeschränkt, jedoch in einzelnen Fällen sehr heilsam, ein echter Balsam in der Apotheke haufenweiser, kaum noch überprüfbarer »Heilmittel«, die zum besseren Verständnis und zur effektiveren Therapie der Geisteskranken heute angeboten werden. In einer Zeit, die durch gesteigerte Perfektionierung sehr fragwürdiger Beeinflussungspraktiken in der Psychiatrie charakterisiert ist, erinnert Benedetti an die Würde und den Wert der menschlichen Person, an die Menschlichkeit als Grundlage und Ziel jeder Aktivität in der Psychiatrie. Für ihn ist die grundsätzliche Bejahung der einmaligen Person des Kranken das Geheimnis der Psychotherapie der Psychosen. Er schreibt »Geheimnis«, weil diese Grundhaltung seiner Ansicht nach sich nicht in Lehrmeinungen fassen läßt.

Wörtlich heißt es: »Unsere Bejahung wirkt . . . intrapsychisch integrierend, weil das Ich ein soziales Gebilde ist und sich erst in kommunikativen Dimensionen entwirft. Hier können wir zu »Ichorganisatoren« werden, auch ohne den Patienten zu analysieren« (85).
Norman Elrod (Zürich und Kreuzlingen)

Hohmann, Joachim S. (Hrsg.): Der unterdrückte Sexus. Historische Texte und Kommentare zur Homosexualität. Achenbach-Verlag, Lollar 1977 (643 S., br., 52,- DM).

Mediziner bestreiten den größten Teil an berufsmäßiger Hilfeleistung und Unterstützung für die Homosexuellen. Aber warum haben sie ein besonders problematisches Verhältnis zu ihnen? In einer Studie (Pauly, Goldstein: Sexualmedizin 1, 1972, S. 231–234) hielten zwei von drei Allgemeinmedizinern die Heterosexualität für wertvoller als Homosexualität. Homosexualität wurde häufig als »widernatürlich«, »irgendwie pathologisch«, als »Durchgangsform« begriffen. Das wirft ein bezeichnendes Licht auf den Charakter und das Selbstverständnis dieser Disziplin, die nun ihre ungerechtfertigte Diskriminierung homosexueller Beziehungen der Kritik ausgesetzt sehen muß. Der Herausgeber hat alle relevanten wissenschaftlichen Veröffentlichungen des 19. Jahrhunderts zur Homosexualität dokumentiert und schreibt so einen Teil der »Geschichte der Sexualmedizin«. In seinem einleitenden Kommentar »Die Geschichte der Homosexualität in Deutschland« zeigt er unter anderem, daß die Medizin alles andere versucht hat, als einen objektiven Zugang zur Homosexualität zu finden. Die »Krankheitsbilder« wurden nicht mit Indizien nachgewiesen, sondern frei erfunden. Einschätzungen von Theologie und politischem Strafrecht wurden ungeprüft übernommen. Die Ursachen des »abscheulichen Lasters« waren »exzessive Genüsse«, »Ausschweifungen«, als Folgen wurde »Rückenmarksstarre«, »Wassersucht« und »Schwindsucht« diagnostiziert. Für Päderasten wurden auch physiognomische Kennzeichen ausgegeben; sie seien »blutarm, schlaff und träumerisch aussehend«, und haben auf ihren »Atfenschädeln« öfter »in Locken gekräuselte Perücken«. Natürlich hatten sie »angeborene geistige Schwäche« und »verdünnte Eichel«. In zwei der acht Kommentare wird das klinische Bild der Homosexualität mit den Zwecken der medizinischen Ideologie in einen präzisen Zusammenhang gestellt. Pacharzina und Albrecht-Desirat kommen in »Die Last der Ärzte« zu dem Schluß, daß die Medizin nur diejenigen Fakten in ihren Lehrkanon aufnimmt, die der Pathologisierung der Homosexualität Vorschub leisten, um »über die Verdienstmöglichkeiten an einem relativ umfangreichen Patientenkreis« sich Kompetenz und damit Machtzuwachs innerhalb der Gesellschaft zuschreiben zu können. Rolf Gindorff, Vorsitzender der »Gesellschaft zur Förderung sozialwissenschaftlicher Sexualforschung« präzisiert diese These in »Wissenschaftliche Ideologien im Wandel« insofern, als er ebenfalls die sich abwechselnden Erklärungen, sei's »Psychopathia sexualis« oder die »Vererbungslehre« analysiert, aber für das langsame sich Durchsetzen sozialwissenschaftlicher Gesichtspunkte eher die Wissenschaftsentwicklung verantwortlich macht, die aber wiederum Machtinteressen unterworfen ist. Gindorff zeigt, daß alle Indizien auf ein sozialwissenschaftliches Erklärungsmodell der Homosexualität hinweisen, daß der »Ambisexualität«. »Ambisexualität« ist eine Potentialität: ein möglicher Sexualstatus, der sich beim Einwirken bestimmter Reize entwickeln kann – oder bei deren Fehlen bzw. Überlagerung durch andere Reize, auch nicht. Die Fähigkeit zur Entwicklung homosexuellen Verhaltens ist deshalb jedem von uns gegeben. Die Realisierung ist durch kulturelle Bedingungen, Wertsysteme und individuellem Verlauf der Sozialisation bestimmt.

Alle anderen Kommentare beschäftigen sich z. B. mit der kollektiven Verzweiflung

der Homosexuellen in der Subkultur, den gesellschaftlichen Ursachen und dem Nutzen der Diskriminierung, die von Politik, Justiz und Psychiatrie noch immer eine Scheinlegitimation erhält.

Eva-Maria Müller (München)

Pinding, Maria, und Hermann Fischer-Harrihausen: Sozialmedizin – Grundlagen und Standpunkte. Enke-Verlag, Stuttgart 1977 (70 S., br., 16,80 DM).

Im Vorwort ihres ungewöhnlich schmalen Bandes zur Sozialmedizin definieren die Autoren das Ziel der Arbeit: »Zu prüfen, ob sich diese Disziplin nach Methode und Gegenstand wissenschaftlich ausweisen kann«. Im Rahmen einer kritischen Würdigung der in der Sozialmedizin vertretenen Standpunkte soll hierfür die Beschaffenheit ihrer Fundamente geprüft werden.

Der Band gliedert sich in drei Bereiche: 1. Entstehung, Gegenstand und Anspruch der Sozialmedizin (11 S.), 2. Gesellschaftsbedingtheit von Krankheit (38 S.) und 3. zur Theorie der Sozialmedizin (15 S.).

Die Erwartung des Lesers konzentriert sich bei der Kürze des Manuskripts auf die Frage, wie eine fruchtbare Analyse geleistet werden kann, ohne daß die Autoren in die befürchtete abstrakte Allgemeinheit verfallen. Die für eine detailreiche und differenzierte Literaturübersicht nicht so unbedingt notwendige Klarheit des eigenen Standpunktes wird bei dieser Knappheit unerläßlich. Diese Darlegung des eigenen theoretischen Standpunktes, von dem aus das Material geordnet werden könnte, fehlt bei den Autoren jedoch vollständig, so daß es beim elektischen Aneinanderreihen von Zitaten und Meinungen anderer Autoren bleibt. Konkreter Einzelbefund einerseits und Abstraktion und Theorie folgen unvermittelt aufeinander. Ein Beispiel soll das Gesagte verdeutlichen: Im Kapitel über Krankheitsmodelle wird folgendermaßen auf das Problem Alkoholismus eingegangen: »Es wird behauptet, und zwar nicht nur von marxistischer Seite, daß auch Alkohol- und Drogenabhängigkeit gesellschaftsbedingt insbesondere eine Folge der Sozialisation seien. Beim Alkoholismus sind jedoch genetische Faktoren, auf die experimentelle Untersuchungen hinweisen, ebenfalls zu beachten« (24). Anschließend folgt ein Zitat, das besagt, man müsse alle Ebenen (biologisch, soziologisch, psychologisch) beachten. Dann folgen drei Sätze, die feststellen, daß die Unterscheidung von biologischer und gesellschaftlicher Ebene in der Forschung unbestritten sei, während sich nach Hummel und Opp soziologische Begriffe auf psychologische reduzieren lassen. Damit wird der Leser dann seinen eigenen Mutmaßungen zum Problem Alkohol überlassen. Es wurden drei Aussagen gemacht zum Alkoholismus, die ohne Bezugssystem genauso richtig wie falsch sein können. Dann findet ein unvermittelter Sprung statt, der auf die Unterscheidung von Erkenntnisebenen abzielt, wobei ein Zitat dann die Soziologie auf die Psychologie reduziert. In ähnlicher Weise laufen die Argumentationen durchgängig von der ersten bis zur letzten Seite ab. Das Niveau der Analyse wird durch folgendes Zitat charakterisiert. Im Kapitel »Probleme der Methodik in der medizinischen Forschung« heißt es (58): »Der Mensch ist im Unterschied zum Tier mit Sprache ausgestattet (. . .). Im Unterschied zum Tier, das in seinen Funktionskreis eingespannt und auf »Appetenzverhalten« (Konrad Lorenz) angewiesen ist, besitzt der Mensch die Fähigkeit, sachbezogene Forschung zu betreiben.«

Die Autoren sind ihrem Anspruch nicht gewachsen. Die assoziative Methode der Wiedergabe von Meinungen unter abruptem Wechsel der Abstraktionsebene ist formal schon ein zu großer Mangel, als daß es sich lohnt, hier auf inhaltliche Probleme einzugehen. Der Leser verstrickt sich dabei lediglich in die mangelhafte Durchdringung des Gegenstandes der Arbeit. Weniger deutlich sind die Probleme im ersten Ka-

pitel »Entstehung, Gegenstand und Anspruch der Sozialmedizin«, das einen kurzen historischen Abriss gibt. Ausführlicher wird in einem Abschnitt auf die »Kritische Medizin« eingegangen, wobei dieser die »Verabsolutierung des Standpunktes der sozialen Bedingtheit von Krankheit vorgeworfen wird« (27). Einzige Quelle, auf die dabei Bezug genommen wird, ist ein relativ unbekannter, sicherlich nicht repräsentativer Aufsatz der BAK (Bundesassistenten-Konferenz). So gelingt auch hier keine echte Einschätzung des untersuchten Objektes.

Viele der bruchstückhaften Gedankengänge sind eine Zumutung für den Leser, und man fragt sich, wie und ob überhaupt der Lektor des Enke-Verlages das Manuskript gelesen hat.

Manfred Paul (Lausanne)

Meyer, Susanne, Wilhelm Thiele und Volker Volkholz: Gesundheitsversorgung: Daten des Gesundheitssystems der BRD. VSA-Verlag, Hamburg 1978 (202 S., br., 18,- DM).

Das Buch ist von den Autoren als »Arbeitsmittel« konzipiert, »das durch die Zusammenstellung von *Daten* die wissenschaftliche Arbeit, die Lehre und die politische Diskussion« (9) erleichtern soll. Gliederungskriterien sind »Gesichtspunkte des Bedarfs an Versorgungsleistungen und die Verfügbarkeit von medizinischen Dienstleistungen« (7) sowie Grundinformationen zu Bevölkerung, Wirtschaftsstruktur und Familie. Die Themenbereiche werden anhand von Statistiken abgehandelt. Jeweils eine etwas genauer interpretierte Haupttabelle leitet ein Kapitel ein, gefolgt von einer wechselnden Zahl von Spezialtabellen. Insgesamt überwiegen die Tabellen den Textumfang bei weitem.

Die Tabellen entstammen überwiegend Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes, sind also auch ohne dieses Buch erschließbar. Andererseits bietet es im schnellen Zugriff einen recht breiten statistischen Überblick über das Gesundheitswesen und einige seiner gesellschaftlichen Bestimmungsfaktoren. Für den soziologisch nicht ausgebildeten Leser dürfte sich positiv auswirken, daß die Verfasser sich immer bemühen, auf mögliche Wechselwirkungen zwischen allgemein gesellschaftlichen Phänomenen und dem Gesundheitssystem *hinzuweisen* (z. B. Rückgang der Überalterung ab 1980 / Liegedauer alter Patienten in den Krankenhäusern / Rationalisierungsmöglichkeiten). Dem mit der Materie Vertrauten bietet es eine verdienstvolle Materialzusammenstellung.

Um die medizin-soziologische Arbeit nicht nur zu erleichtern, sondern auch voranzutreiben, wäre allerdings eine ausführlichere und Kapitelgrenzen überschreitende *Interpretation* des Zahlenmaterials notwendig gewesen.

Zu monieren ist die schlampige grafische Gestaltung der Tabellen, die die Lesbarkeit des Bandes sehr erschwert.

Karin Lüsebrink (Lübeck)

Geschichte

Baudis, Dieter, und Helga Nussbaum: Wirtschaft und Staat in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1918/19 (Helga Nussbaum, Lotte Zumpe, Hg., Wirtschaft und Staat in Deutschland, Bd. 1). Akademie-Verlag, Berlin (DDR) und Topos-Verlag, Vaduz 1978 (480 S., Ln., 25,- DM).

Nussbaum, Manfred: Wirtschaft und Staat in Deutschland während der Weimarer Republik (Helga Nussbaum, Lotte Zumpe, Hg., Wirtschaft und Staat in Deutschland, Bd. 2). Akademie-Verlag, Berlin (DDR) und Topos-Verlag, Vaduz 1978 (480 S., Ln., 25,- DM).

Dies sind die ersten zwei Bände einer auf drei Bände geplanten »Wirtschaftsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1945«.

Sie sind das Ergebnis eines langfristigen Forschungsprojektes des Instituts für Wirtschaftsgeschichte (Abteilung Wirtschaftsgeschichte des Imperialismus) an der Akademie für Wissenschaften der DDR; vor drei Jahren sind bereits einige Arbeiten aus diesem Projekt in einem Sammelband vorgelegt worden (Lotte Zumpe, Hg., *Wirtschaft und Staat im Imperialismus. Beiträge zur Entwicklungsgeschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland*, Berlin 1976). Am besten läßt sich das Projekt wohl beschreiben als ein historischer Beitrag zu der aktuellen theoretischen Diskussion um den staatsmonopolistischen Kapitalismus – eine Diskussion, die hierzulande mit dem Schlagwort »Stamokap« über den Wissenschaftsbetrieb hinaus ja schon erhebliche politische Publizität gewonnen hat. Dieses besondere theoretische Erkenntnisinteresse und die Konzentration auf die Beziehungen zwischen Wirtschaft und Staat unterscheiden, abgesehen vom Umfang, das vorliegende Projekt von dem »Grundriß der Wirtschaftsgeschichte«, dessen dritter Band den gleichen Zeitraum behandelt. (H. Mottek, W. Becker, A. Schröter, *Wirtschaftsgeschichte Deutschlands. Ein Grundriß. Bd. 3: Von der Zeit der Bismarckschen Reichsgründung 1871 bis zur Niederlage des faschistischen deutschen Imperialismus 1945*, Berlin 1974). Von früheren Arbeiten zur Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus unterscheidet sich das vorliegende Projekt durch den systematischen Zugriff; denn der Nachweis personeller Verflechtungen und die einfache Aufzählung wirtschaftspolitischer Aktivitäten, die bei früheren Arbeiten im Vordergrund standen, reichten kaum aus, um eine neue Qualität des Wirtschaftsprozesses nachzuweisen. Der Anspruch der Verfasser, daß hier eine Untersuchung vorgelegt wird, »die in dieser Art erstmals durchgeführt wurde« (Bd. 1, S. XI), besteht m. E. durchaus zu Recht; es gibt auch unter dem konkurrierenden Paradigma des Organisierten Kapitalismus keine vergleichbare systematische Untersuchung (ein früher, international angelegter Ansatz in dieser Richtung ist nicht weitergeführt worden; vgl. H. A. Winkler, Hg., *Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge*, Göttingen 1974).

Der erste, von Baudis und H. Nussbaum verfaßte Band des Projektes enthält drei gesonderte Abschnitte zur Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus (Nussbaum), zur Periode von 1871 bis 1914 (Nussbaum), und zum Ersten Weltkrieg (Baudis). Der erste Abschnitt verdient nicht nur als Einführung zu dem Gesamtwerk, sondern auch als eigenständiger theoretischer Beitrag besonderes Interesse. Im Unterschied zu der verbreiteten Auffassung, daß einfacher Monopolkapitalismus und staatsmonopolistischer Kapitalismus zwei verschiedene aufeinander folgende Epochen seien, vertritt H. Nussbaum – offenbar einverständlich für die ganze Arbeitsgruppe – die These, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus ein *Grundzug* des imperialistischen Stadiums des Kapitalismus sei. Diese These entspricht, wie Nussbaum mit einer überraschenden, aber sehr sorgfältigen und überzeugenden Textanalyse zeigt, nicht nur der ursprünglichen Leninschen Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, sondern entspricht vor allem auch dem realen Entwicklungsgang. Aus historischer Perspektive hat Jürgen Kuczynski schon vor Jahren die Anfänge des staatsmonopolistischen Kapitalismus bis zu den Anfängen des Imperialismus zurückverfolgt, und damit der »Prozeßtheorie« gegenüber der »Phasentheorie« den Weg geebnet (J. Kuczynski, *Zur Frühgeschichte des deutschen Monopolkapitals und des staatsmonopolistischen Kapitalismus* (Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 14), 1962).

Im zweiten Abschnitt stellt H. Nussbaum die Grundzüge der wirtschaftlichen Entwicklung von 1871 bis 1914 und – als historisch-empirische Seite der Prozeßtheo-

rie – die beginnende Verschmelzung von Staat und Wirtschaft dar. Zwei Sektoren, Bergbau und Landwirtschaft, werden im Detail untersucht, als Beispiele für staatliche Regulierung und Selbstregulierung in einem hochmonopolisierten und einem nicht-monopolisierten Bereich. Die Beispiele wurden ausgewählt, weil die staatliche Intervention hier besonders weit fortgeschritten war, im Bergbau u. a. auch als Folge der merkantilistisch-fiskalischen Vorgeschichte; gerade deswegen kann man natürlich gegen die Auswahl einwenden, daß sie weder charakteristisch noch repräsentativ ist, wenn die deutsche Wirtschaft zunehmend auf der industriellen Dynamik von Stahl, Großchemie und Elektroindustrie beruhte.

Baudis untersucht im dritten Abschnitt die deutsche Kriegswirtschaft im Ersten Weltkrieg und die Übergangswirtschaft in der Novemberrevolution. Der Verfasser kann hier auf mehrere Monographien zurückgreifen, die das Verhältnis von Wirtschaft und Politik aus unterschiedlichen Perspektiven untersuchen, und er hat diese Basis noch durch einige Archivstudien erweitert. Nach meinem Eindruck ist dieser Abschnitt so etwas wie der Angelpunkt des ganzen Projektes, denn in der Kriegswirtschaft des Ersten Weltkrieges und in bestimmten Aspekten der Demobilisierung kommt die historische Realität dem zentralen Konzept der Stamokap-Theorie, der *Verschmelzung* von Monopolen und Staat, am nächsten.

Der von M. Nussbaum verfaßte Band über die Periode der Weimarer Republik ist in drei Abschnitte unterteilt, die der allgemein üblichen Periodisierung entsprechen: Nachkriegskrise und Inflation 1919 bis 1923, relative Stabilisierung 1924 bis 1928, Weltwirtschaftskrise 1929 bis 1932/33. Jeder Abschnitt enthält einen Überblick über die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung und wechselnde Schwerpunktthemen zum Komplex Wirtschaft und Staat. Im ersten Abschnitt stehen die Inflation und die neuen industriellen Organisationsformen im Vordergrund. Im zweiten Abschnitt werden die allgemeine Wirtschafts- und Finanzpolitik, die öffentlichen Unternehmen, die Rolle der Reichsbank und der Staatsbanken, die Agrarpolitik, und die Arbeitsmarktregulierung untersucht. Im dritten Abschnitt geht es vor allem um das staatliche Krisenmanagement, mit einer allgemeinen Einschätzung und einer besonderen Untersuchung der monetären, agrarpolitischen und industriellen Aspekte. Der Verfasser kommt zu dem Ergebnis, daß die Epoche der Weimarer Republik als ganzes »eine neue Stufe der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus« (387) darstellt; die inhaltlichen Schwerpunkte der Intervention wechselten. In der Nachkriegszeit ging es vor allem um die Überwindung einer akuten Systemkrise, die durch die militärisch-politische Niederlage und durch den revolutionären Aufschwung der Arbeiterbewegung bedingt war; in der Periode der relativen Stabilisierung gab es eine allgemeine Zunahme staatlicher Regulierungstätigkeit in einem »relativ ruhigen« Zeitabschnitt; in der Weltwirtschaftskrise ging es wieder um das akute Krisenmanagement, die Krisenursachen und damit die Regulierungsinstrumente waren aber andere als in der Nachkriegskrise.

Entsprechend der im ersten Band von Baudis und H. Nussbaum vorgetragenen Absicht bemüht sich M. Nussbaum, das Konzept des staatsmonopolistischen Kapitalismus theoretisch und empirisch exakt zu erfassen; staatsmonopolistischer Kapitalismus bedeutet, daß »einerseits die durch das Monopol hervorgerufenen Störungen des Reproduktionsprozesses das Eingreifen der Staatsmaschinerie herausforderten, andererseits die mächtigen Monopolgruppen verstärkt auf den Staatsapparat einzuwirken suchten, um seine Tätigkeit in ihrem Interesse zu lenken« (386). Über die Verteilung der Gewichte in der Darstellung verschiedener staatlicher Interventionen kann man unterschiedlicher Meinung sein. M. E. hat der Verfasser die monetäre Steuerung durch das Bankensystem unter Führung der Reichsbank in der Weimarer Zeit unterbewertet. Die Reichsbankpolitik war nicht nur global wichtig, sie griff angesichts der

vielfältigen Sonderkonditionen und Diskriminierungen auch tief in die Bankenstruktur ein; darüber erfährt man wenig.

Insgesamt findet man in den beiden vorliegenden Bänden aber ein reichhaltiges und systematisch aufgearbeitetes Material zum Verhältnis von Wirtschaft und Politik zwischen 1871 und 1933. In der Hauptsache handelt es sich um eine Sekundäranalyse auf der Basis bekannter Daten, manches ist aber auch aus gedruckten und ungedruckten Quellen neu hinzugekommen. Durchaus nicht selbstverständlich, aber für die Brauchbarkeit nur förderlich ist, daß die Verfasser systematisch die Ergebnisse bürgerlicher Forschung genutzt haben, die an empirischen Fakten nach wie vor wesentlich mehr zutage fördert als die wenigen marxistischen Wirtschaftshistoriker. Fakten, Strukturen und Prozesse werden, wie die Verfasser selbst mit der nötigen Deutlichkeit sagen, von einer bestimmten Warte aus betrachtet, und das impliziert gewisse Einschätzungen, zum Beispiel im Hinblick auf die Novemberrevolution oder die Weimarer Republik, die m. E. mit der historischen Evidenz nicht vereinbar sind. Theoretische Modelle von hohem Abstraktionsgrad, wie die Stamokap-Theorie, sind der historischen Überprüfbarkeit ohnehin weitgehend entzogen. Was die Verfasser plausibel aufzeigen, ist ein zunehmender Interventionismus und infolgedessen ein Gestaltwandel des kapitalistischen Systems, wie ihn auch Theorien des Organisierten Kapitalismus oder des *corporate capitalism* anerkennen; das für die Stamokap-Theorie eigentümliche Konzept der *Verschmelzung* von Monopolen und Staat haben die Verfasser dagegen m. E. historisch nicht nachweisen können.

Gerd Hardach (Marburg)

Schulze, Hagen: Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung. Eine Biographie. Ullstein Verlag, Berlin 1977 (1094 S., Ln., 78,- DM).

Die umfangliche Habilitationsschrift eröffnet dem Leser ein so breites und spannendes Feld der politischen Entwicklung nicht nur Brauns, sondern auch der SPD in Ostpreußen und später in Preußen resp. der Weimarer Republik (WR), daß hier nur auf einige positive wie problematische Aspekte verwiesen werden kann. Niemand, der sich mit der Entwicklung der Sozialdemokratie seit dem Ausgang des 19. Jahrhunderts, ihres doppelten Versagens vor dem ersten imperialistischen Weltkrieg und vor den Aufgaben der Revolution 1918 auseinandersetzen möchte, wird das Buch ohne Gewinn lesen. Trotz seines entmutigenden Umfangs ist es ein sprechender Beleg gegen die weitverbreitete Auffassung, derartige Bücher müßten zwangsläufig trocken und langweilig geschrieben sein. Schulze versucht auch mit Erfolg, Mängel vieler Biographien zu vermeiden, indem er die Person von der Kindheit an in die sozialen und politischen Entwicklungen der Zeit integriert, Brauns Wirken in diesem Zusammenhang aufzeigt und ebenso seine Prägung durch die Verhältnisse nachzeichnet.

Kritische Anmerkungen sind zu machen zu der Art und Weise, wie Schulze an die Streitfragen der historischen Sozialwissenschaft herangeht einerseits im Umgang z. B. mit Engels, andererseits in der Verortung Brauns innerhalb der verschiedenen Gruppierungen der SPD bis 1914 und dann ab 1918. So behauptet er (64), Engels habe im Jahre 1891 die soziale Revolution für 1898 prophezeit. Bei Nachprüfung (MEW 22, S. 186 f.) stellt der Leser fest, daß dort *gar nichts* derartiges auffindbar ist. Oder: Engels habe 1890 behauptet, daß in drei Jahren die ostelbischen Landarbeiter für die Sozialdemokratie gewonnen wären (84). Auch hier ergibt sich (MEW 37, S. 365 ff.), daß Engels zwar eine solche Hoffnung äußerte, allerdings zugleich die entgegenstehenden Momente und möglichen zukünftigen Hindernisse benannt hat. Beide herangezogenen Engels-Zitate sollen dazu dienen, die mechanistische und realitäts-

entfernte Herangehensweise der Marxisten zu illustrieren. Bei dem heutigen Forschungsstand sollte eigentlich nicht mehr vorkommen, daß immer wieder derartige Verfälschungen tradiert werden, die zwar auf eine gewisse Tradition zurückblicken können, aber doch durch Wiederholung der historischen Adäquanzen nicht näher rücken.

Schwierigkeiten bereitet Schulze auch die Einordnung Brauns in die innerparteilichen Strömungen der SPD, bzw. überhaupt deren Benennung und Charakterisierung. So wird Braun als Vertreter des marxistischen Parteizentrums apostrophiert (100 ff.), weil er die Überlegenheit des landwirtschaftlichen Groß- über den Kleinbetrieb verteidigt hat gegen revisionistische Behauptungen. Andererseits wird Braun jener Richtung hinzugezählt, die sich überhaupt von jeder Theorie emanzipiert habe (124). Dem wiederum widerspricht der Umstand, daß Braun sich in dem Streit zwischen Kautsky und dem Parteivorstand um die Herausgabe des Buches »Der Weg zur Macht« vor Kautsky gestellt hat (130). Schulze kann sich das nicht erklären.

Belege für inhaltliche wie sprachliche Ungenauigkeiten und Widersprüche lassen sich eine ganze Reihe anführen. Das geht soweit, daß Begriffe wie »Extremisten« (u. a. 159) für Mitglieder der SPD 1913 gebraucht werden oder der Umstand der Existenz von proletarischen und intellektuellen Mitgliedern in der Partei für deren Spaltung mitverantwortlich gemacht wird (156). Schulze übernimmt i. b. auf die Spaltung der SPD nach 1914, die Beurteilung der USPD (330) und die Strukturängel der WR die vorherrschende liberale (Bracher u. a.) resp. sozialdemokratische (Miller u. a.) Interpretation, dieses auch im Hinblick auf die Untätigkeit des Parteivorstandes der SPD nach dem Papen-Putsch 1932 gegen Preußen (754) und nach der Hitlerschen Usurpation der Regierungsmacht. Hingegen wird z. B. sehr anschaulich die fehlende Säuberung des preußischen Beamtenapparates von antidemokratischen Kräften nach 1918 im Verantwortungsbereich des Innenministers und Revisionisten Heine (243 ff.) geschildert. So bleibt das Fazit: stark im Detail, jedoch wenig Neues oder gar Unhaltbares oder Fragwürdiges zu den allgemeinen Problemen von Brauns Lebenszeit. Trotz aller Fragezeichen hinter Brauns Namen bleibt: Er besaß jenes Maß an Durchsetzungsfähigkeit und Willen zur Anwendung der gegebenen Macht, welches in der Führung der SPD im übrigen weitestgehend fehlte. Stephan Albrecht (Hamburg)

Brack, Rudolf: Deutscher Episkopat und Gewerkschaftsstreit 1900–1914. Böhlau Verlag, Köln – Wien 1976 (448 S., Ln., 86,- DM).

Erstmals wurden die bischöflichen Archivbestände und Quellen des Auswärtigen Amtes zum sog. deutschen Gewerkschaftsstreit ausgewertet und so dessen innerkatholische und außenpolitische Dimension sichtbar gemacht. Der Anstoß für diesen Streit war die Frage nach der religiös opportunen Form wirtschaftlicher Organisationen für die katholische Arbeiterschaft. Dabei standen sich die Konzeptionen von interkonfessionellen, von geistlicher Aufsicht unabhängigen, christlichen Gewerkschaften einerseits und andererseits von beruflich gegliederten katholischen Fachabteilungen im Rahmen der bestehenden katholischen Arbeitervereine gegenüber. Die Mehrheit des deutschen Episkopats und die katholischen Arbeitervereine West- und Süddeutschlands traten mit lautstarker Unterstützung des Mönchengladbacher »Volksvereins für das katholische Deutschland« und des Großteils der Zentrums- presse unter Anerkennung der bestehenden kapitalistischen Markt- und Machtverhältnisse für wirtschaftliche Kampfverbände ein, die auch protestantischen Arbeitern offen stehen sollten. Zur Zurückdrängung und Pazifizierung der sozialistischen Arbeiterbewegung erschien diesen die Schaffung einer separaten, allgemeinchristlich firmierenden Konkurrenzgewerkschaft das allein erfolgversprechende Rezept zu

sein. Dagegen fürchtete eine berufsständisch und wirtschaftsfriedlich ausgerichtete Minderheit um den »Verband katholischer Arbeitervereine (Sitz Berlin)« um die Reinheit ihres katholischen Bekenntnisses und ein Absinken in religiösen Indifferentismus. Unter dem Patronat der einflußreichen Bischöfe von Breslau (Kopp) und Trier (Korum), die sich mit den integralen, hyperkatholischen Zielen Pius X. und des römischen Klerus identifizierten, propagierte diese die Bildung blitzblanker katholischer Ersatzverbände. Brack rollt in seiner sehr breit angelegten, theologischen Dissertation in chronologischem Durchgang die einzelnen Eskalationsstufen dieses die ganze katholisch-soziale Bewegung polarisierenden Streites vorwiegend aus der Perspektive der Meinungs- und Entscheidungsbildung des deutschen Episkopats wie auch z. T. des Vatikans auf. Dabei gelingt ihm der Nachweis, daß die unbestimmten, mehrdeutigen Stellungnahmen der deutschen Bischöfe Dauer und Heftigkeit des Konfliktes beträchtlich angeheizt haben. Diese vermochten von der »Fuldaer Pastorale« (1901) bis zur päpstlichen Enzyklika »Singulari quadam« (1912) auch nicht, der Kette von Pressefehden, Intrigen und persönlichen Denunziationen ein Ende zu bereiten. Auch Pius X., um dessen Gunst als höchster Autorität ein wahrer Wettlauf veranstaltet wurde, bei dem selbst Freundschaftsgaben in Höhe von 200000 Mark keine Seltenheit darstellten, bot durch vage Ermunterungen beider Parteien lange Zeit Anlaß für mancherlei Spekulation. Seine lehramtlich verkündete bloße Duldung interkonnessioneller Gewerkschaften kam bezeichnenderweise erst nach massiven diplomatischen Interventionen der kaiserlichen Regierung zu Stande, die sich um die antisozialistische Sammelfunktion der christlichen Arbeiterverbände sorgte.

Die Studie läßt allerdings infolge ihrer quellenmäßigen Begrenztheit für die Einordnung und Bewertung des Gewerkschaftsstreits, insbesondere auch im Rahmen einer bislang ausstehenden Gesamtdarstellung der Geschichte der christlichen Gewerkschaftsbewegung, noch manchen Wunsch offen. Neben vollständiger Ausgrenzung der vielschichtigen Probleme der deutschen Gewerkschaftsbewegung skizziert der Autor die spezifischen sozialen, politischen und organisatorischen Voraussetzungen dieses Emanzipationsstrebens eines Teils der katholischen Arbeiterschaft von der Bevormundung durch ihren reaktionären Klerus so wenig, wie er die parallel verlaufenden und mit dem Gewerkschaftsstreit partiell in engem Zusammenhang stehenden internationalen und nationalen Auseinandersetzungen innerhalb des Katholizismus (Holländischer Gewerkschaftsstreit, Zentrumsstreit usw.) nur andeutungsweise erwähnt. Auch die letztendliche Qualifizierung des episkopalen Unverständnisses bzw. Unvermögens aus menschlichen Unzulänglichkeiten oder Leidenschaften, speziell was Motivationsstruktur und Vorgehensweise integraler Parteigänger anbelangt, läuft auf die allzu bekannten Geschichte machenden, einsamen kirchlichen Männer hinaus. Dadurch wird die klassenüberdeckende und soziale Herrschaft konservierende Verfaßtheit des katholischen Kirchenapparates und dessen antidemokratisches Kampfpotential ausgeblendet wie auch die sozialen und politischen Gegebenheiten außer acht gelassen werden, welche Meinungsbildung sowie Wirkungsfeld des kirchlich-religiösen Führungspersonals determinieren.

Hartmut Roder (Bremen)

Crusius, R., G. Schiefelbein und M. Wilke (Hrsg.): Die Betriebsräte in der Weimarer Republik. Von der Selbstverwaltung zur Mitbestimmung. Olle & Wolter, Berlin/West 1978 (2 Bde., 289 S., 246 S., br., 38,- DM).

Der erste Band dieser Dokumentation enthält neben einer Einleitung von Adolf Brock »Die Arbeiter- und Soldatenräte von der revolutionären Aktion zur Integration« Auszüge aus verschiedenen Quellen, der zweite Band die bereits 1926 in Berlin

erschienene Arbeit von Kurt Brigl-Matthiaß »Das Betriebsräteproblem in der Weimarer Republik«. Den Dokumenten des ersten Bandes sind in verschiedenen Kapiteln kurze Einführungen vorangestellt, die die ausgewählten Texte zusammenfassen. Insgesamt gewinnt man den Eindruck, daß hier ein Zwischenergebnis einer fleißigen Sammlertätigkeit vorgelegt wurde. Eine gründlichere Redaktion der Ausgabe wäre allerdings nötig gewesen. Es fehlen Literatur- und Namensverzeichnis sowie der Versuch einer schlüssigen Einordnung der unterschiedlichen Theorien und Aktivitäten in jenen Jahren. Dadurch wird der Gebrauchswert der wichtigen Dokumente deutlich geschmälert. In der Einleitung zum ersten Band versucht Brock auf 34 Seiten den historischen Zusammenhang von Burgfriedenspolitik und der sich daraus entwickelnden Oppositionsbewegung herauszuarbeiten, ohne jedoch die Vorkriegssituation zu beleuchten. Die Entstehung der revolutionären Obleute, die Diskussionen auf dem ersten Reichsrätekongreß sowie verschiedene Räte Modelle aus dem Frühjahr 1919 werden beschrieben, eine Analyse dieser Modelle in Bezug zur realen Entwicklung unterbleibt. Von den 30 abgedruckten Dokumenten stammen 12 vom 10. Gewerkschaftskongreß aus dem Jahre 1919, weitere 5 vom ersten (und einzigen) Reichskongreß der Betriebsräte (Oktober 1920) und 6 weitere von Gewerkschaftskongressen. Hinzu kommen einige wenige Auszüge aus Broschüren und Büchern. Bisher nicht wieder gedruckte Beiträge aus Zeitungen und Zeitschriften der Weimarer Republik werden nicht aufgenommen. Eine genaue Abgrenzung, was ausgewählt wurde, scheint mehr dem Zufall der am Problem arbeitenden Autoren überlassen zu sein, als einer allgemein ersichtlichen Systematik. Durch diese Auswahl fehlen völlig die Positionen von Parteivertretern, wie sie auf Parteitag, im Reichstag, in eigenen Broschüren oder in der Parteipresse zu finden sind.

Brigl-Matthiaß untersucht (im zweiten Band der Edition) materialreich die Einflüsse von Betriebsräten auf die Gewerkschaftsbewegung und die privaten Unternehmer. Sein empirisches Material gewinnt er durch Beschränkung auf das Industriegebiet Groß Berlins sowie die rheinisch-westfälische Bergbau und Metallindustrie. Brigl geht von folgender Voraussetzung aus: »Das Betriebsrätegesetz ist die machtpolitische Resultante dieses Ringens, in dem die Rätebewegung als solche unterliegt und in dem sich die von den freien Gewerkschaften maßgebend beeinflusste sozialistische Bewegung und die sozialreformatorsche Bewegung auf der Basis ihrer gemeinsamen Gegnerschaft gegen die Rätebewegung und ihrer gemeinsamen Sorge für die Vormachtstellung der Gewerkschaften zu einem Kompromiß zusammenschließen« (15). In seiner überzeugenden Analyse, die durch zu jener Zeit zugänglichem Material belegt wird, kommt er zu dem Ergebnis: »Es entspricht der besonderen Wirksamkeit des Betriebsrätewesens, daß die soziologische Struktur der Unternehmung durch das Betriebsrätewesen nur unbedeutend gewandelt ist und daß den Unternehmungen die Freiheit ihrer Dispositionen trotz der Betriebsdemokratie im weitgehenden Maße geblieben ist. (. . .) Als Fundament einer neuen Wirtschaftsverfassung begrüßt, ist das Betriebsrätewesen in seiner praktischen Bedeutung mehr oder minder auf den Wirkungsbereich der früheren Arbeiterausschüsse zusammengeschrumpft« (245/6). An den Ergebnissen von Brigl hat auch Hoffmann in seinem äußerst knappen Versuch einer Aktualisierung nichts auszusetzen, auch wenn ihm Brigl insgesamt als »kleinbürgerlicher«, »sozial-reformerischer« Standpunkt erscheint. Als Beweis für diese vor-schnelle Etikettierung werden einzelne Begriffe angeführt, die Brigls Verständnis von Masse und Führertum entlarven sollen. Die Wiederveröffentlichung der Brigl'schen Arbeit ist uneingeschränkt zu loben. Die Edition der Dokumente ist als Ausgangsmaterial weitergehender Arbeit an diesem Problem sinnvoll zu gebrauchen.

Hartfrid Krause (Darmstadt)

Otto, Bernd: Gewerkschaftsbewegung in Deutschland – Entwicklung, geistige Grundlagen, aktuelle Politik. Bund-Verlag, Köln 1975 (205 S., br., 12,50 DM).

Das Buch will einen verständlichen Überblick über Geschichte und Ausprägung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland geben. Der Autor – lange Zeit DGB-Bundesvorstandsmitglied und heute Arbeitsdirektor im Vorstand von coop – geht aus von der Lage der Arbeitnehmerschaft im 19. Jh., untersucht die wichtigsten ideologischen Strömungen wie Liberalismus, Lassalleanismus, Marxismus und christliche Soziallehre. Bei der Behandlung der Gewerkschaften im Kaiserreich steht die Massenstreikdebatte und die Burgfriedenspolitik, für die Weimarer Zeit die Mitbestimmung und die Wirtschaftsdemokratie im Vordergrund, für die Zeit nach dem 2. Weltkrieg die Grundsatz- und Aktionsprogramme des DGB. Das Buch wird eingeleitet durch ein Vorwort von H. O. Vetter und einen Prolog des ehem. Bundespräsidenten Heinemann. Es wird abgeschlossen durch eine Zeittafel, Kurzbiografien bedeutender Persönlichkeiten und eine Bibliografie. Bereits die Darstellung der Lebenslage im 19. Jh. enthält Pauschalitäten, was auch im weiteren das Buch an vielen Stellen kennzeichnet (14 ff.). Es entsteht dadurch eine Betrachtung, die den antagonistischen Charakter des kapitalistischen Systems nicht zum Ausdruck kommen läßt, gelegentlich auch zu Fehlern führt. So dann, wenn z. B. der lassalleianische Arbeiterverein zu einer entscheidenden Kraft der 1. Internationale gemacht wird (18). Die Auseinandersetzung mit der Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung bereitet dem Leser einige Mühe, ist doch dieses komplexe Gebiet aufgesplittert in seine »geistigen Strömungen und ihre Bedeutung für die Gewerkschaften« (21 ff.), »gewerkschaftliche Gedanken« (43 ff.), »Bildung von Gewerkschaften« (51 ff.), und »Leitbilder« (56 ff.). Nicht aber allein dieses methodisch problematische Vorgehen, sondern mehr noch die unterschiedlich qualifizierte Auseinandersetzung mit den Richtungen in den Gewerkschaften selbst, scheint vom einheitsgewerkschaftlichen Aspekt her dubios. Der im ganzen unangreifbaren Darstellung des Liberalismus mit dessen Betonung des Wettbewerbs und der Ordnungsfunktion des Staates (21 ff.), des von Otto undefinierten freiheitlichen Sozialismus mit dessen »echten Idee vom Sozialismus« und »ständigem Bemühen . . . auf die Einbeziehung des Menschen in die Gesellschaft« (32), der – gemessen an ihrem historischen Stellenwert und an der Behandlung der anderen Richtungen – überlangen Beschäftigung mit den christlichen Soziallehren (34 ff.) und deren Betonung der »eigentlichen Naturordnung« bzw. »sittlichen Ordnung« (36) oder der »Initiative der kleineren sozialen Einheiten« (41) steht ein im ganzen teils vages, teils unbegriffenes Bild »des« Marxismus gegenüber, dem unterschiedlos einige linke und linksradikale Theorien subsumiert werden (25, 27). Ihm ist ein historischer Automatismus durch eine angebliche »Selbstaufhebung des Kapitalismus« unterstellt (27, 44), die Differenzierung von Privateigentum an Produktionsmitteln und persönlichem Eigentum unterbleibt (28 u. a.). Der Autor glaubt, der Marxismus sähe die Aufgaben der Gewerkschaften darin, das System zu überwinden (56). Unverstanden, weil nicht vermittelt, muß der Versuch bleiben, den modernen Mitbestimmungsbegriff als Beurteilungskriterium an damalige ideologische Ansprüche anzulegen, obwohl gerade dies bei konsequenterer und differenzierterer Vorgehensweise für den Nachweis bestimmter Kontinuitäten von gewerkschaftlichen Reformgedanken und für die Vermittlung von Richtungsgemeinsamkeiten in der deutschen Gewerkschaftsbewegung von großem Wert hätte sein können. Auch die Beschreibung der Entstehungsgründe der Gewerkschaften ist problematisch. Was zunächst von dem Widerspruch zwischen Ausbeutung und Aneignung auszugehen scheint (43), wird bald zur Verabsolutierung der Erscheinungsformen »niedrigerer Bildungsstand« und »demoralisierende Erniedrigung« zu ursächlichen Faktoren (44). Die Politik der Ge-

werkschaften im Kaiserreich und der Weimarer Republik wird leider zu wenig und gar nicht im Zusammenhang kritisiert, lediglich das Verhalten Leiparts 1933 ist hervorgehoben (89). Über den Widerstand im Faschismus ist nur auf einer halben Seite zu lesen (90). Für die Zeit nach dem 2. Weltkrieg vermißt man eine Einbeziehung des Potsdamer Abkommens und seiner auch für gewerkschaftliche Politik wichtigen Zielvorstellungen. Die Politik der Gewerkschaftsführung in der ersten Nachkriegsphase ist kritisch für Otto nur in dem Punkt, wo er den »halbherzigen Widerstand« bedauert, ihn aber gleich darauf mit einer gewissen »Zeitströmung« erklärt (124). Erschwerend für die Aufnahme des Stoffes durch den Leser wirken die zahlreichen Wiederholungen, die gerade die Kapitel der Gegenwart kennzeichnen (144, 169 u. a.). Die einzelnen Bereiche der Politik des DGB – Programme (107 ff., 133 ff.), Mitbestimmung, Tarif-, Wirtschafts- und Sozialpolitik usw. (143 ff.) – sind ausführlich und systematisch abgehandelt. Allenfalls diese Kapitel sind es, die »in die Hand eines jeden an Geschichte und Gewerkschaften interessierten Lesers gehören« (Buchdeckel), obwohl auch hier die Behandlung des Betriebsverfassungsgesetzes unkritisch vorstatten geht (146) und die (alte lassalleanische) Vorstellung von der »Arbeitnehmermacht durch Stimmzettel« unverarbeitet bleibt, weil die Herrschaftsverhältnisse nicht als parlamentarische *und* Eigentumsverhältnisse begriffen sind (168). Leider haben sich auch in die Kurzbiografien und die Bibliografie Unvollständigkeiten eingeschlichen, denn es fehlen so wichtige Vertreter und Autoren wie Wilhelm Liebknecht, v. Schweitzer, Hirsch und Dunker und Luxemburg. Rüdiger Lison (Duisburg)

Soziale Bewegung und Politik

Raschke, Joachim (Hrsg.): Die politischen Parteien in Westeuropa. Geschichte – Programm – Praxis. Ein Handbuch. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg 1978 (539 S., br., 9,80 DM).

Ohne Kenntnis von Geschichte und Struktur der verschiedenen Parteiensysteme, wird im Vorwort festgestellt, ist Politik in Westeuropa nicht zu begreifen (9). Man kann noch weiter gehen: auch zum Verständnis der politischen Verhältnisse im eigenen Land, ja um eine konkretere Vorstellung von den Bedingungen unserer sozialistischen Perspektive zu gewinnen, ist jene Kenntnis vorausgesetzt. Das Handbuch informiert über die Parteiensysteme in 19 westeuropäischen Staaten, jeweils mit einem Überblick über die Entwicklung eines Parteiensystems beginnend, dann übergehend zur Darstellung der relevanten Parteien des betreffenden Landes anhand von sieben Stichworten: Sozialstruktur; nahestehende Interessenverbände; Organisation; Ideologie/Programmatik; Tendenzen, Gruppen, Konflikte; Position im Parteiensystem; Partei in der Regierung. Das Raster scheint geeignet, die relevanten Informationen trotz teilweise unterschiedlicher theoretischer Konzepte der Länderartikel-Autoren einigermaßen homogen zu erfassen. Solche Unterschiede werden z. B. sichtbar zwischen Jürgen Hartmann (Belgien, Großbritannien, Luxemburg, Malta, Niederlande), der politische Integration in der »modernen Industriegesellschaft« mit Begriffen wie »Konkordanzdemokratie«, mit dem Hinweis auf die Einbettung von Parteien in politische »Subkulturen bzw. Säulen der . . . Gesellschaft« erfaßt (z. B. 373), einerseits und der Westberliner Projektgruppe Parteiensystem (Bundesrepublik Deutschland), für die politische Integration durch »Massenlegitimationsparteien« hergestellt wird (70), andererseits. Die Informationen sind überall so weit aufbereitet, daß der Leser selbständig auf die Suche nach übergreifenden politischen Strukturen gehen kann, gerade weil er auch über kleinere Staaten etwas erfährt und ihm insgesamt eine Mannigfaltigkeit von Phänomenen begegnet, die wie eine naturwüchsige experimentelle Bedingungsvariation anmutet. Die Aufbereitung wäre noch besser, wenn man

die Themen »Parteienentwicklung und Wahlsystem« sowie »Parteien und Presse« zu selbständigen Stichwörtern gemacht hätte; ihre Bedeutung fürs Verständnis der Mechanismen des Parteiensystems scheint nach dem Zeugnis einiger Länderartikel (bezüglich des Wahlsystems z. B. Belgien [47], Griechenland [218], Großbritannien [268], Italien [307]) so groß zu sein, daß man es nicht dem Zufall überlassen dürfte, ob und in welchem Umfang sie jeweils behandelt werden (z. B. keine Bezugnahme auf die Fünfprozentklausel im BRD-Artikel).

Die Einleitung des Herausgebers *Joachim Raschke* will die Frage nach übergreifenden politischen Strukturen bereits beantworten, jedoch ist die Antwort nicht überzeugend. Raschke beginnt mit der Feststellung, Parteiensysteme seien »keineswegs nur eine Übersetzung« sozioökonomischer »Konflikte« ins Politische, vielmehr hätten andere Spaltungslinien, vor allem religiöse, kulturelle, territoriale, eine »Wirksamkeit behalten, die marxistischen Annahmen widerspricht« (12). Indem er die Parteien als Aufsummierung solcher Spaltungslinien vorstellt, wobei der sozioökonomische »Konflikt« dann bloß *ein* Faktor unter anderen wäre, verschärft er freilich sein eigenes Problem, die »hohe Kontinuität des westeuropäischen Parteiensystems« zu begreifen, die ihm zu Recht »umso erstaunlicher« scheint, »als zentrale Bestimmungsfaktoren des Parteiensystems, wie Sozialstruktur und Staatsfunktionen, sich – vor allem seit 1945 – erheblich gewandelt haben« (17). Paradoxerweise greift er hier selbst zu dem untauglichen Mittel, das politische Phänomen mit einem ökonomistischen Bild zu erklären, noch dazu mit einer bloßen Zirkulationssphärenmetapher: die »Anteile des Stimmenmarktes« würden »an eine weitgehend feststehende Zahl von Großabnehmern regelmäßig vergeben«, was sich aus »Einschränkungen des Parteienwettbewerbs« wie z. B. Wahlsystem, hohe Wahlbeteiligung, Personalisierung der Wahlalternative erkläre, ferner auch aus der *Psychologie* des homo politicus. Dessen »Neigung zu einer bestimmten Partei« werde häufig »vererbt«, und »Abweichungen von den (partei)politischen Orientierungen der näheren Umwelt« erforderten für ihn – hier gehen Psychologie und Grenznutzentheorie sogar eine Synthese ein – »meist hohe (psychische) Kosten« (21). Freilich: nicht einmal im Kontext der Ökonomie kann die Existenz von Monopolen dadurch erklärt werden, daß man sie *bereits unterstellt* und nun auf Mechanismen hinweist, wodurch sie möglicherweise befestigt wird. Ferner sind auch die »psychischen Kosten« doch wohl nur dann hoch, *wenn* die zu erklärende Konstanz des Parteiensystems *bereits existiert*. Raschke unterschiebt Konsequenzen der Parteienkonstanz als deren Ursachen. Umso verblüffender, daß er der unbegriffenen Konstanz Züge von Unabänderlichkeit verleiht: sie wachse noch an, Konflikte würden sich heute weniger als früher im Parteiensystem niederschlagen (43 f.). Die im Handbuch dargestellte westeuropäische Entwicklung legt diese Schlußfolgerung, die für Marxisten hierzulande fatal wäre, zum Glück nicht nahe.

Man kommt mit »marxistischen Annahmen« eben doch weiter. Diese zwingen durchaus nicht dazu, sozioökonomische »Konflikte« unmittelbar ins Politische zu projizieren, auch wenn Marx offenbar meinte, jede Partei sei politischer Ausdruck einer Klasse bzw. einer oder mehrerer rein übers ökonomische Interesse definierbarer Klassenfraktionen (vgl. z. B. MEW 8, S. 138 ff.), auch wenn noch Gramsci die Partei als »Nomenklatur einer Klasse« definierte (Ausg. Riechers, S. 303). Die marxistische *Methode* fordert nicht etwa die Installierung solcher inhaltlicher Resultate vor aller Forschung, sondern orientiert auf die Beantwortung gewisser offener Fragen, die sie unter Verwendung von Aussagen der marxistischen Theorie formuliert; vor allem folgender: Erstens, *in welcher Weise* organisieren sich die Klassen zu Parteien? Und zweitens, wenn die Klassen sich, wie die Empirie hundertfach demonstriert, anhand von »Konflikten« – d. h. von objektiven Problemsituationen – zu Parteien organisieren, *welche Struktur* weisen solche Situationen auf (inwiefern sind sie »in letzter In-

stanz« durch die ökonomischen Strukturgesetze der gegebenen Gesellschaftsformation bestimmt) und *welche empirische Besonderheit* zeichnet diejenigen Problemsituationen aus, die *die Klassen* zu parteikonstitutiver Aktivität veranlassen (im Vergleich zu Situationen, die lediglich »Führer« oder Parteiapparate, oder gar lediglich Wissenschaftler zur Tätigkeit anspornen)?

Das Handbuch bringt genügend Material für schlüssige Antworten bei. Es zeigt sich, daß die verschiedenen unterworfenen Klassen – Arbeiterklasse, alte und neue Mittelschichten – sich in Klassenbündnissen mit der Bourgeoisie zu Parteien konstituieren. Diese basieren stets auf massenhaften sozialen Interessenverbänden, in denen die Klassen noch distinkt organisiert sind, und stellen deren »politischen Arm« dar. So beruhen alle großen Arbeiterparteien auf einer Gewerkschaftsbewegung. Die Parteien der alten Mittelschichten gründen teils in Bauernverbänden, teils in kirchlichen Laienorganisationen (die freilich auch, aber in weit geringerem Maße, auf die Arbeiterklasse übergreifen). Die Bourgeoisie organisiert sich überall in Unternehmerverbänden, ergreift aber nirgends die Initiative zur Parteigründung (eine Ausnahme, die die Regel bestätigt, bildet die Dreiprozentpartei der italienischen Republikaner, der »politische Arm« der norditalienischen Exportindustrie). Die neuen Mittelschichten sind die einzige Kategorie, die sich bislang nicht einmal in sozialen Verbänden organisiert hat; politisch tritt sie gegenwärtig vor allem als Wechselwählerschaft in Erscheinung. Sobald nun die sozialen Interessenverbände in die »Sprache« der Politik »übersetzt werden«, kommt es regelmäßig zur Kollaboration mit der Bourgeoisie; sei es, daß eine Arbeiterklasse im Rahmen des ökonomischen Programms der Bourgeoisie agiert, sei es, daß eine Mittelschicht darüber hinaus mit Unternehmerverbänden bewußt zusammenarbeitet. Auf den ersten Blick ist diese Übereinstimmung der Ausgebeuteten mit ihren Ausbeutern erstaunlich. Jedoch, die Klassen werden nun mal nicht aufgrund wissenschaftlicher Analyse parteipolitisch aktiv und ebensowenig infolge ihrer normalen Lebensumstände in Fabrik und Dorf, sondern aufgrund von Urteilen, mit denen ihr Alltagsbewußtsein die »großen Probleme« reflektiert, die aus dem Fluß der Geschichte bruchstückhaft für sie »auftauchen«. Probleme wie nationale Einheit und Sezession, der kirchliche oder weltliche Charakter der Schulerziehung, die Verallgemeinerung des Wahlrechts, die Auflösung von Kolonien, Sprachenstreit (und vielleicht Umweltschutz). Die Klassenindividuen denken solche Probleme selten bis zu dem Punkt zuende, wo sich zeigt, daß eine radikale Lösung den unversöhnlichen Bruch mit der Bourgeoisie erfordert, fast immer läuft ihre Analyse stattdessen auf Zielsetzungen hinaus, die die Klassenkollaboration implizieren. Und damit eben ist die allgemeinste Bedingung für politische Integration gesetzt. Aber die russische Revolution hat gezeigt, daß Arbeiterklasse und Bauern auch zur revolutionären Analyse und praktischen Beantwortung eines »auftauchenden Problems« fähig sind (hier des Weltkriegs). Ein näheres Verständnis des politischen Problemlösungsprozesses der Klassenindividuen, aus dem Parteien als permanente Bewegungsform politischer Aktivität hervorgehen, setzt eine Reihe von Theorien über vermittelnde Ebenen voraus, die bisher allenfalls in Ansätzen existieren. So eine Theorie der »Avantgarden« und »Intellektuellen« einer Klasse, ihrer »ideologischen Praxen« etc. Solche Fragestellungen greifen jedoch über den Inhalt des Handbuchs hinaus.

Michael Jäger (Berlin/West)

Raschke, Peter: *Vereine und Verbände. Zur Organisation von Interessen in der Bundesrepublik Deutschland.* Juventa Verlag, München 1978 (272 S., br., 25,- DM).

Der Autor geht bei der Definition des »Verbandssystems« davon aus, daß hierbei ein weitgefaßter Bereich ins Auge gefaßt werden muß, »dessen Spektrum von den

Stammtischen bis zum Bundesverband der deutschen Industrie reicht« (12). Eine geschlossene Theorie der Verbände existiere nicht (15 und 193). Diverse Ansätze verfallen der Ablehnung Raschkes; er sucht zu systematisieren in »den« marxistischen Ansatz sowie »die« systemtheoretischen Konzepte und »die« pluralistischen Ansätze (17). In der ersten Fußnote des Schlußkapitels betont Raschke, daß es ihm ausschließlich darum gegangen sei, anhand empirischer Ergebnisse »einige Elemente« zur Theorie der Verbände zu liefern (253).

Der Autor hat, unterstützt von der Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn, einen zehn Punkte umfassenden Fragebogen an die Vereine verschickt, die er dem Frankfurter Vereinsregister entnommen hatte. »Großorganisationen« wie die Unternehmerverbände BDI und BDA, Gewerkschaften und Parteien wurden nicht berücksichtigt. Die Fragen umfaßten folgende Bereiche: Mitgliederstand, Zahl der haupt- und ehrenamtlichen Funktionäre, Herausgabe von Publikationen und deren Auflage, die Satzung, Tätigkeitsberichte, Zugehörigkeit zu Dachverbänden, Versammlungen und öffentliche Veranstaltungen (265).

Da das Vereinsregister naturgemäß Vereine aufweist, die verschiedenartigster Natur sind und vom Schuko-Warenzeichenverband bis zu einer Vereinigung mit dem Namen »Menschenfreundliche Gesellschaft, Der Engel des Herrn, Kirche des Reiches Gottes« reichen, mußten diese typisiert werden. Raschke differenziert dabei in Vereinigungen des Wirtschafts- und Arbeitssystems, Sozialvereinigungen, Vereinigungen in Wissenschaft, Technik und Kunst, »wertorientierte Vereinigungen«, Freizeitvereinigungen und Restgruppen. Dabei geht es nicht ab, ohne gewaltsam formale Kriterien anzulegen. So werden die VVN-Bund der Antifaschisten ebenso wie die HIAG, der Zusammenschluß ehemaliger SS-Angehöriger, als »Sozialvereinigung« geführt (77), während das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold als wertorientierte Vereinigung eingruppiert wird (83).

Im empirischen Teil der Arbeit wird das aufgrund der Fragebögen zustandegekommene Material vor dem staunenden Leser ausbreitet; es geht im einzelnen um die Vereinsgründung, die Mitglieder, Aufbau, Satzung und Struktur der Vereine, Kommunikationsformen, den Funktionärskörper, die sogenannten Interessenprofile und die Dienstleistungen der Vereine gegenüber Mitgliedern und Dritten. Bezüglich der Interessenprofile wurde auf Basis des gewonnenen Materials beispielsweise aufgeschlüsselt, ob die Vereinigungen »nur partikulare Vereinsinteressen« (I), »nur Normen/Werte/Ziele« (II) oder »partikulare Vereinsinteressen *und* Normen/Werte/Ziele« (III) »nannten«. Am bereits genannten Beispiel: 46%, 12% bzw. 42% der Sozialanspruchsvereinigungen nannten ihre Interessen in der von Raschke als I, II oder III katalogisierten Art; bei den wertorientierten Vereinigungen waren es 24%, 49% und 27% (140). Sowohl die Kriterien, die Raschke bei der Typisierung der Vereine anwandte und mehr noch die Systematisierung der Antworten führten dazu, daß die Ergebnisse der Arbeit lediglich im Zusammenhang anderer empirischer Untersuchungen brauchbar sind.

Matthias Dohmen (Wuppertal)

Simon, Walter: Macht und Herrschaft der Unternehmerverbände BDI, BDA und DIHT im ökonomischen und politischen System der BRD. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1976 (237 S., br., 9,80 DM).

Das vorliegende Taschenbuch ist das bisher einzige Werk, das zusammenfassend den weitreichenden Einfluß der deutschen Unternehmerverbände behandelt. Walter Simon, Soziologe und zugleich DGB-Ortskartellvorsitzender von Flörsheim/Main stellt zunächst die Geschichte der deutschen Unternehmerverbände dar, wobei ihre reaktionäre und antidemokratische Rolle im Kaiserreich und während der Weimarer

Republik deutlich wird. Am Aufstieg des Faschismus haben die Unternehmerverbände ihre »Verdienste« und spielen ihre historische Rolle weiter zur Zeit der Restaurationsphase der Bundesrepublik. Zum Beispiel ließ der Verband der Berliner Metallindustriellen 3000 DM an das Königliche Polizeipräsidium mit der Bitte überweisen, dieses Geld jenen Polizeibeamten zukommen zu lassen, die am 1. Mai 1890 mit brachialer Gewalt gegen die demonstrierenden Berliner Arbeiter vorgegangen waren (24).

Im Mittelpunkt der Arbeit stehen die Abschnitte über den organisatorischen Aufbau und die Praktiken der Einflußnahme der heutigen Unternehmerverbände in der BRD. Sehr informativ sind die Kapitel über den »organisatorischen Gigantismus« und die unvergleichliche materielle Überlegenheit im Vergleich zu den Gewerkschaften. Ein Beispiel: 120 000 hauptamtlich Beschäftigte in 5000 Bürostellen bei den Unternehmerverbänden stehen nur 9000 Mitarbeitern in 1800 Verwaltungsstellen bei den DGB-Gewerkschaften gegenüber. Das sind Zahlen, die in der Öffentlichkeit kaum bekannt sind. Die finanzielle Übermacht wird hier augenfällig. Ausgezeichnete Argumentationshilfen sind auch die Abschnitte über die mangelnde innerverbandliche Demokratie bei BDI und BDA: die Vertreter der wenigen großen Konzerne bestimmen über die zahlreichen Klein- und Mittelbetriebe. Das allgemeine, gleiche Stimmrecht gilt bei Unternehmerverbänden nicht. Die Stimmquote entspricht der Anzahl der in den Betrieben beschäftigten Arbeitnehmer. Etwa pro 50 000 Beschäftigte gibt es eine Stimme. So bleibt die Vormacht der großen Konzerne unangetastet. Ein pensionierter Verbandsgeschäftsführer hat offen zugegeben, »daß für eine konsequent formale Demokratisierung nach parlamentarischem Muster in den Industrieverbänden kein Bedürfnis bestehen« (87).

Für ihre Öffentlichkeitsarbeit haben sich die Unternehmerverbände ein Presse- und Informationsimperium aufgebaut, das seinesgleichen sucht. Die politisch-ideologische Leitstelle, wie Simon es treffend bezeichnet, ist das Institut der Deutschen Wirtschaft in Köln. Hier wirkt ein Stab von 195 hauptamtlichen Mitarbeitern im Interesse des BDI, aber mit dem nominellen Anspruch, für *die deutsche Wirtschaft* zu sprechen. Im letzten Kapitel versucht Simon, die politische Rolle der Unternehmerverbände im Herrschaftsgefüge der Bundesrepublik zu erläutern. Ausführlich werden die personellen Verflechtungen zwischen Unternehmerverbänden, Staat und Parteien (und hier vor allem die CDU und FDP) aufgezeigt. Einige Informationslücken sind nicht so sehr dem Verfasser anzulasten, als vielmehr der Tatsache, daß solche Verknüpfungen zwischen Unternehmerverbänden und Parteien, vor allem was die finanziellen Hilfen anbelangt, als streng vertraulich gelten. Durch Gründung von Fördergesellschaften wie die »Staatsbürgerliche Bildung e. V.« erhalten vornehmlich die CDU/CSU zahlreiche Zuschüsse direkt von den Unternehmerverbänden. In Wahlkampfzeiten schalten sich ominöse Wählerinitiativen, die von den Unternehmerverbänden und ihren Mitgliedern anonym finanziert werden, mit kostspieligen Anzeigen ein. Die Spenden an die CDU – beispielsweise im Bundestagswahlkampf 1972 – sind hinreichend bekannt, jedoch nicht in jedem Fall zu beweisen. Hier wäre eine Aktualisierung nötig, gerade wenn man an die Steuerhinterziehung des Vorsitzenden des BDI Fasolt zugunsten der CDU denkt. Dies Kapitel ist keineswegs abgeschlossen, sondern wird weiter an Bedeutung gewinnen. Das gleiche gilt für die personellen Verflechtungen zwischen Unternehmern und Bundestags- oder Landtagsmandatsinhabern.

Das Personenregister am Schluß ist zwar sehr hilfreich, es müßte aber überarbeitet werden. Simon führt die Verflechtungen für die führenden Köpfe des Bundestags und Repräsentanten der BRD auf, z. B. als interessante Notiz: der ehemalige Bundespräsident Walter Scheel war von 1945 bis 1953 Geschäftsführer verschiedener Unter-

nehmerverbände, bis er hauptamtlich in die Politik ging. Doch es wäre nötig, auch die »Hinterbänkler« der Parlamente (auch der Landtage) und ihre Interessengruppen zu analysieren. Da der Anmerkungsapparat nach den einzelnen Hauptkapiteln angelegt ist, was die Lesbarkeit nicht erleichtert, ist es besonders bedauerlich, daß ein zentrales Literaturverzeichnis am Schluß des Buches fehlt. Ein selbständiges Weiterstudium würde so erleichtert.

Franz Hartmann (Stuhr)

Schäfer, Gerhard: Studentische Korporationen. Anachronismus an bundesdeutschen Universitäten? Verlag Andreas Achenbach, Lollar/Gießen 1977 (144 S., br., 12,- DM).

Nach Zerschlagung des Faschismus schien auch das studentische Korporationswesen hinreichend diskreditiert und historisch »erledigt« zu sein, wurde indes bereits 1946 von den in zentralen gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Positionen verbliebenen »Alten Herren« wiederbelebt und durch lasche Handhabung des Verbots bzw. durch spätere Duldung durch die Westalliierten bald wieder zu einer »Form studentischer Gemeinschaftsbildung«, die neben anderen ihr Recht haben sollte. 1961 erfolgte die Aufnahme der korporierten Studentenverbände in die Förderung nach dem Bundesjugendplan und mit der Aufhebung des Beschlusses der SPD, die korporierten Verbände zu bekämpfen, schien die staats- und gesellschaftspolitische Rehabilitierung der Burschenschaften 1967 endgültig vollendet.

Schäfers Buch versucht eine Analyse von Entstehung, Entwicklung, Traditionen und Programmatik des studentischen Korporationswesens vor dem Hintergrund der allgemeinen gesellschaftlichen und politischen Entwicklung zu leisten; der junge Marburger Wissenschaftler versteht seine Arbeit als einen Beitrag zur »demokratischen Aufklärung innerhalb der romantisierten Erlebniswelt« der Burschenschaften und hofft, daß »die jungen Aktivitates die Erklärungsfähigkeit des materialistischen Wissenschaftsansatzes am konkreten Beispiel vorurteilsfrei und differenziert bewerten können«.

Schäfer faßt die studentischen Korporationen soziologisch als »Repräsentanten des akademischen Bürgertums« und beschreibt ihre Organisationsform als »ständisch orientiert und männerbündisch« – Voraussetzungen mithin, die zusammen mit der antidemokratischen und antisozialistischen Stoßrichtung dieser Verbände die Grundlage bildeten für den prinzipiellen Gleichklang zwischen Korporationswesen und Faschismus. Diese Entwicklung zum reaktionären politischen Instrument wurde eingeleitet, als der Antifeudalismus der frühen burschenschaftlichen Bewegung keine tragfähige politische Basis mehr abgab; noch im Vormärz eine Art Speerspitze der bürgerlichen Oppositionsbewegung, drängten sich mehr und mehr reaktionäre Bestrebungen in den Vordergrund, die von Waffenzwang, Paukereien, Pennalismus, Trinkritualen und Duellen begleitet wurden. Am Ende dieser Entwicklung stand ein barbarischer Antikommunismus und imperialistischer Großmachtchauvinismus und »die Errichtung einer Diktatur . . . brauchte von den Nazi-Studenten nicht erst entwickelt und mühsam propagiert zu werden; sie gehörten dank unermüdlicher Gegenklärung und Kampagnetätigkeit zum selbstverständlichen ideologischen Rüstzeug der überwältigenden Mehrheit der deutschen Studenten, als der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund 1925 in München gegründet wurde«. Schäfer belegt die Übergänge zwischen diesen »Polen« anschaulich und stellt sie in den ideengeschichtlichen Zusammenhang unter Einbezug von universitären Geistesströmungen und vorherrschenden Wissenschaftstheorien. Mit Blick auf die Absicht dieser Schrift, nicht nur kompromißlos die Realität der Burschenschaften und ihrer Geschichte aufzuzeigen, sondern auch in diese hineinwirken zu wollen mit dem Ziel, den »Anachronis-

mus an bundesdeutschen Universitäten« erkennbar werden zu lassen, hätte man sich freilich gewünscht, daß desintegrative bis oppositionelle Tendenzen und Traditionen burschenschaftlicher Geschichte besser herausgearbeitet worden wären, um Anknüpfungspunkte für eine »alternative« Traditionsbildung zu geben.

Manfred Bosch (München)

Weiß, Gerhard: Die ÖTV. Politik und gesellschaftspolitische Konzeptionen der Gewerkschaft ÖTV von 1966 bis 1976. Verlag Arbeiterbewegung und Gesellschaftswissenschaft, Marburg 1978 (533 S., br., 28,- DM).

Das Thema der Arbeit harpte bis dato einer zusammenhängenden Analyse. Die besonderen Arbeitsbedingungen und -erfolge der zweitgrößten DGB-Gewerkschaft und zugleich größten Gewerkschaft im Staatsbereich kennenzulernen, ist nicht zuletzt seit dem großen ÖTV-Streik von 1974 von Interesse. Der spezifische Zweck, für den Gerhard Weiß die Arbeit verfaßt hat (Dissertation), dominiert aber ihren Charakter leider zu stark, um sie guten Gewissens jemandem empfehlen zu können, der – aus der Gewerkschaftspraxis kommend – sich um möglichst konzise Information über die behandelten Punkte bemüht. Die oft allzu breite Darstellung strapaziert im Endeffekt Geldbeutel und Zeitbudget des Lesers. Weniger wäre mehr gewesen.

Im ersten Abschnitt erfährt man einiges Nützliche über den Organisationsbereich der ÖTV, in dem – nicht nur im öffentlichen Dienst – ca. 4,2 Mill. beschäftigt sind; über den organisatorischen Aufbau der ÖTV mit ihren 12 Bezirks- und 148 Kreisverwaltungen und über die Willensbildungs- und Entscheidungsstrukturen. Auch über die Mitgliederbewegung, die trotz Zunahme der im Organisationsbereich Beschäftigten von 1963 bis 1969 stagnierte, und über das in den 70er Jahren ausgebaute Vertrauensleutesystem wird berichtet. Eine genaue Bestimmung der sozialökonomischen Stellung der im öffentlichen Dienst Beschäftigten unterbleibt. Sie wäre aber gerade Voraussetzung für die angestrebte Analyse der »wirklichen Interessenbeziehungen, innerhalb derer sich die Politik der ÖTV bewegt.« (XII) Daß Weiß die wissenschaftliche Auseinandersetzung um die verschiedenen Einschätzungen der Klassenlage der Staatsbeschäftigten nicht aufnimmt (20), ist insofern bedauerlich, als sich in dem fast 400 Seiten umfassenden zweiten Abschnitt, in dem er die Lohnpolitik, die Rationalisierungspolitik, die Politik um ein einheitliches Personalrecht und die Mitbestimmungspolitik der ÖTV untersucht und in den ökonomischen und politischen Gesamtzusammenhang zu stellen versucht, Fragen ergeben, deren Beantwortung ohne eine exakte Bestimmung der verschiedenen Klasseninteressen nicht möglich scheint: Wie lassen sich im Fall staatlicher Rationalisierungspolitik, die auf Senkung der Kosten angelegt ist, »die berechtigten sozialen Interessen der (beim Staat, T. H.) Beschäftigten mit den gesellschaftlichen Interessen« (287) der Lohnarbeiter überhaupt verbinden, wenn diese auch »ein Interesse an geringerem Steuerabzug vom Lohn« (28) und somit auch an geringen staatlichen Personalausgaben haben? Wie weit kann eine Mitbestimmung in öffentlichen Betrieben gehen, in denen auch die »Öffentlichkeit« und nicht nur die Betriebsbeschäftigten mitbestimmen soll? Da die Gewerkschaftsbewegung hier selbst noch nach Lösungen sucht, kann man Weiß billigerweise die Nichtbeantwortung nicht vorwerfen. Allerdings ist mit bloßen Versicherungen – die Gegensätze zwischen Staatsbeschäftigten und Lohnabhängigen im privaten Sektor ließen sich »überwiegend positiv« lösen (28) – der heutigen Diskussion nicht gedient.

Der reine Informationswert des Buches ist relativ hoch zu veranschlagen, da zu den einzelnen Sachgebieten sonst schwer zugängliche Informationen aus Gewerkschaftsmaterialien, Bundestagsdrucksachen, Zeitungen und Einzeldarstellungen zusam-

mengetragen sind. Die Ausführungen über die Mitbestimmungspolitik der ÖTV, deren Konzeption der des DGB z. T. erheblich widersprach, sind darüber hinaus spannend geschrieben. Ihnen wäre eine größere Verbreitung zu wünschen, als sie sie im Rahmen der Gesamtarbeit erreichen können. Thomas Hagelstange (Berlin/West)

Beyme, Klaus von: Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen in kapitalistischen Ländern. Piper Verlag, München 1977 (381 S., br., 29,80 DM).

Die Arbeit ist der Versuch, die Einbettung der gewerkschaftlichen Organisationen in das komplizierte Geflecht von Normen, Ideologien, Erwartungshaltungen und Konfliktmustern der Arbeitsbeziehungen verschiedener Gesellschaften vergleichend zu analysieren (11). Die Hauptthese der Arbeit besteht darin, daß die vorherrschende Erklärung des Verhaltens von Gewerkschaften aus organisatorischen Details ebenso zu kurz greift wie die Konfrontation von Gewerkschaften mit ihrer Programmatik und Ideologie, um dann jeweils entweder übertriebene Machtansprüche oder »Verrat an den Arbeitern« deduzieren zu können. Gewerkschaftliches Verhalten wird nur im Kontext der *gesamten* Arbeitsbeziehungen und des politischen Systems deutbar (15/16).

Am Anfang steht die Untersuchung der *Organisation*. Das vergleichende Herausarbeiten unterschiedlicher Strukturmerkmale (Einheitsgewerkschaft oder Pluralismus von Weltanschauungsgewerkschaften; Industrieprinzip oder berufsständische Gewerkschaft) trägt zur Verdeutlichung der Hintergründe von unterschiedlichen Entwicklungen in den einzelnen kapitalistischen Ländern bei: z. B. die Syndikalisierung der White-Collar-Arbeiter, d. h. die im Gegensatz zu den Industriegewerkschaften der Arbeiter sich entwickelnden anderen kollektiven Organisationsformen der Angestellten, Beamten und Intellektuellen, die Entwicklung unterschiedlicher negativer Sanktionspotentiale gegen die Nichtorganisierten etc.

Abgeschlossen wird dieser Teil durch eine Beschreibung von Führungsproblemen und innergewerkschaftlicher Demokratie. Die *Ideologie und Programmatik* stellt die zweite Bestimmungsgröße der Binnenstruktur von Gewerkschaften dar. Von Beyme untersucht den ideologischen und programmatischen Wandel innerhalb der Gewerkschaften in seiner Kontinuität und gelangt zu dem Ergebnis, daß die heutigen Gewerkschaften fast aller europäischen Länder mehr policy-orientiert sind als früher. Diese policy-Orientierung bildet den Abschluß einer Entwicklung, die ihren Ausgang in den frühen Alles-oder-Nichts Aussagen sozialistischer Gewerkschaften und Parteien genommen hatte und dann nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst in konkreten Zielkatalogen einer Verstaatlichungspolitik weiterverfolgt worden war.

Im weiteren werden die Außenbeziehungen der Gewerkschaften im System der Arbeitsbeziehungen anhand der *Theorien von Konflikt- und Streikverhalten* sowie der Beurteilung einiger Streiktypen im Arbeitsrecht behandelt. Diese Analyse verdeutlicht, wie durch Gesetze und Rechtsprechung Arbeitskämpfmaßnahmen, die ursprünglich die einzige Möglichkeit darstellten, Ungerechtigkeiten abzubauen oder berechtigten Forderungen Geltung zu verschaffen, entschärft und berechenbar gemacht worden sind. Die zunehmende Integration der Gewerkschaften, die in der Bundesrepublik Deutschland ihre stärkste Ausprägung in der Beteiligung an der Konzertierte Aktion fand, konnte ein staatlich kanalisierendes Schlichtungsrecht ebensowenig verhindern wie das Aussperrungsrecht von Seiten der Unternehmer.

Das letzte Kapitel analysiert die *Integration der Gewerkschaften* durch staatliche Steuerung anhand der Verrechtlichung von Arbeitsbeziehungen, der gewerkschaftlichen Integration in das politische System, staatlicher Lohn- und Einkommenspolitik,

Vermögenspolitik sowie der Herausbildung unterschiedlicher Partizipationsmodelle (Mitbestimmung, Autogestion, Arbeiterkontrolle).

Die Arbeit versucht, das komplexe System von Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen in den unterschiedlichen kapitalistischen Ländern zusammenfassend darzustellen und zu interpretieren. Daß dies gemessen an der Komplexität des Untersuchungsgegenstandes nur grob und selektiv geschehen konnte, vermindert nicht den Informationswert der gegliederten Arbeit. Ulrich Spiess (Berlin/West)

Ökonomie

Däubler, Wolfgang, und Karl Wohlmuth (Hrsg.): Transnationale Konzerne und Weltwirtschaftsordnung. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1978 (261 S., br., 59,- DM).

Die in dem Sammelband abgedruckten Beiträge gehen auf Vorträge zurück, die Anfang 1976 auf einem Kurs des »Inter-University Centre« Dubrovnik gehalten wurden. Zwei Themenkreise standen im Mittelpunkt: 1. Charakter und Entwicklung, insbesondere die Expansionsformen multinationaler Konzerne in der alten Weltwirtschaftsordnung; 2. Möglichkeiten zur Kontrolle multinationaler Konzerne im Zusammenhang der Forderungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung (vgl. 8). Rolf Jungnickel untersucht »Die Wettbewerbsposition der deutschen multinationalen Unternehmen im internationalen Vergleich« (13 ff.). Nach Aufarbeitung des übersichtlich, z. T. tabellarisch gestalteten Materials entwickelt der Autor, daß die Wachstumsrate des bundesdeutschen Kapitalexports höher liegt als etwa in den USA oder Großbritannien (14) und nur die wirklich auch den Binnenmarkt beherrschenden Konzerne Kapitalexport betreiben (16). Er untersucht die staatliche Förderung des Kapitalexports (26 ff.). Hinsichtlich der ausländischen Tochterunternehmen analysiert er deren Funktion als »Satelliten«, die völlig abhängig von ihren »Müttern« sind, welche Forschung und Entwicklung zu 90% im Mutterland konzentriert halten (33 f.). Das »Recht auf die natürlichen Reichtümer« der Entwicklungsländer untersucht Manfred O. Hinz (101 ff.). Er stellt die Konferenz von Bandung (1955) »und die Folgen« in das Zentrum seines Beitrages. Bandung ist für ihn der Beginn eines Formierungsprozesses, der 1964 zur Konstituierung der UNCTAD führte (115, vgl. 111). Er legt den inneren Zusammenhang des ökonomischen und des politischen anti-imperialistischen Kampfes dar: Ohne Respektierung des Selbstbestimmungsrechts der Völker und vollständige Beseitigung des Kolonialismus gibt es keinen »gerechten Preis« im Sinne des Integrierten Rohstoffprogramms – und umgekehrt (112, 121).

Einem Spezialaspekt, der Politik und Entwicklung der OPEC, geht Zuhayr Mikdashi nach (164 ff.). Die »Zukunft der multinationalen Unternehmen in der internationalen Rohstoffindustrie« behandelt István Dobózi (179 ff.). Er kommt zu dem Ergebnis, daß sich auf Dauer »die Positionen der globalen Oligopole weiter schwächen« (184, am Beispiel Öl 182). Die Zusammenarbeit zwischen Entwicklungsländern und multinationalen Konzernen verläuft zunehmend in der Form gemeinsamer Unternehmen (die er, 187, als Übergang zur vollen Verstaatlichung sieht), hier wiederum vor allem in Gestalt der sogenannten Dienstleistungsverträge (188).

Diesen fundierten Beiträgen gegenüber lesen sich die Vorträge Rolf Kniepers und Karl Wohlmuths über internationale Währungsfragen (80 ff.) bzw. Neue Weltwirtschaftsordnung und transnationale Konzerne (123 ff.) als mehr oder weniger offene Verteidigung der multinationalen Unternehmen. Voluntaristisch muß man den Beitrag von Johan Galtung nennen (»What Is Wrong With Transnational Corporations – and what can be done about it?« 70 ff.), der die Energien multinationaler Konzerne

via »supranationaler Vergesellschaftung« »für bessere Zwecke« einsetzen will (79). Wie Wohlmuth (157) macht er sich für eine Weltproduktionsbehörde stark.

Einen der interessantesten Beiträge, »Multinationale Konzerne und kollektives Arbeitsrecht« (201 ff.), hat Wolfgang Däubler beige-steuert. Er setzt sich vor allem mit den gewerkschaftlichen Weltkonzernausschüssen (217 ff.) und internationalen Solidaritätsaktionen auseinander (227 ff.), deren Rechtmäßigkeit und Notwendigkeit er nachweist, ohne auf die Nennung der gegenläufigen (nationalistischen) Tendenzen zu verzichten (vor allem 214). Wenn es jedoch nicht zu international abgestimmten Aktivitäten kommt, wird das jeweils nationale Arbeitsrecht de facto von den multinationalen Konzernen unterlaufen; diese »sind nicht nur in der Lage, einzelne staatliche Maßnahmen zu unterlaufen, sondern verändern auch Kräfteverhältnisse im Rahmen der »Selbsthilfe«, d. h. der direkten Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit« (202 f.).

Weitere Beiträge von Klaus Matthies und Georg Koopmann befassen sich mit der Rolle multinationaler Konzerne in Mexiko (36 ff.) und Kolumbien (49 ff.); Miodrag Sukijasović behandelt die Kontrolle multinationaler Gesellschaften in den sozialistischen Ländern (237 ff.). Dieser und zwei weitere Beiträge sind in englischer Sprache, versehen mit einer deutschen Zusammenfassung, abgedruckt. – Das Inhaltsverzeichnis wünscht man sich ausführlicher. Herausgeber und Verlag sind grundsätzlich zur Edition dieses Bandes zu beglückwünschen, auch wenn der hohe Preis potentielle Käufer nicht gerade einlädt. Ob sich bald ein Taschenbuchverlag der Sache annimmt?

Matthias Dohmen (Wuppertal)

Grosche, Günter, und Werner Finster: Weltwährungssystem und Weltwirtschaft. Kübler Verlag, Lampertheim 1977 (129 S., br., 14,80 DM).

Das Buch ist als Einführung in die Probleme internationaler Währungsbeziehungen konzipiert. Die Autoren sehen diese als Ergebnis der historischen Entwicklung der internationalen kapitalistischen Wirtschaftsbeziehungen: Durch die Zunahme der Arbeitsteilung und die Veränderung der Tauschformen wird das Geld zum universell anerkannten Warenäquivalent und der Profit zur letztlich treibenden Kraft der Produktion und darüber vermittelt der Markt Beziehungen. Angesichts der Tendenz zur Überproduktion und des krisenhaften Verlaufs nationaler Reproduktionsprozesse wird versucht, die nationale Überproduktion auf dem Weltmarkt abzusetzen. Dabei aber verlangen unterschiedliche Kapitalverwertungsbedingungen nach nationalstaatlichen Schutzaktivitäten, die die Herausbildung von weltweit gleichen Kapitalverwertungsbedingungen und Profitraten durch das Wertgesetz behindern. Die Durchsetzungsbedingungen des Wertgesetzes auf dem Weltmarkt werden u. a. mittels des Weltwährungssystems modifiziert. »An sich international nicht konkurrenzfähige Kapitale können durch die Abwertung und Unterbewertung ihrer nationalen Währung . . . preisgünstiger auf dem Markt auftreten und so ihren Nachteil aufholen. Umgekehrt können produktivere durch die Auf- und Überbewertung ihrer nationalen Währung konkurrenzfähiger werden und ihren Vorsprung einbüßen« (14). Die Autoren kommen bei der Überprüfung der vorherrschenden Wechselkurs-theorien, beispielsweise Devisenmarkt-Modell (15) und Kaufkraftparitäten-Theorie (16) zu dem Schluß, daß diese höchstens als Faustregel gelten können. Eine »exakte Theorie« (17) zur Erklärung der Ursachen von Wechselkursmodifikationen sehen sie im Wertgesetz. »Wechselkursänderungen haben also letztlich keine monetären Ursachen. Sie sind als Reaktionen zu verstehen, die durch die Bewegung des Kapitals verursacht werden. (. . .) Der Grundfehler der vorher dargestellten Theorien war, die Wechselkursänderungen allein aus der Oberfläche, der Zirkulationsebene, erklären zu wollen.

Sie übersahen, daß ihre Ursachen selbst schon Wirkungen waren« (18). »Währungskrisen sind daher letztlich nichts anderes als Widerspiegelungen von Störungen in der Produktionssphäre« (70) und damit, wie die Autoren nachzuweisen versuchen, exakt nur über die auf dem Weltmarkt modifizierte Funktion des Wertgesetzes zu erklären.

Im zweiten Kapitel werden Verlauf und Ursachen für die Entstehung, die Krisen und den Verfall der einzelnen Währungssysteme anhand der einleitend entwickelten theoretischen Grundlagen analysiert, wobei für die Phasen von der ersten Form des Goldstandards bis zum System von Bretton Woods schlüssig dargestellt wird, wie die Entwicklungen und Formen der Währungssysteme von der Bewegung des Kapitals in der ökonomischen Sphäre abhängen. Darauf basierend vergleichen Grosche/Finster im dritten Kapitel bisher zur Anwendung gekommene Mechanismen zur Lösung der Regulierungsprobleme und entwickeln daraus Kriterien für ein idealtypisches Währungssystem. Diese stellen kein neues für die Praxis entwickeltes Konzept dar, sondern sind als Maßstäbe für die Funktionsfähigkeit der bisher international konzipierten Alternativmodelle zum System von Bretton Woods gedacht. Schließlich werden anhand dieser Kriterien schwerpunktmäßig die Reformskizzen (September 1973/Juni 1974), die Arbeitsergebnisse der IWF-Jahrestagung 1975 und der im Dezember 1975 in Paris begonnenen Weltwirtschaftskonferenz sowie der Unctad-Konferenz von Nairobi vom Mai 1976 diskutiert. Das Ergebnis ist weitgehend negativ: Durchgreifende Reformen lassen auf sich warten. Lösungsansätze zur Stabilisierung der Weltwirtschaft und zur kontinuierlichen Aufhebung der Kluft zwischen armen und reichen Ländern sind unausgereift. An die Stelle der Planung eines neuen Währungssystems ist eine »Politik der . . . pragmatischen Flickschusterei« (91) getreten.

Dieses Buch ist nicht nur eine Einführung für Studenten, Fachleute und wirtschafts- und währungspolitisch Interessierte. Aufgrund seiner spezifischen Gesamtkonzeption eignet es sich ebenso als Kompendium für Ausbilder und Lehrende in Schulen und in der Erwachsenenbildung. Um die Erklärungsfähigkeit einzelner Kapitel zu erhöhen, haben die Autoren zahlreiche Schaubilder entwickelt, in denen klar und übersichtlich die komplexen Zusammenhänge zwischen Wirtschafts- und Währungsbeziehungen dargestellt werden. Als ebenso hilfreich, insbesondere für Lehrende, erweisen sich die umfassenden Fußnoten. Sie geben vertiefte Hinweise zu den zahlreichen angesprochenen Einzelproblemen, liefern Statistiken und Schaubilder. Am Ende der Einzelkapitel findet man eine Zusammenfassung der wichtigsten Aussagen und Schlußfolgerungen sowie weiterführende Literaturhinweise. Eine Chronik des Bretton Woods-Systems und ein detailliertes Stichwortregister erhöhen die praktische und didaktische Verwendbarkeit der Publikation.

Günter A. Mohrmann (Bremen)

Hardach, Gerd: Deutschland in der Weltwirtschaft 1870–1970.

Eine Einführung in die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Campus Verlag, Frankfurt/M., New York 1977 (179 S., br., 15,- DM).

Im Gegensatz zur traditionellen bürgerlichen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, die – so der Autor – ihre beiden Gegenstandsbereiche Gesellschaft und Wirtschaft mehr addiert als integriert und damit tendenziell zu einer Enthistorisierung beigetragen habe, möchte Gerd Hardach mit seiner Veröffentlichung der Forderung entsprechen, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte systematisch in den Zusammenhang einer kritischen Gesellschaftsgeschichte zu integrieren (7).

Das Buch wendet sich neben Studienanfänger vornehmlich an Lehrer, für die es durch die Einbeziehung zahlreicher Tabellen und Dokumentationsteile als Arbeits-

grundlage im Unterricht nutzbar gemacht werden soll. Zentraler Gegenstand ist die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland seit 1870, wobei von dem Verfasser zum Vergleich auch andere entwickelte kapitalistische Länder und die »nachbürgerliche Gesellschaft in der DDR« berücksichtigt wurden. Letzteres ist der Publikation jedoch wenig gut bekommen, förderte es doch eine angesichts des hohen konzeptionellen Anspruchs gewiß schwer zu vermeidende Tendenz der stofflichen Überfrachtung und kurzatmigen, gedrängten Darstellungsweise. In vier Kapiteln werden die Bevölkerungsentwicklung und der sozialstrukturelle Wandel, die Wachstumszyklen der Wirtschaft und verschiedene Aspekte der imperialistischen Expansion Deutschlands, Probleme der Entstehung, Entwicklung und der Zerfallsursachen der Weltwirtschaft und schließlich in sehr klarer Form die Herausbildung der Produktionsverhältnisse und das Elend des deutschen Liberalismus abgehandelt.

Knapp, anregend und exakt werden von Hardach auch verschiedene bürgerliche und marxistische Theorien zu bestimmten Grundsatzfragen – so etwa zur Sozialstruktur und Klassenanalyse, zum wirtschaftlichen Wachstumsverlauf, zum Begriff des Imperialismus oder zum Staatsinterventionismus – referiert, wobei dem wenig sachkundigen Leser durch unmittelbar dem Text angegliederte Literaturhinweise zweifellos wichtige Orientierungshilfen vermittelt werden und sich Überprüfungen der Aussagen und eine selbständige Weiterarbeit so auch erst ermöglichen lassen. In der Auswahl des Dokumentationsstils hatte Hardach allerdings nicht immer eine sehr glückliche Hand, weil er keineswegs in allen Fällen zur Illustration und Untermauerung des Analyseteils beitrug.

Trotz unserer kritischen Einwände – hinzu kommt der für den studienwilligen Leser ärgerliche, alle tolerablen Grenzen sprengende hohe Anteil von Druckfehlern, der sich in einigen Passagen des Buches sogar konkret textverstümmelnd auswirkt – bietet Hardachs Studie doch einen insgesamt hilfreichen Einstieg in die Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Deutschlands der vergangenen 100 Jahre. Als konkurrenzlos kann sie allerdings nicht gelten.

Norbert Steinborn (Berlin/West)

Gruhl, Herbert: Ein Planet wird geplündert. Die Schreckensbilanz unserer Politik. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. ²(1978) (384 S., br., 6,80 DM).

Gruhl will mit seinem Buch in die Umweltschutzdebatte eingreifen, eine breite Öffentlichkeit für ökologische Probleme schaffen und die bereits existierende umweltpolitisch interessierte Öffentlichkeit beeinflussen. Im ersten Abschnitt seines Buches erfolgt zunächst eine pessimistische Beschreibung der gegenwärtigen »planetarischen« Situation. Die Negativität des Buchtitels entspricht ganz der Tendenz dieser Beschreibungen. Die Emanzipation des Menschen von seiner unmittelbaren Naturabhängigkeit durch die Arbeit, die sukzessive Bändigung und Indienstnahme von Naturkräften, die die Entwicklung der Menschheit aus der Naturabhängigkeit hin zur Naturbeherrschung auf immer höherer Stufe bedeutet, bildet der Autor als »Ausbeutungskrieg« (168) des Menschen gegen die Natur ab. Dementsprechend geraten menschliche Arbeit (160, 204), Technikentwicklung (99, 134, 321), Wissenschaft (243 f.), ja selbst die dem Wohle des Menschen dienende Medizin (175) auf die Seite seiner Negativbilanz. Dem negativen Arbeitsbegriff liegt bei Gruhl ein entsprechend negativer Menschenbegriff zugrunde. Die Menschen arbeiten nach Gruhl gegen die Natur und sind somit deren Ausbeuter (15, 168, 205). Die Behauptung eines Ausbeutungsverhältnisses zwischen Mensch und Natur dient dem Autor als Hilfskonstruktion für einen direkten Angriff auf die marxische Wert- und Mehrwerttheorie (68, 71, 140 f., 199 f., 210 f.). Das historisch spezifische Sozialverhältnis der kapitalistischen

Ausbeutung reduziert Gruhl auf ein Naturverhältnis (206), wodurch der Ausbeutete zum Ausbeuter und die Organisation zum Schutz gegen die Ausbeutung – die Gewerkschaften – zum Vorreiter der Ausbeutung gegen die Natur werden (162 f.), insofern Lohnforderungen letztendlich nur den Konsum anheizen, was wiederum zu erhöhter Verwendung von natürlichen Ressourcen und somit zu verstärkter »Naturausbeutung« führt. Folgerichtig ist der Autor gegen das »Recht auf Arbeit«, weil Arbeit für ihn »Ausbeutungskrieg« gegen die Natur bedeutet (168, 200). Insofern die kapitalistische Produktionsweise eine »Konsum- oder Wegwerfgesellschaft« (152 f.) hervorgebracht hat und keine gesellschaftliche Instanz für die Bilanzierung des »natürlichen Regelkreises« (Naturhaushalt) und des »künstlichen Produktionskreises« (industrielle Produktion) existiert, nimmt Gruhl eine »antikapitalistische Haltung« ein (198). Nach jeder Kapitalismuskritik seinerseits wird die Ignoranz der sozialistischen Planwirtschaften in Fragen des Umweltschutzes nachdrücklich als formations-spezifische Unfähigkeit betont, um jedem Gedanken einer sozialistischen Alternative entgegenzuwirken. Die Sprache dieser Sozialismuskritik ist die des Kalten Krieges der 50er Jahre.

Der apokalyptischen Beschreibung der planetarischen Situation folgt Gruhls Modellvorstellung zur planetarischen Wende. Seinem negativen Arbeits- und Menschenbegriff entsprechend hält er diktatorische Maßnahmen als Lösung gegen die von ihm festgestellte menschliche Unvernunft beim einzelnen Menschen für notwendig (307). Wirtschaftspolitisch strebt Gruhl eine nationale Autarkie mit Rationierungen der Ressourcen an sowie die autoritäre Verordnung einer asketischen und puritanischen Lebensweise (291, 298). Zur Durchsetzung seiner Forderungen schlägt er eine Reduzierung demokratischer Rechte und Freiheiten vor und plädiert darüber hinaus für die Einführung einer neuen Form des Arbeitsdienstes. Sein Lösungsmodell erinnert stark an die ebenso funktionell-rationale wie menschenverachtende Gesellschaftsverfassung während der Kriegswirtschaften in Deutschland und fällt somit weit hinter den Humanismus der Aufklärung zurück.

So knüpft sein Buch nicht nur am Alltagsbewußtsein der Kriegsgenerationen an sondern auch bei Bewußtseinsformen, die bei Intellektuellen verbreitet sind und die noch nachhaltig durch die von der »Frankfurter Schule« formulierte Technikfeindlichkeit und die negative Auffassung der (entfremdeten Arbeit) beeinflusst sind. Seine positive Wertschätzung der (weiblichen) Hausarbeit sowie seine Ablehnung des Ausbaus der Sozialinfrastruktur (z. B. Vergesellschaftung der Erziehung) könnte ihm darüber hinaus unter Umständen Zustimmung einiger Feministinnen einbringen. Seine auf den ersten Blick wissenschaftlich anmutenden mathematischen Formeln (vgl. 49 bis 143) stellen sich bei näherer Betrachtung als platte Verformelungen der Alltagssprache heraus.

Nichtsdestotrotz sollte die politisch-ideologische Bedeutung der von Gruhl präsentierten Weltanschauung nicht unterschätzt werden. Der vom Ex-CDU-Mitglied und Hauptinitiator der Grünen Aktion Zukunft (GAZ) gestartete konservative Versuch einer Kanalisierung zumindest von Teilen der ökologischen Bewegung sowie die bereits 250 000 verkauften Exemplare seines Buches machen eine ideologische und politische Auseinandersetzung mit der von ihm präsentierten Weltanschauung erforderlich.

Eberhard Göbel/Beate Guthke (Berlin/West)

Bombach, G. u. a. (Hrsg.): Der Keynesianismus. Band I: Theorie und Praxis keynesianischer Wirtschaftspolitik (296 S., br., DM 38,-). Band II: Die beschäftigungspolitische Diskussion vor Keynes in Deutschland (331 S., br., 42,- DM). Springer Verlag, Berlin/Heidelberg 1976.

In dieser auf insgesamt vier Bände angelegten Untersuchung und Dokumentation sollen die gegenwärtige beschäftigungstheoretische und -politische Diskussion zusammengefaßt und ihre geschichtliche Entwicklung durch umfangreiches historisches Material aufgearbeitet und dargestellt werden. Die Untersuchung erscheint zur rechten Zeit. Die gegenwärtigen beschäftigungspolitischen Probleme und Perspektiven machen die Auseinandersetzung mit den beschäftigungspolitischen Problemen der Vergangenheit aktuell. Nach dem Krieg wurde in den Wirtschaftswissenschaften die Beschäftigungstheorie im wesentlichen aus dem angelsächsischen Raum rezipiert. Vorschläge zur Beschäftigungspolitik und theoretische Ansätze aus der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion in Deutschland vor der Zeit des Nationalsozialismus wurden kaum berücksichtigt. Vielleicht ungewollt drückt sich dies in dem Obertitel der vorliegenden Bände aus. Nicht nur der Keynesianismus wird hier abgehandelt, sondern gerade auch nicht auf Keynes zurückzuführende Aufsätze.

Das Ausfüllen von weißen Flecken im Geschichtsbewußtsein der gegenwärtigen Generation von Wirtschaftswissenschaftlern, zu dem die Bände beitragen können, könnte sich als fruchtbar erweisen. Der zweite Band enthält eine umfangreiche Dokumentation zur beschäftigungspolitischen Diskussion bis zum Beginn des Nationalsozialismus. Die Entwicklung selbst wird in dem Aufsatz von A. Korsch, Der Stand der beschäftigungspolitischen Diskussion in Deutschland zur Zeit der Weltwirtschaftskrise in Deutschland geschildert. Es wird insbesondere deutlich, daß es neben der Arbeiterbewegung bürgerliche Reformer waren, die zur Zeit der Weltwirtschaftskrise eine aktive Beschäftigungspolitik forderten und sich damit auch in Gegensatz zur herrschenden Lehre in der Nationalökonomie setzten. Die Parallele zur gegenwärtigen Situation liegt auf der Hand. »Erst mit der Intensivierung der wirtschaftshistorischen Forschung in jüngster Zeit, insbesondere aber mit der gegenwärtigen Krise, die nach Parallelen zur Weltwirtschaftskrise fragen läßt, besinnt man sich auf die Wegbereiter von einst.« (Bombach, II, 1)

Der geplante dritte Band soll die deutschen Vorläufer der modernen Beschäftigungstheorie dokumentieren. Auch dieser Band könnte eine klaffende Lücke schließen, und es ist zu hoffen, daß er bald erscheint. – Im ersten Band finden sich neben dem bereits erwähnten Aufsatz von Korsch zwei Überblicksartikel zur Beschäftigungstheorie und Beschäftigungspolitik (O. Landmann, Keynes in der heutigen Wirtschaftstheorie; H. P. Spahn, Keynes in der heutigen Wirtschaftspolitik). Diese Arbeiten bieten, was man von solcher Art Aufsätzen erwartet: Übersichtliche Darstellung, zusammenfassende Wiedergabe der Diskussion und Abriss der gegenwärtig diskutierten Ansätze. Damit bilden die beiden Bände ein Werk, das zum Handwerkszeug eines Makroökonomen gehören sollte.

Bombach schreibt in seinem Vorwort: »Die Arbeitslosigkeit hat ihre Gestalt gewandelt, aber ihre Beseitigung bleibt ein Prüfstein für das Funktionieren unseres Systems.« (II, 8) In diesem Zusammenhang kann man auf den geplanten vierten Band, in dem die Stabilisierungspolitik in der Bundesrepublik aufgearbeitet werden soll, gespannt sein.

Wolfgang Pfaffenberger (Oldenburg)

**Zum 20. Jahrestag:
DAS ARGUMENT · Beiheft '79**

Mit über 120 Buchbesprechungen

Ernest Bornemann, Bruno Frei, Karlheinz A. Geißler, Helmut Gollwitzer, Jost Herbig, Kaspar Maase, Adalbert und Brita Rang, Peter Ruben, Volker Schurig, K. H. Tjaden und viele andere mehr

schreiben u. a. über

Bloch, Bürger, Colby, Fetscher, Flechtheim, Fromm, Hodek, Kürthy, Lacan, Le- schinsky/Roeder, Preyer, Reulicke, Scholem, Weliek, Ziermann

zu folgenden Schwerpunkten

Marxistische Philosophie, Kritische Theorie, Heidegger, Systemtheorie und Dialek- tik, Wissenschaftstheorie, Funktion der Schule und Schulkritik, Berufs- und Be- triebspädagogik, Sozialpädagogik und Sozialarbeit, Kultur in der DDR, Alltagskul- tur, Literaturgeschichte, Bert Brecht, Literatur und Faschismus, Arbeiterbewegung, Gewerkschaftsgeschichte, Politikwissenschaft, Politisches System und Rechts- kräfte in der Bundesrepublik.

DAS ARGUMENT *BEIHEFT '79*, 192 Seiten. Preis: wie ein ARGUMENT-SONDER- BAND AS (15,50 DM, Schüler und Studenten 12,80 DM) **Abonnenten der Zeitschrift, bzw. der Sonderbände zahlen 12,80 (Schüler u. Studenten 11,- DM)** zzgl. 1,50 Ver- sandkosten. Bitte gesondert bestellen, da dieses Heft nicht im Abonnement enthal- ten ist!

Die Neue

TAGESZEITUNG

Die NEUE informiert -- außer sonntags und montags -- täglich über all das, was auch in anderen Zeitungen steht; aber erstens informativer, und zum anderen bringt sie mehr Analysen, Zusammenhänge, Hintergrundberichte -- damit der Leser weiß, wo- hin die gemeldeten Mosaiksteinchen gehören. Das Vergnügen, zwischen und hinter den Zeilen lesen zu dürfen und zu können, ist auch bei der NEUEN nicht genom- men, da vieles aus den Chefetagen der Macht berichtet wird. Die NEUE zu abbon- nieren heißt: Wissen, was vorgeht, aber auch kennen, was verheimlicht werden soll.



Hiermit abonniere ich DIE NEUE ab:

Name _____

Straße _____

Ort _____

Datum _____

Unterschrift _____

zu beziehen durch:

Verlag + Druck

Informdienst

Oranienburger Str. 170-172,

1000 Berlin 26



BEITRÄGE ZUM WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

3 '79

W. Burchett, Ros Samay: Aggression Vietnams gegen Kampuchea?
Iran: Machteroberung des Volkes, Dokumente der Tudeh-Partei
Türkei-Serie: K. Sahin: Von Atatürk zu Ecevit (2. Teil)
W. Brönnner: Stationen des palästinensischen Widerstands
Programm des 14. Paläst. Nationalrats
Erklärung Afrikanischer KPs (1. Teil)
I. Ljubetić: Konflikt Argentinien–Chile
R. Falk: Produktionsstättenverlagerung

4 '79

W. Brönnner, G. Ritter: Warum Chinas Angriff auf Vietnam?
J. Reusch: Außenpolitik Chinas
I. Ljubetić: China–Chile
M. Preuß: Libyens radikaler Aufstieg
Korea: Neuer Vereinigungsanlauf
Erklärung Afrikanischer KPs (2. Teil)
Türkei-Serie (3. Teil)
Guyana: Interview mit Ch. Jagan

5 '79

J. Reusch: Entmaoisierung nach Mao?
China-Daten und Verfassung von 1978
W. Brönnner: Nahost-Separatthandel in Washington
Beschlüsse des Bagdader Gipfels, Dokumente der ägyptischen Opposition
H. Mayer: Uganda mit und ohne Amin
I. Ljubetić: Holocaust in Chile
Zwischenbericht der Antipartheid-Untersuchungskommission

10. Jg. 1979

3 '79

Kommentare: 30 Jahre Grundgesetz / DGB-Aktionsprogramm / Memo '79 / Strategiedebatte in der Union/Frieden in Nahost?

Konjunkturanalyse: Jenseits der Talsohle?

Bundesrepublik aktuell: Zum Konflikt in der IG Chemie / Soziale Sicherung: Sicher ins Defizit

Sozialistische Alternativen: Mit Stamokap in die Offensive? (Diskussion mit D. Albers) / Alltagsbewußtsein, Reformismus, Kaderpolitik (zur Kritik der »Göttinger Thesen«) / »Wir sind keine Vordenker« (Interview mit P. Willers von der Grünen Liste Bremen)

Europa: Soziale Realität oder parlamentarische Illusion? Sozialistische und Kommunistische Konzeptionen der Wirtschaft- und Sozialpolitik in Frankreich / Zur sozialen Lage in Italien / Großbritannien nach dem Tory-Sieg / Interview mit B. Dix von der Labour-Party

Politisch-Ökonomische Reviews: USA 1979: Auf dem Weg in die Rezession – neuer Anschlag der Olmultis? / Japan – Stütze des Kapitalismus?

Marxistische Theorie: Der tendenzielle Fall der Profitrate (2. Teil)

Bücher / Zeitschriften / Notizen

5. Jg. 1979

Herausgeber: D. Boris, W. Breuer, J. v. Freyberg, W. Gehrcke, M. Jansen, G. Kwiatowski, B. Landefeld, H. Lederer, E. Rudolf, P. Tanzmeister, F. Werkmeister, E. Wulff. – Erscheint monatlich. Einzelheft 2,- DM; Doppelheft 3,50 DM; Jahresabo 20,- DM. – AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Redaktion: J. Bischoff, W. Breum, A. Zieher – Erscheint zweimonatlich – Einzelheft DM 9,-, Jahresabo DM 44,- VSA Verlag, Postfach 260 230, 2000 Hamburg 26



Blätter für deutsche und internationale Politik

5 '79

Thema: Was Schüler und Lehrer voneinander wissen sollten

E. Terhart: Unterrichtsforschung als Interpretation von Lehr- und Lernforschung

C. Lacey: Teilnehmende Beobachtung in der Schulforschung

AG Schulforschung: Alltagstheorien von Schülern und Lehrern über Schulversagen

Bildungspolitik Aktuell

M. Hetzel, H. M. Große-Oetringhaus: Fallgrube Föderalismus

Berufsschule: G. Heck: Im Sinne der Unternehmer

Bayerischer Jugendring: W. Michal: Machtpolitisches Fingerhakeln

Sport: K. P. Cremer: Eine Stunde ist zu wenig

Wissenschaft und Studium

M. Bischoff: Steuerinstrument Studienreform

Fachdidaktische Trendberichte:

A. Heinrichs: Latein

Rezensionen

Medien-Informationen

12. Jg. 1979

5 '79

Kommentare und Berichte

R. Opitz: Die EG-Wahlen und die demokratischen Kräfte

K. D. Bredthauer: Über »moralische Kompetenz«

H. Kirchmann: Japans befremdliche Vietnam-Politik

Hauptaufsätze

H. Ridder: Dreißig Jahre Grundgesetz – drei Jahrzehnte antidemokratischer Widerstand

H. Bufe/J. Grumbach: Entworgungszentrum oder nukleare Zeitbombe? Die Ergebnisse des Gorleben-Hearings

W. Brönnert: Separatpolitik im Nahostkonflikt

Deppe/Fülberth/Harrer: Aktuelle Probleme der Geschichtsschreibung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung (II)

N. Paech: Es wird wieder kälter in der Republik

Bücher

Politisches Bewußtsein und psychische Folgen der Arbeitslosigkeit

Wirtschaftsinformationen

J. Goldberg: Bevölkerung und Geburtenhäufigkeit

24. Jg. 1979

Erscheint monatlich im Beltz Verlag, Postfach 1120, 6940 Weinheim – Einzelheft DM 5,-; Jahresabo DM 48,-; Studentenabo DM 38,-; Probeabo (4 Hefte) DM 10,-

Hg.: Frhr. v. Bredow, H. Deppe-Wolffinger, J. Hufschmid, U. Jaeggi, G. Kade, R. Kühnl, J. Menschik, R. Opitz, M. Pahl-Rugenstein, H. Rauschnig, H. Ridder, F. Straßmann, G. Stuby. – Red.: K. Bayertz, K. D. Bredthauer, P. Neuhöffer, J. Weidenheim. – Erscheint monatlich. – Einzelheft 5,30 DM, im Jahresabo 3,80 DM, für Studenten 3,50 DM. – Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51.

Demokratische Erziehung

3 '79

30 Jahre Bundesrepublik

Zur Geschichte der demokratischen Bewegung im Bildungsbereich

W. Stöhr: Der lange Weg vom Standesverband zur Gewerkschaft

P. Faulstich/R. Lütke: Zur Entwicklung der gewerkschaftlichen Bildungspolitik

K. H. Heinemann/W. Kluthe: Die Verteidigung des demokratischen Humanismus – Schwelmer Kreis und Kalter Krieg

M. Jansen: Jugendorganisationen im Kampf für Frieden, Abrüstung und Völkerverständigung

E. Stark-von der Haar: Über 300 000 arbeitende Kinder in der Bundesrepublik

F. Wißmann: Zur Entwicklung der Land- schulen

J. Zimmer: Jungsozialisten und Jugendpolitik

I. Fehling/F. Nieslony: Schulsozialarbeit

M. Prokofjew: Die sowjetische Schule heute

Kommentare und Berichte

Rezensionen – Dokumentation

5. Jg. 1979

Redaktion: K.-H. Heinemann, W. Rügemer. – Alle zwei Monate. – Einzelheft 5,- DM, im Jahresabo 3,50 DM, für Studenten 3,- DM. – Pahl-Rugenstein-Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51.

kritik

Zeitschrift für sozialistische Diskussion

21

L. Mez: Harrisburg, Gorleben und die Folgen

Russell-Tribunal

H. Gollwitzer: Argumente gegen ein Russell-Tribunal über die DDR

R. Berger: Mundtot oder sprachlos – weder Freiheit noch Sozialismus

Eurokommunismus wohin?

L. Lombardo Radice: Vom Liberalismus zur Demokratie. Die prinzipielle Bedeutung des 15. Kongresses der KPI

M. Haller: Angst vor dem Sprung – oder wie demokratisch ist der demokratische Zentralismus

F. Claudin: Die Krise des Eurokommunismus

Gewerkschaften

V. Brandes: Kontroverse über Fragen der Gewerkschaftspolitik

G. Seguy: Der Marsch auf Paris

W. Würtele: Brasilien an der Schwelle zu einer autonomen Gewerkschaftsbewegung

U. Dammann: Die UAW auf dem Weg nach links

W. Olle: Bericht über den EGB-Kongreß

Internationales

Nirumand/Tamr sebi: Was ist los im Iran?

5. Jg. 1979

Herausgeber: Ulf Wolter, Redaktionsbeirat: Fernando Claudin, Rudi Dutschke, Ossip K. Flechtheim, Helmut Fleischer, Robert Jungk, Ekkehart Krippendorff, Ernest Mandel, Klaus Meschkat, Lutz Mez, Jacob Moneta, Arno Münster, Oskar Negt, Theo Pirker, Bernd Rabehl, Lucio Lombardo Radice, Jochen Steffen. – 4 Nummern im Jahr. – Einzelheft 7,- DM, im Abo 6,- DM. – Verlag Olle & Wolter, Postfach 431C, 1000 Berlin 30.

KULTUR MAGAZIN

Demokratische
Kunst und
Kulturpolitik

13

G. Magnaguagno: Plakatwettbewerb zur AKW-Abstimmung

W. F. Haug: Der Zeitungsroman (Vorabdruck)

I. Dölling: Freizeit und Kultur

V. F. Stauffer: Von Henry Cow zu Art Bears. Aus der fortschrittlichen Musikscene

R. u. S. Heilmann: Theater von und für Frauen in Basel

14

H. J. Rieger: »Im Kampf geboren, im Kampf geschaffen, dem Kampf geweiht«. Volkshäuser in der Schweiz

F. Höhler: Kultur und Politik am Radio

E. Farny: Das schweizerische Glück
Theatre Populaire Romand. Verführung zum Theater

P. Arnold: Ständige Herausforderung: Interview mit Leuten der Claque

Die Kontroverse: Plakate zur BUSIPO
Tips der Redaktion

3. Jg. 1979

Redaktion: Th. Adank, L. Balmer, U. Bircher, P. Eichenberger, I. Hammer, K. Keller, F. van der Kooij, G. Magnaguagno, F. Rueb, I. Rüschi, B. Wvss. – Erscheint alle zwei Monate. – Einzelheft 4,50 sfr/DM, Doppelnummer 5,80 sfr/DM, Jahresabo 30.– sfr/DM, Kulturmagazin, Postfach 3188, CH-3000 Bern 7.

lendemains

Zeitschrift für
Frankreichforschung +
Französischstudium

13

Diskussion Philosophie I

C. Porset: Notes décausées sur la mode en philosophie

S. Auroux: Le philosophe et les pouvoirs

V. von Wroblewsky: Die neuen Philosophen: Legende und Wirklichkeit

C. Thoma-Herterich/H. Thoma: Lucien Sève: Zur Tradition der materialistischen Dialektik

M. Nerlich: Althusser, oder die Dialektik in der Artischocke

Forum

P.-E. Levayer: La Lettre LXXXI des Liaisons Dangereuses

H. Duccini: Pamphlets et censure en France au XVII^e siècle

Diskussion

France Actuelle

14

1789 und Deutschland I

J. Droz: La Réception de la Révolution française en Allemagne

M. Gilli: Georg Forster et la Révolution française

J. Moes: Justus Möser et la Révolution française

W. Schröder: Anmerkungen zu: »Die französische Revolution im Spiegel der deutschen Literatur«

Diskussion

F. Wolfzettel: Das »irdische Paradies« bei George Sand

M. Zimmermann: Lucien Rebatets Pamphlet »Les Décombres« (1942)

A. Bergounioux: Le Gaullisme et l'indépendance nationale

France actuelle

4. Jg. 1979

Herausgeber: M. Nerlich in Zusammenarbeit mit J. Droz, H. U. Gumbrecht, B. Schlieben-Lange, A. Soboul. – Erscheint vierteljährlich. – Einzelheft 7,70, im Abo 6,70, Studenten 5,70. – Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

MARXISTISCHE BLÄTTER

ZEITSCHRIFT FÜR PROBLEME
DER GESELLSCHAFT, WIRT-
SCHAFT UND POLITIK

3 '79

Bundesrepublik –

Bilanz nach 30 Jahren

Mitbestimmungsurteil ersetzt nicht den Kampf um Mitbestimmung

J. Schleifstein: Marxismus über Wesen und Rolle des Staates

J. Erlebach: DKP und das Grundgesetz

F. Rische: Verhältnis Staat, Verbände und Parteien in der Bundesrepublik

R. Albrecht: Staat – Monopole – Massenmedien. Zur Lage in der BRD

H. Stein: Die Berufsverbote müssen weg!

H. Jung: Zu aktuellen Tendenzen staatsmonopolistischer Wirtschafts- und Sozialpolitik

E. Siemantel: 30 Jahre Grundgesetz

K. Pfannenschwarz: »Rechtlastige« Justiz

K. Heuer: Sozialistische Demokratie – Tradition und Realität

W. Gerns: Zu Fragen der chinesischen Aggression gegen Vietnam

V. Achenbach: Wie soll die Zukunft sein? Jugend im 30. Jahr der Bundesrepublik

M. Konze: Frauen in den Ländern der EG

R. Geffken: Arbeitsrecht und gewerkschaftliche Bildungsarbeit

17. Jg. 1979

NEUES FORUM

INTERNATIONALE ZEITSCHRIFT
ENGAGIERTER CHRISTEN
UND SOZIALISTEN

305/306

E. Kmöltinger: Unglaubliche Saueri

I. G. Haasis: Zeichen an der Wand. Mauermalerei in Sardinien

M. Kreissl: Unter Aufsicht. Schulreform auf Grundeeis

G. Bruckmann: Sonne lacht. Wie wir unsere Energieprobleme lösen können

Literatur

E. Haidegger: Die Burenwurst im Wandel der Zeiten. Streifzug durch Wien

D. Fo/F. Rame: Verflucht! Nur Kinder, Küche, Kirche

I. Strobl: ach trendbewußte junge frau – zur neuesten philosophie des feminismus

W. Linser: Der Jogi im Waldviertel

F. Geyrhofer: Zeit für ein Gedicht. Das jüngste Kapitel österreichischer Literaturgeschichte

G. Rühm: brief an staberl/gedicht

M. Siegert: Gesetzestreue Dichter. Henisch, Pevny, Turrini vor Gericht

A. Lörken: Flucht ins Paradies. Gedichte

A. P. Schmidt: Drahtloser Unflug. Skizzen großstädtischer Gehirntopologie

P. P. Zahl: Kraftfußball ohne Niveau. Aus der Südkurve

26. Jg. 1979

Hg.: R. Eckert, W. Gerns, F. Krause, H. Lederer, W. Orczykowsky, U. Piepkorn, M. Schäfer, R. Steigerwald, O. Wagner. – Red.: F. Krause – Alle zwei Monate. – Einzelpreis 4,- DM, Jahresabo 18,- DM, Studenten 20% Ermäßigung. – Vlg. Marxistische Blätter, Heddenheimer Landstr. 67 a, 6000 Frankfurt/M. 50.

Herausgeber: Günther Nenning. – Redaktion: F. Geyrhofer, M. Hopp, H. Pataki. – 12 Hefte im Jahr. – Einzelheft 6,50 DM, 44 ÖS, Jahresabo 48,- DM, 320 ÖS, Studenten-Abo 36,- DM, 240 ÖS. – Neues Forum, Museumstr. 5, A-1070 Wien

positionen

THEORETISCHES MAGAZIN

Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie
und gesellschaftliche Politik



21/22

Revision der Bundesverfassung

T. Alioth: Was bringt der neue Bundesverfassungsentwurf?

P. Zogg: Bürgerliche Verfassungskosmetik

T. Heilmann: »Für Ständemehr und Eigentum« – Zu einer Diskussion in der »Neuen Zürcher Zeitung«

J. P. Fabre: Bürgertum, Staat und Demokratie in der Schweiz

T. Emmenegger: Kritische Psychologie

N. Scherr: Debatte POCH-PdA-PSA – Gedanken zu einer Diskussion

Programmdiskussion

G. Berweger: Einige entwicklungspolitische Überlegungen zum Parteiprogramm der POCH

Zum Gedenken an E. Kardelj

E. Kardelj: Selbstverwaltung und Blockfreiheit

Rezensionen

April 1979

Herausgegeben von einem Redaktionskollektiv der Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH). – 6 Nummern pro Jahr – Einzelheft Fr. 2.50, Doppelheft Fr. 3.50 – Abo: Schweiz Fr. 13.–, Ausland Fr. 16.– – Redaktion positionen, Postfach 1927, CH-4001 Basel

35

H. Funke / E. Hildebrandt / Chr. Watkinson: Nicht weniger wert sein

R. Erd / W. Müller-Jentsch: Ende der Arbeiteraristokratie?

A. Wacker: Massenarbeitslosigkeit als Politisierungspotential – der schwierige Lernprozeß

K. Lauscke: Was kann man aus der Geschichte lernen?

J. S. Baker: Gewerkschaftliche Internationalisierung und supranationaler Staat

A. Kleinknecht: Innovation, Akkumulation und Krise

R. Kößler: Zur Kritik des Mythos vom »asiatischen« Rußland

W. Süß: Bürokratische Rationalität und gesellschaftliche Synthesis in der Konstitutionsphase des sowjetischen Systems (1)

A. Mohl: Im Osten nichts Neues?

9. Jg. 1979

Herausgegeben von der »Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e. V.« – Erscheint viermal im Jahr. – Einzelheft 9.– DM, im Abo 8.– DM. – Rotbuch Verlag, Potsdamer Str. 98

rote blätter

5 '79

E. Abel: Frauen an pädagogischen Hochschulen

E. Laudowicz: Weiblichkeitsideologie

J. Grumbach: Gorleben und Harrisburg

Diskussion über Tageszeitung UZ

Serie: 30 Jahre Bundesrepublik

Internationale Umfrage: Warum Kommunisten wählen

Jürgen Weber: Über die Heiligsprechung des Herrn Beuys

Interviews mit Alexis Korner und Henning Venske

6 '79

B. Landefeld: Auseinandersetzung mit der Hochschulanalyse der Jusos

Umfrage: Professoren gegen Ordnungsrecht

Czanecki: Angriffe auf Lehrerausbildung

Bufe/Grumbach: Plutonium für die BRD?

Klüver: Die gefährliche Kriegspolitik der NATO

F. Sommerfeld: Gefahr für die Entspannungspolitik

F. K. Kaul: Hintergründe des Majdanek-Prozesses

M. Opperskalski: Gesucht wird Lischka

H. P. Brenner: Ehe – Auf der Suche nach dem kleinen Glück?

9. Jg. 1979

Hrg.: Bundesvorstand des MSB Spartakus. – Redaktion: F. Sommerfeld, K. Deiritz, H. Ferber, D. Riechert. – Erscheint monatlich. Einzelheft 1,50 DM, Jahresabo 14,80 DM. – Bestellungen über Weltkreis-Verlag, Bruderweg 16, 4600 Dortmund

tendenzen

Zeitschrift für engagierte Kunst

124

M. Bartholl: Ein Versuch über Buchgestaltung als Verhältnis von Schrift und Bild

H. P. Willberg: Buchillustration

J. Suess: Wort + Bild = illustriertes Buch?

M. Bartholl: Zwei Fragen an Schriftsteller und Antworten von M. Walser, P. Weiss, P. O. Chotjewitz, I. Drewitz, G. Herberger, G. Fuchs

125

H. Platschek: Hinweis auf drei Väter

A.-M. Kassay: Malen und Denken. Zu Renato Guttusos gesammelten Essays

R. Guttuso: Angst vor der Malerei

G. Sprigath: Der Realismus ist die demokratische Kunst

W. Grape: Ein Landschaftsbild und die außerkünstlerische Realität

G. Sprigath: Ein Maler bei SEL

H. Schreiber: Aus den Arbeitsprotokollen

R. Hiepe: Angst und Selbstbehauptung im zeichnerischen Werk von Franz Kochsender

B. W. Dettelbach: Das Leben und alles ist richtig schön, bis auf den Knast

Fragen zu einer Ausstellung, Gespräch mit U. Schneede

J. Scherkamp: Reiseeindrücke eines Malers: Dali-Miró-Grünwald

20. Jg. 1979

Redaktion: H. v. Damnitz, H. Erhardt, R. Hiepe, Th. Liebner, H. Kopp, K. Maase, W. Marschall, C. Nissen, C. Schellemann, J. Scherkamp, G. Sprigath, G. Zingerl. – Erscheint alle zwei Monate. – Einzelheft 6,50 DM, Jahresabo 35,- DM. (Stud. 27,- DM) – Damnitz Verlag, Hohenzollernstraße 144, 8000 München 40

Über die Autoren

Ahrweiler, Georg, Dr. phil., geb. 1947; Akad. Rat am Institut für Soziologie der Uni Münster. Veröffentlichungen: *Hegels Gesellschaftslehre* (1976), *Freiheit und Fortschritt der Wissenschaft* (1977), *Prioritäten bürgerlicher Wissenschaftssoziologie* (1978), *Zur Krise des Parlamentarismus* (1978), *Betr.: Lukács* (1978). Arbeitsgebiete: Wissenschaftssoziologie, Sozialphilosophie, Politische Soziologie. Mitglied im Vorstand des BdWi-Sektion Münster, ÖTV, DGS, Int. Hegel-Gesellschaft; Geschäftsführer der Forschungsstelle für arbeitsorientierte Sozialwissenschaft (FAS) Münster.

Albrecht, Stephan; wiss. Angestellter. Veröffentlichungen: *Das Verhältnis von SPD und DGB* (1975). Arbeitsgebiete: Weimarer Republik, Geschichte der sozialdemokratischen Bewegung. Mitglied der SPD und der GEW.

Albrecht, Ulrich, Prof. Dr. phil., geb. 1941; Studium der Luftfahrttechnik, der Wirtschaftswissenschaften und der Politikwissenschaft, Professor für Friedens- und Konfliktforschung in Berlin/West. Veröffentlichungen: *Der Handel mit Waffen* (1970), *Rüstungskonversionsforschung* (1979). Arbeitsgebiete: Untersuchungen zum Waffentransfer, zur Forschungspolitik und zum Ost-West-Ausgleich.

Bayertz, Kurt, vgl. Argument 110.

Beiersdorf, Günter, vgl. Argument 109.

Bindseil, Ilse, vgl. Argument 115.

Boris, Hans-Dieter, Prof. Dr. phil., geb. 1943; Professor für Soziologie an der Uni Marburg. Veröffentlichungen: *Krise und Planung* (1971), *Chile auf dem Weg zum Sozialismus* (Mitverf. 1971), *Argentinien. Geschichte und politische Gegenwart* (Mitverf. 1978). Arbeitsgebiete: Politische Ökonomie und soziale Bewegungen Lateinamerikas; außenwirtschaftliche Verflechtungen der BRD. Mitglied des BdWi und der GEW.

Bosch, Manfred, geb. 1947; arbeitet als freier Autor für Funk, Zeitschriften und Zeitungen. Veröffentlichungen: *Kulturarbeit* (1977), *Geschichten aus der Provinz* (zus. mit J. Hossfeld [1978]). Für seine alemannischen Gedichte erhielt Bosch 1978 den Bodenseeliteraturpreis.

Bremer, Thomas, M. A., Literatur- und Theaterkritiker; seit 1979 an der Uni Gießen. Veröffentlichungen: Aufsätze zur Ästhetik und Literaturtheorie und zur romanischen Literaturwissenschaft.

Deeke, Axel, geb. 1947; wiss. Angestellter im Landesinstitut Sozialforschungsstelle Dortmund. Arbeitsgebiete: Industriesoziologie, Arbeitsmarktforschung.

Dietschreit, Frank, geb. 1954; Studium der Germanistik, Soziologie, Pädagogik. Veröffentlichungen: *Politisierung der Literatur. Versuch einer Standortbestimmung zeitgenössischer Lyrik* (1978), *Unterm Kopfhörer, Gedichte* (1977). Arbeitsgebiete: Politische Dichtung, Neue Subjektivität und Alternativbewegungen.

Dohmen, Matthias, vgl. Argument 110.

Eidenbenz, Matthias, geb. 1954; Student der Geschichte. Arbeitsgebiete: Agrargeschichte der Weimarer Republik. Mitglied des AWA.

Gailus, Manfred, geb. 1949; Studium der Geschichtswissenschaften und Politologie. Arbeitsgebiete: Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands im 19. Jahrhundert, Revolution 1848/49. Mitglied der ÖTV.

Elrod, Norman, vgl. Argument 113.

Freitag-Poppe, Claus-Peter, vgl. Argument 114.

Göbel, Eberhard, vgl. Argument 110.

Gransow, Bettina, vgl. Argument 114.

Guthke, Beate, vgl. Argument 111.

Hagelstange, Thomas, vgl. Argument 109.

Hartmann, Frank, Dr. phil.; Studienrat an der Gesamtschule Weyhe. Veröffentlichungen: *Geschichte der Gewerkschaften in Niedersachsen nach 1945*. Arbeitsgebiet: Gewerkschaftsgeschichte. Mitglied des Vorstandes DGB-Ortskartell Stühr-Weyhe.

Haug, Wolfgang Fritz, vgl. Argument 108.

Jäger, Michael, vgl. Argument 108.

Joseph, Paul, geb. 1948 in New York; lehrt Soziologie an der Tufts Univ., Boston/Mass.; Ph. D. in Berkeley 1975. Arbeitsgebiete: US-Außenpolitik, Verhältnis von Rasse und Klasse; bereitet z. Z. ein Buch vor, worin verschiedene Theorien des kapitalistischen Staates in Beziehung gesetzt werden sollen zu einer Untersuchung der US-Intervention in Vietnam. Seit 8 Jahren Redaktionsmitglied von »Socialist Review«.

Kamps, Harald, geb. 1951; Landarzt in Nordnorwegen, seit 1979 Assistenzarzt an der Rhein-Landesklinik Bedburg. Mitglied der ÖTV und der DGSP.

Kersten, Kurt, geb. 1946; wiss. Assistent am Psychologischen Institut der FU Berlin, Fachbereich 11. Arbeitsgebiete: Methodologie der Sozialwissenschaften, psychologische Diagnostik.

Krause, Hartfrid, vgl. Argument 115.

Laugstien, Thomas, vgl. Argument 113.

Leiser, Eckart, vgl. Argument 110.

Lison, Rüdiger, vgl. Argument 115.

Mecking, Klaus, geb. 1954; Studium der Sozialwissenschaften. Veröffentlichungen: Artikel und Rezensionen, Herausgabe einer Broschüre zur Indianerfrage in beiden Teilen Amerikas (1978) und einer Literaturanthologie (1979). Arbeitsgebiete: Geschichte, Psychiatrie, Ethnologie.

Rang, Adalbert, Prof. Dr. phil., geb. 1928; Lehrer an einer Frankfurter Volksschule 1951–1964, Studium der Philosophie, Pädagogik, Soziologie, Germanistik in Frankfurt, seit 1968 Hochschullehrer an der PH Berlin. Wichtigste Veröffentlichungen: *Der politische Pestalozzi* (1967), *Fördern und Auslesen* (zus. mit E. E. Geißler und R. Krenzer, 1967), *Historische und gesellschaftliche Aspekte der Gesamtschule* (1968), *Die differenzierte Gesamtschule* (zus. mit W. Schulz, 1969), *Elemente einer historischen Kritik der gegenwärtigen Reformpädagogik* (zus. mit B. Rang-Dudzik in: *Argument-Sonderband AS 21, Schule und Erziehung VI*, 1978). Arbeitsgebiete: Frühbürgerliche Pädagogik, Fragen der pädagogischen Historiographie. Mitglied im BdWi und in der DGfE.

Rang-Dudzik, Brita, geb. 1941, Dipl.-Pädagogin. Wiss. Assistentin (Sozialgeschichte der Erziehung) an der PH Berlin. Veröffentlichungen: Aufsätze zur Entwicklung der pädagogischen Historiographie in der SBZ und DDR (1976), zur pädagogischen Historiographie in der BRD (1977 und 1978), zur Sozialgeschichte der Erziehung (1975), zur Lehrerbildung (1974), zur Kritik an der Reformpädagogik in SBZ und DDR (in AS 21, 1978). Arbeitsgebiete: Frühbürgerliche Pädagogik, pädagogische Historiographie in der BRD und der DDR.

Richter, Frank, Dr. phil.; Studienreferendar. Veröffentlichungen: *Die zerschlagene Wirklichkeit* (1977), *Günter Grass: Die Vergangenheitsbewältigung in der Danzig-Trilogie* (1979). Arbeitsgebiet: Der deutsche Roman nach 1945. Mitglied der GEW.

Ridder, Helmut, Prof. Dr. jur., geb. 1919; Professor für Öffentliches Recht und Wissenschaft von der Politik, Fachbereich Rechtswissenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen. Veröffentlichungen u. a.: *Die soziale Ordnung des Grundgesetzes* (1975). Arbeitsgebiet: Verfassungsrecht (Grundrechte). 1. Vorsitzender der Deutsch-Polnischen Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Roder, Hartmut, vgl. Argument 115.

Schempershofe, Rolf; Studienreferendar für Deutsch und Sozialwissenschaften. Mitglied der GEW.

Schindler, Hans, geb. 1952; akademischer Tutor an der Uni Bremen. Aufsätze u. a. zu: Folgen der Arbeitslosigkeit, Politisches Bewußtsein und psychische Folgen der Arbeitslosigkeit, Familie und Arbeitslosigkeit. Arbeitsgebiete: Arbeitslosenforschung, Familiensozialisation, Lernmotivation. Mitglied in BdWi und GEW.

Schöfthaler, Traugott, vgl. Argument 110.

Schöttker, Detlev, vgl. Argument 109.

Schültke, Josef, vgl. Argument 110.

Seyfried, Erwin, geb. 1950; Pädagogisch-therapeutische Tätigkeit im Vorschul- und Schulbereich im Rahmen eines Projekts des Psych. Instituts der FU Berlin. Arbeitsgebiete: Pädagogische und Entwicklungspsychologie.

Spies, Ulrich, geb. 1947; Doktorand am Wissenschaftszentrum Berlin. Veröffentlichungen: *Die soziale Sicherung der ausländischen Arbeitnehmer in der BRD* (1976), *Rechtsverfassung und Rechtspraxis ausländischer Kinder und Jugendlicher in Berlin (West)* (1978), *Ausländer in Berlin (West) 1972–1977* (1979). Arbeitsgebiete: Industrie- und Betriebssoziologie, Ausländerbeschäftigung.

Steinborn, Norbert, vgl. Argument 112.

Stellmach, Claudia, geb. 1947; Doktorandin, Lehrbeauftragte. Veröffentlichungen zu Chile und Cuba. Arbeitsgebiete: Gesellschafts- und Klassenstruktur der BRD, Bewußtseinstheorien. Mitglied in BdWi und GEW.

Suffa-Friedel, Frank, vgl. Argument 114.

van Treeck, Werner, geb. 1943; Mitglied der Forschungsprojekte »Verwaltungsautomation« an der GH Kassel und »Automation und Qualifikation« an der FU Berlin. Veröffentlichungen zur Industrie- und Verwaltungssoziologie, zur Bildungsplanung und Kulturosoziologie. Mitglied der ÖTV.

Volker, Eckhard, vgl. Argument 113.

Weißbach, Barbara, geb. 1951; Dipl. Päd., Lehrbeauftragte, Vorschulerzieherin. Arbeitsgebiete: Vorschulerziehung, mütterliche Berufstätigkeit.

Weißbach, Hans-Jürgen, vgl. Argument 110.

Zielinski, Siegfried, vgl. Argument 113.

Wir bitten, im **Argument-Studienheft SH 25** (Reinhard Opitz: Der Sozialliberalismus) folgende Satzfehler zu berichtigen:

S. (36), Zeile 10, lies: profitinkonformer

S. (45), 2. Absatz, Zeile 1, lies: Säkularisationstheorie

S. (47), Zeile 4 f., lies: durch die Erhebung der Nichterkennbarkeit der objektiven Interessen – also des Inhalts der Freiheit – zum Glaubensbekenntnis

Wir bitten, im **Argument-Sonderband AS 30: Soziale Medizin (VIII)** beim Aufsatz von Otto Rasper (Die Künstlichkeit gruppenspezifischer Veranstaltungen) folgende Satzfehler zu berichtigen:

S. 181, 2. Zeile v. unten, lies: sozialen Realität.

S. 183, 2. Zeile v. oben, lies: Wünsche und Befürchtungen sind immer ›gerichtet auf‹.

S. 185, 3. Zeile v. oben, lies: mit Herrschaft zusammen.

Sprach- und Literaturwissenschaft

<i>Bering, Dietz: Die Intellektuellen. Geschichte eines Schimpfworts (E. Volker)</i>	589
<i>Lehmann, Hans-Thies, und Helmut Lethen (Hg.): Bertolt Brechts »Hauspostille« (G. Beiersdorf/D. Schöttker)</i>	590
<i>Schmitt, Hans-Jürgen (Hg.): Der Streit mit Georg Lukács (C. Fritsch)</i>	591
<i>Witte, Bernd: Walter Benjamin (J. Schültke)</i>	593
<i>Arnold, Heinz-Ludwig, und Hartmut Scheible (Hg.): Theodor W. Adorno (T. Bremer)</i>	594
<i>Mozejko, Edward: Der Sozialistische Realismus (F. Richter)</i>	596

Soziologie

<i>Bellebaum, Alfred: Handlungswert der Soziologie (G. Abrweiler)</i>	597
<i>Badura, Bernhard (Hg.): Seminar: Angewandte Sozialforschung (A. Deeke)</i>	599
<i>Bischoff, Joachim (Hg.): Die Klassenstruktur der Bundesrepublik Deutschland (C. Stellmach)</i>	600
<i>Durth, Werner: Die Inszenierung der Alltagswelt. Zur Kritik der Stadtgestaltung (J. Petsch)</i>	601
<i>Hamelink, Cees: The Corporate Village. The Role of Transnational Corporations in International Communications (S. Zielinski)</i>	602
<i>Kunczik, Michael: Massenkommunikation (F. Dietschreit)</i>	604
<i>Haseloff, Otto Walter: Stern. Strategie und Krise einer Publikumszeitschrift (R. Schempershofe)</i>	604

Erziehungswissenschaften

<i>Röhrs, Hermann: Die progressive Erziehungsbewegung (N. Steinborn)</i>	605
<i>Moehlmann, Arthur: Theorien der demokratischen Erziehung und Bildung (B. Weißbach)</i>	607

Psychologie

<i>Maslow, Abraham H.: Motivation und Persönlichkeit (E. Seyfried)</i>	609
<i>Autorenkollektiv: Der Ödipuskomplex und seine politischen Folgen (R. Gössner)</i>	610
<i>Braun, Karl-Heinz: Einführung in die politische Psychologie (H. Schindler)</i>	612

Medizin

<i>Jervis, Giovanni: Kritisches Handbuch der Psychiatrie (K. Mecking)</i>	613
<i>Güse, Hans-Georg, und Norbert Schmacke: Psychiatrie zwischen bürgerlicher Revolution und Faschismus (H. Kamps)</i>	615
<i>Benedetti, Gaetano: Der Geisteskranke als Mitmensch (N. Elrod)</i>	617
<i>Hohmann, J. S.: Der unterdrückte Sexus (E.-M. Müller)</i>	618
<i>Pinding, Maria, und Hermann Fischer-Harriehausen: Sozialmedizin – Grundlagen und Standpunkte (M. Paul)</i>	619

<i>Meyer, Susanne, u. a.: Gesundheitsversorgung: Daten des Gesundheitssystems der BRD (K. Lüsebrink)</i>	620
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Geschichte

<i>Baudis, Dieter, und Helga Nussbaum: Wirtschaft und Staat in Deutschland vom Ende des 19. Jahrhunderts bis 1918/19 (G. Hardach)</i>	620
<i>Nussbaum, Manfred: Wirtschaft und Staat in Deutschland während der Weimarer Republik (G. Hardach)</i>	620
<i>Schulze, Hagen: Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung (S. Albrecht)</i>	623
<i>Brack, Rudolf: Deutscher Episkopat und Gewerkschaftsstreit 1900–1914 (H. Roder)</i>	624
<i>Crusius, B., G. Schiefelbein und M. Wilke (Hg.): Die Betriebsräte in der Weimarer Republik (H. Krause)</i>	625
<i>Otto, Bernd: Gewerkschaftsbewegung in Deutschland (R. Lison)</i>	627

Soziale Bewegung und Politik

<i>Raschke, Joachim (Hg.): Die politischen Parteien in Westeuropa (M. Jäger)</i>	628
<i>Raschke, Peter: Vereine und Verbände (M. Dohmen)</i>	630
<i>Simon, Walter: Macht und Herrschaft der Unternehmerverbände (F. Hartmann)</i>	631
<i>Schäfer, Gerhard: Studentische Korporationen (M. Bosch)</i>	633
<i>Weiß, Gerhard: Die ÖTV (T. Hagelstange)</i>	634
<i>Beyme, Klaus von: Gewerkschaften und Arbeitsbeziehungen in kapitalistischen Ländern (U. Spies)</i>	635

Ökonomie

<i>Däubler, Wolfgang, und Karl Wohlmuth (Hg.): Transnationale Konzerne und Weltwirtschaftsordnung (M. Dohmen)</i>	636
<i>Grosche, Günter, und Werner Finster: Weltwährungssystem und Weltwirtschaft (G. A. Mohrmann)</i>	637
<i>Hardach, Gerd: Deutschland in der Weltwirtschaft 1870–1970 (N. Steinborn)</i>	638
<i>Gruhl, Herbert: Ein Planet wird geplündert (E. Göbel/B. Guthke)</i>	639
<i>Bombach, G., u. a. (Hg.): Der Keynesianismus I + II (W. Pfaffenberger)</i>	641

Soeben erschienen:

AS 44 Eurokommunismus und marxistische Theorie der Politik

192 S.; 15,50 DM, für Stud. 12,80 DM; im Abo 12,80 DM, für Stud. 11,- DM.